Nr. 234. 15. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrirter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1898 unter Nr. 7576. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 3 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1503.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Donnerstag, den 6. Oktober 1898. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Wegen des außerordentlichen Depeschenandranges mußten wir die Unterhaltungs-Beilage heute ausfallen lassen. Die Redaktion.

Die Kinder des Proletariats.

Nachdem im Jahre 1890 das Sozialistengesetz gefallen war, rüstete sich, wie bekannt, der Führer der freisinnigen Partei, Herr Eugen Richter, um gegen die Sozialdemokratie „den Kampf mit geistigen Waffen" aufzunehmen, den er in seiner bekannten Ritterlichkeit so lange hatte ruhen lassen, als unserer Partei durch Ausnahmegesetz der Mund geschlossen war. So entstanden zunächst „Die Irrlehren der Sozialdemokratie", und deren Erfolg wiederum begeisterte den Verfasser zu einem noch kühneren Unternehmen: er, der bis dahin seinen Hauptehrgeiz darin gesehen hatte, bei der Etatsberathung durch die vollkommene Beherrschung des trockenen Zahlenmaterials zu glänzen, wurde zum Dichter und entwarf in seinen „Sozialdemokratischen Zukunftsbildern" eine phantasievolle Darstellung des Zukunftsstaates. Unter den traurigen Erlebnissen der ehrsamen Buchbindersfamilie, über welche dort berichtet wird, war eine Glanznummer der Tod der jüngsten Tochter, der kleinen Annie; sie ging elendiglich an einer Erkältung zu grunde, weil sie die Gewohnheit hatte, sich nachts bloß zu strampeln, und weil die Aufseherin der zukunftsstaatlichen Kleinkinder-Bewahranstalt auf diese leidige Angewohnheit nicht die gebührende Rücksicht nahm.

Diese traurige Geschichte von der „Strampel-Annie", welche ein so anschauliches Bild von der Gefährdung der Kinder im sozialistischen Zukunftsstaat giebt, kam dem Schreiber dieser Zeilen jüngst bei der Lektüre einiger medizinischer Aufsätze über „Säuglingspflege" wieder in den Sinn; er fand nämlich in diesen Aufsätzen eine Fülle von Material, das auf die traurige Lage der Proletarierkinder im Gegenwartsstaat ein grelles Licht wirft. Freilich unbedingt Neues und bisher Unbekanntes findet sich in diesen Aufsätzen nicht, wenigstens nicht für die Aerzte und nicht für das Proletariat selbst, das ja aus eigener Anschauung die Verhältnisse kennt, unter welchen seine Kinder leben und leider so häufig frühzeitig zu grunde gehen müssen. Trotzdem aber wird eine Wiedergabe einiger besonders bezeichnender Stellen ein gewisses Interesse schon deshalb haben, weil die Verfasser dieser Aufsätze — Professoren und Assistenten an hiesigen Universitäts-Instituten — gewiß über den Verdacht einer Uebertreibung aus sozialdemokratischem Partei-Interesse erhaben sind.

Dr. Finkelstein, Assistent an der Kinderklinik der königlichen Charitee, schreibt in einem Aufsatze, in welchem er über die auf der Säuglingsabtheilung gemachten Erfahrungen berichtet:

„In beiden Jahren (1895/96 und 1896/97) wiesen nur 6 bis 7 pCt. der Kinder unter ¼ Jahr (bei der Aufnahme in das Krankenhaus) ein annähernd ihrem Alter entsprechendes Gewicht auf." . . .

„Die Durchschnittszahlen liefern das bezeichnende Resultat, daß das Kind, dessen Pflege unserem Krankenhause zufällt, bereits im ersten Monat mehr als ein Kilogramm hinter dem ihm zukommenden Normalgewicht zurückbleibt und daß diese Differenz langsam aber stetig sich vergrößert, so daß am Ende des ersten Lebensjahres das Krankenhaus-Kind mit einem Minus von mehr als 3 Kilogramm einem Normalkind von 3—4 Monaten gleichzustellen ist."

Und er schließt das betreffende Kapitel mit folgenden Sätzen:

„Zum Schlusse dieses Abschnittes mag noch angedeutet werden, welche Ausblicke unsere Zahlen auf das Geschick des hilflosen Kindes aus den untersten Schichten der Großstadtbevölkerung eröffnen. Kurz nach der Geburt der Mutter entzogen, die es zumeist nicht bei sich behalten kann, viel seltener nicht behalten will, gelangt es in die ungeschickten Hände Fremder oder wird der Kommunalpflege überwiesen. In der mangelhaften Pflege erkrankt schon im ersten Quartal ein großer Bruchtheil tödtlich, der kleinere, glücklicher oder zäher, entgeht der grausamen Auslese. Die verminderte Schaar stellt dem Krankenhaus auch eine entsprechend verminderte Quote — das zeigt der Sturz von der Höhe der Aufnahmezahl des dritten Monats zu der des vierten. Gehemmt in der Entwickelung, von Krankheit und Siechthum umlagert, schleppt sich dieser Rest mühsam in die höheren Altersstufen, bis er in der — man gestatte das Wort — Kondition (Körperverfassung) eines viermonatigen Kindes durch das Ziel am Ende des ersten Jahres geht."

Daß nicht böser Wille der Eltern, sondern deren Unvermögen in den weitaus meisten Fällen die Ursache der ungenügenden Wartung und Ernährung der Kinder ist, ist im obigen schon angedeutet. Schon allein eine hygienischen Anforderungen genügende Zubereitung der Kuhmilch zur Säuglingsernährung ist für Proletarierfamilien kaum durchführbar. Treffend werden die hierbei sich ergebenden Schwierigkeiten in einer Broschüre geschildert, welche den Direktor der obengenannten Klinik selbst, Professor Dr. Heubner, zum Verfasser hat.

„Aber die Schwierigkeiten mehren sich erst im Haushalt der wirthschaftlich Schwachen in der Bevölkerung. Hier fehlt, besonders in kinderreichen Familien, die Zeit zu sorgfältiger Zubereitung der Nahrung, es fehlen kühle Orte zur Aufbewahrung, es fehlt die nöthige Zahl reinlicher Gefäße, die genügende Reinigung der Saugflaschen und -Hütchen, das nöthige Feuermaterial zu genügender Erwärmung, ja oft genug sogar die genügende Menge Milch, wodurch die armen Mütter genöthigt sind, zu allerhand Surrogaten (Ersatzmitteln) zweifelhafter Natur ihre Zuflucht zu nehmen."

So finden auch die geradezu grauenhaften Sterblichkeitsziffern der Kinder, welche nicht an der Mutterbrust ernährt werden, ihre Erklärung. Während von den Brustkindern in Berlin im ersten Lebensjahr nur 7,4 auf Tausend sterben, gehen von den mit Kuhmilch ernährten 42,1, von den mit Kuhmilch und Milchsurrogaten ernährten gar **125,7** pro Mille zu grunde.

Indessen selbst diese Ziffern erscheinen noch klein gegenüber der Sterblichkeit der Kinder, deren Aufnahme in ein Säuglingshospital nothwendig geworden ist. Aus den Berichten einer Reihe von Säuglingsstationen geht hervor, daß zumeist nur 30—40 pCt. der Pfleglinge die Anstalt lebend verlassen; in der Säuglingsabtheilung der königlichen Charitee betrug die Sterblichkeit in den Jahren 1892—1896 durchschnittlich 74,75 pCt. und im folgenden Jahre, nach Einführung einiger einschneidender Verbesserungen doch noch 58,55 pCt. Daß das zu einem großen Theile die Folge der Verhältnisse ist, unter denen die Kinder vor der Aufnahme in das Krankenhaus gelebt haben, geht daraus hervor, daß ein sehr erheblicher Prozentsatz — in der Charitee 35 pCt. — schon bald nach der Aufnahme, beziehungsweise in der ersten Woche stirbt. Das ergiebt sich auch daraus, daß die Waisenkinder in dieser Beziehung besonders ungünstige Verhältnisse darbieten; vor etwa vier Jahren wurde festgestellt, daß von den Säuglingen, welche der Charitee von dem Waisenhause zur Pflege überwiesen werden, 93 pCt. sterben. „Es ist leicht verständlich," so führt Heubner aus, „daß diesen früh verwaisten oder verlassenen Kindern in den Wochen oder Monaten, bevor die Waisenpflege in die Lage kommt, sich ihrer anzunehmen, eine einigermaßen geeignete Pflege und Ernährung gewöhnlich nicht zu theil wird. Dadurch gerathen sie in einen Zustand von Lebensschwäche, dem eben sehr häufig auch durch die beste Pflege nachher nicht mehr Einhalt zu thun ist."

Freilich zum andern Theile trägt auch die durchaus ungenügende Beschaffenheit der Krankenhäuser die Schuld an diesen traurigen Sterblichkeitsverhältnissen. So lange der Moloch Militarismus alle verfügbaren Geldmittel an sich reißt, — und das wird ja nach unserer Ueberzeugung so lange sein, als die bürgerliche Gesellschaftsordnung besteht — bleibt eben für derartige Zwecke nichts übrig. Und doch könnten selbst verhältnißmäßig bescheidene Summen hier sehr viel gutes schaffen.

„Einem unter dem obersten Prinzip der möglichsten Ausschaltung von Infektionsgelegenheiten (mit Quarantänezimmern 2c.) erbauten Säuglings-Krankenhause prognostiziren wir Resultate, die das Vorurtheil gegen die Massenverpflegung kranker Säuglinge energisch zum Schweigen bringen werden."

Wir können diese Blüthenlese nicht schließen, ohne einen Ausspruch zu zitiren, der schildert, wie wenig diese Verelendung der Kinder des Proletariats, welche die Folge der bestehenden Wirthschaftsordnung ist, bisher die öffentliche Meinung beschäftigt hat. „Die öffentliche Aufmerksamkeit," sagt Prof. Baginsky, der Direktor des Kaiser und Kaiserin Friedrich-Kinder-Krankenhauses, „wird nicht erregt dadurch, daß tausende der öffentlichen Fürsorge anheimgegebene Kinder schwächlich aufwachsen, um vielleicht nach Jahr und Tag der Kommune vollkommen oder mehr oder weniger stark zur Last zu fallen; ja, sie wird kaum dadurch erregt, daß die Sterblichkeitsziffern dieser Kinder weit über das normale hinausgehen, vielmehr wird dies alles wie ein nothwendiges Naturgesetz hingenommen. . . .

So liegen die Dinge im Gegenwartsstaat! Ohne daß man auch nur Vermuthungen über die Handhabung von Kinderpflege und Kindererziehung in der Zukunftsgesellschaft zu äußern braucht, wird man darum doch das eine kühnlich behaupten können: schlechter, wie im Gegenwartsstaat, kann es gar nicht werden! Und so wird das traurige Schicksal der Strampel-Annie die weitere Ausbreitung der sozialistischen Ideen auch nicht aufhalten können.

In der Zusammenstellung der gewerblichen Unfälle nach den einzelnen Wochentagen im gestrigen Leitartikel betreffen nur die Zahlen der ersten Reihe unter 1892 die bei der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie Deutschlands zur Meldung gelangten Unfälle, während alle andern Reihen nicht nur Unfälle der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie, sondern (wie auch in den vorhergehenden Sätzen gesagt) die von den Gewerbe-Aufsichtsbeamten der betreffenden Bezirke allgemein ermittelten Zahlen angeben. —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. Oktober.

Unsere lieben Bürgerlichen gerathen jedesmal in ein bedenkliches Schütteln des Kopfes, wenn in unserer Partei — wie es gegenwärtig wieder der Fall ist und wie die Partei es sich infolge ihrer inneren Kraft leisten kann — in aller Oeffentlichkeit und ganz ungenirt wieder und wieder die Grundfragen der zu befolgenden Taktik erörtert und alle unter den Genossen vorhandenen Differenzen rückhaltlos ausgesprochen und erledigt werden. Auch die gegenwärtig in Stuttgart gepflogenen Diskussionen machen unseren bürgerlichen Politikern sehr viel zu schaffen. Aber in der Beurtheilung dieser Debatten und in den für die bürgerliche Politik daraus zu ziehenden Schlußfolgerungen gehen die Herren sehr weit auseinander. Heute dafür nur zwei ergötzliche Beispiele. Das Scharfmacherorgan die „Post" schreibt zu den Stuttgarter Debatten über die Taktik:

„Ein positives Ziel fehlt der Sozialdemokratie entweder ganz, oder es besteht nur in den schwankendsten Umrissen, und das negative, welches sie ins Auge faßt, die Zerstörung der Monarchie und der Eigenthumsordnung, läßt sich nicht anders als durch Blut und Eisen realisiren. — Wundern muß man sich nur über den Mangel an Selbsterkenntniß oder Gerechtigkeitssinn, der darin liegt, daß eine Partei, die auf solchem Boden steht, die der bestehenden Rechtsordnung Urfehde geschworen hat und mit ängstlicher Beflissenheit auf die Hervorkehrung ihres antibürgerlichen Charakters bedacht ist, jedesmal ein so großes Lamento erhebt, wenn man Miene macht, ihr in gleicher Münze heimzuzahlen und sie den Dank auch fühlen zu lassen, den sie sich durch ihre Bestrebungen seitens der Staatsgewalt und aller ordnungsliebenden Faktoren verdient hat."

Aus ganz anderer Tonart aber schreibt die „Vossische Zeitung":

„Man wird zugeben, daß diese Verhandlungen von Stuttgart die allgemeine Aufmerksamkeit verdienen, weil sie den Beweis erbringen, daß die Sozialdemokratie in einem Mauserungsprozeß begriffen ist, den durch eine Gewaltpolitik zu stören falsch und verkehrt wäre, den vielmehr zu fördern alle Parteien Anlaß sehen sollten."

So lange das Bürgerthum in seinem Urtheil über uns so weit auseinandergeht, werden die Arbeiter für dieselben nur ein Achselzucken haben. Ihre Angelegenheiten werden sie nach wie vor nach bestem Ermessen selbst regeln. —

Die Konservativen ärgern sich über die glänzende Lage unserer Partei, die durch die auf dem Parteitag erstatteten Berichte wieder einmal in das hellste Licht gerückt und zur staunenden Kenntniß aller Arbeiterfeinde gebracht wurde. Die „Konservative Korrespondenz" hat mit heller Wuth vernommen, daß die Sozialdemokratie in der Lage war, ¾ Millionen Mark für Wahlzwecke auszugeben und sie ruft dazu wehmüthig aus:

Wie kläglich nimmt sich dagegen die „Finanzgebahrung" anderer Parteien aus! Wahrlich, die Sozialdemokratie zeigt, daß sie die Macht des Mammons zu schätzen weiß, möge ihr „stolzer" Bericht auch in staatserhaltenden Kreisen eine die Taschen aufknöpfende Wirkung haben.

Nun, wir wollen den Konservativen nun verrathen, wie die Sache zusammenhängt, daß die Sozialdemokratie — trotzdem sie die Partei der Aermsten im Lande, der mühsam um ihr täglich Brot ringenden Lohnproletarier ist — dennoch weit bedeutendere Kriegskosten aufzubringen vermag, als die Parteien der reichen Großbourgeoisie und des Feudaladels. In den Reihen der armen Arbeiter loht die Begeisterung für eine große und edle Sache, die Begeisterung für die Befreiung ihrer Klasse und der ganzen Menschheit. Darum bringen sie mit Freuden, wenn auch unter steten, schweren Opfern, die Summen zusammen, die nöthig sind, um den Befreiungskampf zu führen. Die Parteien der Bourgeoisie dagegen, die immer über Geldmangel jammern müssen, vertreten eine absterbende, hoffnungs- und begeisterungslose Gesellschaftsklasse ohne Ideale, — und von solchen hoffnungslosen Leuten ist natürlich nicht zu verlangen, daß sie für Ziele, an die sie nicht glauben, einen besonderen Opfermuth bekunden sollen. Darum glauben wir auch, daß der Kassenbericht unserer Partei, so stolz er lautet, bei der Bourgeoisie trotzdem keine „die Taschen aufknöpfende Wirkung" haben wird. —

Anarchistenbekämpfung. Die italienische Einladung zur Theilnahme an einer die Abwehr der anarchistischen Gefahr bezweckenden Konferenz ist, wie der Münchener „Allg. Ztg." drahtlich gemeldet wird, in Berlin eingetroffen. „Bei den engen freundschaftlichen Beziehungen zu Italien verstehe es sich von selbst, daß diese Aufforderung die wohlwollendste Aufnahme finde." Bestimmte Vorschläge in bezug auf Ort, Zeit und Programm der Konferenz seien noch nicht bekannt geworden. —

* * *

Deutsches Reich.

Kaiserreisen. Zur Jerusalemfahrt des deutschen Kaisers wird dem „Herold-Bureau" aus Venedig telegraphirt:

„Die ganze Bahnstrecke Ala—Venedig wird während der Fahrt des deutschen Kaiserpaares vom Militär und Karabinierie besetzt gehalten. Alle an der Strecke liegenden Bahnstationen werden für das Publikum abgesperrt."

In der Nationalhymne heißt es zwar: „Nicht Roß, nicht Reisige sichern die steile Höh', wo Fürsten stehn". Aber ab und zu scheint man doch bei Kaiserreisen die russische Methode zu bevorzugen und Militär und Karabinierie für sicherer zu halten.

Von einem Rückgang in der Sozialpolitik — so leitartikelt die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" — könne gar keine Rede sein. Das Reich sei auf dem sozialpolitischen Gebiet bahnbrechend vorangegangen und nachdem dann eine Pause eingetreten sei, werde nun wieder weiter gearbeitet werden. „Allein es dürfte sich der Natur der Sache nach nicht sowohl um Lösung neuer sozialpolitischer Probleme, als vielmehr um ein behutsames planmäßiges Fortschreiten auf der bisherigen Bahn handeln."

Es wird dann in einem Zitat aus dem amtlichen „Dresdener Journal" dargelegt, daß sich der Reichstag mit den Versicherungsgesetzen beschäftigen werde, und dann heißt es wörtlich weiter:

Eine wichtige soziale Aufgabe für den Reichstag ist ferner der Schutz der Arbeitswilligen gegen den Streikterrorismus. Die Nothwendigkeit eines solchen Schutzes ist ebenso unbestreitbar, wie es müßig ist, sich heute auf längere Erörterungen einer Vorlage einzulassen, von deren Inhalt amtlich noch nichts bekannt ist. Wenn die Sozialdemokratie die bloße Ankündigung des bezüglichen Gesetzentwurfs zu Agitationszwecken wahrgenommen hat, so ist das nicht zu verwundern; denn von jener Seite wird keine Gelegenheit versäumt, den vielfach verödenden Parteiversammlungen neues Interesse zu verleihen. Eine besondere Zugkraft hat die Losung: das Koalitionsrecht ist bedroht, gleichwohl nicht erwiesen. In immer weitere Kreise, namentlich in die gutgesinnter Arbeiter, dringt die Erkenntniß ein, daß eine schrankenlose Koalitionsfreiheit den Frieden zwischen Arbeitgebern und Arbeitern immer mehr hinausschieben und nur der sozial-revolutionären Bewegung nützen würde.

Daß die Arbeiter selbst zu der Erkenntniß gekommen sind, daß ihnen das „schrankenlose Koalitionsrecht" schadet, wollen wir den Preßkulis der Regierung und Großunternehmer schenken. Für solche Entdeckungen werden sie bezahlt. Aber unbezahlbar ist es, wenn hier die Bearbeitung der Zuchthausvorlage, die den Arbeitern das Koalitionsrecht illusorisch machen soll, zu den aufbauenden sozialpolitischen Gesetzen gerechnet wird. —

Der Fall des Sozialistengesetzes im Jahre 1890 giebt den „staatserhaltenden" Parteien und Persönlichkeiten noch immer Anlaß zu Erörterungen und Erklärungen, so sehr bedauern die Herren das Zunichtewerden des Schandgesetzes. Keiner will die Ursache gewesen sein, daß die nichtswürdige Waffe des Sozialistengesetzes zum alten Eisen geworfen wurde, und die Herren suchen sich gegenseitig die Schuld an diesem traurigen Vorkommniß in die Schuhe zu schieben. So erläßt jetzt der Herr von Helldorff-Bedra, der damalige Führer der Konservativen, der nachher wegen seiner Beliebtheit bei Hofe aus den Vorderreihen der Partei verdrängt wurde, in der

„Konservativen Korrespondenz" eine Erklärung, aus der hervorgeht, daß die Konservativen an dem Fall des Sozialistengesetzes ganz unschuldig sind. Sie hätten die Regierung und speziell den Fürsten Bismarck ausdrücklich gefragt, ob sie für das durch die damalige Reichstags-Kommission etwas abgeschwächte Sozialistengesetz stimmen sollten oder nicht. Die damalige Situation der konservativen Partei wird folgendermaßen geschildert:

Es wäre eine unbegreifliche Inkonsequenz gewesen, wenn die Konservativen, deren Vertreter in der Kommission in voller Uebereinstimmung mit der Fraktion gehandelt hatten, im Plenum ohne weiteres für die, gegen die Regierungsvorlage so wesentlich abgeschwächte Kommissionsvorlage gestimmt hätten. — Wenn die Regierung die Kommissionsvorlage für unannehmbar hielt und die Absicht hatte, dem nächsten Reichstag eine neue verschärfte Vorlage zu machen, würde diese Abstimmung der Konservativen die Stellung der Regierung auf das empfindlichste geschwächt haben. Andererseits mußte erwogen werden, ob die Annahme eines, wenn auch sehr abgeschwächten, aber denn doch noch einige wirksame Bestimmungen enthaltenden Sozialistengesetzes, — nicht dennoch dem Versuche, von dem nächsten Reichstag ein besseres Gesetz zu erhalten, vorzuziehen sei — da dieser zu einem Konflikt mit dem Reichstage führen konnte, der möglicherweise in einer gespannten Weltlage nicht ohne Bedenken war. — Die konservative Fraktion glaubte durchaus richtig und loyal zu handeln, wenn sie die Entscheidung dieser schwerwiegenden Frage der Regierung überließ.

Nun, eine Erklärung der Regierung erfolgte nicht — vermuthlich weil der Kaiser damals im Gegensatz zu Bismarck der Ansicht war, auch ohne Sozialistengesetz „mit den Sozialdemokraten fertig zu werden." Dies ist allerdings ohne Sozialistengesetz ebensowenig gelungen, weil es früher mit dem Sozialistengesetz nicht gelungen war. — Es hat sich hier eben gezeigt, daß eine weltgeschichtliche Bewegung wie der Sozialismus durch einige Gesetzesparagraphen nicht reglementirt werden kann. Und deswegen ist der Streit darüber, wer eigentlich die meiste Schuld am Ablauf des Sozialistengesetzes hat, ganz müßig. Die Herren Bourgeois brauchen sich deswegen keine gegenseitigen Vorwürfe zu machen. Die Sozialdemokratie hat unter dem Sozialistengesetz gegrünt und ohne das Gesetz geblüht, und sie wird weiter wachsen und gedeihen, was die herrschende Klasse auch gegen sie zu unternehmen für gut finden wird. —

Maßregeln gegen Veröffentlichung vertraulicher Aktenstücke werden in verschiedenen Blättern angekündigt. Das ist leichter gesagt als gethan. In welche Verlegenheit kämen denn dann Herr von Zedlitz-Neukirch und die anderen einflußreichen, der Regierung so nahestehenden Journalisten und Nichtjournalisten, die einen schwunghaften Handel mit Bundesrathsvorlagen treiben. Hat Herr Schönstedt denn wirklich Leute zur Hand, die einen bombenfesten Gesetzentwurf fertigstellen können, durch den blos sozialdemokratische Blätter getroffen werden können, wenn sie Geheimerlasse publiziren?

Hurrah, der Thomasmehl-Boykott des Bundes der Landwirthe ist zu Ende. Nun darf der preußische Landwirthschafts-Minister wieder Thomasmehl für die königlichen Domänen kaufen. Wir sprechen dem Bunde für die musterhaft rücksichtslose Führung dieses Boykotts unsere uneingeschränkte Anerkennung aus. Wir sind sicher, daß keines ihrer Organe und auch kein preußischer Minister etwas einwenden kann, wenn die Arbeiter künftig das thun werden, was die Agrarier nun gethan haben. —

Der Wagenmangel und die Arbeiter. Vom Standpunkt der Arbeiter legt man dem Wagenmangel in unseren Industriebezirken viel zu wenig Bedeutung bei, obgleich bei Schädigungen, die durch zu geringe Anlieferung der geforderten Wagen entstehen, die Arbeiter am meisten geschädigt werden, insofern nämlich, als die Fabrikanten und Fabrikdirektoren, um sich einigermaßen schadlos zu halten, den Betrieb für einige Tage einstellen. So hat der Wagenmangel im vorigen Herbst den Arbeitern in Rheinland-Westfalen ganz erhebliche Lohnverluste verursacht. Eine einzige größere Zeche im Handelskammerbezirk Mühlheim an der Ruhr berechnet den hieraus sich ergebenden Lohnausfall für ihre Arbeiter auf 62 000 M. Ja, der eben erschienene Handelskammerbericht der genannten Stadt geht sogar so weit, der Eisenbahn-Verwaltung, die doch sonst für das Seelenheil des Publikums in jeder Weise besorgt ist, direkt vorzuwerfen, daß durch den Wagenmangel die Sozialdemokratie gefördert werde. Sie schreibt: „Es kann den Staatsbehörden nicht dringend genug ans Herz gelegt werden, Vorsorge zu treffen, daß Störungen, wie sie in den letzten Jahren regelmäßig in dem Wagenmangel wiederkehrten, vermieden werden, da sie — abgesehen von dem geldlichen Schaden — Unzufriedenheit unter den Arbeitern fördern und sie der Sozialdemokratie in die Arme treiben, aber auch das gute Verhältniß zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern beeinträchtigen." Wer gehofft hat, daß der preußische Eisenbahnminister durch Abstellung des Wagenmangels die Quelle der Unzufriedenheit der Arbeiter stopfen würde, hat sich getäuscht, denn schon wieder kommen Nachrichten, daß infolge nicht gelieferter Wagen Werke feiern müssen. Im Saargebiet haben in einem Schacht der Grube Klein-Rosseln 750 Arbeiter die Arbeit einstellen müssen, weil die verlangten Wagen nicht gestellt wurden und die Stapelplätze der Grube durchweg überfüllt sind. 750 Mann sind so wieder einmal für einen bis zwei Tage brotlos. Wahrhaftig, es wäre besser, Vorsorge zu treffen, daß die Arbeiter durch das Verschulden der Eisenbahn-Verwaltung nicht um ihr Brot kämen, anstatt Zeitschriften wie den „Simplicissimus" und die „Zukunft" unter Zensur zu stellen und auf den Bahnhöfen zu verbieten. —

Hannover, 5. Oktober. Bei der Reichstags-Ersatzwahl im 7. hannoverschen Wahlkreise (Rienburg) erhielten bisher Scheele (Welfe) 2157, Brandt (B. d. L.) 1685 und Wiele (S.) 838 Stimmen.

Eine Parteiversammlung in Schleswig beschloß einstimmig: „In Erwägung, daß bis jetzt nur ein konservativer Kandidat aufgestellt ist und wir nicht in der Lage sind, selbständig einen Kandidaten durchzubringen, verzichten wir darauf, uns an den preußischen Landtagswahlen mit ihrem elendesten aller Wahlsysteme zu betheiligen."

Die „Vossische Zeitung", die die ersten Angriffe gegen ihr Blatt anläßlich der Affäre Dunz ignorirte, dann, als die „Deutsche Tageszeitung" Lärm schlug, sehr großmäulig auftrat, schweigt auf unseren Angriff in der letzten Nummer, sie schweigt, obgleich auch von anderer Seite böses Material gegen sie vorgebracht wird. —

Oesterreich.

Wien, 5. August. Abgeordnetenhaus. In der Fortsetzung der Debatte über die Ausgleichsvorlage sprachen die Deutsch-Fortschrittler Roser und Rocke, die Christlich-Sozialen Schlesinger und Lueger, der Sozialdemokrat Hannich und das Mitglied der deutschen Volkspartei Chiari, sämmtlich gegen die Vorlagen. Hierauf wurde mit 183 gegen 149 Stimmen Schluß der Debatte angenommen. Ueber die Auslegung der Geschäftsordnung entspann sich eine längere Debatte. Der Präsident Fuchs erklärte, daß nach seiner Rechtsanschauung die Regierungsvorlagen den Dringlichkeitsanträgen vorauszugehen hätten; um aber den beiderseitigen Auffassungen Rechnung zu tragen, werde er am Schlusse jeder Sitzung Dringlichkeitsanträge zur Verhandlung bringen. Die Redner der Linken protestirten gegen die Anschauung des Präsidenten, Pergelt beantragte, daß das Gesetz, betreffend die Erhöhung der Bezüge der Staatsdiener, sofort nach Schluß der ersten Lesung der Ausgleichsvorlagen verhandelt werde.

Der Präsident erklärte, diesem Wunsche entsprechen zu wollen. Die nächste Sitzung findet morgen mit folgender Tagesordnung statt: Fortsetzung der ersten Lesung der Ausgleichsvorlagen, Gesetz betr. Erhöhung der Bezüge der Staatsdiener, Nothverordnung in betreff des Budgetprovisoriums, Anklagen gegen die Minister Grafen Badeni und Thun.

Der deutsch-klerikale Agrarier Baron Dipauli ist an stelle Bärnreithers zum Handelsminister ernannt worden. Die Auslieferung des Kabinets Thun an die Klerikalen, Feudalen, Polen und Jungczechen wird bald vollendet sein. —

Schweiz.

Bern, 3. Oktober. (Eig. Ber.) Die Grenzverletzungen der italienischen Zollbeamten gehören zu den alltäglichen Vorkommnissen, über die, wenn sie nicht ganz grob sind, man sich garnicht mehr aufhält. Allein es kamen das Jahr hindurch zahlreiche grobe Grenzverletzungen vor, worauf sich dann, wenn die Schweiz reklamirt, die italienische Regierung entschuldigt, aber nur, um sie durch ihre Beamten wenige Tage darauf wiederholen zu lassen. Die größte Frechheit erlaubten sich aber vorige Woche zwei italienische Zollwächter, indem sie sich in ein schweizerisches Zollhaus, das 100 Meter von der Grenze entfernt steht, einquartirten und sich dem Einschreiten der schweizerischen Zollbeamten widersetzten, sodaß diese ihrer vier die Revolver auf sie anschlugen, worauf sie sich ergaben und in das Gefängniß von Mendrisio abgeführt wurden. Die brutale Grenzverletzung zeigt, daß ein Berner Blatt recht hat, wenn es konsequent von der „italienischen Verbrecher-Regierung" schreibt. Wie der Herr so der Diener, wie die Minister in Rom, wie die Bureaukratie im ganzen Lande, so die Zollwächter an der Grenze. Es ist das faule, gewaltthätige italienische Regierungssystem, das in seinen zwei würdigen Vertretern im schweizerischen Gefängnisse sitzt und die internationale Anarchistenbekämpfung möge bei diesen den Anfang machen. —

Frankreich.

Paris, 5. Oktober. Wie der „Temps" meldet, hat die Polizei in den letzten Tagen etwa 50 fremde Anarchisten ausgewiesen. —

Ueber die Vorgänge in Paris in den letzten Tagen wird uns von unserem Korrespondenten noch geschrieben: „Die Versammlungskampagne zu gunsten der Revision lag den Generalstäblern schwer im Magen. Während die „Patrioten" keine einzige öffentliche Versammlung abzuhalten wagten, veranstalteten die Revisionsfreunde fast jeden Abend mehrere öffentliche Versammlungen, die wachsenden Erfolg hatten. Die letzte und glänzendste Kundgebung, veranstaltet von der „Petite République", fand am 1. Oktober statt im proletarischen Montmartre-Viertel, wo 4000 Personen mit einmüthiger Begeisterung den Reden des Genossen Jaurès über die Haltung der Sozialisten in der Dreyfus-Affäre lauschte. Am 2. Oktober, Sonntag Nachmittag, sollte eine weitere Volksversammlung stattfinden, einberufen von der parteilosen „Liga der Menschenrechte" mit Betheiligung mehrerer sozialistischer Redner neben den Rednern der Liga.

Das „patriotische" Gesindel hat nun mit der eifrigen Hilfe der Polizei diese Volksversammlung verhindert. Die Ehre der Urheberschaft gebührt dem Hanswurst Déroulède, der seine zweite — ebenfalls geschlossene Patrioten-Versammlung, die auf den gleichen Nachmittag einberufen war, verschoben hatte, um mit Trompetenschall in provokatorischen, beleidigenden Plakaten seine Absicht zu verkünden, die „Vaterlandslosen" in ihrer Versammlung zu zerschmettern. Das Manöver hatte den gewünschten Erfolg: Der Besitzer des Saales brach im letzten Augenblick das gegebene Wort und verweigerte das Lokal aus mehr oder minder aufrichtiger Furcht vor Ruhestörungen. In Wirklichkeit aber war die Saalabtreibung im letzten Augenblick gerade wie darauf berechnet, Straßenunruhen zu verursachen.

Ueber die Haltung der Polizei sind alle Beobachter darin einig, daß sie, wie ich telegraphirt habe, mit zynischer Offenheit gemeinsame Sache mit den Leuten Déroulède's gemacht. Diese, im Vergleich mit den revisionsfreundlichen Manifestanten ein kleines Häuflein, durften straflos mit bleigefüllten Stöcken über ihre Gegner herfallen, jedesmal, wenn diese an einem Punkte in der Minderheit waren. Die Revisionsfreunde hingegen werden von der Polizei bestialisch mißhandelt wegen eines Hochrufes auf die Revision, auf Zola, auf Picquart oder auf Jaurès.

Jaurès warnt die Regierung vor der Gefahr, die das provokatorischen Treiben der Polizei heraufbeschwört. Herr Brisson hört aber auf diesem Ohr nicht. Die einzige Garantie gegen zweckwidrige Krawalle besteht vielmehr in der, zugleich von Jaurès geforderten Organisation der sozialistischen Masse sowie der demokratischen Elemente überhaupt, damit sie nicht ein Spielball der „patriotisch"-polizeilichen Provokationen werden." —

Wie ferner aus Paris gemeldet wird, soll sich der Generalprokurator Manau in seinen Schlußanträgen entschieden für die Revision ausgesprochen haben. Er stütze sich hierbei 1. auf das Geständniß Henry's und 2. auf den Umstand, daß zahlreiche Schriftstücke der Dreyfusakten, wenn nicht als Fälschungen, so doch als sehr verdächtig gelten müßten.

Die „Frankfurter Zeitung" meldet aus Paris: Die Revision des Dreyfus-Prozesses ist heute Nachmittag 2 Uhr bei der Gerichtsschreiberei des Kassationshofes in das Verhandlungsregister eingetragen worden.

Die Nachricht, Paty de Clam sei in Rom in einem Hotel abgestiegen, wird dementirt. Nun, wo der Herr herumreist, ist ziemlich gleichgiltig, jedenfalls scheint er doch Ursache zu haben, sich möglichst fern vom Schuß zu halten. Ebenso macht es sein Lumpaci Esterhazy, der in Belgien und England herumreist, wo er die Zeitungen mit richtigen und auch falschen Nachrichten über das Spionagewesen im allgemeinen und über die von ihm ausgeführten Lumpereien versorgt. Dabei macht er nicht blos ein Geschäftchen, sondern verfolgt damit auch den Zweck, sich als möglichst unschuldiger Engel darzustellen.

Der Ministerrath soll das gerichtliche Verfahren gegen den antisemitischen Abgeordneten Lazies wegen seines beleidigenden „offenen Briefes" an Chanoine beschlossen haben. —

Rußland.

Petersburg, 5. Oktober. Die Ernennung des bisherigen ersten Sekretärs bei der Gesandtschaft in Peking, Pawlow, des geheimen Leiters der letzten Revolution in Peking, zum Geschäftsträger und Generalkonsul in Söul (Korea) wird jetzt amtlich bekannt gemacht.

Bulgarien.

Belohnte „Revolutionäre". Wenn die „Moskowskija Wjedomosti" aus Sofia gut unterrichtet sind, so steht eine überraschende Lösung der Emigranten-Frage in Aussicht. Fürst Ferdinand wolle den bekannten Oberst Grujew, den Haupträdelsführer bei dem Putsche gegen den Fürsten Alexander, zum Kriegsminister ernennen, aber auch die übrigen heimkehrenden Emigranten auf sehr verantwortungsvolle Posten stellen. Dies sei die Ursache der Kriegsminister-Krise, und wenn die Verhandlungen mit Grujew abgeschlossen seien, werde der gegenwärtige Kriegsminister Iwanow unverzüglich über die Klinge springen. Sollte Fürst Ferdinand sich wirklich stark genug fühlen, um der bulgarischen Armee eine solche Demüthigung zuzufügen? —

Türkei.

Konstantinopel, 5. Oktober. Die Kollektivnote der vier Mächte betreffend die endgiltige Regelung der kretischen Frage ist heute Vormittag der Pforte überreicht worden. —

Asien.

Deutschland und die Revolution in Peking. Das deutsche Kriegsschiff „Kaiserin Augusta" ist zum Schutze der deutschen Interessen von Kiautschou nach Taku abgegangen. An Bord befinden sich außer der eigenen Besatzung noch ein Offizier und 30 Mann Marine-Infanterie von der Besatzung der „Deutschland", um, falls eine Requisition seitens der deutschen Gesandtschaft in Peking in dieser Richtung erfolgen sollte, in Taku ausgeschifft zu werden und nach Peking zu marschiren. —

Peking, 3. Oktober. („Frankf. Ztg.") Der Kaiser wird im Palast gefangen gehalten. Bei den letzten Unruhen wurden fünf Chinesen getödtet. Die Angriffe auf die Europäer dauern fort.

Amerika.

New-York, 5. Oktober. Nach einer Meldung des „New York Herald" aus Washington wurde das Mitglied der amerikanischen Kommission der Pariser Friedens-Konferenz Day ermächtigt, die Arbeiten der Kommission jederzeit zu unterbrechen, falls Spanien sich unzugänglich erweisen oder die Arbeiten unnöthig verzögern sollte. Eine Flottenkundgebung würde folgen. Agoncillo, der Vertreter Aguinaldo's, werde von der Pariser Kommission vernommen werden. —

New-York, 5. Oktober. (W. T. M.) Nach einem Telegramm aus Havana versicherten in der gestrigen Sitzung der gemischten Kommission für die Räumung Kubas die spanischen Mitglieder, es sei unmöglich, Kuba sofort zu räumen. Die amerikanischen Mitglieder bestanden auf ihrer Instruktionen und verlangten sofortige Räumung. Die Verhandlungen dauerten zwei Stunden, ohne daß eine Einigung erzielt wurde.

Kampf um das Koalitionsrecht!

Wozu überhaupt noch das Zuchthaus-Gesetz?

Unsere Richter versuchen die vorhandenen Gesetze den Intentionen unserer Machthaber so konform auszulegen, daß neue Gesetze vollkommen überflüssig sind. Auch das Reichsgericht betheiligt sich daran, das Koalitionsrecht der Arbeiter dadurch illusorisch zu machen, daß es den vorhandenen gesetzlichen Bestimmungen eine Auslegung giebt, die weder von dem Gesetzgeber beabsichtigt war noch überhaupt der Tendenz des betreffenden Gesetzes entspricht. So hat das Reichsgericht in letzter Zeit den Begriff der Nöthigung soweit gesteckt, daß keinem Arbeiter mehr, ohne Gefahr in das Gefängniß wandern zu müssen, ermöglicht wird, seinem Arbeitgeber zu sagen: „Der bisher bezahlte Lohn ist mir zu gering, ich will mehr haben." Erklärt nämlich ein Geselle mitten in der Arbeit seinem Arbeitgeber: „Wenn Sie mir nicht sofort mehr Lohn versprechen, so arbeite ich nicht weiter", so liegt nach einer Entscheidung des Reichsgerichts schon Nöthigung vor, und es tritt bei Anzeige beim Staatsanwalt Gefängnißstrafe ein. Das Urtheil des Reichsgerichts besagt: „Wird zum Zwecke der Erlangung günstigerer Arbeitsbedingungen das Mittel der Nöthigung angewandt, so gelangen bei Vorhandensein der sonstigen Thatbestandsmerkmale die Strafbestimmungen § 240 oder § 253 des Strafgesetzbuches zur Anwendung, gleichviel ob diese Nöthigung von Einzelnen oder von einer Koalition und ihren Vertretern ausgeht." § 240 droht mit Gefängniß bis zu einem Jahre, § 253 nicht unter einem Monat. Graf von Posadowsky mit seinem geplanten Gesetzentwurf ist also ein höchst überflüssiger Akteur. Man braucht den Streikbrecher garnicht mehr zu schützen, wenn man vorher schon jeden Arbeiter und jede Arbeitervertretung, die von den Arbeitgebern höhere Löhne verlangen und mit einer Arbeitseinstellung drohen, ins Gefängniß schicken kann. Es bleibt jetzt nur noch übrig, daß auch noch der Arbeiter bestraft wird, der überhaupt sich erdreistet, eine Stelle bei einem Arbeitnehmer auszuschlagen, wo nach seinem Dafürhalten der Lohn zu niedrig ist. Das Reichsgericht scheint gar nicht gewußt zu haben, daß in dem überwiegenden Theile industrieller Etablissements längere Kündigungsfristen gar nicht bestehen, sondern von heute auf morgen gekündigt wird, der Arbeiter also, wenn er seinen Lohn erhöht haben will, nicht anders handeln kann, als daß er sagt: „Wenn Sie mir nicht mehr Lohn geben, dann höre ich auf!" Wenn die Arbeitgeber nunmehr niederträchtig sein wollen, so führen sie jetzt insgesammt die eintägige Kündigungszeit in ihren Werken ein und wehe dem Arbeiter, der von heute auf morgen höheren Lohn verlangt. Er wird laut der neuesten Entscheidung des Reichsgerichts wegen Nöthigung ins Gefängniß geworfen.

Das „Schweineglück" der Sozialdemokratie.

Die „Köln. Volks-Zeitung" schreibt:

„Nachdem der Kaiser in Oeynhausen das neue Gesetz in so eigenartiger Form angekündigt hatte, wurde seine alsbaldige Veröffentlichung als wünschenswerth bezeichnet, damit die Sozialdemokraten die Rede nicht ausbeuten könnten. Sie haben aber wieder „Schweineglück". Mit der Veröffentlichung wird gewartet, bis die Sozialdemokratie die Rede erschöpfend ausgenutzt hat. Und überdies ergiebt sich mit ziemlicher Gewißheit, daß die Veröffentlichung schon deshalb noch nicht erfolgen kann, weil die Regierung selbst noch nicht weiß, was sie will. Auch das bemerken die Sozialdemokraten mit heller Schadenfreude."

Wir haben dem nichts hinzuzufügen.

Seine Wähler zu verrathen,

das ist es, was die „Berl. Neuest. Nachr." dem Zentrum zumuthen, indem sie die Hoffnung aussprachen, diese Partei werde das Zuchthaus-Gesetz, wenn es in die richtige Fassung gebracht werde, nicht scheitern lassen, und daran die Worte knüpfte: „Im letzten Winter stand man vor den Wahlen, jetzt liegen sie hinter uns." Die „Köln. Volksztg." weist jetzt mit Entschiedenheit diese Zumuthung zurück. Sie schreibt:

„Im letzten Winter stand man vor den Wahlen; jetzt liegen sie hinter uns." Das will doch wohl besagen: die Zentrumswähler sind gegen unnöthige und zweckwidrige Unterdrückungsmaßregeln und für Koalitionsfreiheit der Arbeiter. Traut man nun dem Zentrum zu, es nehme vor der Wahl auf die Meinung seiner Wähler Rücksicht und halte sich nach der Wahl für befugt, sie in den Wind zu schlagen? Ein derartiges Spiel mit den Wählern überläßt das Zentrum Leuten, die z. B. vor der Wahl jede böse Absicht gegen das Reichstags-Wahlrecht feierlich ableugnen, unmittelbar nach der Wahl aber das Wahlrecht als unhaltbar hinstellen."

Wir nehmen gern Kenntniß von dieser Absage; eine Partei freilich, die schon so häufig umgefallen ist, wie das Zentrum, muß sich solch dreistes Liebeswerben schon gefallen lassen. —

Protestversammlungen.

wurden weiter abgehalten in Mainz (3000 Besucher), Gablenz bei Chemnitz, Remstädt bei Gotha, Lambrecht in der Rheinpfalz, Flensburg.

Es hat kaum jemals eine Regierungsvorlage die Arbeiter so vieler Orte und so verschiedener Distrikte Deutschlands in eine gleich lebhafte Bewegung gebracht, wie die sogenannte Zuchthaus-Vorlage.

Partei-Nachrichten.

In eigener Sache. Angriffe gegen den „Vorwärts" sind blos von sehr wenigen Delegirten vorgebracht worden. Die meisten enthalten blos Sentiments subjektivster Art, über die man lediglich an das ruhige Urtheil der Leser appelliren kann, die aber, auch wenn sie durchaus unbegründet sein sollten, nicht widerlegt werden können, als durch entgegengesetzte Behauptungen von unserer Seite. Wir würden es für wenig vornehm halten, uns auf einen solchen Kampf einzulassen. Wir begnügen uns deshalb, an das Urtheil Bebel's zu erinnern, daß gerade in der für die Partei entscheidenden Zeit, bei den Reichstagswahlen unter den schwierigsten Umständen — waren doch mehrere Redakteure und die von uns am meisten geschätzten externen Arbeiter durch die Wahlagitation dem Blatte fast völlig entzogen — das Zentralorgan seine Schuldigkeit voll gethan hat.

Nur auf die Angriffe von einer Seite, von Stadthagen, wollen wir eingehen, weil sie mit Thatsachen zu bekämpfen sind.

Die Beschwerden des Genossen Stadthagen gegen den „Vorwärts" gipfeln in dem Vorwurf, daß wir nicht schon früher über das Koalitionsrecht und den Arbeiterschutz ausführliche Artikel gebracht haben. Ferner haben wir sein Mißfallen dadurch erregt, daß wir aus einer von ihm gelieferten Notiz die Bemerkung gestrichen haben sollen, welche dahin ging, „daß die Leutenoth endgiltig nur abgestellt werden kann in einem sozialistischen Gemeinwesen." Wir vermögen heute nicht festzustellen, in welchem Zusammenhange der Satz gebraucht wurde und warum wir ihn gestrichen haben. Um so weniger sind wir hierzu in der

Lage, als wir bei Stadthagen'schen Manuskripten nur zu häufig in die Lage kommen, recht viel streichen zu müssen. Entschieden müssen wir uns dagegen verwahren, daß wir unsere Pflicht als Arbeiterblatt verletzt hätten, indem wir über die für die Arbeiter wichtigsten Dinge nicht geschrieben haben. Eine oberflächliche Zählung hat ergeben, daß seit dem Hamburger Parteitage im „Vorwärts" über Arbeiterschutz und Fabrikgesetzgebung 51 und über das Koalitionsrecht 25 selbstständige Artikel, die meisten an leitender Stelle, erschienen sind. Das macht 73 Artikel bei etwa 300 Nummern des „Vorwärts" pro Jahr. Damit ist aber das, was wir in diesem Zeitraum über diese Materien geschrieben, aber auch noch nicht im entferntesten aufgezählt. In unzähligen Notizen haben wir Stellung genommen zu diesen für die Arbeiterschaft so ungemein wichtigen Dingen. Als der Posadowsky-Erlaß erschien und als er später im Reichstag diskutirt wurde und neuerdings, nach der Oeynhausener Kaiserrede haben wir für diese Dinge besondere Rubriken eingerichtet und ganze Spalten des „Vorwärts" sind angefüllt mit polemischem Stoff zu dieser Frage. Im vergangenen Jahre hatten wir auch die Wahlbewegung. Was haben wir in der Wahlzeit anders gethan, als Material beigebracht und unsern Parteigenossen Waffen geliefert im Kampfe. Und das Koalitionsrecht war einer der wichtigsten Punkte im Wahlkampf. Sollte das alles der Genosse Stadthagen nicht gesehen haben!

Und die Parlamentsberichte, die Berichte über Kongresse von Arbeitern, die Rubrik „Soziale Rechtspflege", die Korrespondenzen unserer in- und ausländischen Mitarbeiter, die Bücherbesprechungen, sie alle enthalten bald mehr bald weniger über diese Themata. Bemerkt das alles der Genosse Stadthagen nicht? Der Werth seiner Angriffe auf den „Vorwärts" mag nun von Anderen beurtheilt werden? —

Die Parteigenossen in Solingen beschlossen, sich an den bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen der 3. Abtheilung energisch zu betheiligen.

Unsere belgischen Parteigenossen haben am 1. Oktober ein neues Organ „Le Laboreur" (Der Arbeiter) herausgegeben, das speziell den Interessen der Landarbeiter dienen soll.

Am Sonntag wurde in Brüssel eine sozialdemokratische Preßkonferenz abgehalten, zu der die Redaktionen der Parteiblätter und die Leiter der Partei-Provinzialverbände eingeladen waren. U. a. wurde über eine Beschwerde gegen das Zentral-Organ der belgischen Sozialdemokratie, den „Peuple", verhandelt, der häufig Artikel, die von Parteigenossen eingesandt wurden, abgelehnt hat. Die Konferenz stellte fest, daß die Redaktion des „Peuple" im Rechte gewesen ist, polemische Artikel über die Taktik und das Prinzip der Partei zu einem Zeitpunkte zurückzuweisen, wo die Veröffentlichung der Partei Schaden verursachen konnte. Mitten im Kampfe sei die Ablehnung solcher Artikel sehr wohl gerechtfertigt, während in politisch ruhigeren Zeitläuften den Parteigenossen das volle Recht auf Kritik selbstverständlich gewahrt bleiben müsse. Aus denselben Gründen erkannte die Konferenz der Redaktion das Recht zu, Polemiken zu schließen.

Polizeiliches, Gerichtliches ꝛc.

— Der Parteigenosse Regierungs-Baumeister Keßler aus Berlin soll in einer Rede, die er am 18. März in einer Volksversammlung in Zeitz gehalten hat, gegen den § 130 des Strafgesetzbuchs verstoßen haben. Das Landgericht in Naumburg verurtheilte ihn zu einem Monat Gefängniß.

Preßstimmen

zu dem Geheimerlaß des Herrn v. d. Recke.

Den gestern veröffentlichten Preßstimmen über den jüngsten Erlaß des Polizeiministers lassen wir heute noch die nachstehenden folgen:

Auch die gesammte Parteipresse druckt den Erlaß im Wortlaut ab und unterzieht ihn einer scharfen aber berechtigten Kritik.

Das „Hamburger Echo" sagt:

„Und gleichwohl hält der preußische Polizeiminister diese Gelegenheit (gemeint ist der Erfurter Krawall) für günstig, eine schärfere Anwendung der „Beruhigungs"-Mittel zu empfehlen. Wir würden staunen vor so viel staatsmännischer Weisheit, wenn wir uns nicht längst alles Staunen abgewöhnt hätten."

Der Lübecker „Volksbote":

„Das Schriftstück spricht für sich selbst. Von 1820 bis jetzt hat die alte, minder scharfe Instruktion genügt. Selbst in den Zeiten, wo die Reaktion in Preußen allmächtig war, hat sie ausgereicht. Jetzt jedoch, wo der Zuchthauskurs gesteuert werden soll, da soll auch der Säbel hauen und die Flinte schießen. Fürwahr, es ist weit gekommen, dank der Rückgratlosigkeit des „liberalen" Bürgerthums."

Die Magdeburger „Volksstimme":

„Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß diese Verfügung so ziemlich alle Schichten der Bevölkerung lebhaft erregen wird. Denn man muß wissen, daß dank der Anschauungen, die man in behördlichen Kreisen von der Staatsautorität hegt, die Polizei dem Publikum gegenüber bisher schon oft in einer Weise ihres Amtes gewaltet hat, die alles andere eher denn beruhigend war und selbst solche Leute, die im allgemeinen bei Aufläufen nicht auf die Straße steigen, mit triftigem Mißtrauen gegen zahlreiche Vertreter der Ordnung erfüllen mußte."

Die „Leipziger Volks-Zeitung" polemisirt in scharfer Weise gegen den Erlaß. Sie schreibt u. a.:

„Unter den erstaunlichen Proben preußischer und sonstiger Regierungsweisheit, deren dieser Herbst mehr als eine gebracht hat, wird dieser Erlaß des Herrn v. d. Recke an den Regierungs-Präsidenten in Erfurt nicht den letzten Platz einnehmen.

Die Hoffnung, die Autorität durch fließendes, um geringfügigen Anlasses willen vergossenes Bürgerblut stärken zu können, ist freilich echt preußisch. In wirklichen Kulturvölkern sind solche staatsmännische Einbildungen natürlich unmöglich; da weiß man recht gut, daß die Autorität jeder Regierung in ihrer Fähigkeit wurzelt, wirklichen Kulturaufgaben gerecht zu werden, daß die Wurzeln aller Autorität in einem mit Bürgerblut getränkten Boden vertrocknen müssen und auch regelmäßig vertrocknen.

Praktisch wird der Erlaß des preußischen Polizeiministers keine andere Wirkung haben, als daß er je nachdem Blutbäder in denjenigen politisch entwickelten Volksschichten anrichten wird, die ein konservativer Schriftsteller einmal die „Hurrahkanaille" genannt hat. Aber auch diese Opfer der Polizei werden nicht umsonst fallen: mit ihrer durchschossenen Brust und ihrem zerspaltenen Schädel wird das letzte Kapitel von „Autorität" zerhauen und zerschossen werden, das diese Regierung noch in jenen ganz zurückgebliebenen Klassen haben mag. Vom politischen Standpunkt aus quittiren wir den Erlaß des Herrn von der Recke mit Dank, wenn wir ihn auch vom humanen Standpunkt aus lebhaft bedauern und entschieden tadeln müssen."

Die „Sächsische Arbeiter-Zeitung" bemerkt:

„Den hauptsächlichsten Inhalt dieser Verordnung hatten wir ja bereits schon mitgetheilt. Aber wir hielten es für angebracht, auch den ganzen Wortlaut wiederzugeben, damit unsere Leser einen richtigen Begriff davon bekommen, wie am Ende des neunzehnten Jahrhunderts ein preußischer Minister über das Zivilpack denkt. Einfach niederknallen, wenn das Gesindel sich mucks, das ist der Inhalt der Verordnung. Neugierig sind wir, ob die linksliberalen Abgeordneten des preußischen Landtages den Muth haben werden, die richtige Kritik an dieser „schneidigen" Verordnung zu üben."

Die „Münchener Post" schreibt:

„Die preußische Polizei ist nicht eine Wohlfahrtseinrichtung, sondern eine militärische Schutztruppe, die bestimmt ist, den blinden Gehorsam des Zivilpacks mit Schneidigkeit zu erzwingen. Das Puttkamer'sche: „die Flinte schießt, der Säbel haut", galt nur der Sozialdemokratie. Der Recke'sche Erlaß richtet sich gegen alles, was nicht uniformirt ist. Das nennt man in Preußen Fortschritt."

In ähnlicher Weise äußern sich die Parteiblätter von Breslau, Erfurt, Elberfeld, Magdeburg, Altenburg, Braunschweig, Frankfurt ꝛc.

Die „Volks-Zeitung":

„Die Erfahrung spricht durchaus nicht dafür, daß das Aufziehen der schärfsten Register bei der Behandlung einer Menschenmenge das beste Mittel sei, einer Verschärfung und Zuspitzung der Situation vorzubeugen. Sehr gewiegte Kenner der Kunst, eine aufgeregte Menschenmenge zu beschwichtigen, sind der Meinung, daß oft durch ein möglichst schroffes Einschreiten der Sicherheitsbeamten erst Katastrophen herbeigeführt werden, die bei weniger „schneidigem" Vorgehen vermieden worden wären. Selbst ein so schneidiger Militär, wie der frühere Kriegminister Bronsart von Schellendorff, hielt die sofortige Vernichtung von Menschenleben in Fällen der erwähnten Art nicht für dringlich. Im Reichstage erklärte er, daß das rechtzeitige Eingreifen einer Feuerspritze ihm als ein durchaus geeignetes Mittel erscheine, einen Aufruhr zu vereiteln. Thatsächlich ergeben zahlreiche Schilderungen von Straßenaufläufen auch in den Fällen, wo einzelne Individuen bereits grobe Ausschreitungen begangen hatten, daß durch Abgabe von bloßen Schreckschüssen die ausgezeichnetsten Wirkungen erzielt worden sind.

Da auch die Polizeibeamten nicht immer die in ihrer schwierigen und verantwortungsvollen Lage doppelt nöthige Selbstbeherrschung haben, so würden wir es praktischer finden, es würde ihnen die Anwendung von Pulver und Blei und von der Schneide des Säbels erst dann zur Pflicht gemacht, wenn alle anderen, minder blutigen Mittel, die sich anderwärts vielfältig bewährt haben, thatsächlich erschöpft sind. Es bleibt zu bedenken, daß bei einem rücksichtslosen Dreinhauen und Dreinschießen über Personen gleichsam die Todesstrafe verhängt wird, die im Wege des gerichtlichen Verfahrens vielleicht mit kurzen Gefängnißstrafen bestraft würden, wenn sie nicht gar freigesprochen würden. Und darum Siechthum oder Tod?"

Die „Tägliche Rundschau" schreibt:

„In dem Erlaß ist also klar und deutlich gesagt, daß es sich nicht um Einführung neuer Bestimmungen, sondern um strengere und zweckmäßigere Beobachtung der bestehenden Vorschriften handelt, und zwar in der ganz richtigen Absicht, etwaige Unruhen nicht unnöthige Ausdehnung gewinnen zu lassen. Der „Vorwärts" stellt sich natürlich so, als sei der Erlaß auf die „Arbeitermassen" gemünzt, und hebt dem gegenüber hervor, es seien doch nur dumme Jungen und Neugierige, die davon betroffen würden. Der Meinung sind wir auch; aber gerade sowohl die dummen Jungen als die neugierigen Gaffer sollen wissen, daß es mit der Autorität der Staatsgewalt scharfer Ernst ist. Sie mögen sich danach richten; die Behörden und die ordentlichen Bürger brauchen sich aber nicht nach der Laune dummer Jungen zu richten. So wenig wir die Bevormundung des in gesetzlichen Bahnen sich bewegenden öffentlichen Lebens durch die Polizei wünschen, so fest müssen wir das Recht der Polizei wahren, Ordnung zu halten gegenüber der Gesetzlosigkeit. Der „Vorwärts" bemüht sich zwar, das heilige Recht des Janhangels, gegen die Polizei zu ulken, zu befürworten, unterläßt es aber festzustellen, daß die Behauptung, die Polizei solle fortan von der Schußwaffe Gebrauch machen, eine Unwahrheit ist.

Die „Vossische Zeitung" widmet dem Erlaß nachträglich einen besonderen Leitartikel, worin sie u. a. folgende Ausführungen macht:

„Ein junger Rekrut entscheidet über Leben und Tod seines Mitbürgers. Aber es kann auch sein, daß der Rekrut ein schlechter Schütze ist. Bei der heutigen Tragweite der Geschosse kann die Kugel, die am Brandenburger Thor abgefeuert wird, an der Schloßbrücke einen Menschen tödten. Dieser Mensch kann auch ein Gelehrter von Weltruf, ein General, selbst ein Prinz sein. Ist es unerläßlich, daß in verkehrsreichen Straßen ein Wachtposten oder eine Patrouille das Recht habe, von der Schußwaffe Gebrauch zu machen? Mancher unbefangene Beobachter glaubt, diese Frage verneinen zu sollen. Allein, wen nimmt es Wunder, daß von Amts wegen die Frage bejaht wird?"

In den „Berliner Neuesten Nachrichten" wird die Zuschrift eines Offiziers veröffentlicht, dem die Sache eigentlich noch gar nicht schneidig genug ist. Der Herr schreibt u. a.:

„Wenn einzelne Mißgriffe der Polizei zu beklagen waren — die sich aber nicht auf Tumulte bezogen — so haben aufmerksame Beobachter schon lange zu bemerken Gelegenheit gehabt, daß die Polizeibeamten in großen Städten oft nicht mehr mit der gehörigen Energie auftreten, was man nur als eine Folge der revolutionären planmäßigen Verhetzung und Einschüchterung erklären kann." —

Und an anderer Stelle:

„Nicht nur, daß durch Schreckschüsse dem Aufruhr gewöhnlich kein Ende gemacht wird, sie werden von den Revolutionären ebenso ausgenützt werden wie scharfe Schüsse. Dies beweist der 18. März 1848 in Berlin, an welchem Tage die aus Versehen in die Luft gegangenen beiden Schüsse auf dem Schloßplatz zum Vorwand des Aufstandes genommen wurden."

Das nennt man wenigstens Logik. Da die „Revolutionäre", die freilich weder in Erfurt, noch in Liegnitz, noch bei sonst irgend einem Tumulte, der in Deutschland seit Bestehen der Sozialdemokratie vorgekommen, mitgewirkt haben, die über die Köpfe gehenden Schüsse doch eventuell als Vorwand zum Vorgehen ausnützen, warum dann nicht gleich von vornherein wenigstens ein paar niederknallen!?

Den brutalsten Ton schlagen natürlich die „Hamburger Nachrichten" an:

Wohin es kommt, wenn die Polizeiorgane von den ihnen zustehenden Befugnissen bei Unterdrückung von Tumulten nicht rechtzeitig und ernstlich Gebrauch machen, haben ausländische Beispiele zur genüge erwiesen. Daß der Sozialdemokratie Strenge in dieser Beziehung nicht zusagt, ist ebenso begreiflich, wie, daß der Hund den Prügel nicht liebt. Wir sind der Ansicht, daß derjenige der wahre Menschenfreund ist, welcher bei Aufständen und dergleichen sofort energisch eingreift, bevor die Sache große Dimensionen annimmt und Ströme von Blut zur Herstellung der Ruhe und Gesetzlichkeit fließen müssen. Deshalb sehen wir in dem Inhalt des Erlasses nichts Verheimlichenswerthes."

Die Naumann'sche „Hilfe" schreibt:

„Solche Anweisungen sind sehr bedauerlich. Gewiß soll bei Exzessen die Polizei kräftig und zielbewußt vorgehen. Aber es darf doch auch beim schlimmsten Volksauflauf nicht vergessen werden, daß es Volksgenossen, wenn auch verblendete, erregte, irregeführte Volksgenossen sind, gegen die die Obrigkeit einschreitet. Bis jetzt haben noch fast alle traurigen Fälle von Zusammenstößen zwischen Polizei und erregten Volksmassen eher ein Zuviel als ein Zuwenig an Schneidigkeit der Behörden ergeben. Und bis jetzt haben sich die Hiebe mit flacher Klinge noch immer vorzüglich bewährt! Wozu also diese neuen, unerhörten Anweisungen?"

Der „Hamburgische Correspondent" äußert sich folgendermaßen:

„Der „Vorwärts" entrüstet sich furchtbar über diesen Erlaß und meint schließlich, er werde zur Folge haben, daß die Bekämpfung des gegenwärtigen Regierungssystems in immer weiteren Kreisen als ethische, nicht mehr blos politische Pflicht erkannt werde. Wir zweifeln sehr daran, ob das der Fall sein wird. Wenn der zuchtlose Theil des Nachwuchses der Sozialdemokratie, für den sie die moralische Verantwortung trägt, so wenig sein Treiben ihr in das offizielle Konzept passen mag, mit dem Feuer der Revolution spielen und die Autorität des Staates verhöhnen zu dürfen glaubt, so soll er die eiserne Faust der Staatsgewalt in ihrer ganzen Wucht spüren. Erfahrungsgemäß haben auch die sogenannten Schreckschüsse gar keinen Werth, sondern steigern nur die Erregung. In der Praxis wird es also, wenn es erst einmal so weit ist, immer auch zu ernsthaften Schüssen kommen. Nicht ganz sicher sind wir, ob man das Dareinhauen mit flacher Klinge so niedrig einschätzen darf. Im Prinzip ist also auch gegen diese Anordnung nichts einzuwenden."

Die „Köln. Ztg.":

Der Erlaß des Herrn v. d. Recke hat also der Sozialdemokratie wieder Stoff geliefert, den sie in ihrer Weise verarbeitet. Das Aktenstück dürfte aber auch sonst noch viel Kritik herausfordern. Wir sind auch unsererseits der Meinung, daß nicht gleich scharf geschossen zu werden braucht, wenn einige dumme Jungen einen Krawall verursachen. Man denke nur, wie viel unschuldige Straßenpassanten bei der Durchschlagskraft und weiten Tragfähigkeit der heutigen Schießgewehre in belebten Straßen in Mitleidenschaft gezogen werden können. Man kühle die Krawallmacher mit der Feuerspritze gehörig ab. Ist diese doch im Reichstage bereits von einem preußischen Kriegsminister als wirksames Mittel bei Volksaufläufen empfohlen worden.

Die katholische „Köln. Volksztg." glossifizirt den Erlaß wie folgt:

„Also immer „schneidig!" Um die „Autorität" des „Staates", d. h. der Polizei aufrecht zu erhalten, kommt es auf ein paar Menschenleben nicht an. Dabei ist die „Schneidigkeit" der Polizei nicht selten schuld, wenn Straßenaufläufe entstehen oder nicht harmlos bleiben. Gewiß soll die Polizei für Aufrechterhaltung der Ordnung sorgen, aber der Minister hätte gut gethan, sie nicht allein daran zu erinnern, daß sie „wirksam" von der Waffe Gebrauch machen soll, sondern auch daran, daß sie nicht ohne ernsteren Anlaß hauen und schießen und daß sie nicht gegen harmlose Leute wüthen soll. In der Regel besteht ja auch die große Masse bei solchen Straßen-Aufläufen aus Neugierigen und Harmlosen. Den „Tumult" machen ein paar dumme Jungen oder Betrunkene, welche die Polizei auslachen oder laut schreien."

Die „Frankf. Zeitung": „Ueber die Frage, in welchem Augenblick gegenüber einer Menschenmenge, die der Aufforderung zum Auseinandergehen keine Folge leistet, von der Waffe Gebrauch zu machen ist, enthält die Verfügung einen Satz in verzwicktem Juristenstil, den aber der Polizeisergeant schwerlich anders als dahin verstehen wird, daß der Waffengebrauch sofort einzutreten hat, wenn der dreimaligen Aufforderung nicht ohne weiteres gehorcht wird. Es wäre sehr heilsam, wenn neben diesem scharfmachenden Erlaß der § 28 der Gendarmerie-Instruktion von 1820, auf welchen sich der Erlaß berufen will, zur Vermeidung von Mißverständnissen den Beamten wörtlich vorgehalten würde. Er schließt nämlich mit den Worten: „es liegt ihnen (den Gendarmen) jedoch auch in diesen Fällen ob, die Waffen nur, nachdem gelinde Mittel fruchtlos angewandt sind und nur wenn der Widerstand so stark ist, daß er nicht anders als mit gewaffneter Hand überwunden werden kann, und auch dann noch mit möglichster Schonung, zu gebrauchen." Die Dienstinstruktion von 1820 beruht auf königlicher Verordnung und kann nicht, wie nach den Zeitungsberichten die Liegnitzer Polizei zu meinen schien, durch einen Erlaß des Herrn von der Recke abgeändert werden. Der Erlaß beruft sich ferner auf eine im Jahre 1863 ergangene Instruktion und bemerkt, daß sie in der Mittler'schen Hofbuchhandlung zu haben ist. Wir haben die Absicht, uns diesen Wink zu Nutze zu machen und behalten uns unser Urtheil über die rechtliche Zulässigkeit und Giltigkeit des Erlasses vor. Daß aber Herr von der Recke durch den Erlaß blosgestellt ist, läßt sich schon vor der genaueren Prüfung des Inhalts sagen, allein wegen der Aufschrift „vertraulich". Die Einwohner in Ungewissem darüber zu lassen, wann und wo sie aufs Schießen gefaßt sein müssen, daran mag vielleicht ein Eroberer im fremden Lande ein Interesse haben, der mit einer bewaffneten Söldnerbande die feindliche Bevölkerung in Schrecken halten muß und von der unbestimmten Angst Vortheil ziehen will. Aber den eigenen Mitbürgern gegenüber sollte doch gerade das Interesse bestehen, sie mit allem bekannt zu machen, was dazu dienen kann, die traurige Nothwendigkeit des Schießens zu vermeiden. Nachgerade könnte die Regierung eingesehen haben, daß ihre Erlasse ja doch bekannt werden, entweder durch den „Reichs-Anzeiger" oder durch den „Vorwärts" und andere Blätter. Und da will es uns scheinen, daß die Regierung den ersteren Weg vorziehen sollte."

Die „Münchener Neuesten Nachrichten":

„Die Vorschrift bezüglich der Anwendung der Schußwaffe aber, die bei der außerordentlichen Durchschlagskraft der modernen Geschosse jetzt eine ganz andere Bedeutung hat als früher und vielfach Unschuldige treffen wird, wird nicht die volle Billigung finden, die man im übrigen jeder gegen die Krawalle und Tumulte des städtischen Abschaums gerichteten ernsten Maßregel nicht versagt."

Der Bund deutscher Frauenvereine

hält gegenwärtig in Hamburg seine Generalversammlung ab. Die Versammlung wurde von dem Hamburger Senator Dr. Hachmann begrüßt und die Sitzung von der Präsidentin des Bundes, Fräulein Auguste Schmidt, eröffnet.

Aus dem Geschäftsbericht von Frau Anna Simson ersehen wir, daß die Zahl der Vereine, welche jetzt zum Bunde gehören, auf 105 gestiegen ist. Sie theilt mit, daß für die Vorbesprechung für den internationalen Frauenkongreß in London Mrs. Craighton als Vertreterin des Bundes gewählt wurde. Die Rednerin berichtet dann über die Vorschläge, welche vom internationalen Bunde für den Kongreß in London eingebracht worden sind. Es wird vor allem ein internationales Auskunftsbureau vorgeschlagen, das in dem Lande eingerichtet wird, in dem die Präsidentin des internationalen Bundes wohnt.

Es folgen die Berichte der Kommissionen: Fräulein Marie Raschke aus Berlin, die Vorsitzende der Rechtskommission, giebt eine Darstellung der Schicksale der Petitionen, welche von der Kommission an den Reichstag geschickt worden sind. Eine Resolution und eine Petition des Bundes vom 16. Juni 1896, das vierte Buch des Entwurfs eines bürgerlichen Gesetzbuches bis zur Tagung des Reichstages im Herbst desselben Jahres zurückzustellen, wurden am 22. Juni dem Reichstage mit 23 000 Unterschriften eingereicht. Die Berliner Mitglieder der Kommission setzten sich zur wirksamen direkten Einwirkung auf die Gesetzgeber mit einzelnen Abgeordneten in Verbindung, es fanden mit den Abgeordneten zwecks thunlichster Berücksichtigung der Vorschläge der Kommission Besprechungen statt. Leider war es bei der Zusammensetzung nicht möglich, die prinzipiellen Forderungen durchzusetzen. Für diese war in der Reichstags-Kommission resp. im Reichstage selbst nur eine geringe Minderheit vorhanden. Dagegen ist es gelungen, bei einigen in sozialer Beziehung bedeutungsvollen Punkten einige unserer Anträge durchzusetzen, wobei wir insbesondere von den Abgeordneten Kauffmann, Munckel und Träger unterstützt wurden. Einen Aufruf und eine neue Petition um Aenderung des Familienrechts an den Reichstag zählt bis jetzt 30—40 000 Unterschriften. Durch die Petition betreffend den Entwurf eines Handelsgesetzbuches hat der Bund erreicht, daß der jetzige § 71 des H.-G.-B. geändert worden ist. Die Petition um Zulassung der Frauen zum Laienrichteramte, die vom Bunde unterstützt wurde, ist abgelehnt worden. Für die demnächstige Tagung des Reichstags wird die Rechtskommission bei den Vorlagen betreffend Koalitionsrecht, Vereins-Gesetz ꝛc., eine neue Thätigkeit entfalten können.

Es folgte dann der Bericht von Frau Bieber-Böhm für die Sittlichkeitskommission. Das Gesuch an den Minister des Innern um Anstellung von gebildeten Polizeimatronen wurde abgelehnt. Das Anschreiben an die Lehrer und Professoren um ihre Mithilfe für die sittliche Erziehung hatte guten Erfolg. Eine Eingabe an den Kriegsminister wurde dahin beantwortet, daß der Kriegsminister davon mit Interesse Kenntniß genommen hat. Die vierte Aufgabe der Kommission war ein Anschreiben an die Mütter. Frau Bieber-Böhm fordert mit eindringlichen Worten die Hamburgerinnen auf, auch mitzuwirken an der Verbreitung größerer Sittlichkeit.

Frl. Ottilie Hoffmann kann mit Freude über die Fortschritte berichten, welche die Mäßigkeitsfrage gemacht hat. Die Kommission hat eine Petition in dieser Angelegenheit an das Kultusministerium gerichtet, die Lehrer und Lehrerinnen aller Staatsschulen behördlicherseits anzuweisen, beim Unterrichte in der Naturkunde und Gesundheitslehre Aufklärung zu verbreiten. Frau Schulrath Cauer berichtet, daß die Kommission für Organisation der Handlungsgehilfinnen, die in Kassel eingerichtet wurde, noch nicht so frei arbeiten konnte, wie sie es wünschte, da die Arbeiten durch viele Berichte an den Bund eingereicht wurden. Fräulein Bonfort macht darauf aufmerksam, daß diese Kommission die einzige ist, welche eine Berufsorganisation vertritt und daher wohl die Schwierigkeit entsteht.

Ueber die Kommission für weibliche Gewerbe-Inspektion berichtet an stelle von Frau Jeanette Schwerin, die leidend ist, Fräulein Alice Salomon aus Berlin: Es wurden Kurse für Inspektorinnen eingerichtet und werden auf Wunsch der Schülerinnen im nächsten Jahre wiederholt, ferner wurde durch Vortrag von Frau Schwerin und Frau Simson Propaganda gemacht und die einzelnen Kongresse beschickt. In München eröffnete der Verein zur Förderung der Interessen einen Kursus für Inspektorinnen, von denen die erste jetzt angestellt worden ist. Zu dem 2. Kursus in Berlin sind eine große Zahl von Anmeldungen eingelaufen und es konnten 15 Schülerinnen in die Pflichten der Gewerbe-Inspektorinnen eingeführt werden. Erfreulich ist es auch, daß in Bayern und Hessen feste Inspektorinnen angestellt sind, auch in Weimar ist auf dem Verwaltungswege eine Inspektorin eingestellt worden.

Als letzte Berichterstatterin spricht Frau Henriette Goldschmidt über die Kommission für Erziehungswesen. Die Kommission hat eine Petition vorbereitet, in der sie die Errichtung staatlicher Kindergärten und Errichtung von Seminarien für Kindergärtnerinnen verlangt. Frl. Dr. Schirrmacher ladet zuletzt den Bund im Namen der französischen Frauen ein, sich an den beiden im Jahre 1899 stattfindenden Kongressen, die von der gemäßigten und radikalen Richtung einberufen werden, zu betheiligen. Die Versammlung beschließt die Beschickung beider Kongresse.

Am Montag Nachmittag fand die Sitzung der Kommission für Organisation der Handlungsgehilfinnen statt. Frau Schulrath Cauer stellt nach langen Verhandlungen die Frage an den Bund, ob er eintreten will für die Berufsorganisationen. Frl. Lischnewska beantragt folgende Resolution: Die Versammlung spricht den Wunsch aus, daß die Kommission wieder heißen möge „Kommission für Organisation der Handlungsgehilfinnen" (das Wort „Organisation" sollte gestrichen werden). Frl. Dr. Augspurg beantragt zu der Resolution den Zusatz „und diesem Namen gemäß handle". Nach Annahme der Resolution theilt Frau Cauer mit, daß vom Berliner Hilfsverein für weibliche Angestellte ein Stellenvermittelungsbund für ganz Deutschland eingerichtet werden soll. In der Kommissionssitzung für weibliche Gewerbe-Inspektion unter der Leitung von Frau Anna Simson werden Anfragen über Gewerbe-Inspektorinnen, ihre Stellung, ihr Gehalt von Frl. Alice Salomon beantwortet; ein Austausch persönlicher Erfahrungen füllt die übrige Zeit aus.

Am Montag Abend wurden öffentliche Vorträge in Sagebiel's Etablissement gehalten.

In der Sitzung am Dienstag weist Frau Hecht aus Tilsit darauf hin, daß in vielen Städten Volksunterhaltungen mit Beihilfe oder von Frauen allein abgehalten werden. Mit Unterstützung mehrerer Vereine bringt der Tilsiter Lehrerinnenverein den Antrag ein: Der Bund wolle eine besondere Kommission einsetzen zur Pflege der Volksunterhaltungen durch die Frauen. Fräulein Auguste Schmidt tritt als Delegirte lebhaft für den Antrag ein und schildert die glänzenden Erfahrungen, welche der Leipziger Frauen-Bildungsverein für Volksunterhaltung gemacht hat, ebenso theilt Frl. Hoffmann die guten Resultate der Bremer Volksunterhaltungen mit. Frl. Bonfort glaubt gegen eine Kommission sprechen zu müssen, da zu viel Kommissionen eingeführt würden, Frl. Alice Salomon schließt sich dem an, indem sie bemerkt, daß in der Zentralstelle für Arbeiter-Wohlfahrtseinrichtung bereits eine Organisation vorhanden ist. Hier arbeiten Männer und Frauen zusammen. Frau Simon beantragt eine Resolution: Die Generalversammlung empfiehlt allen Bundesvereinen, die Pflege der Volksunterhaltung in ihrer Stadt anzuregen, falls dort solche nicht bestehen. Die Resolution wird sodann angenommen.

Von Frau Elise Berg wird ein ordnungsmäßig unterstützter Antrag der Nürnberger Ortsgruppe des Allg. d. Frauenvereins eingebracht: Die Generalversammlung des Bundes wolle beschließen, die Bestrebungen zur Verbesserung der Pflege und Erziehung der verwahrlosten und aller außerehelichen Kost- und Ziehkinder zur Bundessache zu machen. Diese Bestrebungen fassen in sich die Agitation in allen Reichs- und Bundesstaaten: a) Für Einführung einer nach Artikel 126 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche zulässigen Generalvormundschaft über alle außerehelichen Kinder. b) Für Ueberwachung der Verpflegung und Erziehung verwahrloster ehelicher und aller unehelichen Kinder durch Aerzte und behördlich angestellte Pflegerinnen, sowie durch Unterbringung in geeignete Pflegefamilien. c) Für eine einmalige Landessammlung zur Beschaffung eines unter staatlicher Verwaltung zu stellenden Landesfonds zwecks eventueller Deckung aus diesem, dem Leipziger System erwachsenden Mehrkosten.

Nach einer längeren Verhandlung, in welcher die Mittheilungen einzelner Damen über das Ziehkinderwesen mit dem regsten Interesse angehört wurden, wird der erste Theil des Antrages mit Vorbehalt einiger redaktioneller Aenderungen angenommen, die Agitation aber der auf der Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Frauenvereins in Stuttgart eingesetzten Kommission überlassen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Rabitzputzer der Firma Schulz erreichten durch gemeinsames Niederlegen der Arbeit, daß die Firma eine angekündigte Lohnreduzirung zurückzog. Die im Inseratentheil der heutigen Nummer angekündigte Sperre ist somit aufgehoben.

Achtung, Vergolder! Die Kollegen Dänemarks befinden sich im Streik. Zuzug ist streng fernzuhalten. Der Hauptvorstand des Verbandes der Vergolder Deutschlands.

Deutsches Reich.

Achtung Möbelpolirer! In dem Geschäft von Glogowski, Chausseestr. 2a, haben sämmtliche Kollegen wegen entstandener Lohndifferenzen die Arbeit eingestellt. Der Vorstand des Verbandes der Möbelpolirer Berlins und der Umgegend.

Ein Kölner katholischer Arbeiterverein weihte am Sonntag unter feierlichen Umständen sein Vereinshaus ein. Der Festredner, Justizrath Custodis, that dabei kund, das „Annohaus" werde „stets sein und bleiben eine Hochburg gegen die Sozialdemokraten". Diese belustigende Aeußerung sei nur beiläufig erwähnt; mehr interessirt uns die Rede des Arbeiters Giesbertz, der gelegentlich der Feier unter anderem sagte:

„Es soll nicht unausgesprochen bleiben, daß durch die Oeynhauser Rede des Kaisers große Verstimmung in Arbeiterkreisen hervorgerufen worden ist. Wir katholischen Arbeiter lehnen es aber ab, diesen Vorfall auszuschlachten (!) und durch Hetz- (!) und Protest-Versammlungen das monarchische Gefühl noch weiter herunterzudrücken, als es leider schon geschehen ist. Wir bedauern die in Oeynhausen gefallenen Aeußerungen, sehen uns dadurch aber nicht veranlaßt, unsere monarchistischen Gefühle zu revidiren. Unsere monarchische Gesinnung entspringt hohen religiösen Motiven, die auch in schlimmen Stürmen sich als ausreichend erweisen. Wir stehen fest zu Kaiser und Reich; aber eben so fest werden wir jeder Schmälerung der ohnehin so geringen Rechte der Arbeiter entgegentreten."

Dieser gewundenen, Schönrednerei eines Kölner Arbeiters gegenüber muthet die verflossene Woche von uns mit getheilte Erklärung des Kölner Kaplans Hetzdörffer, der wegen seiner Freimüthigkeiten nach einem weltentfernten, öden Landörtchen versetzt ist, ganz anders an. Hoffentlich kommt dem strebsamen Arbeiter die Gunst der Kirchenhohen und Zentrumsgewaltigen zu gute, die dem unbequemlichen Geistlichen versagt blieb.

Im übrigen aber müssen wir, die wir die rheinischen, und besonders die Kölner katholischen Arbeiter, sehr genau kennen, es als der Wahrheit durchaus widerstreitend bezeichnen, wenn Giesbertz sie als monarchisch gesinnt hinstellt. In Wirklichkeit hat der katholische Arbeiter gar keine Neigung für das, was im landläufigen Sinne patriotisch heißt. Das gilt auch für das Huldigungstelegramm, das im Namen dieser Arbeiter an den Kaiser abgeschickt wurde.

Ausland.

Die Buchbinderei-Arbeiter und -Arbeiterinnen in Wien befinden sich im Ausstand. Bisher haben 260 Arbeiter und Arbeiterinnen die Forderungen bewilligt erhalten, während in fast sämmtlichen anderen Betrieben die Arbeiter im Streik stehen.

Dem Ausstand der Pariser Erdarbeiter hat sich der größte Theil der Auslader in den Häfen angeschlossen, ebenso ist eine große Anzahl Maurer und Baumaler gestern Vormittag in den Ausstand getreten, um mit den ausständigen Erdarbeitern gemeinsame Sache zu machen.

Soziales.

Arbeiter-Risiko. In den Sandsteinbrüchen bei Vitzenburg im Regierungsbezirk Merseburg wurden am Dienstag fünf Arbeiter durch ein abstürzendes Felsstück verschüttet; zwei blieben todt, die drei anderen sind schwer verletzt.

Noch einmal die Bergarbeiter-Löhne. Man schreibt uns: 160 M. mehr Lohn pro Kopf als im Jahre 1895 sollen im vergangenen Jahre die Bergarbeiter im Ober-Bergamtsbezirk Dortmund erhalten haben. In der bürgerlichen Presse wird diese Ziffer als die Folge einer Lohnerhöhung ausgegeben, sie ist aber, wie sich leicht nachweisen läßt, in der Hauptsache die Folge erhöhter Leistungen der Arbeiter. Im Jahre 1895 war die Zahl der jährlich verfahrenen Schichten lange nicht so groß wie im Jahre 1897. Für jede Schicht muß aber der Arbeiter selbstverständlich seinen Lohn erhalten. Dadurch wächst allein die Lohnsumme im Jahre 1897 schon um Millionen. Es kommt hinzu, daß der Arbeiter in der einzelnen Schicht im Jahre 1897 mehr Kohlen zu tage gefördert hat, als im Jahre 1895. Wenn man berechnet, was allein durch diese Mehrförderung pro Schicht die Kohlenzechen Rheinland-Westfalens verdient haben, so ergiebt sich, daß die Löhne lange nicht so gewachsen sind, wie die Summe des Verdienstes, der aus dieser Mehrleistung der Arbeiter den Zechen erwuchs. Freilich, betrachtet man den Gesammtdurchschnitt im Ober-Bergamtsbezirk Dortmund, so kommt diese erhöhte Leistungsfähigkeit des einzelnen Arbeiters wie die Vermehrung der Schichtenzahl nicht so stark zum Ausdruck, als wie es in der That auf den meisten Zechen der Fall war.

Selbst der Verein für die bergbaulichen Interessen im Ober-Bergamtsbezirk Dortmund muß in seinem 1897er Jahresbericht zugeben, daß die Durchschnittsziffern für das Jahr 1897 lange nicht als genauer Ausdruck der Leistungsfähigkeit der Bergleute betrachtet werden können. Es heißt dort mit Rücksicht auf die verwirrenden Durchschnittsziffern des Jahres 1897:

„Einen Maßstab für die Leistungsfähigkeit der Belegschaften geben diese Ziffern nur dann, wenn alle einschlägigen Verhältnisse, wie Gebirgs- und Flözverhalten auf den einzelnen Gruben, Umfang der Vorrichtungsarbeiten und des Abbaues, Regelmäßigkeit der Arbeitsgelegenheit ꝛc., berücksichtigt werden. Für den Ruhrbezirk dürfte die starke Zunahme von Tagesanlagen in Gestalt von Nebengewinnungen, die mehr und mehr sich verzweigende Herstellung von aufbereiteten Produkten, ferner die starke Zunahme des Bergeversatz-Abbaues und die hiermit in Verbindung stehende erhöhte Beschäftigung von Bergeversatz-Schleppern ꝛc. in Frage kommen. Allerdings ist auch zu berücksichtigen, daß diesem Zuwachs auf die Tonne Förderung ein Minderbedarf an Mannschaften durch Ausbildung der gesammten Betriebstechnik, z. B. in Gestalt der maschinellen Forderung, gegenübersteht."

Die Mehrleistungen der Belegschaften im Jahre 1897 im Vergleich zum Jahre 1895 wird daher viel eher illustrirt durch eine Reihe Einzelbeispiele, die sich auf größere Bergwerksunternehmungen beziehen. Es betrug z. B. auf den Zechen:

		der Arbeitseffekt pro Schicht und Mann	jährliche Schichtzahl
Konkordia, Bergbau-Aktien-Gesellschaft zu Oberhausen	1895	0,96	267,4
	1897	1,05	328,7
Ver. Rosenblumendella . .	1895	0,868	292,7
	1897	0,973	300,1
Hibernia	1895	1,06	304,37
	1897	1,12	325,31

An diesen drei Beispielen ist gezeigt, was etwa 100 000 Arbeiter der rheinisch-westfälischen Belegschaft im Jahre 1897 mehr geleistet haben, als im Jahre 1895. Durch die vorsichtige und — man möchte sagen — tendenziöse Berichterstattung des „Reichs-Anzeigers" über die Arbeitslöhne und Arbeitsleistungen beim Bergbau Preußens im Jahre 1897 erscheint es, als ob wunder wie starke Lohnerhöhungen im Ober-Bergamtsbezirk Dortmund stattgefunden hätten. Nach den Nachweisen dagegen, die die preußische Bergverwaltung über die Ergebnisse der staatlichen Bergwerke, Hütten und Salinen im Jahre 1896/97 erstattet hat, beträgt die Lohnsteigerung seit 1895 etwa gerade 11 pCt., obwohl nach unseren Berechnungen über die Rentabilität der Bergwerke in den Jahren 1895—97 eine Lohnerhöhung von 15 pCt. das mindeste hätte sein müssen, was den Arbeitern an Lohnaufbesserung gewährt werden mußte.

Nicht 160 M. sondern etwa 90—100 M. betrug der wirkliche Lohnzuwachs des Bergarbeiters seit 1895. Dabei ist noch zu beachten, daß seit dem Jahre 1896 schon wieder eine Verschlechterung zu konstatiren ist, wie sich z. B. ganz deutlich aus der Lage der auf den Zechen der „Hibernia"-Gesellschaft beschäftigten Bergleute ergiebt. Dort verdienten 1896 mehr als 1000 M. jährlich 52,00 pCt. der gesammten Belegschaft, 1897 dagegen nur 49,30 pCt. In betracht kommen hier über 6000 Bergleute. Daß sich die Zechen zu einer solchen Lohnverbesserung überhaupt bequemt haben, ist eine Folge des großen Arbeitermangels gewesen, der während des vorigen Jahres herrschte. Die Jahresberichte der einzelnen Bergwerks-Aktiengesellschaften lassen darüber keinen Zweifel. So sagt z. B. der Jahresbericht des Dortmunder Steinkohlen-Bergwerks „Luise Tiefbau": „Durch Arbeitermangel und andauernden Wechsel der Belegschaften, insbesondere bei den jüngeren Arbeitskräften, ergiebt sich eine Abnahme bezw. eine unzureichende Zunahme der Leistung bei steigenden Löhnen."

Soziale Rechtspflege.

Der Dr. Ruh, Besitzer eines chemischen Laboratoriums, gehört mit zu den Leuten, die ständig das Gewerbegericht beschäftigen. Er zieht es jedoch vor, nie vor dem Gericht zu erscheinen, und dazu scheint er gute Gründe zu haben. Ein Laboratoriumdiener verlangte von ihm nicht weniger als 120 Mark rückständigen Lohn und 400 Mark Kaution. In der Verhandlung vor der Kammer VII legte Kläger einen großmächtigen Vertrag vor, eine Spezialität des Dr. Ruh, worin die 400 Mark als Geschäftsantheil bezeichnet werden. Der Kläger erschrak ordentlich darüber, daß er Gesellschafter des Herrn Doktor sein sollte. Er bemerkte, daß er auf den Wortlaut gar nicht so genau geachtet habe, da Dr. Ruh immer nur von einer Kaution gesprochen habe. Es wurde ein Versäumnißurtheil gefällt. Der Kläger wird sich indessen seine Forderung wohl in den Rauch schreiben müssen. — Ein Herr aus dem Publikum erzählte, Dr. Ruh „mache das immer so". Er besitze nichts. Der eigentliche Besitzer des Laboratoriums sei ein Mann, der in Spanien hause. Der Anwalt, der früher Ruh vertrat, habe das Mandat wegen jener Verhältnisse niedergelegt. — — Dr. Ruh ist inzwischen schon wieder in zwei Fällen verklagt worden und wieder handelt es sich um Kautionen.

Gerichts-Zeitung.

Ein prügelnder Schutzmann. Durch Mangel an Selbstbeherrschung hat sich der Schutzmann August Frelandt zu einer Handlung hinreißen lassen, die ihn beinahe um sein Amt gebracht hat. Er stand gestern unter der Anklage der thätlichen Beleidigung vor der 131. Abtheilung des Schöffengerichts. An einem Februartage d. J. hatte der Angeklagte den Handelsmann Lösch, der sich einer Uebertretung schuldig gemacht hatte, zur Wache zu sistiren. Da Lösch Widerstand leistete, mußte Gewalt angewendet werden. Sowohl der Beamte wie der Sistirte befanden sich noch in großer Erregung, als sie die Wache erreicht hatten. Als hier der erstere die Vorgänge auf der Straße zu Protokoll gab, unterbrach Lösch ihn mit den Worten: „Das ist gelogen!" Hierauf vergaß der Angeklagte sich soweit, dem Sistirten eine Ohrfeige zu geben. Obgleich Lösch nicht abgeneigt war, den gestellten Strafantrag zurückzunehmen, kam es doch zur Verhandlung, da die Behörde des Angeklagten auf dessen Bestrafung bestand. Der Staatsanwalt führte aus, daß er eine Geldstrafe beantragen würde, wenn der Angeklagte ein Privatmann gewesen wäre. Aber im vorliegenden Falle handle es sich um eine Mißhandlung auf der Wache, ein Beamter, der für Aufrechterhaltung der Ordnung zu sorgen habe, müsse Selbstbeherrschung üben können. Er beantrage gegen den Angeklagten drei Tage Gefängniß. Der Vertheidiger, Rechtsanwalt Dr. Schwindt, bat dringend, mit Rücksicht auf die ganze Sachlage dem Angeklagten mildernde Umstände zu bewilligen und von einer Gefängnißstrafe Abstand zu nehmen. Der Angeklagte verliere sonst zweifellos sein so mühsam errungenes Amt und seine Frau und Kinder würden dadurch in Mitleidenschaft gezogen. Der Gerichtshof erkannte auf eine Geldstrafe von 50 Mark.

In Ulm hat am 4. Oktober vor dem Schwurgericht der Prozeß wegen der Göppinger Wahlunruhen begonnen. Vor dem Hotel zu den Zwölf Aposteln, wo sich die Anhänger der „deutschen Partei" versammelt hatten, war es am Abend des 16. Juni zu Skandalszenen gekommen, die besonders bedrohlich ausarteten, als sich das Gerücht verbreitet hatte, daß aus dem Gasthause mit Flaschen geworfen worden sei. Sowohl die behördlichen Organe als auch einige unserer Parteigenossen suchten vergeblich die Menge zum Auseinandergehen zu bewegen. Erst als man, um weitere Reibung zu vermeiden, Landjäger und Schutzleute zurückzog, beruhigten und zerstreuten sich die Leute allmälig. 16 Personen, welche ergriffen wurden, haben sich nunmehr vor Gericht zu verantworten.

Aus Mainz wird dem „Berl. Tageblatt" berichtet: Die Taglöhnerin Baumann, die ihren treulosen Geliebten auf offener Straße erstochen hat, wurde von den Geschworenen freigesprochen.

Versammlungen.

Die Graveure und Ziseleure hielten am Dienstag im Dresdener Garten eine gut besuchte Versammlung ab, in welcher Paul Litfin über das Koalitionsrecht und die bevorstehende Gesetzesvorlage referirte. Eine Diskussion über den außerordentlich beifällig aufgenommenen Vortrag fand nicht statt, dagegen gelangte einstimmig eine Resolution zur Annahme, welche gegen jede Beschränkung des Koalitionsrechtes der Arbeiter energisch Protest erhebt und die Kollegen in anbetracht der drohenden Vorlage auffordert, sich mehr als bisher der Organisation anzuschließen. — Im Verschiedenen machte dann Winzer auf das am 12. November stattfindende Verbandsvergnügen aufmerksam und bat die Kollegen, doch recht rege für dasselbe zu agitiren. Zum Schluß forderte dann der Vorsitzende die Anwesenden auf, es sich nicht bei der Annahme der Resolution genügen zu lassen, sondern auch im Sinne derselben zu handeln.

Eine gut besuchte Versammlung der Stockarbeiter tagte am Montag bei Stechert, Andreasstraße, in der Genosse Täterow über: Wie hat die Arbeiterschaft das Koalitionsrecht auszunützen und umzugestalten? referirte. Der recht interessante Vortrag wurde von der Versammlung mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Eine längere Diskussion entspann sich hierauf über die Zustände in der Stockfabrik der Gebr. Koa, Dresdenerstr. 88. Wie angeführt wurde, werden daselbst wieder Ueberstunden gemacht und auch in bezug auf die Lohnverhältnisse sind verschiedene Mängel vorhanden. Bekanntlich haben in der letzten Zeit bei dieser Firma, um die verschiedenen Mißstände zu beseitigen, wiederholt Arbeitseinstellungen stattgefunden. Um ein gemeinsames Handeln der Arbeiter in Zukunft möglichst zu verhindern, haben die Fabrikanten mit mehreren Arbeitern verschiedenartige Verträge, mit einigen auf die Dauer eines Jahres und vierteljähriger Kündigung abgeschlossen, während für andere die Kündigung von kürzerer Dauer, oder gänzlich ausgeschlossen ist. Diejenigen Arbeiter, die für bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse eingetreten sind und in der stillen Zeit aussetzen mußten, wurden nicht wieder eingestellt. Das Verhalten der Arbeiter, die diese Kontrakte unterschrieben und gegen dieses Vorgehen nicht protestirten, wurde von mehreren Rednern kritisirt und schließlich ein Antrag angenommen, nach welchem die Agitationskommission die Angelegenheit untersuchen und dann weitere Schritte unternehmen soll. Nachdem Hildebrandt über das Ergebniß seiner Agitationsreise nach Leipzig einen eingehenden Bericht erstattet hatte, gelangte eine Resolution zur Annahme, in der sich die Versammlung verpflichtete, jede Bewegung der Stockarbeiter für die Aufbesserung der Lage nach Kräften zu unterstützen. Ferner wurde beschlossen, nachdem auf das Ueberhandnehmen der Ueberstundenarbeit in einzelnen Fabriken und auf sonstige Mißstände hingewiesen worden war, daß von nächster Woche ab für jede Ueberstunde ein Zuschlag von 25 pCt. gefordert werden soll. Hierauf wurde bekannt gegeben, daß am Sonntag, den 9. Oktober, eine Festlichkeit zu gunsten eines erkrankten Kollegen bei Lindenhayn in Grünau stattfindet und nach einigen weiteren Mittheilungen die Versammlung geschlossen.

Die Schneider und Schneiderinnen nahmen am Dienstag den Bericht Witte's über den Verlauf des Verbandstages entgegen. In der Diskussion sprachen mehrere Redner ihr Bedauern darüber aus, daß beschlossen worden ist, anstatt der bisherigen 30 pCt. nur 25 pCt. der Mitgliedsbeiträge am Ort zu verwenden. Für kleine Städte möge das ausreichen, in den Großstädten käme man aber mit geringen Mitteln nicht aus, wenn man die Verbandsinteressen nach jeder Richtung fördern wolle. Mit Freuden begrüßte man die in Aussicht genommene Ansiedelung geeigneter Kollegen in den Ostprovinzen, welche daselbst die Agitation beleben sollen. Ob diese Einrichtung den erhofften Erfolg haben werde, müsse man abwarten. Jedenfalls sei es nicht klug gehandelt, daß ein Kollege aus Stettin, der in dortiger Gegend eine schwer zu ersetzende tüchtige agitatorische Kraft gewesen sei, in den Hauptvorstand berufen wurde. Im Hinblick auf einen vom Verbandstag abgelehnten Antrag, das Verhältniß zur Generalkommission zu lösen, meinte ein Redner, er sei ebenso wie die Antragsteller der Ansicht, daß die Generalkommission mehr für die Gewerkschaften hätte thun können, als sie gethan habe. — Es erfolgte die Wahl einer Agitationskommission, in die Witte, Stupei, Molz und Frau Pangram berufen wurden.

In Pankow-Schönhausen fand am 4. d. Mts. eine Volksversammlung statt, in welcher Frau Ihrer über die Zuchthaus-Vorlage referirte. Von einer Diskussion wurde auf Vorschlag aus der Versammlung abgesehen, da sich Gegner nicht gemeldet hatten. Es kam die bereits im „Vorwärts" veröffentlichte Resolution zur einstimmigen Annahme.

Zentralverband der Konditoren. (Mitgliedschaft Berlin.) Heute, abends 8½ Uhr, bei Schiller, Rosenthalerstr. 57: Mitgliederversammlung. Gäste willkommen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Wien, 5. Oktober. (W. H.) In Fiume ist, wie die Blätter berichten, unter den Soldaten der Typhus ausgebrochen.

Ancona, 5. Oktober. (W. H.) Wegen eines körperlichen Leidens hat der hiesige spanische Konsul Novelli Selbstmord durch Erschießen verübt.

Verantwortlicher Redakteur: **August Jacoby** in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.

Hierzu 3 Beilagen.

Parteitag
der deutschen Sozialdemokratie.

Wir tragen die der Kommission über die Landtagswahlen überwiesenen Anträge nach. Dieselben lauten:

16. Die Parteigenossen des Kreises **Calbe-Aschersleben**: „Der Hamburger Beschluß, die Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen betreffend, ist aufzuheben und den Parteigenossen anheimzustellen, schon bei der Urwahl für bürgerlich-oppositionelle Wahlmanns-Kandidaten einzutreten."

17. Die Parteigenossen des **Niederbarnimer Kreises**: „Der Hamburger Beschluß, die Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen, ist dahin zu erläutern: Ob und inwieweit Erfolge aus der Wahlagitation zu erwarten sind, und deshalb in die Wahlagitation einzutreten ist, entscheiden die einzelnen Reichstags-Wahlkreise."

18. Die Parteigenossen in **Harburg**: „Dem Hamburger Beschluß, die Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen betreffend, eine solche Fassung zu geben, daß er den Genossen eine unzweifelhafte, auf alle Fälle anwendbare Direktive giebt."

19. Die Parteigenossen in **Magdeburg**: „Der Parteitag wolle dem Hamburger Beschluß, betreffend Betheiligung an der preußischen Landtagswahl, eine präzisere Fassung geben, damit die Gefahr der Kompromisse mehr beseitigt wird."

20. Die Parteigenossen des 3. **Berliner Kreises**: „Der Hamburger Beschluß über die Betheiligung an den Landtagswahlen bleibt aufrecht erhalten. Bei den Landtagswahlen haben die Urwähler und Wahlmänner nach denselben Grundsätzen zu verfahren, die bisher bei den Reichstagswahlen beobachtet worden sind. Die Versammlung erwartet, daß der Parteitag genauere Bestimmungen festsetzt."

21. Die Parteigenossen der Kreise **Bielefeld und Herford**: „Die Betheiligung an der Landtagswahl hat auf grund eines Wahlbündnisses mit der freisinnigen Volkspartei zu erfolgen, demgemäß gemeinsame Wahlmänner aufgestellt werden und der Sozialdemokratie eine entsprechende Anzahl von Abgeordnetenmandaten eingeräumt wird."

22. Die Parteigenossen des Kreises **Torgau-Liebenwerda**: „Der Beschluß des Hamburger Parteitages „Die Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen wird den einzelnen Kreisen überlassen", ist **aufzuheben** und der Beschluß des Kölner Parteitages ist wieder in kraft zu setzen."

23. Die Parteigenossen des **Niederbarnimer Kreises**: „Der Parteitag möge, falls er zu den Landtagswahlen erneut Stellung nehmen sollte, beschließen:

Der Parteitag hält für die in diesem Jahre vorzunehmenden Wahlen zum preußischen Landtag folgende Beschlüsse aufrecht:

a) Den wiederholt auf Parteitagen gefaßten:
„Der Parteitag empfiehlt den Parteigenossen, überall da, wo Erfolge, und seien dieselben auch nur propagandistischer Art, in Aussicht stehen, in die Wahlagitation einzutreten."

b) Den wiederholt, zuletzt auf dem Kölner und dem Hamburger Parteitag dahin gefaßten:
„Die Genossen haben keinerlei Kompromisse mit bürgerlichen Parteien einzugehen."

24. Die Parteigenossen in **Breslau**: „Der letzte Satz des Hamburger Parteitagsbeschlusses, lautend: „Kompromisse und Bündnisse mit anderen Parteien dürfen nicht abgeschlossen werden" wird aufgehoben."

Dem verbleibenden Theile des Hamburger Beschlusses wird hinzugefügt:

„Den Parteigenossen der Wahlkreise, welche die Betheiligung beschließen, ist gestattet, die Wahl von Wahlmännern und Abgeordneten bürgerlicher Oppositionsparteien zu unterstützen, wenn die betreffenden bürgerlichen Oppositionsparteien bereit sind:

a) ihre Kandidaten zu verpflichten, für den Fall ihrer Wahl in den Landtag für die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts, wie solches für die Wahlen zum Reichstag besteht, auch für die Wahlen zum Landtag einzutreten und im Landtage alle Maßnahmen entschieden zu bekämpfen, die geeignet sind, die bestehenden Volksrechte im Einzelstaat weiter zu schmälern oder zu beseitigen;

b) eventuell auch einem sozialdemokratischen Kandidaten ihre Stimmen zu geben.

Die Parteigenossen der einzelnen Wahlkreise sind verpflichtet, für ihre Abmachungen mit anderen Parteien die Zustimmung des Parteivorstandeseinzuholen".

25. Genosse **Wilhelm-Berlin**: „Der Beschluß des Parteitages in Hamburg, betreffend die Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen, ist aufzuheben."

26. Die Parteigenossen in **Königsberg**: „Die Resolution des Hamburger Parteitages, betreffend die Betheiligung an den diesjährigen preußischen Landtagswahlen, wird folgendermaßen abgeändert:

1. Die Betheiligung an den diesjährigen preußischen Landtagswahlen ist überall geboten, wo die Verhältnisse den Parteigenossen Erfolge im Sinne der Bekämpfung der Reaktion, und seien dieselben auch nur propagandistischer Art, ermöglichen. Ob solche Erfolge zu erwarten sind, entscheiden die Parteigenossen der einzelnen Wahlkreise nach Maßgabe der örtlichen Verhältnisse.

2. Beschließen die Parteigenossen eines Wahlkreises die Wahlbetheiligung, so kommen für dieselben folgende Grundsätze in betracht:

a) Der Wahlkampf ist auf grund unseres Parteiprogramms zu führen.

b) Wahlbündnisse sind nur mit solchen bürgerlichen Oppositionsparteien zulässig, deren Kandidaten sich verpflichten, für den Fall ihrer Wahl in den Landtag dringliche Anträge auf Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für die Wahlen zum Hause der Abgeordneten und die Gemeindewahlen zu stellen und nachdrücklich zu unterstützen, sowie für die Aufhebung der landesgesetzlichen Sonderbestimmungen gegen die land- und forstwirthschaftlichen Arbeiter und der Gesinde-Ordnungen und deren Ersatz durch Bestimmungen nach den Grundsätzen der Reichs-Gewerbe-Ordnung einzutreten, ferner auch alle Maßnahmen entschieden zu bekämpfen, welche geeignet sind, die bestehenden Volksrechte im Einzelstaat weiter zu schmälern oder zu beseitigen. Die Parteigenossen dürfen sowohl als Urwähler wie als Wahlmänner nur bei Erfüllung dieser Voraussetzungen für die bürgerlichen Parteien ihre Stimme abgeben.

c) Ist die Wahl eigener Wahlmänner möglich, so ist dieselbe mit aller Kraft zu betreiben.

d) Ist die Aufstellung eigener Wahlmämer unmöglich, so ist die Wahl von Wahlmännern solcher Parteien, welche die Bedingungen unter b) erfüllen, geboten.

3. Um eine genaue Durchführung der vorstehenden Beschlüsse zu ermöglichen und die Interessen der Gesammtpartei nach allen Richtungen hin zu sichern, betraut der Parteitag den Parteivorstand mit dieser Aufgabe."

27. Der Genosse **Ernst Wilhelm-Berlin**: „Diejenigen Delegirten, welche zu Preußen gehörende Wahlkreise vertreten, beschließen folgende, den öffentlichen Versammlungen vorzulegende und beim preußischen Abgeordnetenhause einzureichende Resolution:

In Erwägung, daß der preußische Landtag auf grund eines Dreiklassen-Wahlsystems gewählt eine wahre Volksvertretung nicht bildet, dieses Dreiklassen-Wahlsystem den im Jahre 1848 gewährleisteten Volksrechten zuwider läuft, und ferner dieses Wahlsystem von Vertretern des Volkes nicht berathen, sondern von der Regierung aufoktroyirt ist, wird ein hohes Abgeordnetenhaus aufgefordert, sofort in eine Verfassungsrevision dergestalt einzutreten, daß an stelle des Dreiklassen-Wahlsystems ein dem Reichstags-Wahlrecht gleichstehendes allgemeines, gleiches, geheimes und direktes Wahlrecht gesetzt wird. Das Herrenhaus ist aufzuheben."

85. Die Parteigenossen des 5. **Berliner Kreises**: „Das durchweg arbeiterfeindliche und zage Verhalten der freisinnigen Parteien bietet **keinen** Schutz gegen die Reaktion. Wirklicher und wirksamer Widerstand gegen **alle** volksfeindlichen Pläne wird durch bürgerliche Parteien **niemals** geleistet werden.

Der Hamburger Parteitagsbeschluß von 1897 bezüglich der Betheiligung an den Landtagswahlen ist **aufzuheben** und dafür eine energische Agitation zur Erringung des allgemeinen Stimmrechts für den Landtag zu entfalten.

Durch **stete allgemeine Wahlenthaltung** ist die völlige Bedeutungslosigkeit der Landtagswahl für die Interessen des Volkes am **besten** zu erweisen."

Stuttgart, 4. Oktober 1898.

Nachmittagssitzung.

Die Diskussion über Punkt **Presse** geht weiter.

Rosa Luxemburg: Vollmar hat es mir zum bitteren Vorwurfe gemacht, daß ich als junger Rekrut in der Bewegung die alten Veteranen belehren will. Das ist nicht der Fall. Es wäre überflüssig, wenn ich der Ueberzeugung wäre, daß die Veteranen auf demselben Boden stehen wie ich. Es kommt mir nur darauf an, eine bestimmte Taktik zu zeichnen. Daß ich noch meine Epauletten in der deutschen Bewegung erst verdienen muß, weiß ich; ich will es aber auf dem linken Flügel thun, wo man mit dem Feinde kämpft, und nicht auf dem rechten, wo man mit dem Feinde schachert. (Oh! Oh!) Daß Vollmar mich als einen Geldschnabel behandelt wie ein Großvater, beweist mir, daß er mit seinen logischen Gründen auf dem letzten Loche pfeift. (Lachen.) Aus dem Munde eines Veteranen in der Partei waren seine Ausführungen wenigstens zum theil sehr befremdlich. Seinem niederschmetternden Ausspruch von Marx über den Arbeiterschutz halte ich den anderen Marx'schen Ausspruch entgegen, daß die Einführung des Arbeiterschutzes in England geradezu die Rettung der bürgerlichen Gesellschaft selbst bedeutete. Er sagte, es sei falsch, die gewerkschaftliche Bewegung nicht als sozialistische zu behandeln und verwies auf die Trades-Unions. Ja, hat denn Vollmar gar nichts von dem Unterschied zwischen dem alten und dem jungen Trades-Unionismus gehört? Weiß er nicht, daß die alten Trades-Unionisten ganz auf dem verstockten bourgeoisen Boden stehen? Weiß er nicht, daß kein anderer als Engels es war, der die Hoffnung ausgesprochen hat, jetzt werde in England die sozialistische Bewegung vorwärts schreiten, weil England auf dem Weltmarkt die Präponderanz verloren hat und im Zusammenhang damit die Trades-Unions-Bewegung verschwinden müsse. Den Blanquismus hat Vollmar als Schreckgespenst vorgeführt. Kennt er nicht den Unterschied zwischen Blanquismus und Sozialdemokratie? Weiß er nicht, daß bei den Blanquisten eine Hand von Emissären im Namen der Arbeiterklasse, bei der Sozialdemokratie die Arbeiterklasse selbst die politische Macht erobern soll. Das ist ein Unterschied, den man nicht vergessen darf, wenn man ein Veteran der sozialdemokratischen Bewegung ist. Drittens hat er mir die Unterschiebung gemacht, daß ich für Gewaltmittel, für Bomben schwärme. Ich habe weder in meinen Ausführungen noch in meinen Artikeln den geringsten Anlaß dazu gegeben. Ich stehe gerade auf dem entgegengesetzten Standpunkte und ich sage, weit stärker als Gewaltmittel ist die sozialistische Erkenntniß der Arbeiter. Ich hoffe, daß Vollmar sich in seinen Ausführungen gegen mich sich nicht auf den Parteitag beschränken wird. Die „Neue Zeit", die „Sächsische Arbeiter-Zeitung" steht ihm offen: Will der Herr Graf ein Tänzchen wagen, er darf es nur sagen. (Heiterkeit. — **Vollmar**: Ich kann nicht tanzen!) Meinen Ausführungen konnte man kein größeres Kompliment machen, als durch die Behauptung, daß sie etwas ganz Selbstverständliches seien. Gewiß muß das für einen Sozialdemokraten etwas Selbstverständliches sein, aber nicht für alle hier auf dem Parteitag ist es etwas Selbstverständliches (Oho!), z. B. für Genossen Heine mit seiner Kompensationspolitik. Wie verträgt sich diese mit der Eroberung der politischen Macht? Wir verlangen Stärkung der Volksrechte, demokratische Freiheiten, der kapitalistische Staat verlangt Stärkung seiner Machtmittel und Kanonen. Gesetzt den günstigsten Fall, daß das Tauschgeschäft von beiden Seiten ehrlich geschlossen und gehalten wird, so steht das, was wir erhalten, nur auf dem Papier. Schon Börne sagte: Ich rathe niemandem, auf eine deutsche Konstitution eine Hypothek zu nehmen. Konstitutionelle Freiheiten, wenn sie bleibenden Werth haben sollen, müssen durch Kampf, nicht durch Vertrag gewonnen werden. Was aber der kapitalistische Staat von uns eintauschen würde, das hat eine feste, brutale Existenz. Die Kanonen, die Soldaten, die wir bewilligen, verschieben die Machtverhältnisse zu unseren ungunsten. Der unsterbliche Lassalle aber war es, der sagte: „Die wahre Konstitution eines Landes besteht nicht in der geschriebenen Verfassung, sondern in seinen thatsächlichen Machtverhältnissen." Wir schwächen uns und stärken den Gegner. Ich frage, ob man von einem Menschen, der das vorschlägt, behaupten kann, daß er in ernster Weise die Eroberung der politischen Macht erstrebt. Ich glaube, die Entrüstung des Genossen Fendrich war blos irrthümlich an mich adressirt, sie richtete sich im Grunde gegen Heine; sie war nur der Ausdruck des schroffen Gegensatzes, in den sich Heine zu dem proletarischen Charakter unserer Partei gesetzt hat.

Dann die Aeußerung von Konrad Schmidt, daß die Anarchie der kapitalistischen Herrschaft durch gewerkschaftliche Kämpfe und derartiges beseitigt werden könne. Wenn etwas zu dem Programmsatze von der Nothwendigkeit der Eroberung der politischen Macht Anlaß gegeben hat, so war es die Ueberzeugung, daß auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft für die Beseitigung der kapitalistischen Anarchie kein Kräutlein gewachsen. Jeden Tag wächst die Anarchie, die furchtbaren Leiden der Arbeiterklasse, die Unsicherheit der Existenz, die Ausbeutung, der Abstand zwischen Arm und Reich. Kann man von einem, der die Lösung durch kapitalistische Mittel herbeiführen will, behaupten, daß er die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse für nothwendig hält? Also auch hier richtet sich die Entrüstung Fendrich's und Vollmar's nicht gegen mich, sondern gegen Konrad Schmidt. Und dann die bewußte Aeußerung in der „Neuen Zeit". „Das Endziel, was es immer sei, ist mir nichts, die Bewegung ist mir alles!" Auch wer das sagt, steht nicht auf dem Standpunkt der Nothwendigkeit der Eroberung der politischen Macht. Sie sehen, daß manche Parteigenossen nicht auf dem Standpunkt des Endziels unserer Bewegung stehen, und darum ist es nöthig, das zum klaren unzweideutigen Ausdruck zu bringen; und wenn es je nothwendig war, so gerade jetzt. Die Schläge der Reaktion sausen hageldicht auf uns herab. Auf die neueste Drohung muß die Antwort in dieser Debatte gegeben werden. Klipp und klar müssen wir sagen, wie der alte Cato: „Im übrigen bin ich der Meinung, daß der Staat zerstört werden muß." Die Eroberung der politischen Macht bleibt das Endziel und das Endziel ist die Seele des Kampfes. Die Arbeiterklasse darf sich nicht auf den dekadenten Standpunkt des Philosophen stellen: „das Endziel ist mir nichts, die Bewegung ist mir alles"; nein umgekehrt: „die Bewegung ist uns nichts, das Endziel ist uns alles". (Beifall.)

Thiele-Halle: Nach dem Bericht des Parteivorstandes zählten unsere Parteiblätter insgesammt 390 000 Abonnenten. Das ist nur der fünfte bis sechste Theil unserer Reichstags-Wähler. An diesem verhältnißmäßig geringen Abonnentenstande sind Ursachen mit schuld, deren Beseitigung nicht in unserer Macht steht. Hierher gehören die Anfechtungen, denen die Leser unserer Blätter auf dem Lande und in kleinen Städten seitens der Behörden und Unternehmer ausgesetzt sind. Andere hindernde Ursachen können jedoch beseitigt werden. Wir werden da namentlich den redaktionellen Ausbau fördern müssen. Wer, wie ich selbst, zum Federvieh gehört, weiß, mit welchen unendlichen Schwierigkeiten die **Parteiredaktionen** zu kämpfen haben, trotz der Ueberanstrengung der Parteiredakteure. Und dabei giebt es leider immer noch einzelne Parteigenossen, welche meinen, sie brauchten sich nur auf den Redaktionsstuhl zu setzen, um Redakteur zu sein. Das Redaktionsbudget fast sämmtlicher Parteizeitungen mit Ausnahme von vielleicht einem halben Dutzend, ist so gering bemessen, daß wir in Depeschen, Berichten ꝛc. nach anderer Richtung selbst mit manchem kleineren bürgerlichen Blatte nicht konkurriren können. Mit einer anderen Gruppe von Schwierigkeiten haben die **Expeditionen** zu kämpfen, die oft genug kleine Filialen wieder eingehen lassen müssen, weil von deren Verwaltern nicht abgerechnet wird. Manches läßt sich durch Wiederholung der Preßkonferenz, wie eine solche vor zwei Jahren stattfand, verbessern. Es ist sehr wünschenswerth, daß noch in diesem Jahre eine Preßkonferenz stattfindet. — Wenn der Parteivorstand in seinem Berichte sagt, die Parteiblätter benützten fleißig die ihnen zugehenden „Vorwärts"-Abzüge, so muß doch gesagt werden, daß diese Abzüge in vielen Fällen auch den bescheidensten Ansprüchen nicht genügen. Wenn möglich, müssen die Abzüge mit späteren Zügen versendet werden. — Bei den Preß-Unterstützungen ist zu moniren, daß die „Fränk. Volkstribüne" mit 1600 M. unterstützt worden ist. Als vor zwei Jahren die Würzburger Genossen 1000 M. Unterstützung verlangten, um die letzten Schulden zu bezahlen, bewilligte der Parteivorstand nichts, und das Blatt mußte eingehen. Jetzt, wo es im Verlage des Genossen Oertel in Nürnberg als Kopfblatt der „Fränk. Tagespost" erscheint, sind 1600 M. Zuschuß bewilligt worden, das ist auffällig, und der Parteivorstand wird nicht umhin können, den Sachverhalt aufzuklären. — Werfen wir uns mit ganzer Kraft auf weitere Verbreitung unserer Parteipresse; räumen wir die übergroßen Schwierigkeiten aus dem Wege, mit denen die Parteiredaktionen zu kämpfen haben, und bedenken wir, daß die Zahl der Abonnenten unserer Parteiblätter ein weit sichererer Maßstab für die Ausbreitung des sozialistischen Gedankens ist, als die bloße Zunahme unserer Stimmen bei den Reichstagswahlen. Daß im vergangenen Jahre unsere Blätter 46 000 Abonnenten gewonnen haben, ist jedenfalls ein Beweis, daß seitens der Parteiredaktionen mit größtem Fleiße gearbeitet worden ist.

Frohme: Das Auftreten der Genossin Luxemburg und des Genossen Parvus lassen deutlich erkennen, mit welchen Faktoren, welcher Geistesrichtung wir hier zu thun haben. Ich möchte Frau Zetkin ausnehmen; sie ist gewiß von den edelsten Absichten erfüllt, wenn sie sich auch auf einen falschen Weg hat fortreißen lassen. Diesen Milderungsgrund gewähre ich den Genossen Parvus und Luxemburg nicht. Deren Auftreten hat auf mich den Eindruck gemacht, als komme es ihnen nur darauf an, ein bischen Brillantfeuerwerk zu machen . . .

Singer: Ich muß die Genossen doch dagegen verwahren, daß sie nur um ein Schauspiel aufzuführen, um zu täuschen hier ihre Ausführungen machen. Derartige Insinuationen sollten unterbleiben.

Frohme: Wenn ich mir vergegenwärtige, in welch' unerhörter Weise Parvus gegen unsere besten, angesehensten, vernünftigsten Männer Wochen und Monate lang geeifert und gegeifert hat, dann muß man es mir zu gute halten, wenn ich gegen die parlamentarische Ordnung verstoße. Parvus sagte, es scheine ihm, hier werde ein Ketzergericht abgehalten. Er ist der ärgste Ketzerrichter, er hat sich in der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung" in einer Art und Weise gegen die Aufgaben unserer Parteipresse vergangen, daß der Parteitag einmal entschieden dagegen Stellung nehmen sollte. Parteiblätter haben sein Verhalten Unfug und Vergehen genannt. Ich gebe ihnen voll Recht. Hat er nicht behauptet, daß Auer und Heine im Gegensatz zu der bisherigen Taktik Opportunismus, Schacherpolitik treiben wollten? Unsere Taktik ist die alte geblieben; sie hat uns groß gemacht. Mit radikal klingenden Phrasen, mit dem Heraushängen des rothen Lappens erobert man keine politische Macht. (Sehr richtig!) Den wirthschaftlich Nothleidenden zu helfen, darauf hat unsere Taktik Rücksicht zu nehmen. Ich habe in den langen Jahren, die ich in der Partei thätig bin, gelernt, daß wir es in ihr mit einer historischen Nothwendigkeit zu thun haben, die sich durchsetzen muß und an deren endlichen Sieg der Wille des Einzelnen nichts ändern kann. Genossin Luxemburg sprach von einem linken Flügel, der kämpft, und von einem rechten, der mit dem Feinde schachert. Ja, wo ist denn auch nur das leiseste Anzeichen für solches Schachern? Luxemburg spricht wie eine Göttin aus den Wolken und wirft mit bestechenden Phrasen um sich, ohne den leisesten Beweis anzutreten. Ich wollte gerne sehen, wie Parvus und Luxemburg mit den Theorien, die sie hier vertreten haben, auch nur einen einzigen Wahlkreis erobern könnten, und das ist zur Eroberung der politischen Macht doch nöthig. Mögen die beiden hinter den grünen Tischen bleiben und wissenschaftliche Prinzipien erörtern und klären. Uns aber, die wir den Kampf zu führen haben und die Verantwortung zu tragen haben, vor Mit- und Nachwelt, uns überlassen Sie die Feststellung der Taktik! (Beifall.)

Gradnauer: Genosse Bebel sagte gestern, der „Vorwärts" habe vor der Wahl eine zu große Zuversicht zur Schau getragen. Ich möchte demgegenüber, wenn auch etwas Richtiges an dieser Meinung ist, darauf hinweisen, daß der „Vorwärts" schon häufig eindringlich die Genossen gewarnt hat, nicht zu siegeszuversichtlich zu sein. Und warum hat uns denn Bebel, wenn er dieser Ansicht ist, keinen Wink gegeben, er weiß ja, wie gern die Redakteure des „Vorwärts" bereit sind, seinem Rathe zu folgen. Ueber die Angriffe der Genossin Zetkin habe ich mich eines äußerlichen Grundes wegen sehr gewundert; sie ist bekanntlich Mitglied der Parteileitung und kommt alle Jahre in dieser Eigenschaft mehrere Male nach Berlin, wo sie Gelegenheit hat, Uebelstände, die sie wahrnimmt, zur Sprache zu bringen und Mittel und Wege zur Abhilfe vorzuschlagen. Meines Wissens hat sie das nicht gethan, und ich möchte beinahe sagen, daß das eine Unterlassungssünde ist. Vielleicht wäre schon Abhilfe geschaffen oder doch eine Einigung erzielt, wenn sie ihre Ausstellungen im engeren Kreise vorgebracht hätte.

Genossin Zetkin sagt, als Liebknecht nicht da war, war der „Vorwärts" ganz haltlos. Nun, ich habe niemals auf dem Standpunkt gestanden, daß Liebknecht an den Uebelständen im „Vorwärts" schuld ist. Es ist eine Thorheit, das zu behaupten, aber ebenso thöricht ist es, irgend eine andere einzelne Person in dieser Weise anzugreifen. Die Mißstände liegen nicht an einzelnen Personen, sondern sie liegen tiefer begründet in einer Fülle von Schwierigkeiten, denen das Zentralorgan unterworfen ist. Einerseits wird der „Vorwärts" getadelt, daß er in agitatorischer Beziehung nicht lebendig genug sei. Ja, verehrte Parteigenossen, in dieser Beziehung könnte wohl manches besser sein, das gebe ich ohne weiteres zu, ich glaube, daß im „Vorwärts" hier und da mancher Artikel anders geschrieben sein könnte, aber deswegen so zu verallgemeinern, wie Genosse Stadthagen gethan hat, das halte ich für falsch. Wir haben doch im „Vorwärts" die ausgezeichneten, in der ganzen Parteipresse unübertroffenen agitatorischen Artikel von Liebknecht. Stadthagen mag uns doch die Leute zeigen, die noch packender schreiben können. Wir sind doch nicht alle Liebknechts. Aehnlich steht es mit dem Vorwurf, daß wir die Endziele nicht besonders betont haben. Das muß ich entschieden bestreiten, wir haben bei allen möglichen Gelegenheiten, hauptsächlich bei Betrachtungen über Mittelstandsbewegungen, über sozialreformerische bürgerliche Bewegungen unsere Endziele, auch im Wahlkampfe, vorgebracht. Stadthagen müßte mit ganz anderen Beweisen aufwarten. Was ist denn eigentlich das Ideal von Stadthagen, wie möchte er den „Vorwärts" redigirt haben? Stadthagen hat ja selbst während der Wahl eine Zeitung herausgegeben, die im Brandenburgischen Kreise verbreitet ist. Mir liegt es fern, zu sagen, daß diese Zeitung nicht gut war, aber wenn der „Vorwärts" ebenso redigirt würde, wie der „Wähler" von Stadthagen, so würden ebenso viel

Kritiker kommen. (Ruf: Noch mehr!) Ich habe Stadthagen unter vier Augen gefragt, wie er denn eigentlich das Blatt haben will, und da sagte er, ich denke mir es so, wie das „Hamburger Echo". Ich schätze das Hamburger „Echo" ganz außerordentlich, es ist ein vorzüglich geleitetes Parteiorgan, aber so himmelweit unterscheidet es sich in Sprache und Agitation nicht vom „Vorwärts". All' das veranlaßt mich, die Vorwürfe von Stadthagen für unbegründet zu halten.

Genossin Zetkin meinte, daß der „Vorwärts" zu wichtigen Parteifragen nicht Stellung genommen habe, ich bin durchaus der Ansicht, daß das Zentralorgan zu wichtigen Fragen Stellung nehmen muß, aber hier liegt gerade die allergrößte Schwierigkeit vor. In der Provinzpresse kann jeder einzelne sich nach seiner Individualität hinsetzen und losschreiben, da hat es nicht so viel zu sagen, wenn einmal ein Fehler vorkommt. Ganz anders im Zentralorgan. Die gegnerische Presse schnappt jede Kleinigkeit auf und bauscht alles zur Staatsaktion auf. Denken Sie doch an die preußischen Landtagswahlen! Es ist unsere Pflicht, mit den Berliner Genossen auf gutem Fuße zu leben. Die Berliner, die durch die Eigenschaft des „Vorwärts" als Zentralorgan außerordentlich benachtheiligt sind, stellten sich auf einen anderen Standpunkt als der Hamburger Parteitag. Was sollten wir thun? Wir mußten den Hamburger Beschluß ausführen, und damit waren die Berliner Genossen nicht sehr zufrieden. Es bleibt uns also in solchen Fällen nichts übrig, als unsere Kampfesfreude etwas zu zügeln. Bei der Gelegenheit noch eine kleine Abschweifung. Stadthagen hat erklärt, daß wir in diesem Kampfe das Koalitionsrecht vollständig falsch behandelt haben, und er hat von Unwissenheit oder Demagogie gesprochen. Die Sache verhielt sich so, daß eine Notiz im „Vorwärts" erschien, in welcher Zitate aus Herrenhausreden von Dr. Giese und Frhrn. v. Stumm wiedergegeben waren, die sich dahin geäußert haben, daß sie durch die lex Recke die Streikmöglichkeit den Arbeitern nehmen wollen, und es war daran die Bemerkung geknüpft, daß ein solcher Versuch von neuem gemacht werden könnte. Stadthagen ist doch ein sehr findiger Jurist, er sollte doch nicht so schlecht denken von den preußischen Geheimräthen, daß er ihnen nicht zutraut, sie könnten auch einmal den Versuch machen, über die Reichs-Gewerbe-Ordnung hinweg durch den preußischen Landtag das Koalitionsrecht zu nehmen. Weiter macht die Genossin Zetkin uns den Vorwurf, daß wir einige Fragen nicht genügend behandelt haben, z. B. die Heine-Frage. Ich bin auch durch die Ausführungen der Genossin Dr. Luxemburg noch nicht davon überzeugt, daß es sich hier um eine große Partei-Angelegenheit handelt.

Wir halten auch heute noch daran fest, daß die Sache aufgebauscht ist. Dazu kommt, daß sich die Reichstagsfraktion mit der Sache beschäftigt hat und zu dem Schluß gelangt ist, daß keine Veranlassung vorliegt, gegen Heine einzuschreiten. (Sehr richtig.) Es kam ferner dazu, daß wir am Vorabend der Reichstagswahl standen. Sollten wir vielleicht gegen Heine vorgehen und die ganze Berliner Wahlbewegung stören? Da wären uns die Genossen von Berlin schön auf den Kopf gekommen und mit vollem Recht. Genau so verhält es sich mit anderen Fragen. Es ist die Kolonialfrage gestreift, die ja auch eine Sache von großer Bedeutung sein soll. Auch hier hat die Reichstags-Fraktion bereits gesprochen und es wurde klargestellt, daß prinzipielle Gegensätze oder Abweichungen nicht vorlagen. Ebenso war es mit der Bernstein-Frage. Wir sollten dazu Stellung nehmen. Das ist aber nicht so einfach. Wir hatten sofort, als wir die Aeußerungen im „Vorwärts" mittheilten, erklärt, daß es unmöglich sei, in einem Tageblatte Stellung dazu zu nehmen, wir haben allerdings eine gewisse Mißbilligung von Anfang an durchblicken lassen. Wo sollten wir denn die Kräfte hernehmen, um uns als Tageblatt in solche Polemik einzulassen? Die Redakteure sind bei uns wie bei den meisten Parteiblättern mit der täglichen handwerksmäßigen Arbeit geradezu überlastet. Es giebt höchstens ein bis zwei Blätter in Deutschland, wo der Chefredakteur in der Lage ist, seine ganze Kraft wissenschaftlichen Fragen zu widmen. Um mit Parvus den Kampf zu führen, dazu hätten wir einen besonderen Redakteur anstellen müssen. (Heiterkeit.) Für die Erörterung wissenschaftlicher Fragen sind nicht die Tageblätter da, sondern die „Neue Zeit". Kritik am „Vorwärts" zu üben, ist nicht nur gut, sondern auch wünschenswerth, damit immer weitere Verbesserungen vorgenommen werden, und ich kann nur sagen, die Redaktion des „Vorwärts" hat das beste Bestreben, man darf nur nicht eine Kritik üben, die die thatsächlichen Verhältnisse verkennt. Wer eine sachliche Kritik gegen den „Vorwärts" führt, der kann nicht so sprechen, wie es Frau Zetkin gethan hat. Wie würde es der Genossin Zetkin, deren Temperament, deren Leistungen, deren schriftstellerische Thätigkeit ich bewundere, gefallen, wenn ich in derselben Weise die „Gleichheit" kritisiren wollte? Dabei würde die Genossin Zetkin auch nicht gut wegkommen. Es ist ihr nicht gelungen, mit ihrer Zeitung eine größere Arbeiterinnenbewegung hervorzurufen. Das liegt natürlich nicht an ihr allein, sondern an mannigfaltigen Umständen, aber etwas Schuld könnte man auch ihr persönlich daran beimessen, wenigstens wenn man so kritisiren wollte, wie sie den „Vorwärts" kritisirt hat, dann müßte man ihr sagen: Du schreibst ja derartig doktrinäre Leitartikel in Deiner Zeitung, Nummer für Nummer, so interessant sie auch sind. (Sehr gut!) Es wäre mir nicht eingefallen, eine derartige Aeußerung zu machen, wenn die Genossin Zetkin nicht in dieser Weise den „Vorwärts" kritisirt hätte. Bitte, kritisiren Sie, aber sachlich. Dann wollen wir Ihnen auch versprechen, daß wir, soviel in unseren Kräften steht, bessern wollen, um unser Zentralorgan zu einem wirklich guten Parteiblatt zu machen. (Lebhafter Beifall.)

Bebel: Parteigenossen! Ich habe zunächst nicht im eigenen Namen, sondern im Namen eines Abwesenden zu sprechen, der mehrfach angegriffen worden ist und mich beauftragt hat, eine Erklärung zu verlesen. Es ist Eduard Bernstein. Er wußte, daß seine Artikelserie Gegenstand des Angriffs hier werden würde. Und deshalb bittet er mich, folgende „Erklärung" zu verlesen:

Die in der Serie „Probleme des Sozialismus" von mir niedergelegten Ansichten sind neuerdings in sozialistischen Blättern und Versammlungen zur Erörterung gelangt, und es ist die Forderung ausgesprochen worden, daß der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie zu ihnen Stellung nehmen solle. Für den Fall, daß dies geschieht und der Parteitag auf die Forderung eingeht, sehe ich mich zu folgender Erklärung veranlaßt.

Das Votum einer Versammlung, und steht sie noch so hoch, kann mich selbstverständlich in meinen, aus der Prüfung der sozialen Erscheinungen gewonnenen Anschauungen nicht irre machen. Was ich in der „Neuen Zeit" geschrieben habe, ist der Ausdruck meiner Ueberzeugung, von der ich in keinem wesentlichen Punkt abzugehen mich veranlaßt sehe.

Aber es ist ebenso selbstverständlich, daß ein Votum des Parteitages mir nichts weniger als gleichgiltig sein kann. Und darum wird man es begreifen, wenn ich vor allen Dingen das Bedürfniß fühle, mich gegen fälschliche Auslegung meiner Ausführungen und falsche Schlußfolgerungen aus ihnen zu verwahren. Verhindert, selbst auf dem Kongreß zu erscheinen, thue ich dies hiermit auf dem Wege schriftlicher Mittheilung.

Es ist von gewisser Seite behauptet worden, die praktische Folgerung aus meinen Aufsätzen sei der Verzicht auf die Eroberung der politischen Macht durch das politisch und wirthschaftlich organisirte Proletariat.

Das ist eine ganz willkürliche Folgerung, deren Richtigkeit ich entschieden bestreite.

Ich bin der Anschauung entgegengetreten, daß wir vor einem in Bälde zu erwartenden Zusammenbruch der bürgerlichen Gesellschaft stehen und daß die Sozialdemokratie ihre Taktik durch die Aussicht auf eine solche bevorstehende große soziale Katastrophe bestimmen, bezw. von ihr abhängig machen soll. Das halte ich in vollem Umfange aufrecht.

Die Anhänger dieser Katastrophentheorie stützen sich im wesentlichen auf die Ausführungen des „Kommunistischen Manifestes". In jeder Hinsicht mit unrecht.

Die Prognose, welche das „Kommunistische Manifest" der Entwickelung der modernen Gesellschaft stellt, war richtig, soweit sie die allgemeinen Tendenzen dieser Entwickelung kennzeichnete. Sie irrte aber in verschiedenen speziellen Folgerungen, vor allem in der Abschätzung der Zeit, welche die Entwickelung in Anspruch nehmen würde. Letzteres ist von Friedrich Engels, dem Mitverfasser des „Manifestes", im Vorwort zu den „Klassenkämpfen in Frankreich" rückhaltlos anerkannt worden. Es liegt aber auf der Hand, daß, indem die wirthschaftliche Entwickelung eine weit größere Spanne Zeit in Anspruch nahm als vorausgesetzt wurde, sie auch Formen annehmen, zu Gestaltungen führen mußte, die im „Kommunistischen Manifest" nicht vorausgesehen wurden und nicht vorausgesehen werden konnten.

Die Zuspitzung der gesellschaftlichen Verhältnisse hat sich nicht in der Weise vollzogen, wie sie das Manifest schildert. Es ist nicht nur nutzlos, es ist auch die größte Thorheit, sich dies zu verheimlichen. Die Zahl der Besitzenden ist nicht kleiner, sondern größer geworden. Die enorme Vermehrung des gesellschaftlichen Reichthums wird nicht von einer zusammenschrumpfenden Zahl von Kapitalmagnaten, sondern von einer wachsenden Zahl von Kapitalisten aller Grade begleitet. Die Mittelschichten ändern ihren Charakter, aber sie verschwinden nicht aus der gesellschaftlichen Stufenleiter.

Die Konzentrirung der Produktion vollzieht sich in der Industrie auch heute noch nicht durchgängig mit gleicher Kraft und Geschwindigkeit. In einer großen Anzahl Produktionszweige rechtfertigt sie zwar alle Vorhersagungen der sozialpolitischen Kritik, in anderen Zweigen bleibt sie jedoch noch heute hinter ihnen zurück. Noch langsamer geht der Prozeß der Konzentration in der Landwirthschaft vor sich. Die Gewerbestatistik weist eine außerordentlich abgestufte Gliederung der Betriebe auf; keine Größenklasse macht Anstalt, aus ihr zu verschwinden. Die bedeutsamen Veränderungen in der inneren Struktur der Betriebe und ihren gegenseitigen Beziehungen kann über diese Thatsache nicht hinwegtäuschen.

Politisch sehen wir das Privilegium der kapitalistischen Bourgeoisie in allen vorgeschrittenen Ländern Schritt für Schritt demokratischen Einrichtungen weichen. Unter dem Einfluß dieser und getrieben von der sich immer kräftiger regenden Arbeiterbewegung hat eine gesellschaftliche Gegenaktion gegen die ausbeuterischen Tendenzen des Kapitals eingesetzt, die zwar heute noch sehr zaghaft und tastend vorgeht, aber doch da ist und immer mehr Gebiete des Wirthschaftslebens ihrem Einfluß unterzieht. Fabrikgesetzgebung, die Demokratisirung der Gemeindeverwaltungen und die Erweiterung ihres Arbeitsgebiets, die Befreiung des Gewerkschafts- und Genossenschaftswesen von allen gesetzlichen Hemmungen, Berücksichtigung der Arbeiterorganisationen bei allen von öffentlichen Behörden vergebene Arbeiten kennzeichnen diese Stufe der Entwickelung. Daß in Deutschland man noch daran denken kann, die Gewerkschaften zu knebeln, kennzeichnet nicht den Höhegrad, sondern die Rückständigkeit seiner politischen Entwicklung.

Je mehr aber die politischen Einrichtungen der modernen Nationen demokratisirt werden, um so mehr verringern sich die Nothwendigkeiten und Gelegenheiten großer politischer Katastrophen. Wer an der Theorie der Katastrophen festhält, muß die hier gezeichnete Entwicklung nach Möglichkeit bekämpfen und zu hemmen suchen, wie das die konsequenten Verfechter dieser Theorie übrigens früher auch gethan haben. Heißt aber die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat blos die Eroberung dieser Macht durch eine politische Katastrophe? Heißt es die ausschließliche Besitzergreifung und Benutzung der Staatsmacht durch das Proletariat gegen die ganze nichtproletarische Welt?

Wer das bejaht, der sei hier an zweierlei erinnert. 1872 erklärten Marx und Engels im Vorwort zur Neuauflage des „Kommunistischen Manifestes," die Pariser Kommune habe namentlich den Beweis geliefert, daß „die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eigene Zwecke in Bewegung setzen kann". Und 1895 hat Friedrich Engels im Vorwort zu den Klassenkämpfen ausführlich dargelegt, daß die Zeit der politischen Ueberrumpelungen, der von „kleinen bewußten Minoritäten an der Spitze bewußtloser Massen durchgeführten Revolutionen" heute vorbei sei, daß ein Zusammenstoß auf großem Maßstabe mit dem Militär das Mittel wäre, das stetige Wachsthum der Sozialdemokratie aufzuhalten und selbst für eine Weile zurückzuwerfen, — kurz, daß die Sozialdemokratie „weit besser bei den gesetzlichen Mitteln als bei den ungesetzlichen und dem Umsturz" gedeiht. Und er bezeichnet demgemäß als die nächste Aufgabe der Partei, „das Wachsthum ihrer Stimmen ununterbrochen in Gang zu halten" — bezw. „langsame Propaganda der parlamentarischen Thätigkeit".

So Engels, der, wie seine Zahlenbeispiele zeigen, bei alledem die Schnelligkeit des Entwickelungsganges immer noch etwas überschätzte. Wird man ihm nachsagen, er habe auf die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse verzichtet, weil er es vermieden sehen wollte, daß das durch die gesetzliche Propaganda gesicherte stetige Wachsthum der Sozialdemokratie durch eine politische Katastrophe unterbrochen werde?

Wenn nicht, wenn man seine Ausführungen unterschreibt, dann wird man auch vernünftigerweise daran keinen Anstoß nehmen können, wenn erklärt wird, was die Sozialdemokratie noch auf lange hinaus zu thun habe, sei, statt auf den großen Zusammenbruch zu spekuliren, „die Arbeiterklasse politisch zu organisiren und zur Demokratie auszubilden, und für alle Reformen im Staate zu kämpfen, welche geeignet sind, die Arbeiterklasse zu heben und das Staatswesen im Sinne der Demokratie umzugestalten".

Das ist es, was ich in meinem angefochtenen Artikel gesagt habe und was ich auch jetzt noch seiner vollen Tragweite nach aufrecht erhalte. Für die vorliegende Frage läuft es auf das gleiche hinaus wie die Engels'schen Sätze, denn die Demokratie heißt jedesmal soviel Herrschaft der Arbeiterklasse, als diese nach ihrer intellektuellen Reife und dem Höhegrad der wirthschaftlichen Entwickelung überhaupt auszuüben fähig ist. Uebrigens beruft sich Engels an der angeführten Stelle auch noch ausdrücklich darauf, daß schon das Kommunistische Manifest „die Erkämpfung der Demokratie als eine der ersten und wichtigsten Aufgaben des streitbaren Proletariats proklamirt" habe.

Kurz, Engels ist so sehr von der Ueberlebtheit der auf die Katastrophen zugespitzten Taktik überzeugt, daß er auch für die romanischen Länder, wo die Tradition ihr viel günstiger ist als in Deutschland, eine Revision von ihr hinweg für geboten hält. „Haben sich die Bedingungen für den Völkerkrieg geändert, so nicht minder für den Klassenkampf", schreibt er. Hat man das schon vergessen?

Kein Mensch hat die Nothwendigkeit der Erkämpfung der Demokratie für die Arbeiterklasse in Frage gestellt. Worüber gestritten wurde, ist die Zusammenbruchstheorie, und die Frage, ob bei der gegebenen wirthschaftlichen Entwickelung Deutschlands und dem Reifegrad seiner Arbeiterklasse in Stadt und Land der Sozialdemokratie an einer plötzlichen Katastrophe gelegen sein kann. Ich habe die Frage verneint und verneine sie noch, weil meines Erachtens im stetigen Vormarsch eine größere Gewähr für dauernden Erfolg liegt, wie in den Möglichkeiten, die eine Katastrophe bietet.

Und weil ich der festen Ueberzeugung bin, daß sich wichtige Epochen in der Entwickelung der Völker nicht überspringen lassen, darum lege ich auf die nächsten Aufgaben der Sozialdemokratie, auf den Kampf um das politische Recht der Arbeiter, auf die politische Bethätigung der Arbeiter in Stadt und Gemeinde für die Interessen ihrer Klasse, sowie auf das Werk der wirthschaftlichen Organisation der Arbeiter den allergrößten Werth. In diesem Sinne habe ich seinerzeit den Satz niedergeschrieben, daß mir die Bewegung alles, — das, was man gemeinhin Endziel des Sozialismus nenne, nichts sei, und in diesem Sinne unterschreibe ich ihn noch heute. Selbst wenn das Wort „gemeinhin" nicht angezeigt hätte, daß der Satz nur bedingt zu verstehen war, lag es ja auf der Hand, daß er nicht Gleichgiltigkeit betreffs der endlichen Durchführung sozialistischer Grundsätze ausdrücken konnte, sondern nur Gleichgiltigkeit oder, vielleicht besser ausgedrückt, Unbesorgtheit über das „Wie" der schließlichen Gestaltung der Dinge. Ich habe zu keiner Zeit ein über allgemeine Grundsätze hinausgehendes Interesse an der Zukunft gehabt, noch kein Zukunftsgemälde zu Ende lesen können. Den Aufgaben der Gegenwart und nächsten Zukunft gilt mein Sinnen und Trachten, und nur soweit sie mir die Richtschnur für das zweckmäßigste Handeln in dieser Hinsicht geben, beschäftigen mich die darüber hinausgehenden Perspektiven.

Die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse, die Expropriation der Kapitalisten sind an sich keine Endziele, sondern nur Mittel zur Durchführung bestimmter Ziele und Bestrebungen. Als solche sind sie Forderungen des Programms der Sozialdemokratie und von niemand bestritten. Ueber die Umstände ihrer Durchführung läßt sich nichts voraussagen, es läßt sich nur für ihre Verwirklichung kämpfen. Zur Eroberung der politischen Macht aber gehören politische Rechte, und die wichtigste Frage der Taktik, welche die deutsche Sozialdemokratie zur Zeit zu lösen hat, scheint mir die nach dem besten Weg der Erweiterung der politischen und gewerblichen Rechte der deutschen Arbeiter zu sein. Ohne daß auf diese Frage eine befriedigende Antwort gefunden wird, würde die Betonung der anderen schließlich nur Deklamation sein.

London, den 29. September 1898. Ed. Bernstein.

Ich glaube, daß es nothwendig war, diese Erklärung hier zur Sprache zu bringen, angesichts der Erörterungen, die sich an die Person Bernstein's und seiner Ansichten knüpften. Ich glaube, wir können Bernstein noch besonders dankbar sein, daß er durch diese Erklärung gewissermaßen einen Extrakt dessen gegeben hat, was er in einer längeren Reihe von Artikeln in der „Neuen Zeit" ausgeführt hat, und so denjenigen, die sich in Zukunft mit dieser Frage beschäftigen werden und werden beschäftigen müssen (Zustimmung), das erleichtert hat. (Lebh. Beifall.) Ich erkläre gleich, daß ich nicht auf dem Standpunkt Bernstein's stehe, ich weiche in wichtigen Punkten von ihm ab. Bei wiederholtem Lesen dieser Erklärung habe ich den Eindruck gewonnen, daß sich Bernstein in sehr tiefen Widersprüchen mit seinen eigenen Ausführungen befindet. Aber darüber kann der Parteitag nicht sprechen, denn hier handelt es sich nicht um Fragen der Taktik, sondern unserer gesammten Grundanschauung (Lebhafte Zustimmung), und die lassen sich nicht auf einem Parteitage entscheiden; die müssen sehr gründlich pro und contra in der Presse erörtert werden. Warum das die „Neue Zeit" nicht gethan hat, darüber wird sich mein Freund Kautsky wohl nachher aussprechen. Aber ich bin auch nicht gewillt, mich heute auf die überaus wichtige Frage der Taktik einzulassen. Wir haben gestern und heute Reden gehört, die mit dem eigentlichen Thema fast nichts zu thun hatten. (Heiterkeit.) Nur Thiele und Gradnauer sprachen zur Sache; die anderen aber behandelten eine Frage, die außerordentlich wichtig ist, die wir erörtern müssen, die aber dazu erst vorbereitet werden muß. Der Parteitag hat es ganz mit recht abgelehnt, die Frage der Taktik noch in letzter Stunde auf die Tagesordnung zu setzen; es wäre dabei heute nichts herausgekommen. Ich werde also zu keiner der hier geäußerten Fragen Stellung nehmen. Nur einige kurze Bemerkungen. Die Frage, betreffend die Aeußerung des Genossen Heine in seiner ersten Rede, ist für mich insofern abgethan, als ich als Mitglied der Fraktion auskömmlichste Gelegenheit hatte, in der Sitzung, in der Heine auf unsere Einladung erschienen war, meine abweichende Meinung auszusprechen. Die Fraktion hat auch, wie allbekannt, in dieser Frage eine Erklärung gefaßt und damit ist die Sache erledigt. Für mich könnte ein Disput mit Heine erst dann wieder entstehen, wenn er Anschauungen entwickeln oder Handlungen begehen sollte, die mit meiner Auffassung unverträglich sind. Das ist zwischen jener Rede und heute nicht geschehen.

Aus denselben oder ähnlichen Gründen bin ich auch nicht in der Lage, mich irgendwie über die Haltung des „Vorwärts" zu äußern. Als Mitglied des Parteivorstandes habe ich häufig Gelegenheit genommen, mich mit der Redaktion auszusprechen, auch für meine Person. Es wäre geradezu eine Taktlosigkeit, wenn ich unter solchen Verhältnissen mich hier weiter auf eine Diskussion über diese Frage einlassen wollte.

Was nun aber die Polemik gegen die „Sächsische Arbeiterzeitung" anlangt, so will ich dem hier anwesenden früheren Leiter dieses Blattes ganz offen erklären, daß ich sehr oft mich über seine Opposition und Kritik der Parteipresse und meinetwegen auch der Parteileitung gefreut habe, aber daß ich es auch ebenso mit aller Entschiedenheit verurtheilen muß, daß er in der Mehrzahl der Fälle bei dieser Kritik sich eines Tones und einer Ausdrucksweise bedient hat, die es dem angegriffenen Theil unmöglich machte, sich in eine ruhige Erörterung einzulassen. (Sehr wahr!) Angesichts der Situation, in der wir uns befinden, angesichts der Erklärung Bernsteins, angesichts der Thatsache, daß diese Anschauungen Bernsteins in einem gewissen Theile der Partei ein Echo gefunden haben, und der Nothwendigkeit, sich mit ihr zu beschäftigen, kann auch ich nur mit dem Wunsche schließen: Diskutiren wir nach allen Richtungen, aber diskutiren wir objektiv und vergessen wir nicht, daß wir als Parteigenossen zu Parteigenossen sprechen. (Lebhafter Beifall.)

Kautsky: Es ist gegen verschiedene Redner der Vorwurf erhoben worden, daß sie gar nichts Neues zur Sache gebracht, den Kongreß sehr enttäuscht hätten. Ich fürchte, daß dieser Vorwurf auch mich treffen wird, wenn man von mir erwartet, daß ich etwas besonders Neues sagen werde. Ich halte das nach den großen Debatten, die wir bereits gehabt haben, für ganz unmöglich; alle entscheidenden Gesichtspunkte sind bereits vorgebracht. Ich hätte nicht das Wort ergriffen, wenn nicht meine Amtsführung angegriffen worden wäre und mein Stillschweigen infolge dessen mißdeutet werden könnte. Es handelt sich um die Bernstein'schen Artikel. Ich habe es mit Vergnügen bemerkt, daß niemand mir einen Vorwurf aus der Veröffentlichung der Artikel gemacht hat. Von allen Seiten ist anerkannt worden, daß diese Artikel sehr wichtige Probleme behandeln, sehr wichtige Gesichtspunkte in die Diskussion werfen, die für die Entwickelung unseres geistigen Lebens nützlich und nothwendig sind. Nur hat man der Redaktion der „Neuen Zeit" den Vorwurf gemacht, daß sie diese Artikel ohne Erwiderung gebracht habe. Das wäre unbedingt nothwendig gewesen; denn so nützlich diese Artikel als Objekt für die Diskussion sind, so verderblich müßten sie sein, wenn sie ohne Widerspruch blieben, wenn sie gar in Zukunft für die Taktik der Partei maßgebend würden.

Ich kann nun sagen, daß niemand mehr verwundert ist, daß sich aus diesen Artikeln in der „Neuen Zeit" keine Diskussion entwickelt hat, als ich selbst. Ich habe erwartet, daß alle diejenigen, die gegen Bernstein losgegangen sind, es in der „Neuen Zeit" thun würden. Die „Neue Zeit" ist das Diskussionsorgan der Partei. Ich hatte erwartet, daß vor allem auch die Genossin Luxemburg in der „Neuen Zeit" Bernstein angreifen würde. Das ist nicht geschehen. Infolge dessen ging viel Zeit verloren; weitere Zeit ging dadurch verloren, daß andere Leute mir Artikel gegen Bernstein versprochen, aber nicht gegeben haben. Inzwischen ist ein Artikel von Plechanow erschienen, weitere werden folgen.

Ich bin nicht selbstbewußt genug zu glauben, daß es darauf angekommen wäre, daß ich unmittelbar, nachdem Bernstein gesprochen, dazu Stellung genommen hätte. Ich glaube, die Partei hat nichts daran verloren, daß ich es nicht gethan habe. Nun hat man aber dieses mein Schweigen als Zustimmung oder, wie Parvus sagte, als Rathlosigkeit aufgefaßt. Nun, dem Vorwurf der Rathlosigkeit brauche ich nicht entgegenzutreten; aber der Ansicht, daß ich deshalb nicht geantwortet habe, weil die Redaktion der „Neuen Zeit" vollständig auf dem Standpunkte Bernstein's stehe, möchte ich entgegentreten.

Ich ergreife sehr ungern das Wort, denn ich muß mich auseinandersetzen mit einem Manne, mit dem ich mich 15 Jahre lang in innigster Kampfgenossenschaft befinde, mit einem Mann, der in der schwersten Zeit der Partei an vorderster Stelle im Kampfe stand, der deswegen im Exile weilt, der nicht die Möglichkeit hat, seinen Standpunkt hier zu vertreten. Aber wo es gilt, Zweideutigkeiten zu beseitigen, können wir natürlich nicht solche Rücksichten nehmen. Ich werde mich nur bemühen, jedes verletzende Wort zu vermeiden und die unnöthige Schärfe der Diskussion nicht weiterzuführen.

Sie haben durch den Mund Bebel's die Erklärung Bernstein's gehört. Ich glaube, der gesammte Parteitag wird sich vor allem verwundert haben darüber, daß Bernstein es für nöthig hält, eine Reihe von Punkten zu betonen als besonders nothwendig, worüber gar keine Meinungsverschiedenheit besteht. Wenn er uns auseinandersetzt, daß der gesetzliche Weg für uns im gegebenen Moment vortheilhaft ist, daß uns nicht der Vorwurf der Gesetzwidrigkeit treffe, daß wir die Aufgabe der Reformen haben, demokratischer und ökonomischer, die Aufgabe, das Proletariat zu organisiren, so muß jeder fragen: wie kommt Bernstein dazu, das zu sagen? Giebt es irgend einen Menschen in der Partei, der nicht auf dem Standpunkte steht? Hier tritt deutlich zu tage, daß Bernstein die Fühlung mit der Partei verloren hat. (Zustimmung.) Ich muß das leider sagen: Bernstein hat sich aus einzelnen Wendungen in der Presse, in verschiedenen Reden ein ganz falsches Bild von der Partei gemacht. Er glaubt, daß wir Blanquisten sind, die auf einen Zusammenstoß mit der bewaffneten Macht spekuliren ꝛc. Ich glaube es giebt keinen Parteigenossen, der daran denkt.

Ferner setzt uns Bernstein auseinander, daß die Entwickelung nicht so schnell vor sich geht, wie manche es wohl annehmen. Auch dieser Punkt, glaube ich, braucht nicht im Gegensatz zu Bernstein betont zu werden. Die Voraussetzung des Tempos der ökonomischen Entwicklung ist Sache des Temperaments.

Ich gehöre nicht zu denjenigen, die alle Differenzen leugnen; im Gegentheil, es liegen sehr große Differenzen vor, Differenzen taktischer und theoretischer Natur, die immer vorgelegen haben, seit die Partei besteht, und die sich sicherlich noch vertiefen werden, je größer die Partei wird, je mehr sie eine politische Macht wird; aber gerade die Frage des Tempos ist eine Frage des Gefühls, des Temperaments. Aber Bernstein geht darüber hinaus. Er sucht die Langsamkeit der Entwickelung mit Argumenten zu begründen, denen ich durchaus nicht beistimmen kann. Er setzt uns auseinander, daß die Zahl der Besitzenden, der Kapitalisten wächst, daß also die Grundlagen falsch sind, auf denen wir unsere Ansichten aufgebaut haben. Ja, wenn das richtig wäre, dann wäre der Zeitpunkt unseres Sieges nicht nur sehr weit hinausgeschoben, sondern dann kämen wir überhaupt nicht ans Ziel. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn die Kapitalisten zunehmen und nicht die Besitzlosen, dann entfernen wir uns immer mehr vom Ziel, je mehr die Entwickelung vor sich geht, dann festigt sich der Kapitalismus, nicht der Sozialismus, dann kommen wir überhaupt nicht ans Ziel. (Lebhafter Beifall.) Aber gerade darauf will ich heute nicht eingehen, denn dann müßte ich gegen Bernstein polemisiren und das möchte ich soviel wie möglich vermeiden, da, wo es nicht nothwendig ist. Ich müßte auf die Berufs- und Einschätzungsstatistiken und dergleichen eingehen, und dazu ist der Parteitag nicht der Ort. Aber soviel ist sicher, daß das Wort von Marx noch heute wahr ist: Zunahme des Kapitals bedeutet auch Zunahme des Proletariats. Wenn Bernstein recht hat, müssen die Proletarier abnehmen.

Weiter sagt Bernstein, daß die zukünftige Geschichte sich nicht mehr in Katastrophen entwickeln wird, daß die Zeit der Katastrophen vorüber sei. Er hat auf verschiedene Aeußerungen von Engels hingewiesen, die das beweisen sollen. Ich kann ihm darin nicht beipflichten. Ich habe jetzt nicht alle Zitate von Engels so genau im Gedächtniß, daß ich sagen könnte, in welchem Zusammenhange sie gefallen sind; aber ich weiß mich einer Aeußerung von Engels zu erinnern, daß Katastrophen später nicht so sehr in die Erscheinung treten werden. Aber das bedeutet nicht, daß sie in Zukunft ganz ausgeschlossen sein werden.

Ich habe nicht die Absicht, Sie mit einer Katastrophentheorie zu langweilen. Ich möchte nur denjenigen Theil der Bernstein'schen Krisentheorie hier behandeln, der auch hier in der Versammlung Widerhall gefunden hat, nämlich die Fragen politischer Krisen und Katastrophen. Bernstein ist der Ansicht, daß die Entwickelung sich von jetzt an in gewerkschaftlichen Kämpfen ohne große Katastrophen vollziehen wird. Das Proletariat gewinnt immer mehr politische Rechte, immer mehr ökonomische Macht durch die Gewerkschaftsbewegung, den Einfluß in der Verwaltung der Gemeinden, die Bildung von Kooperativgenossenschaften u. s. w.; so werde die sozialistische Produktionsweise allmälig die kapitalistische überwuchern, bis diese eines Tages in der sozialistischen Gesellschaft aufgeht. Diese Ansicht ist als thöricht hingestellt worden. Nein, diese Ansicht von Bernstein beruht auf sehr triftigen Thatsachen. Sie hat nur den einen Fehler, und unser Unglück ist es, daß diese Thatsachen nicht in Deutschland zu finden sind, sondern in England. (Sehr wahr!) Nun wird man sagen: Ja, ganz richtig; England ist ja aber das klassische Land der kapitalistischen Produktionsweise, England zeigt uns unsere eigene Zukunft. Der Ansicht bin ich nicht. England ist allerdings das klassische Land des Kapitalismus, aber England ist ein ganz ausnahmsweises Land in bezug auf seine politische Struktur, in bezug auf seine Entwickelungsgesetze in politischer Beziehung, in bezug auf seine politischen Tendenzen. In England sehen wir die Verhältnisse anders wie in der ganzen Welt. Dank seiner Geschichte, dank seiner insularen Lage sehen wir dort einen großen Staat ohne Armee, ohne Bureaukratie, ohne Bauernstand, eine ganz minimale Landwirthschaft — die landwirthschaftliche Bevölkerung beträgt nur 6 pCt. der Gesammtbevölkerung. Wir sehen in England, daß der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit viel geringer ist als anderswo trotz der ökonomischen Fortschritte und daß das englische Kapital bereits viel zu groß geworden ist, um in der englischen Industrie allein Unterkunft zu finden. Das englische Kapital ist angelegt in der ganzen Welt; der Theil des in der englischen Industrie angelegten Kapitals wird immer minimaler und der Theil, der direkt an der Ausbeutung der englischen Arbeiter interessirt ist, dadurch auch immer geringer. Die Menschen sind aber von Natur sehr zum Mitleid veranlagt, und das spricht immer mit, wo nicht eigene Interessen entgegenstehen. Und so sehen wir, daß die Bourgeoisie in England Arbeiterstreiks unterstützt, wo kapitalistische Gesellschaften die Gewerkschaften vernichten wollen. Der Philanthropismus ist in England eine Macht, wie nirgends sonst. Dort ist es infolge dessen möglich, daß die Arbeiter auf friedlichem Wege ohne eine Katastrophe allmälig zur Macht gelangen. Das hat aber nicht Bernstein neu entdeckt, das hat bereits Marx vor mehr als zwanzig Jahren gesagt, indem er schrieb, daß England dasjenige Land sei, in welchem ein friedlicher Uebergang vom Kapitalismus zum Sozialismus möglich sei. Möglich! Denn Katastrophen sind nicht ausgeschlossen. Wie die englische Bourgeoisie sich stellen wird, wenn die Arbeiter von ihrer politischen Macht Gebrauch machen, was sie bis jetzt nicht thun, ob die heutigen Bourgeois dann nicht mit den kapitalistischen Gesellschaften fraternisiren, das können wir jetzt noch nicht wissen. Solche Zustände wie in England finden Sie sonst nirgends in der ganzen Welt, auch in Amerika, das mit England sonst so viel gemeinsam hat, finden Sie ganz andere Zustände. Nirgends ist die Neigung zu gewaltigen Katastrophen so groß, so naheliegend, wie in Amerika, und schon Amerika allein würde die Bernstein'sche Theorie über den Haufen werfen. Aber auch bei uns in Europa steht es nicht anders. Ueberall Militarismus in höchster Ausgestaltung, überall eine Bureaukratie, die absolutistisch herrscht, nicht nur in den monarchischen Staaten, sondern auch in Frankreich. Wir haben ferner auf dem Kontinent von Europa einen maßgebenden Einfluß des Großgrundbesitzes, die Bourgeoisie beugt sich unter die Säbelherrschaft, sie hat aufgehört, eine demokratische Macht zu sein. Hier bei uns giebt es nur eine demokratische Macht, das ist das Proletariat. Wir können die demokratischen Reste aus der Jugendzeit der Bourgeoisie vielleicht noch benutzen, aber daß diese die Möglichkeit hätte, neue demokratische Rechte zu erobern, das ist ausgeschlossen, das ist nur möglich durch das Proletariat selbst. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn Bernstein meint, daß wir erst die Demokratie haben müssen, um dann Schritt für Schritt das Proletariat zum Siege zu führen, so sage ich, die Sache steht bei uns umgekehrt, der Sieg der Demokratie bei uns wird bedingt durch den Sieg des Proletariats. (Lebhafter Beifall.) Wir können zur wahren Demokratie gar nicht gelangen ohne das Proletariat. Ich gebe zu, daß das eine sehr schwierige Aufgabe für uns ist, das Proletariat kann sich nicht leicht entwickeln ohne Demokratie. Ich gebe zu, daß der Weg, den das englische Proletariat geht, besser ist, weniger Opfer erfordert, und daß wir wünschen müssen, denselben Weg gehen zu können; aber der Gang der Geschichte wird nicht von frommen Wünschen bestimmt, sondern von Thatsachen, und diese sagen uns, daß der Weg Englands für uns ungangbar ist, daß der Sieg der Demokratie nur durch den Sieg des Proletariats erfolgen kann.

Glaubt aber einer, daß dieser Sieg möglich ist ohne Katastrophe? Ich wünsche es, aber ich glaube es nicht. (Zustimmung.) Die Demokratie und auch das Proletariat wird immer mehr in die Defensive gedrängt, der Liberalismus hat abgedankt. Statt daß die bürgerliche Demokratie vorwärts geht, geht sie zurück, und wir stehen unter dem Zeichen des Vordringens der Reaktion. Es ist der gordische Knoten und daß dieser auf einem anderen Wege gelöst werden kann, wie jener alte, glaube ich nicht. Wir sehen allüberall in Europa große Katastrophen sich vorbereiten. Steht nicht Oesterreich vor einer Katastrophe? Steht nicht Italien vor einer blutigen Katastrophe, nicht Spanien? Schickt sich Frankreich nicht an zu einem schweren Kampf zwischen der bürgerlichen Freiheit und dem Militarismus und Pfaffenthum? Und wovon redet man in Deutschland? Redet man etwa von Erweiterung des Rechte des Volkes, von Erweiterung des Koalitionsrechtes? Nein, man redet von Staatsstreich, von Abschaffung des Wahlrechts, vom Zuchthaus. Das sind die Aussichten, die uns offen sind, und bei diesen Aussichten ist der Weg, den Bernstein vorschlägt, undenkbar. (Lebhafter Beifall.) Wäre Bernstein in unserer Mitte, er wäre der erste, der diesen Weg verurtheilen würde; das ist meine feste Ueberzeugung.

Uns stehen schwere Kämpfe bevor, und was wir für diese Kämpfe vor allem brauchen, ist der Glaube an uns selbst, ist die Siegeszuversicht. (Stürmischer Beifall.) Nicht die Siegeszuversicht, die uns vielleicht dazu führt, den Gegner zu unterschätzen, den Gegner leichtfertigerweise zu provoziren oder die Hände in den Schooß zu legen; nein, wir müssen gefaßt sein auf schwere Opfer, und diese Zuversicht kann nur darin bestehen, daß wir sagen: wie schwer die Opfer auch sein mögen, und wenn wir auch eine augenblickliche Niederlage erleiden, zum Schluß muß der Sieg doch unser sein. (Stürmischer Beifall.) Man hat Bernstein vorgeworfen, daß seine Artikel unsere Siegeszuversicht verringern, dem kämpfenden Proletariat in die Arme fallen. Dieser Ansicht bin ich nicht. Wäre ich es, dann wäre es allerdings eine Pflichtverletzung gewesen, wenn ich als Redakteur eines sozialistischen Blattes die Artikel Bernstein's aufgenommen hätte. Aber so ist es nicht. Unser Glaube an uns selbst darf nicht ein Köhlerglauben sein, er darf nicht auf überlieferten Thatsachen beruhen, die man unbesehen hinnimmt und jetzt vielleicht nicht mehr standhalten können; unser Glaube an uns selbst muß auf immer neuer Prüfung beruhen. Wenn die Artikel von Bernstein wirklich den einen oder anderen in seiner Ueberzeugung wankend gemacht haben, dann wäre es nur ein Beweis, daß es um solche Leute nicht sehr schade ist (sehr gut!), daß ihre Ueberzeugung nicht sehr tief gewurzelt hatte, und daß sie die erste Gelegenheit benutzten, um uns den Rücken zu kehren, und dann können wir froh sein, daß es jetzt schon geschieht, statt bei der Katastrophe, wo wir jeden Mann brauchen. (Lebhafter Beifall.) Nein, Bernstein, hat uns nicht entmuthigt, sondern uns nur zum Nachdenken veranlaßt (Beifall), dafür wollen wir ihm dankbar sein. Wir wollen nicht kämpfen auf der Bahn, die er uns vorschlägt, wir wollen kämpfen auf der Bahn, die uns die Verhältnisse vorschreiben, und dann werden wir siegen. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Heine-Berlin: Sehr zu meinem Bedauern bin ich hier wieder in die Debatte über die Presse verwickelt worden, die mich eigentlich nichts angeht. Frau Zetkin und Frl. Luxemburg haben doch ihre heute früh durch den Debatteschluß abgeschnittenen Reden nicht hinunterwürgen können, sondern sie mir jetzt noch versetzt. (Heiterkeit.) Ich gedenke nun nicht zu wiederholen, was ich heute früh gesagt habe, sondern will blos feststellen, daß die Genossinnen die falschen Behauptungen über meine Aeußerungen wieder aufgestellt haben. Ich begnüge mich, dies zu erklären, damit es nicht heißt, ich gäbe etwas zu.

Was ich gesagt habe, ist bekannt, und ich nehme nichts davon zurück. Ich weiß, daß es nur zwei Möglichkeiten giebt, die Macht des Proletariats zu begründen. Entweder man setzt den herrschenden Klassen die Pistole des Bewilligungsrechts im Parlament auf die Brust oder — die wirkliche Pistole. Daß wir auf den zweiten Weg verzichten müssen, hat noch der alte Engels kurz vor seinem Tode auseinandergesetzt. Ihm stimme ich bei. Bleibt also nur der andere Weg. Nennt ihn Schacherpolitik, oder wie Ihr wollt, aber verlangt nicht, daß ich ihn wegwerfe, ehe Ihr einen dritten gezeigt habt. So lange die Richtung der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung" keinen andern Weg nennt, aber gegen den von mir empfohlenen protestirt, solange muß sie sich gefallen lassen, daß Vollmar ihr Blanquismus vorwirft. Gepredigt hat Frl. Luxemburg zwar die Gewalt nicht, aber die Logik läßt ihr keine andere Möglichkeit übrig.

Ich kann auf die Kautsky'sche Rede nicht eingehen, weil ich nicht genügend vorbereitet bin; nur das eine will ich sagen: ich habe aus den Artikeln Bernsteins nicht entnommen, daß er eine neue Taktik, die im Widerspruch mit der bisherigen stände, empföhle.

Vieles, was Kautsky über den Unterschied zwischen englischen und deutschen Verhältnissen gesagt hat, ist gewiß richtig, aber ich ziehe daraus nur den einen Schluß: wenn bei uns die bürgerliche Demokratie schwach ist, und wir genöthigt sind, direkt eine proletarische Demokratie zu schaffen, so sind wir doppelt verpflichtet, jedes, auch das unscheinbarste Mittel zur Erringung der Macht für die Arbeiterklasse anzuwenden. (Beifall.) Wenn einmal das Parlament in die Lage käme, den herrschenden Klassen wirksam die Pistole des Bewilligungsrechts auf die Brust zu setzen, so wäre es Verrath, wenn man dies unterließe, doktrinären Erwägungen zuliebe.

Haberland-Barmen: Die „Neue Zeit" hat verschiedentlich wichtige taktische Fragen angeschnitten, aber die Diskussion nicht zu Ende geführt. Die Redaktion sollte die Genossen auffordern, ihre Meinung zu äußern, damit ein wirklicher Abschluß erzielt wird.

Ein Schlußantrag, den Hoffmann-Bielefeld bekämpft, wird abgelehnt.

Schmidt-Essen führt Beschwerde über Lütgenau wegen seines Verhaltens bei Aufnahme von Berichten in die „Rheinisch-Westfälische Arbeiter-Zeitung". Die Kontrolleure haben sich in Schweigen gehüllt.

Frau Zetkin: Die Milderungsgründe, die Genosse Frohme für mein Eingreifen in die Debatte angeführt hat, weise ich zurück, ich habe mich nicht fortreißen lassen, sondern ich war der festen Ueberzeugung, und nicht etwa erst seit heute und gestern, daß innerhalb unseres Parteilebens Vorgänge sich abgespielt haben und Differenzen zu tage getreten sind, die erörtert werden müssen. Ich beanspruche aber die gleiche Rücksicht und die gleiche Anerkennung, die man meiner ehrlichen Ueberzeugung hat zu theil werden lassen, auch für alle anderen Personen, die mit in die Debatte von einem anderen Standpunkte aus eingegriffen haben, als Heine, Frohme u. s. w. Man mag über die Ansichten von den Genossen Parvus und Frl. Luxemburg denken wie man will, aber das eine darf man ihnen nicht absprechen, daß sie aus voller, ehrlicher Ueberzeugung geredet und geschrieben haben und nicht etwa aus Schauspielerei, um ihre Person in den Vordergrund zu drängen. Ich gehöre gewiß zu denen, die die Taktik der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung" bezüglich der Form des Angriffs und der Verquickung mit allem Möglichen gemißbilligt haben. Aber diejenigen unserer Partei-Organe, vor allem der „Vorwärts", die von den Ausführungen der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung" immer nur das Persönliche, immer nur das taktisch Ungeschickte aufgegriffen und den eigentlichen Kern ganz außer acht gelassen haben, haben sich meiner Ansicht nach auf ein noch niedrigeres Niveau der Diskussion begeben und durch diese Art und Weise der Polemik die Auseinandersetzungen in der Partei nicht gefördert. Genosse Gradnauer hat den Vorwurf gegen mich erhoben, daß ich als Mitglied der Parteileitung mich einer Unterlassungssünde schuldig gemacht habe, weil ich die Mängel des „Vorwärts" nicht beanstandet habe. Nun, meine Mitkontrolleure wissen, daß unsere Thätigkeit in der Hauptsache der Kontrolle der geschäftlichen Angelegenheiten gewidmet war. Wir haben uns zweimal mit dem „Vorwärts" beschäftigt und da habe ich — davon kann Genosse Gradnauer überzeugt sein — in der Diskussion aus meinem Herzen keine Mördergrube gemacht, nur daß ich den jetzt als irrig erkannten Standpunkt vertrat, daß Genosse Liebknecht, um mich eines populären Ausdrucks zu bedienen, das Karnickel war, das angefangen hat, und daß seine redaktionelle Thätigkeit ganz allein an den Mängeln des Blattes schuld sei, eine Ueberzeugung, die ich gegenwärtig nicht mehr habe. Aber auf Gradnauer, seitdem er in der Redaktion des „Vorwärts" ist, scheint der Mantel des Elias gefallen zu sein, und er hat mir überhaupt das Recht, am „Vorwärts" Kritik zu üben, abgesprochen mit Rücksicht auf die Mängel der „Gleichheit". Ich meine, daß man ein vierzehntägig und ein täglich erscheinendes Blatt, ein Organ für die Frauen und das Zentralorgan der Partei mit verschiedenem Maßstabe messen muß. Der Ansicht bin ich allerdings auch, daß die „Gleichheit" nicht im stande ist, eine große Arbeiterinnenbewegung hervorzurufen, denn das ist Sache der Agitation und der Organisation. Eine Zeitung kann keine Bewegung ins Leben rufen, sie kann nur eins thun, sie kann innerhalb der Bewegung schulend und fördernd wirken, und das hat die „Gleichheit" gethan. Die „Gleichheit" hat das Hauptziel verfolgt, die Genossinnen, die im Vordertreffen des Kampfes stehen, prinzipiell klar auf den Boden der Sozialdemokratie zu stellen und sie nicht von der bürgerlichen Frauenrechtlerei durchseuchen zu lassen, und diese Aufgabe hat die „Gleichheit" erfüllt. Außerdem könnte die „Gleichheit" das allermiserabelste Blatt der Partei sein, so wäre damit doch noch nicht mir die Fähigkeit und das Recht widerlegt, Kritik zu üben an der Beschaffenheit des „Vorwärts". (Heiterkeit.) Das ist der Standpunkt des Zünftlerthums, daß jemand, der nicht malt, kein Recht hat, ein Urtheil über ein Bild abzugeben, daß jemand, der nicht den Ring des Nibelungen komponiren kann, auch nicht das Recht hat, über Musik zu urtheilen. Mir sind die am „Vorwärts" herrschenden Schwierigkeiten sehr wohl bekannt, aber trotzdem habe ich die Ueberzeugung, daß der „Vorwärts" nicht das leitende geistige Blatt der Partei ist. Er hinkt vielfach mit seinem Urtheil, mit seiner Berichterstattung hinterdrein. Als Zentralorgan hat er die Pflicht, imparteiisch zu sein und zu allen Aeußerungen des Parteilebens ohne Voreingenommenheit Stellung zu nehmen, alle Meinungen zum Ausdruck kommen zu lassen. Abgesehen von dem, was Liebknecht schreibt und was, trotzdem Liebknecht ein Mann im Silberhaar ist, noch von der Agitationskraft und Begeisterung des Jünglings durchglüht ist, muß man offen sagen, daß der Ton und Inhalt des „Vorwärts" nicht belehrend wirkt, daß er nicht agitatorisch wirkt, daß er vielmehr in seinem politischen Theil, so weit nicht Liebknecht's Mitarbeit in betracht kommt, die konzentrirte Langeweile in der Partei ist (Heiterkeit), und daß es eine schwere Aufgabe ist, sich durch den „Vorwärts" durchlesen zu müssen. Diese Meinung theilen viele, wenn sie sie auch nicht offen aussprechen.

Was die weiteren Ausführungen zur Frage der Haltung der Presse zur Taktik betrifft, so hieße es, geflickte Schienen nach Bochum tragen (Heiterkeit), wenn ich darauf noch eingehen wollte, nachdem Kautsky in so meisterhafter Weise sich sowohl mit der Bernsteiniade wie mit der Heinerei auseinandergesetzt hat. Wir sind nicht hierher gekommen, um Veteronen zu belehren, sondern um der Katze die Schellen umzuhängen (Heiterkeit), um die Fragen, um die man sich bis jetzt herumgedrückt hat, offen zu diskutiren und um auszusprechen, daß die Mehrzahl der Delegirten, die Masse der Parteigenossen nichts wissen will von einer Taktik, die da lehrt, wir wollen das tägliche Brot im Klassenkampf erringen auf dem Wege des „Ich gebe, damit Du giebst". Nein, wir wollen die nothwendigen Reformen in der heutigen Gesellschaft als proletarische, revolutionäre Kampfespartei, in stetem Kampfe gegen die Regierung, gegen den kapitalistischen Staat, der bisher noch nie der Arbeiterklasse die offene Hand, sondern die gepanzerte Faust entgegengestreckt hat. (Beifall.)

Liebknecht: Genossinnen und Genossen! Ich werde mich hier nicht gegen das wenden, was meine Freundin Zetkin in bezug auf die Agitation gesagt hat; ich stehe da im wesentlichen auf demselben Boden wie sie. Aber auf einige andere Bemerkungen von ihr möchte ich eingehen. Wenn sie meint, daß in der „Gleichheit" leichter Fehler vorkommen, als im „Vorwärts", weil die „Gleichheit" nur alle vierzehn Tage erscheint, der „Vorwärts" aber täglich, so ist das ein recht mangelhaftes Argument. Der „Vorwärts" muß als Tageblatt eilig, in der Hitze des Gefechts hergestellt werden. Da kommen leicht Fehler vor. Und ich bestreite nicht, daß der „Vorwärts" bedeutende Fehler hat. Ich verlange aber, daß dabei berücksichtigt wird, was ich schon in Gotha gesagt habe. Schon da wurde der Vorwurf erhoben, daß der „Vorwärts" bei Streitfragen keine leitende Rolle spiele. Ich sagte schon da, das kann er nicht, er muß den Strömungen folgen, er muß sich hüten, bei streitigen Fragen in einseitiger Weise Stellung zu nehmen. Nun ist er Doppelorgan, Zentralorgan und Lokalorgan zugleich. Wäre er nur Lokalorgan, dann könnte er in ähnlicher Weise wie das „Hamburger Echo", die „Leipz. Volksztg.", „Sächsische Arbeiterztg." sein. Er hätte selbstverständlich eine von den Genossen eingesetzte einheitliche Redaktion und könnte sofort Stellung nehmen. Der „Vorwärts" hat Fühlung zu erhalten mit dem Vorstande. Ich stehe als Chefredakteur darin, ernannt von der Partei. Die übrigen Redakteure ernennt der Vorstand. Es treten in der Redaktion verschiedene Meinungen auf, wie in der Gesammtpartei. Da ist es oft schwer, einen Ausgleich zu finden. Ich kann sagen, in den acht Jahren, seit ich Chefredakteur des „Vorwärts" bin, habe ich mehr Friktionen und Aerger gehabt, als in meinem ganzen früheren politischen Leben. Es liegt das nicht an den Personen, sondern an den innatürlichen Verhältnissen, die auf die Dauer nicht aufrecht zu erhalten sind. Es hat Unzuträglichkeiten gegeben jetzt bei der Frage der Landtagswahlen. Die Berliner Genossen sind in ihrer ungeheuren Mehrheit gegen die Betheiligung. Das ist im „Vorwärts" nicht so zum Ausdruck gekommen, und darüber ist eine bedeutende Unzufriedenheit entstanden. Der Gedanke, die Funktionen des Zentralorgans von denen des Lokalorgans zu trennen, ist dadurch gestärkt worden. Ehe dies Verhältniß in gründlicher Weise geregelt ist, mögen Veränderungen in der Zusammensetzung der Redaktion vorgenommen werden, soviel sie wollen, es wird nie so glatt gehen, wie bei einem reinen Lokalblatt. Nur da ist Einheitlichkeit möglich. Im „Vorwärts" wäre diese Einheitlichkeit nur möglich, wenn sie in der Partei in allen taktischen Fragen bestände. Da haben wir sie aber nicht. Es wird Sache späterer Parteitage sein, in bezug auf den „Vorwärts" gründlich zu ändern.

Nun zur Debatte über die Taktik. Frau Zetkin meinte, der Katze sei die Schelle umgehangen worden. Darin täuscht sie sich. Die Art, wie gestern die Debatte geführt wurde, war eher gegen ihre Sache eine gegnerische Stimmung zu erzeugen. Als aber Kautsky auf dem Boden des Prinzips und zur Höhe der Theorie sich erhebend, dieselben Darlegungen brachte, da gab ihm der ganze Parteitag jubelnd seine Zustimmung. Kautsky hat die Debatte über die Taktik erst auf prinzipielle Höhe geführt. Gegen den Ton ist hüben und drüben gesündigt worden. Erbitterte und gereizte Kritik wurde geübt und heftige Antworten hat sie gefunden. Mit Parvus war ich sachlich meistens einverstanden, nicht aber mit dem unangenehmen, schulmeisterlichen, nicht parteigenössischen Ton, mit dem er die Dinge von oben herab behandelt. In anderer Form wäre eine gedeihliche Debatte möglich gewesen. Es ist von Ketzerrichterei gesprochen worden. Der Parteitag war blos empört, daß man gegen die Partei Ketzerrichterei treiben wollte, und hat hiergegen reagirt. Es wäre aber thöricht, zu bestreiten, daß Grund zu scharfer Kritik vorhanden ist. Ich bedauere deshalb, daß die Frage der Taktik nicht als besonderer Punkt auf die Tagesordnung gesetzt worden ist. Das hätte eine einheitliche Debatte gegeben. (Zustimmung.) So kam man vom Hunderisten ins Tausendste. Wo Interesse und Bedürfniß vorhanden ist, da läßt es sich nicht unterdrücken, da bricht es hervor. Daß wir zu einer Einigung gelangt sind, schließe ich aus dem einstimmigen Beifall, der der Rede Kautsky's folgte. Wären Bernstein's Ausführungen richtig, dann könnten wir unser Programm und unsere ganze Vergangenheit begraben lassen, dann würden wir aufhören, eine proletarische Partei zu sein. Für ihn ist der Aufenthalt in Eng-

land verderblich geworden. Ein Geist wie Marx mußte in England sein, um dort sein „Kapital“ zu schreiben, Bernstein aber läßt sich imponiren von der kolossalen Entwicklung der englischen Bourgeoisie. Der Unterschied zwischen den Verhältnissen hier und in England besteht darin, daß England seit 300 Jahren das Mittelalter beseitigt hat, während wir hier noch mit mittelalterlichem Plunder kämpfen müssen. Deutschland hat nicht den Vorzug politischer Reformen und kontinuirlicher Entwicklung, bei uns herrscht der Zickzackkurs, das Proletariat ist noch nicht fähig, die Herrschaft zu erlangen. Das Bürgerthum hat abgedankt und das Junkerthum, die Prätorianer des Kapitals, sind bereit, jeden Augenblick es zu einer Katastrophe zu treiben. Thöricht ist es, keine Katastrophe zu erwarten. Blicken Sie nach Italien, nach den blutigen Vorgängen dort, nach Ungarn und Frankreich! Wer will behaupten, daß angesichts der Zuchthaus-Vorlage eine friedliche Entwickelung bei uns garantirt ist? Wer will da sagen, daß die Zeit politischer Katastrophen, gewaltsamer Kämpfe vorüber ist. Wir wollen sie nicht, aber der Geist, der Bismarck bis in den Tod beseelte, der nichts sehnlicher wünschte, als das Proletariat auf die Barrikaden zu treiben, er herrscht heute noch. Katastrophen werden von uns zu vermeiden gesucht, aber von unseren Feinden vorbereitet. (Beifall.) Da gilt es, in bezug auf Taktik und Prinzip festzustehen. Ein Hinübergleiten in andere Bahnen muß vermieden werden. Da kommt nun die Heine'sche Angelegenheit. Ich will sie nur streifen, ich habe seine Aeußerungen nicht gehört, aber wie sie auch lauteten, es war die Ansicht eines einzelnen, die Fraktion hat alle solche Velleitäten vermieden. Wir haben das Militärbudget verweigert und werden fortfahren es zu thun. Aber andere Dinge liegen vor. Neigungen in staatssozialistischer Richtung sind aufgetaucht, Neigungen, in der Schutzzollpolitik Entgegenkommen zu zeigen, sind aufgetreten. Da sollten wir nur dankbar sein denen, die heute die Alarmglocke hier geläutet haben. Leicht kann auf praktischem Gebiet zu viel gethan werden, und um so nothwendiger ist es unsere Pflicht, darauf zu achten, daß kein Seitensprung oder eine Irrfahrt gemacht wird.

Aber gerade die Seite, die der Katze die Schelle umgehängt haben will, hat eine viel ärgere Verirrung angerichtet. Parvus hat bei der Frage der Betheiligung an den Landtagswahlen den Boden des Klassenkampfes verlassen und dazu gerathen, der preußischen Bourgeoisie die Hand hinzureichen. Das ist eine tausendmal größere Verirrung.

Je mehr die Gegensätze sich zuspitzen, desto einiger gilt es zu sein. In dem Augenblick aber, wo wir die Grenzlinie zu den bürgerlichen Parteien verwischen, wo wir die Genossen nicht mehr wissen lassen, was ist proletarisch und sozialistisch, bürgerlich und demokratisch, da ist auch die Kraft unserer Partei verloren. In dem Boden des proletarischen Klassenkampfes liegt die Kraft unserer Partei; in dem Augenblick, wo wir ihn verlassen, ist es wie mit der elektrischen Kraft: ist der Strom unterbrochen, wir stehen kraftlos da; wir hören auf, eine proletarische Partei zu sein in dem Augenblick, wo wir aufhören, eine Partei des Klassenkampfes zu sein.

Da ist das Wort gefallen: „Die Bewegung ist mir alles, das Endziel nichts.“ Das ist eine große Thorheit. Denn was ist eine Bewegung ohne Ziel? Ein planloses Umherirren. (Sehr wahr!) Die Genossin Luxemburg hat umgekehrt gesagt: „Das Endziel ist mir alles, die Bewegung nichts.“ Das ist ebenfalls falsch. Wie ist das Endziel ohne Bewegung zu denken? Nein: eine Bewegung zum Endziel, und das Endziel ist die Niederwerfung der kapitalistischen Gesellschaft. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Ein erneuter Schlußantrag wird nunmehr angenommen.

Persönlich bemerkt

Parvus: In den acht Jahren meiner sogenannten persönlichen und gehässigen Disputionen habe ich niemals einem anderen unlautere Motive vorgeworfen. Ein Schelm giebt mehr als er kann, wir haben von Frohme nicht mehr erwartet. Weit näher geht mir aber, was Bebel und Liebknecht gegen mich gesagt haben. Denn sie habe ich mir zu Musterbildern meiner politischen Thätigkeit genommen. Ihr selbst, Liebknecht und Bebel, waret niemals so, wie Ihr mich haben wollt. Ihr waret ebenso persönlich wie ich.

Frohme: Was Parvus von mir erwartet hat, ist mir sehr gleichgiltig. Ich konstatire nur, daß seine Behauptung, er habe niemandem unlautere Motive unterschoben, unwahr ist. Er hat das gethan (Parvus: Wo?) und zwar in einer Art und Weise, die die allgemeinste Entrüstung hervorgerufen hat. Er sprach von Leuten, die jeden Augenblick bereit seien, die Sache des Proletariats an die Regierung zu verkaufen (Parvus: Niemals!), wenn sie geneigt sei, Kompensationen zu gewähren. Wenn er da sagt, das sei keine Verdächtigung, dann ohrfeigt er sich moralisch selber.

Parvus: Einen Beweis hat Frohme nicht angeführt. Ich überlasse den Zuhörern, wo die moralische Ohrfeige ist.

Zum Punkt **Kassenbericht** liegen Wortmeldungen nicht vor.

Meister streift in seinem Schlußwort kurz die Essener Beschwerde. Die Kontrolleure haben den Beschwerdeführern schon geantwortet, die Antwort hat ihnen aber nicht gefallen. (Heiterkeit.)

Zum Geschäftsbericht des Vorstandes erhält Gerisch das Schlußwort. Die Essener Angelegenheit, die hier zur Sprache kam, ist ganz unwesentlich. Es handelt sich um die Aufnahme eines Berichts in der „Rh.-Westf. Arbeiterztg.“, den der Schriftführer einer Versammlung ungeschickt abgefaßt hatte. Was die Zuwendung für die „Fränkische Volkstribüne“ betrifft, so liegen die Dinge so, daß das Würzburger Unternehmen mit 1000 M. nicht zu saniren war, wie Thiele behauptete; das ganze Unternehmen hing in der Luft, eine eigentliche Buchführung war nicht vorhanden. Redner bittet die Genossen dringend, mit der Neugründung von Blättern vorsichtig zu sein. Was die Verwendung der Essener Gelder betrifft, so hat sich die Kommission für die Verwaltung der Gelder mit 7 gegen 2 Stimmen auf folgende Resolution geeinigt:

„In Erwägung, daß die Unterstützung der Familien dank der Opferwilligkeit der Parteigenossen in angemessener Weise geschehen konnte;

ferner, daß den aus ihrer Strafhaft entlassenen Essener Verurtheilten ein Betrag zur Erholung ihrer Gesundheit bis zu 600 M. und zur Gründung einer bürgerlichen Existenz eine Summe bis zu 3000 M. zuerkannt wird, beschließt das Komitee den Ueberschuß des Unterstützungsfonds dem Parteivorstand zur Verwendung für ähnliche Opfer der heutigen Justiz zu überweisen. Das Komitee weiß, daß es mit diesem Beschluß den Intentionen der Geber gemäß gehandelt und dem Verlangen der Einsender verschiedener Partei-Orte, daß eine Auftheilung des ganzen Fonds unter die Verurtheilten nicht stattfinden soll — entsprochen hat.“

Ich möchte dieser Resolution gegenüber erklären, daß der bisherige Vorstand an der Auffassung festhält, daß das Geld in erster Linie für die Essener Verurtheilten aufgehoben bleiben muß. Wir wollen die Gelder als separaten Fonds und für Nothfälle der Verurtheilten reserviren. Ich will aber nicht verhehlen, daß der zunächst Betheiligte, der Genosse Schröder, Protest gegen unseren Vorschlag erhoben hat. Er hat uns einen Brief geschrieben und gebeten, dem Parteitag davon Kenntniß zu geben. Ich verzichte aus gewissen Gründen auf die Verlesung des Briefes, lege ihn aber beim Bureau nieder, wo jeder, der sich dafür interessirt, ihn einsehen kann.

Es wird nunmehr zur Abstimmung geschritten, und zwar zunächst über den Vorschlag Gerisch bezüglich der Vertheilung der für die Essener Verurtheilten gesammelten Gelder.

Singer bemerkt, daß er einen Beschluß eigentlich nur deshalb provozirt, weil der Parteivorstand der moralischen Billigung der Gesammtpartei durch ihre Delegirten sicher sein wolle. Der Parteivorstand habe wiederholt erklärt, daß er gar kein Interesse daran habe, das Geld irgendwie anders zu vertheilen als zum Besten derer, für die es gesammelt ist; ihm liege aber daran, zu hören, ob seine Auffassung von der Partei getheilt wird.

Die Anwesenden erklären sich mit dem Vorschlage des Parteivorstandes einverstanden.

Singer: Ich will hoffen, daß dieser Beschluß auch nach der anderen Seite hin des Eindrucks nicht entbehren wird.

Hierauf wird dem Vorstande einstimmig Decharge ertheilt.

Singer: Der nächste Punkt der Tagesordnung, der Bericht über die parlamentarische Thätigkeit, wird voraussichtlich zu einer umfangreichen Diskussion führen, und es ist nicht rathsam, dieselbe kurz abzubrechen. Da wir aber alle Ursache haben, mit der Zeit zu geizen, so schlage ich Ihnen vor, im Einverständniß mit dem Referenten, jetzt den Punkt: **Die Maifeier 1899** zu berathen.

Damit ist der Parteitag einverstanden.

Mit zur Debatte gestellt werden die beiden genügend unterstützten Anträge des 6. sächsischen Kreises:

1. Die Parteileitung wird beauftragt, dafür zu sorgen, daß eine planmäßige Agitation für den Achtstundentag in Versammlungen, durch die Presse und Flugblätter betrieben wird.
2. Der Parteitag wiederholt die Forderung, für die Durchführung einer allgemeinen Arbeitsruhe am 1. Mai zu sorgen.

Berichterstatter Pfannkuch: Der Hamburger Parteitag lehnte es ab, die vorjährige Resolution gleich für mehrere Jahre zu fassen, wir müssen uns also auch heute wieder mit der Frage beschäftigen. Ein Grund, in der Maifeier eine Aenderung eintreten zu lassen, liegt nicht vor, und deshalb schlage ich Ihnen namens der Parteileitung heute wieder die Annahme der Hamburger Resolution vor. Dieselbe lautet:

„In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der Internationalen Arbeiterkongresse zu Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893 und London 1896 feiert die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als das Weltfest der Arbeit, gewidmet den Klassenforderungen des Proletariats, der Verbrüderung und dem Weltfrieden. Als würdigste der Feier des 1. Mai betrachtet die Partei die allgemeine Arbeitsruhe. Der Parteitag macht es daher den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, neben den anderen Kundgebungen für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten, und überall da, wo die Möglichkeit zur Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen.“

In Hamburg machte Genosse Stolten den Versuch, eine Aenderung herbeizuführen, aber die Debatte zeigte, daß hierfür keine Neigung vorhanden war. So weit ich die parteigenössischen Kreise kenne, besteht auch nicht die Absicht, eine Aenderung an unserem bisherigen Verhalten zu treffen, wir werden also gut thun, die Hamburger Resolution anzunehmen. Der Antrag der Genossen des sechsten sächsischen Kreises ist wahrscheinlich deshalb gestellt, weil der Parteivorstand in diesem Jahre keinen Aufruf erlassen hat, aber die Agitation war bereits allerorts im gange, so daß es Eulen nach Athen tragen hieße, die Genossen noch besonders anzufeuern. Ich halte den Antrag für überflüssig, denn wenn es sich als nothwendig herausstellen wird, eine planmäßige Agitation einzuleiten, so wird es der Parteivorstand von selbst thun, und daß dabei die Frage des Achtstundentages in den Vordergrund treten wird, ist selbstverständlich. Es ist nicht nöthig, der Parteileitung noch eine besondere Direktive zu geben. Man glaubt von bestimmter Seite immer darüber wachen zu müssen, daß die Parteileitung ihre Pflicht erfüllt, aber die Parteileitung, die die Agitation zu betreiben hat, wird schon von selbst diese Gelegenheit zur Agitation nicht vorübergehen lassen. Bis jetzt haben ja die zweitägigen Verhandlungen ergeben, daß die Genossen mit der Thätigkeit der Parteileitung zufrieden gewesen sind. Was den zweiten Antrag betrifft, so ist derselbe abgelehnt, sobald Sie die vom Parteivorstand beantragte Resolution annehmen. Ich meine, wir haben keine Veranlassung, die Kraftprobe mit dem Kapitalismus zu bestehen. (Sehr richtig!) Wir haben keine Veranlassung, das Bestehen der Kraftprobe zu suchen. Können wir ihr nicht ausweichen, so wird sich kein Genosse finden, der feige genug wäre, ihr auszuweichen. So lange uns aber die Kraftprobe nicht aufgedrängt wird, werden wir sie nicht suchen. Ich bitte Sie deshalb, den Antrag abzulehnen und einstimmig die vom Parteivorstand beantragte Resolution anzunehmen.

Wortmeldungen zu diesem Punkte lagen nicht vor.

Nachdem Höppner (6. sächsischer Kreis) seine Anträge zurückgezogen hat, wird die **Resolution des Parteivorstandes angenommen** und nach Verlesung einiger eingelaufener Telegramme die Sitzung um 7 Uhr geschlossen.

Stuttgart, 5. Oktober.

Vormittags-Sitzung.

(Privatdepeschen des „Vorwärts“.)

Um 9¼ Uhr wird die Sitzung eröffnet, den Vorsitz führt Kloß.

Den Bericht über die parlamentarische Thätigkeit, wozu die Anträge *)66 bis 82, 86 (Absatz 4 bis 8), 92, 94, 96 und 104 mit zur Verhandlung gestellt werden, erstattet Wurm: Da der Bericht gedruckt vorliegt, habe ich nicht nöthig, auf die Einzelheiten einzugehen, wohl aber halte ich es für angebracht, die in der Debatte gestreiften großen Gesichtspunkte nochmals hervorzuheben. Vorausschicken will ich, daß der Bericht kein offizielles Aktenstück, sondern die Arbeit eines einzelnen ist, der mit der Abfassung derselben beauftragt war. Infolge dessen habe ich in meinem Bericht bei prinzipiellen Fragen alle die für die Fraktion maßgebenden Gründe angeführt, weil darunter Meinungsverschiedenheiten in der Presse vorhanden waren. Die beiden wichtigsten Punkte sind der Militarismus und die Kolonialpolitik. Das sind die beiden wichtigsten Fragen, die Lebensfragen der deutschen Arbeiterbewegung, bei denen sie nicht den geringsten Zweifel bezüglich ihrer Stellung lassen kann.

So lange der Militarismus in seiner heutigen Gestalt besteht, so lange die Armee in blindem Gehorsam dem obersten Kriegsherrn gehorchen muß, so lange ist eine drohende Gefahr für das Volksleben vorhanden, so lange ist die Möglichkeit vorhanden, daß die Armee nicht nur gegen einen äußeren Feind, sondern auch gegen das eigene Volk selbst geführt wird, das man als den inneren Feind bezeichnet. Das ist ja die alte Praktik, der alte Witz der Reaktion. 1848 sagte man: Gegen Demokraten helfen nur Soldaten; 1878 sprach Eulenburg von der Flinte, die schießt, und dem Säbel, der haut, blutrünstige Träume erfüllten Bismarck bis an sein Ende. Große Kreise im gegnerischen Lager setzen alles daran, diese Träume zur Wirklichkeit zu machen. Das ist die drohende Gefahr der Katastrophe von oben. Der Militarismus ist nicht nur eine Gefahr für den Frieden nach außen, sondern auch für den Frieden nach innen. Es giebt Leute unter unseren Gegnern, die die vorzüglichen Kanonen anwenden möchten gegen die, denen sie die Existenz nicht gönnen. Unsere Fraktion hat bisher gegen den Militarismus gekämpft und gegen den Etat im allgemeinen gestimmt, weil die Einnahmen aufgebracht wurden durch das Volk belastende indirekte Steuern, und weil die Gelder hauptsächlich verwendet wurden für den kulturfeindlichen Militarismus. Die Mehrheitsparteien haben für den Etat gestimmt und alle Ausgaben für den Militarismus bewilligt. Und jetzt muß der Zar erklären, daß der Militarismus eine Geißel für die Völker ist. Unsere Verweigerung der Mittel ist die nothwendige Folge unserer ganzen grundsätzlichen Stellung zum herrschenden Klassenstaat, dem wir als Vertreter der unterdrückten und besitzlosen Klassen alle Mittel verweigerten, womit die politische und wirthschaftliche Unterdrückung der Arbeiterklasse aufrecht erhalten werden sollte.

Das sind die Motive, die sich aus den Akten des Reichstags für mich ergaben. Innerhalb der Fraktion haben niemals Meinungsverschiedenheiten geherrscht, außerhalb der Fraktion sind Mißverständnisse vorgekommen. Auf einem solchen Mißverständniß beruht es, meiner Meinung nach, daß die Frankfurter „Volksstimme“ diese Stelle aus meinem Bericht in Gegensatz stellte zu dem Ergebniß der Verhandlungen auf dem Hamburger Parteitag, zu den Ausführungen von Schippel und Auer. Nach dem Protokoll, Seite 138, hat aber damals Auer ausdrücklich gesagt: „Wir sind gegen alle Bewilligungen, weil wir grundsätzliche Gegner des Militarismus sind.“ Ich sehe also keinen Widerspruch. Sollte ich mich täuschen, können wir uns hier ja darüber aussprechen.

Eine zweite Meinungsdifferenz hat die Fraktion beschäftigt, die sich nachher als ein Mißverständniß herausstellte. Es war die Rede Heine's im dritten Wahlkreise. Der erste Bericht über die Rede im „Vorwärts“ war ungenau. Heine veröffentlichte dann den genauen Wortlaut. Daraus ging hervor, daß er gleich zu Anfang gesagt hat: Das Armeesystem und der Geist der Armee stehen dem Volke gegenüber, deshalb würde er dieser Regierung keinen Mann und keinen Groschen bewilligen, auch das nicht, was für die Armee unbedingt nöthig ist. Erst im weiteren Verlaufe der Rede hat er gesagt, es sei zu untersuchen, ob nicht in der militärischen Bewilligung ein Kampfmittel für uns liege, es gäbe militärische Aufwendungen, die zur Vertheidigung der Nation erforderlich wären, ohne unsere Ideale und Grundsätze direkt zu berühren, so neue Kanonen. Für ihre Bewilligung könne man vielleicht werthvolle Volksrechte eintauschen.

(Fortsetzung in der 2. Beilage.)

---

*) **66.** Die Parteigenossen in Braunschweig: „Die Fraktion zu beauftragen, sofort nach Zusammentritt des Reichstages wegen der angekündigten Zuchthausandrohung für Streikanreizer zu interpelliren und die stenographischen Berichte darüber als Flugschrift zu verbreiten.“

67. Die Genossen Kielisch und Schumann in Torgau und die Genossen in Hildesheim: „Die Reichstags-Fraktion ist verpflichtet, den Antrag auf Einführung der dreijährigen Legislaturperiode in jeder Session zu wiederholen.“

68. Die Parteigenossen des 4. sächsischen Kreises: „Die Reichstags-Fraktion zu beauftragen, den Antrag: „Einführung eines gesetzlichen achtstündigen Arbeitstages“ erneut im Reichstage einzubringen.“

69. Dieselben: „Der Parteitag in Stuttgart wolle dahin wirken, daß die Reichstags-Fraktion keine Gelegenheit vorübergehen läßt, für ein einheitliches Vereins- und Versammlungsgesetz für ganz Deutschland einzutreten.“

70. Die Parteigenossen in Königsberg: „Die Reichstags-Fraktion wird beauftragt, eine Interpellation an die verbündeten Regierungen zu richten, wann dieselben, entsprechend dem Beschluß des Reichstages vom 11. März 1897, dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen gewillt sind, wodurch die Rechtsverhältnisse zwischen den land- und forstwirthschaftlichen Arbeitern, sowie dem Gesinde einerseits und deren Arbeitgebern andererseits reichsgesetzlich geregelt werden.“

71. Die Parteigenossen des Kreises Calbe-Aschersleben: „Die Reichstags-Fraktion zu verpflichten, in der nächsten Reichstags-Session einen Gesetzentwurf zum Schutze der in der Landwirthschaft beschäftigten Kinder und jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen einzubringen.“

72. Die Parteigenossen in Harburg: Der Reichstags-Fraktion ist zur Berücksichtigung zu überweisen folgender Antrag: „Alle möglichen Gelegenheiten sind zu ergreifen, um im Sinne einer praktischen Landproletarier-Politik 1. die Abschaffung der Gesinde-Ordnungen und Koalitionsverbote für ländliche Arbeiter und Gesinde, 2. die Errichtung von nach Art der Gewerbegerichte organisirter Landarbeiter- und Gesindegerichte, 3. die Gewährung unentgeltlicher ärztlicher Hilfe und freier Medizin auf dem Lande anzustreben.“

73. Die Parteigenossen in Mainz: „Der Parteitag wolle die Reichstags-Fraktion ersuchen, bei erster Gelegenheit einen Antrag auf Einführung der allgemeinen einjährigen Dienstzeit einzubringen.“

74. Die Parteigenossen in Lüneburg: „Die Reichstags-Fraktion ist aufzufordern, im Reichstag die Einführung eines Milizheeres zu beantragen.“

75. Die Parteigenossen des Kreises Duisburg: „Der Parteitag möge die Reichstags-Fraktion beauftragen, mehr als bisher für Beschleunigung der Wahlprüfungen im Reichstage einzutreten.“

76. Die Parteigenossen in Hildesheim: „Die Fraktion zu beauftragen, im Reichstage einen Antrag einzubringen, welcher besagt, daß bei den Reichstagswahlen in allen Wahlbezirken verschlossene Wahlurnen verwendet werden und nicht, wie das in unserem Wahlkreise so üblich, auf den Ortschaften offene Suppenschüsseln als Wahlurnen dienen.“

77. Die Parteigenossen in Oberursel: „Auf unsere Reichstags-Fraktion einzuwirken, daß dieselbe in der nächsten Session einen Antrag einbringt, wonach die verfügbaren Gelder der Alters- und Invalidenversicherung zu dem mäßigen Zinsfuß von 1 pCt. zu gemeinnützigen Zwecken abgegeben werden.“

78. Die Parteigenossen des 5. Berliner Kreises: „Der Parteitag möge die Reichstags-Fraktion beauftragen, bei der Berathung des Militäretats den Antrag zu stellen, auf Einführung des Milizsystems resp. der allgemeinen einjährigen Dienstzeit.“

79. Genosse Bieth in Berlin: „Der Parteitag ersucht die Reichstags-Fraktion, den in die Budget- und andere Kommissionen entsandten Abgeordneten das Eingehen von Versprechungen, welche sich auf die Geheimhaltung seitens der Regierungsvertreter gemachter vertraulicher Mittheilungen beziehen, nicht zu gestatten.“

80. Derselbe: „Der Parteitag fordert die Reichstags-Fraktion auf, auf den ihr im Präsidium des Reichstags zustehenden Posten nicht, wie vor fünf Jahren, freiwillig zu verzichten, sondern ihre Ansprüche darauf mit allen Mitteln zur Geltung zu bringen.“

81. Derselbe: „Der Parteitag fordert die Reichstags-Fraktion auf, mit dem im Reichstage herrschenden Usus zu brechen, wonach die Person des Kaisers nicht in die Debatte gezogen werden darf.“

82. Die Parteigenossen des 10. badischen Kreises: „Der Parteitag möge die Reichstags-Fraktion beauftragen, in der beginnenden Legislaturperiode einen neuen Arbeiterschutz-Gesetzentwurf dem Reichstag vorzulegen.“

86. Die Parteigenossen des 6. sächsischen Kreises: 4. Die Reichstags-Fraktion wird beauftragt, den Achtstundentag aufs neue im Reichstage einzubringen.

5. Ebenso soll sie den Arbeiterschutzgesetz-Entwurf von 1890 in entsprechend abgeänderter Form wieder einbringen.

6. Sie hat bald nach dem Zusammentreten des Reichstages über das Schicksal des vom Reichstage gefaßten Beschlusses über die Einschränkung der übermäßig langen Arbeitszeit zu interpelliren.

7. Sie wird ferner ersucht, den Antrag auf Veranstaltung einer Enquete über Arbeitszeit und Arbeitslohn einzubringen.

8. Die Landtags-Fraktionen werden beauftragt, Gesetzentwürfe, oder, wo das nicht möglich ist, Interpellationen zur Einführung des Achtstundentages in allen Staatsbetrieben einzubringen.“

92. Die Parteigenossen des Kreises Kassel:

Die Reichstags-Fraktion wird beauftragt, in der nächsten Session des Reichstages einen Ergänzungsantrag zu § 43 al. 3 und 4 der Reichs-Gewerbe-Ordnung einzubringen, dahingehend, daß die öffentliche Vertheilung von Druckschriften zu Wahlzwecken gesetzgebender Körperschaften jederzeit, also auch Sonntags, ohne vorherige polizeiliche Erlaubniß stattfinden könne.

94. Die Reichstags-Fraktion wird unter Hinweis auf die Oeynhauser Kaiserrede beauftragt, im Reichstage abermals den Antrag auf Aufhebung des Majestätsbeleidigungs-Paragraphen (§ 95 Str.-G.-B.) zu stellen.

96. Die Parteigenossen in Ottensen:

Unsere Reichstags-Abgeordneten werden ersucht, mit aller Energie und Nachdruck für Aufhebung des Impfzwanges, als einer veralteten dem Fortschritt der Zeit ins Gesicht schlagenden Einrichtung, einzutreten.

104. Thiel-Kassel: Beantrage unter Zurückziehung des Antrags 93: „Die Reichstags-Fraktion zu beauftragen, das Vereins- und Versammlungsrecht, welches jetzt durch die Sabbathordnungen einzelner preußischer Provinzen aufs höchste gefährdet wird und somit einen hauptsächlichen Theil unserer praktischen Agitation lahmlegt, durch einen im Reichstage einzubringenden Gesetzentwurf sicherzustellen.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacoby in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Parteitag
der deutschen Sozialdemokratie.

(Fortsetzung aus der 1. Beilage.)

Aus diesen Aeußerungen entnahm so ziemlich die gesammte öffentliche Meinung, daß Heine gesagt habe: „Kanonen für Volksrechte", und daß er die Kanonen dem herrschenden militärischen System innerhalb des Klassenstaates bewilligen wolle. Die Fraktion hat sich mit dieser Frage beschäftigt und Genosse Heine hat da die bündige Erklärung abgegeben, daß davon absolut nicht die Rede sein könne. Nach dieser bündigen Erklärung, an der zu zweifeln wir nicht die geringste Veranlassung haben, erließ die Fraktion im „Vorwärts" am 23. Februar eine Erklärung, daß die Angelegenheit für sie befriedigend erledigt sei. Diese Mißverständnisse entspringen daher, weil Genosse Heine sich in seiner Rede mit Zukunftsstaatsmalereien beschäftigte. Daß wir unser Bewilligungsrecht ausüben können, um Macht zu gewinnen, ist selbstverständlich; das ist ja das Wesen des Parlamentarismus. Aber dem Staate, der keine Macht anwendet gegen das Volk, wird auch Genosse Heine seine neuen Mittel bewilligen. Heine sagte gestern, wir setzen dem Staat die Pistole des Bewilligungsrechtes auf die Brust. Nun, wenn wir dem Staate moderne Kanonen und Pistolen bewilligen, dann setzen wir nicht ihm, sondern er uns die Pistole auf die Brust. Wir fordern, daß die Vertheidigung des Landes organisirt wird auf demokratischer Grundlage, wir fordern das Milizsystem, weil dies die demokratische Organisation ist, weil das Milizsystem es unmöglich macht, daß die Armee ein blindes Werkzeug in der Hand des obersten Kriegsherrn ist und daß ihr eines Tages kommandirt werden könnte, ihr müßt auf Vater und Mutter schießen. Der Kriegsminister meinte unseren Rednern Bebel und Liebknecht gegenüber, daß das Milizsystem theurer werden würde, als das jetzige System des stehenden Heeres. Selbst wenn das wahr wäre, und es ist nicht richtig, wenn durch Geld der Militarismus dem heutigen Volke abgewälzt werden könnte, keine Summe wäre hoch genug, die dafür gezahlt werden müßte, um dem Volke Freiheit zu geben für seine Entwicklung, für die Erwerbung seines Brots.

Die zweite wichtigste Frage ist die Kolonialpolitik. Auch hier hat innerhalb der Fraktion nicht die geringste Meinungsverschiedenheit bestanden. Der Bericht der Fraktion läßt über unsere Stellung nicht den geringsten Zweifel. Die Gründe sind mit voller Klarheit und Schärfe dort dargelegt. Auch hier kam es zu Auseinandersetzungen innerhalb der Fraktion, nicht mit Fraktionsmitgliedern, sondern mit der Redaktion des „Vorwärts", die in der China-Politik eine andere Stellung einnahm. Hierauf erließ die Fraktion am 20. Januar 1898 eine Erklärung, worin sie sich scharf gegen den Eroberungszug nach Kiautschou aussprach und hinzufügte, sie werde diese Stellung bei nächster Gelegenheit unzweideutig im Reichstag zum Ausdruck bringen. Die Gründe, die die Fraktion veranlaßten, gegen die Kolonialpolitik Stellung zu nehmen, sind Gemeingut sozialdemokratischen Denkens. Es ist ganz selbstverständlich, daß wir dem herrschenden System nicht auf Kosten der Arbeiter Mittel zu gunsten der kapitalistischen Klasse bewilligen können, die die Möglichkeit der Ausbeutung noch steigern. Unsere Kolonialpolitik hat ja mit recht den Spott der Welt herausgefordert. Wenn wir bedenken, daß unsere werthlosen afrikanischen Besitzungen einen Zuschuß von 13 Millionen erfordern, der ganze Handel dagegen nur 11 Millionen beträgt, wovon ein Fünftel noch auf Spirituosen entfallen, so kann man sich ein Bild davon machen. Aber China wird werthvoller sein! hieß es damals. Nun, was bisher über den Werth von Kiautschou verlautet, das fordert zum Spott und zur Verhöhnung heraus. Wenn wir aus den Schilderungen von Paul Goldmann in der „Frankfurter Zeitung" hören, wie klug und weise unsere Politik es verstanden hat, Kiautschou zu einer kleinen Polizeifiliale Deutschlands zu machen, wenn wir hören, daß man nicht für genügende saubere Wohnungen für die Soldaten sorgt, daß man sich aber beeilt, dafür zu sorgen, daß man nicht ohne Schwimmhosen badet und daß die Hunde einen Maulkorb haben (Heiterkeit), dann muß man sich wundern über die junkerliche Weisheit, die sich in diesen Erlassen bekundet. Nein, wir haben kein Vertrauen, daß es dieser junkerlichen Bureaukratie möglich sei, eine solche Kolonialpolitik zu treiben wie etwa England. Wir Sozialdemokraten haben uns von vornherein ablehnend gegen die Kolonialpolitik verhalten und wir haben keine Veranlassung, in Zukunft eine andere Stellung einzunehmen. Wir wissen, daß jede Ausdehnung der Kolonialpolitik den Militarismus stärken muß. Wir, die wir aufrichtig beklagen, daß noch Zustände herrschen, in denen die Völker aufeinander gehetzt werden können, wir wollen nicht den Militarismus stärken, der die Gefahr des Zusammenpralls der Völker, des Massenmordes, eines Weltkrieges heraufbeschwört. Wir wollen, daß die Völker sich lieben, sich verbrüdern, nicht sich hassen und todtschlagen. Der Militarismus ist kein Schlagwort, er ist die absolut despotische Organisation, die Organisation des blinden Gehorsams, die Organisation des geheimen, vom bürgerlichen getrennten Strafverfahrens, am Ende des neunzehnten Jahrhunderts. Gegen dieses System protestiren wir. An stelle dieses Systems verlangen wir die Miliz, die Volkswehr, das wirkliche Volk in Waffen, das niemals die Waffen gegen sich selbst kehren wird. Bisher ist die Fraktion und die Partei hierüber einig gewesen.

Wenn Meinungsverschiedenheiten auftauchen, so ist es keiner demokratischen Partei erste Pflicht, sie in öffentlicher Diskussion zu verhandeln. Versteckenspiel und Vertuschen ist einer demokratischen Partei unwürdig. Bisher haben alle Meinungsverschiedenheiten, die auftauchen, nachträgliche Erklärung als Mißverständnisse gefunden. Aber ich habe die feste Zuversicht: Wenn es nicht mehr Mißverständnisse geben sollte, wenn wirklich andere Meinungen eines Tages auftreten sollten, dann wird die Partei durch ihre maßgebende Vertretung, den Parteitag, das Steuerruder des Parteischiffs ergreifen und mit einem hörbaren Ruck nach links werfen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Kloß stellt die Unterstützungsfrage bezüglich der zur Verhandlung gestellten Anträge. Von diesen finden die Anträge 74, 77, 79 und Absatz 6 von 86 keine Unterstützung. Antrag 78 ist erledigt durch die Unterstützungsfrage zu 73 und 74. Antrag 93 ist zurückgezogen zu gunsten von 104.

Auf Vorschlag von Singer erstreckt sich die Diskussion zunächst auf die bisherige Thätigkeit der Fraktion beziehungsweise auf den Bericht von Wurm.

Böhle-Straßburg: In dem Berichte des Parteivorstandes ist auf die obligatorische Einführung der Gewerbegerichte aufmerksam gemacht. Ich setze es als selbstverständlich voraus, daß die Fraktion auch in der nächsten Session einen bezüglichen Antrag stellen wird. Die Fraktion scheint aber der falschen Meinung zu sein, daß die Durchführung der Gewerbegerichte in den Reichslanden vollendet ist. Dem ist nicht so! Auch in dieser Beziehung äußere sich die Wirkung des Ausnahmegesetzes. Mit aller Energie muß darauf gedrungen werden, daß diese Schmach des 19. Jahrhunderts endlich beseitigt wird.

Quarck: Ich hätte mich nicht zum Wort gemeldet, wenn nicht der Berichterstatter unser Frankfurter Blatt erwähnt hätte. Es war um so weniger nothwendig, in die Debatte einzugreifen, als ja bereits in den beiden letzten Tagen eingehende Kritik geübt ist. Wären die Kritiker wirklich Politiker, so hätten sie geschwiegen, nicht aber in einer Zeit, wo wir mit dem Junkerthum ringen, wo die Zuchthausvorlage droht, über die Endziele debattirt. Ich habe gehört, daß einige Genossen in der verflossenen Nacht schwer mit den Endzielen gerungen haben. (Heiterkeit.) Genosse Wurm hat erklärt, der Widerspruch, der von uns behauptet wurde, zwischen seinem parlamentarischen Bericht und den Aeußerungen von Schippel und Auer, beruhe auf einem Mißverständniß; Nun, ich habe keine Veranlassung, scharfsichtiger zu sein, als der Wurm'sche Bericht. Wenn Auer seine Aeußerung anders aufgefaßt wissen will, gut, so bescheide ich mich.

Singer: Es ist ja durchaus erklärlich, daß, nachdem hier zwei Tage lang über die von der Partei einzuschlagende Taktik, über die Weiterverfolgung des Endzieles der Partei gesprochen worden ist, der Bericht über die parlamentarische Thätigkeit der Fraktion nicht mehr den Raum in der Diskussion einnehmen wird, den er sonst vielleicht gefunden hätte. Aber ich bin der Meinung, daß es doch nothwendig sein wird, auch bei dieser Gelegenheit festzustellen, daß durch die Diskussion namentlich am gestrigen Nachmittag, durch den lebendigen Beifall, den die Ausführungen der Genossen Kautsky und Liebknecht in dieser Frage gefunden haben, festgestellt ist, daß die Thätigkeit der Fraktion, welche bisher genau auf demselben Standpunkt gestanden hat, den die beiden Genossen in ihren Ausführungen gegen Bernstein gekennzeichnet haben, demjenigen entspricht, was die Gesammtpartei von ihrer parlamentarischen Vertretung verlangt. Wir haben innerhalb der Fraktion, entsprechend den Ansichten, die die Partei auf ihren Parteitagen Jahr für Jahr zum Ausdruck gebracht hat, immer den Standpunkt vertreten, wir sind nicht im Parlament um des Parlaments wegen, sondern wir sind im Parlament, um die Forderungen der Arbeiterklasse zu vertreten und zu erkämpfen. (Sehr richtig!) Ist aber dieser grundsätzliche Standpunkt richtig, dann kann im Parlament von einer Kompromisselei, von einer Taktik, wie sie jetzt von manchen empfohlen wird, nicht die Rede sein, dann kann keine Rede davon sein, daß man Kanonen gegen Volksrechte austauscht. Nach unserer eingehenden gestrigen Diskussion kann ich mit Freuden konstatiren, daß der Standpunkt der Gesammtpartei in keiner Weise geändert ist. (Sehr richtig!) Und ist das der Fall, dann brauchen wir über Vergangenes uns nicht so sehr aufzuhalten, dann wird auch denjenigen Genossen, die, wie ich überzeugt bin, aus lautersten Gründen der Meinung sind, daß die bisherige Taktik der Partei in bestimmten Dingen geändert werden muß, der Beweis geliefert sein, daß die Gesammtpartei keine andere Vertretung ihrer Sache im Parlament will, als bisher. (Sehr wahr!) Das ist das erfreuliche Fazit, welches man aus den gestrigen Verhandlungen ziehen kann. Wenn in einer Reihe von einzelnen Fragen Meinungsabweichungen vorhanden sind, so ist das durchaus erklärlich, denn wir sind keine Fraktion von Automaten, wir sind eine Fraktion von lebendigen Menschen, die jeder für sich ihre Ansicht haben.

Das, was uns eint, was uns allen gemeinsam ist, das ist unser Programm, das ist die Aufgabe, die wir zu erfüllen haben, das ist das Streben nach Befreiung der arbeitenden Klasse. Die nothwendige Aufgabe ist, niemals abzuweichen von dem Standpunkte des Klassenkampfes. (Beifall.) In diesem Rahmen können über einzelne Fragen Meinungsverschiedenheiten herrschen. Es kann sich aber nicht darum handeln, daß die Gesammtthätigkeit der Partei in irgend einer Weise geändert wird.

Dem Fraktionsbericht selbst habe ich nichts hinzuzufügen. Ich bin überzeugt, daß der Bericht im großen und ganzen die Ansicht aller Mitglieder der Fraktion wiedergiebt, deshalb will ich den Parteitag mit Wiederholungen nicht aufhalten, sondern nur den Wunsch aussprechen, daß die Fraktion auch in der Folge fortfahren wird, so wie bisher im Sinne des Programms entsprechend den ihr gestellten Aufgaben zu handeln. (Beifall.)

Ohne auf die Anträge im einzelnen jetzt einzugehen, möchte ich nur ganz im allgemeinen an den Parteitag die Bitte richten, sich doch zu überlegen, daß die Erfüllung der Aufgaben, die der Parteitag der Fraktion stellt, auch von Umständen innerhalb des Parlaments selbst abhängt. (Sehr richtig!) Der Parteitag und die gesammte Partei darf aus dem Umstande, daß vielleicht der eine oder andere Antrag nicht sofort eingebracht oder verhandelt wird, nicht etwa den Schluß ziehen, daß die Fraktion den ihr vom Parteitag gegebenen Aufträgen gegenüber harthörig ist. Sie dürfen überzeugt sein, daß dann die parlamentarische Lage Schwierigkeiten mit sich bringt, die die Einbringung oder Verhandlung der Anträge unmöglich machen. Ich werde nachher Gelegenheit haben, das bei den einzelnen Anträgen nachzuweisen. In diesem Augenblick lag mir nur daran, daß auch aus der Mitte der Fraktion heraus öffentlich vor der Partei und vor unseren Gegnern konstatirt wird, daß, mögen auch einzelne abweichende Stimmen in der Presse oder in Versammlungen sich geltend machen, doch niemals in der Fraktion oder in der Partei daran gedacht wird, das große Prinzip, das uns zusammenführt, auch nur um Haaresbreite zu verlassen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Schoenlank: Nach den Ausführungen Singer's habe ich nur wenig hinzuzufügen. Es freut mich das Resultat, das diese Verhandlungen erzielt haben. Ich begrüße, daß die Anregungen gestern und vorgestern auf so fruchtbaren Boden gefallen sind. Es ist erreicht, was wir erreichen wollten. Die Meinungsverschiedenheiten über die Parteitaktik sind festgestellt. Ihre ruhige Diskussion ist die Aufgabe der Parteipresse und der Organisation. Ich habe in der ganzen Frage der Kompensationspolitik, wie mir auch Heine zugeben wird, sachlich und ruhig vom ersten Augenblick an debattirt. Es wäre da besser gewesen, Heine hätte seine persönlichen Bemerkungen und frostigen Späßchen gelassen. Aber das ist nebensächlich. Der Parteitag hat durch den Gang der Verhandlungen deutlich gezeigt, wie er sich zur Parteitaktik stellt.

Nun zur Fraktionstaktik. Ich kann Wort für Wort unterschreiben, was Wurm im Auftrage der Fraktion von dieser Stelle ausgesprochen hat. Wenn jemals die Vermittlungs-, die Ausgleichspolitik kläglich Fiasko vor den Thatsachen erlitten hat, dann jetzt. Kanonen sollen gegen Volksrechte eingetauscht werden. Nun, die Regierung ist gerne bereit, uns Volksrechte gegen Kanonen zu geben, aber in dem Augenblick, wo wir die Volksrechte praktisch anwenden wollten, da würden die bewilligten Kanonen gegen die Volksrechte und ihre Vertheidiger losgehen. (Sehr richtig.) Die Kanonenpolitik ist eine Utopie, sie zeugt von einem sehr geringen Verständniß der Situation und der Entwicklung der Dinge. In einem Augenblick, wo die deutsche Bourgeoisie vollkommen einig ist, auf wirthschaftlichem Gebiete Hungerpolitik zu treiben, die Brotzölle zu erhöhen; in einem Augenblick, wo der Militarismus und Marinismus mit den dreistesten Anforderungen hervortreten, nachdem eben erst die Flottenvorlage bewilligt ist; in einem Augenblick, wo das deutsche Bürgerthum, soweit es Einfluß besitzt, das allgemeine Wahlrecht für den eigentlichen Krebsschaden ansieht, dem Arbeiter das Wahlrecht nehmen will, zu einer Zeit, wo die deutsche Bourgeoisie, geführt von einem Mann wie dem Grafen Posadowsky und inspirirt durch den Herrn von Saarabien und v. Stumm, nicht allein fordert, daß das arbeitende Volk politisch entrechtet wird, sondern ihm auch das höchste soziale und ökonomische Recht, das Koalitionsrecht entreißen will; in einer Zeit des Kampfes der koalirten Kapitalisten des mobilen und agrarischen Kapitals; in einer solchen Zeit haben wir alle Ursache, bei aller Objektivität in der Diskussion, bei Meinungsverschiedenheiten in taktischen Fragen, dafür zu sorgen, daß wir die Kampfpartei sind, die wir allein berufen sind zu sein, eine geschlossene, einheitliche, rücksichtslose, radikale Taktik befolgen; unsere letzten Ziele offen darzulegen, auf das schärfste zu betonen, daß nur mit der alten proletarischen Taktik, die keine Vermittelungs- und keine Versöhnungspolitik kennt, Kampf bis zum Aeußersten, Kampf gegen dieses System, Kampf gegen die Ueberseepolitik, gegen die verstiegene Kreuzfahrerromantik, gegen die Gesellschaft, die mit eiserner Faust zerschmettern will die Volksrechte, das Koalitionsrecht. Dazu brauchen wir einen Zusammenschluß aller Genossen. Da müssen diese Meinungsverschiedenheiten, die garnicht so tief gehen, wie unsere Gegner meinen, zurücktreten gegenüber unserer aktuellen wichtigsten Hauptaufgabe, dem Zusammenschluß der Partei im Parlament, in der Presse, in der Organisation, dem Kampf für die Erhaltung unserer kümmerlichen Volksrechte. Danken müssen wir dem Kaiser für das Schicksalswort in Oeynhausen. Dieses Wort des hohenzollernschen Fürsten hat die Situation wie mit einem Blitzschlag erhellt. Beseitigt ist der letzte Rest der Illusion vom sozialen Königthum, zum Teufel ist gegangen die letzte Fiktion von einem Friedensschluß mit der bürgerlichen Klasse, die nach Gewalt schreit. Hat nicht Herr von der Recke in seinem letzten Erlasse gewünscht, daß die Flinte schießen soll? Gegenüber dieser Politik, die uns bringen wird den Hungerzoll, kolossale neue Rüstungen für Militarismus und Marinismus, ein Attentat der schlimmsten Art gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter, und dann auch das, wonach sie girren, ein neues Sozialistengesetz, ein neues Ausnahmegesetz: in dieser Stunde der Gefahr, da heißt es einfach, sich zusammenzuschließen zu einer Phalanx, die keine Meinungsverschiedenheit kennt, in der Erkenntniß, daß blos durch den entschiedenen Zusammenschluß der Arbeiterklasse, die ihr Ziel nicht verhüllt, allein in dem entschiedensten Widerstande gegen die eiserne Politik der heutigen Regierung die Möglichkeit besteht, bessere Zustände zu schaffen und vor allem zu verhüten, daß nicht noch mehr begangen werde gegen das arbeitende Volk. In diesem Sinne fasse ich den Bericht der Fraktion auf, die Diskussion über ihre Taktik, und darin glaube ich, sind wir alle einig: Auf zum Kampf gegen das persönliche Regiment, gegen den Kapitalismus, gegen Hunger, Ausbeutungs- und Unterdrückungspolitik, die zur politischen Knechtung die wirthschaftliche fügen wollen. Die Arbeiterklasse, die die Fahne der Aufklärung der radikalen Umwälzung voranträgt, wird ihrer Aufgabe treu bleiben, freie Zustände zu schaffen durch den Kampf, durch den Klassenkampf. (Lebhafter Beifall.)

Heus: Ich hatte soeben den Eindruck, als wären wir in einer Volksversammlung (Sehr richtig.), in der wir nöthig hätten zu lernen, was wir schon seit Jahrzehnten wissen. (Sehr wahr.) Das war nicht der Ausdruck des Machtgefühls (Sehr wahr.), sondern der Angst. (Sehr gut.) Wir haben keinen Grund, so zu thun, als ob man mächtiger ist, als wir thatsächlich sind. Schoenlank sagt, wenn man Kanonen bewilligt gegen Volksrechte, dann werden die Kanonen auf die Volksrechte schießen. (Sehr richtig!) So leicht schießt es sich mit Kanonen nicht. (Lachen.) Die Erregung über den Militarismus ist im Volke schon jetzt sehr groß, und diejenigen Leute, die es sich so leicht vorstellen, auf das Volk zu schießen, könnten in dem Augenblick, wo sie das wirklich thun wollten, doch sehr böse Erfahrungen machen. Wir haben alle Veranlassung, mit aller Ruhe, mit aller selbstbewußten Ruhe unsere Arbeit, wie wir sie bisher gethan haben, an der Aufklärung des Volkes weiter zu thun, und brauchen nicht ängstlich zu sein, als ob man alsbald mit Kanonen auf uns schießen wird. Wir bieten uns nicht den Kanonen an und brauchen deshalb auch nicht zu befürchten, daß wir mit ihnen in Konflikt kommen. Darum sehe ich nicht ein, warum wir uns so Angst machen sollen, als ob es schon morgen losgehen könnte. Mir scheint, daß man mit großen Worten die Massen fortreißen möchte. (Sehr gut.) Es geht nicht so schnell, wie wir es uns einbilden. Der kapitalistische Staat von heute ist nach 10, nach 50 Jahren ein ganz anderer. Es steht mit dem Denken, das uns Marx und Engels gelehrt haben, im Widerspruch, wenn wir den kapitalistischen Staat uns so verhärtet vorstellen, als ob er immer derselbe bliebe. Der bestehende Staat ist immer ein Kompromiß der verschiedenen Machtverhältnisse. Heute ist der Kapitalismus noch so mächtig, die Arbeiterklasse noch so schwach, daß der Staat ganz natürlich den kapitalistischen Interessen Rechnung trägt. Wenn wir aber dafür sorgen, daß die Arbeiterklasse mächtiger wird, als die kapitalistische, und das wollen wir ja, dann muß auch dieser Staat Rechnung tragen dieser Macht der Arbeiterklasse. Darum habe ich auch keine Sorge, daß wir nicht schließlich unser Ziel erreichen. Weil ich ganz fest davon überzeugt bin, daß die jeweiligen Machtverhältnisse weit entscheidender sind, als papierne Gesetze. Deshalb haben sie doch nicht solche Angst. (Lachen.) Die großen Worte sind der Ausdruck solcher Angst, daß der Gegner uns niederwerfen könnte. Dazu sind wir viel zu kaltblütig, wir verfolgen unser Ziel, die Arbeiterklasse zur Macht zu bringen, in ruhiger Arbeit und dann wird auch eines Tages die Möglichkeit der Umwandlung des heutigen Staates auch, des Militarismus kommen. Ich sehe schon im Geiste die Zeit kommen, wo wir den heutigen Militarismus umwandeln werden in eine gymnastische Turnanstalt des Volkes. (Lachen und Beifall.)

Baerer-Harburg: Wir sind und bleiben eine Kampfpartei und haben deshalb keine Angst (Beifall). Aber wir müssen vorbereitet sein auf das, was kommen kann, denn es gehet etwas vor in den hohen Regionen. (Beifall.)

Ulrich-Offenbach: In der allgemeinen Situation hat sich durch die Oeynhauser Rede absolut nichts geändert. Daß man uns im Zuchthause haben möchte, wußten wir schon früher. Zu der Aufregung Schoenlank's war kein Grund. Es ist der alte Kurs und deshalb brauchen wir nicht mit Kanonen nach Spatzen zu schießen. Allerdings bin ich nicht der Meinung des Heus, daß die Kanonen nicht so leicht losgehen können, aber wir müssen selbstverständlich unverrückt in engem Zusammenschluß auf unser Ziel marschiren. Darüber besteht kein Meinungsunterschied. Auch Genosse Heine ist der Ueberzeugung, daß wir nur mit Aufbietung aller Kraft und unter Befolgung der bisherigen Taktik dem Gegner imponiren und vorwärts schreiten können. Es ist gar keine Veranlassung, uns an rrrrevolutionären Phrasen zu berauschen. (Große Heiterkeit und Beifall.) Ich behaupte, mindestens so revolutionär zu sein als jene Herren und Damen, die uns in den letzten Tagen ihre besonderen revolutionären Auffassungen vorgetragen haben. (Sehr wahr!) Mindestens manchmal kommt es mir sogar vor, als ob wir in unserer Ruhe (Sehr wahr!) und unserer klaren Voraussicht desjenigen, was kommen wird, weit revolutionärer sind als die, die immer revolutionär reden. Wir haben keine neue Taktik einzuschlagen. Wir haben auf dem alten Wege weiter zu arbeiten. Gewiß, man wird uns in der nächsten Zeit schärfer anfassen, man wird uns wieder durch Nadelstiche zu Dummheiten zu verleiten suchen. Demgegenüber haben wir die Pflicht, uns in unserer Ruhe nicht beirren und uns weder nach rechts noch auch nach links von unserer Haltung abdrängen zu lassen. (Beifall.)

Besching-Bremen: An dem Bericht der Fraktion habe ich nichts auszusetzen. Ich bin mit der Thätigkeit unserer Vertreter im Parlament völlig einverstanden. Hingegen kann ich der Ansicht Ullrichs, daß sich die Situation nicht geändert hat, nicht beistimmen. Die Februarerlasse können doch nicht das Produkt derselben Anschauung sein wie die Oeynhauser Rede. (Sehr richtig.) Dem Druck von oben müssen wir Druck von unten entgegensetzen und deshalb muß unsere Fraktion sofort beim Zusammentreten des Reichstags eine Interpellation über die Lage einbringen. Die Situation ist erregt, und deshalb müssen wir die Mittel suchen, die uns über diese erregte Lage hinweghelfen.

Schoenlank: Ich habe keine Veranlassung eingehend auf Heus einzugehen, seine phantastische Vorstellung von der Umwandlung des kapitalistischen Staates entspricht so wenig der wissenschaftlichen Ueberzeugung, die wir haben, daß mich seine Bemerkungen, ich hätte wie ein Volksversammlungsredner, das heißt, wie der Parteigenosse zu Parteigenossen reden muß, geredet, sehr kühl lassen. Besser im Tone eines Volksversammlungsredners reden, als im Tone eines langweiligen Sonntagnachmittags-Predigers. (Heiterkeit.) Genosse Ulrich ist mit mir grundsätzlich nicht einverstanden. Er predigt Ruhe und Geduld in demselben Augenblick, wo die Arbeiterklasse ergrimmt ist und Front macht gegen die Zuchthausvorlage, in demselben Augenblick, wo das Schaugericht der Sozialreform von oben sich verwandelt hat in die rücksichtslose Zwangspolitik des Kerkers und Zuchthauses. Kaltes Blut hat die Sozialdemokratie stets bewahrt. Die Aufrüttelung der Massen ist unsere Aufgabe. Vielleicht hätten wir eine ähnliche Taktik, wie sie Genosse Ulrich empfiehlt, auch bei der Reichstagswahl anwenden sollen. Damit hätten wir schöne Resultate erzielt. Wir sind nicht dazu da, um dem arbeitenden Volke Beruhigungsmittel zu geben, aufrütteln zum Kampfe wollen wir die Massen. Was bedeuten denn die großen Worte von Heus? Ist es etwa nicht wahr, daß der deutsche Kaiser ausdrücklich die Einbringung einer Vorlage angekündigt hat, die etwas einführt,

was bisher in keiner Gewerbe-Ordnung des Deutschen Reiches möglich und denkbar gewesen ist, die das Zuchthaus in Aussicht stellt für die sogenannte Anreizung zum Streik? Wenn das kein Umschwung ist, dann giebt es überhaupt keinen Fortschritt von den schwächeren Mitteln der Gewalt zu den allerschärfsten. Noch nie ist im Deutschen Reiche so offen die Verschlechterung des Reichstags-Wahlrechts gefordert worden. Ist das keine Thatsache? Und wird die Verschlechterung nicht kommen - Anzeichen genug sind da. Haben nicht angesichts des Genfer Attentates die einflußreichen Stumm'schen Organe sofort geschrien: her mit einem neuen Sozialistengesetz! Da muß das Volk aufgerüttelt, organisirt werden zum Protest, um wenigstens die schlimmsten Pläne der Reaktion zu vereiteln. Die große Masse der deutschen Arbeiter ist mit mir der Meinung, daß man jetzt nicht kalmiren, beruhigen darf, sondern rufen muß: Auf zum Kampfe! (Beifall.)

Dr. David: Die Nervosität eines einzelnen mag hingehen, aber nicht die Nervosität einer ganzen Partei. (Sehr richtig.) Am allerwenigsten ist sie am Platze der Nervosität der Regierung gegenüber. (Sehr richtig.) Wir machen damit mehr aus ihr, als wirklich vorhanden ist. Gerade dieser Nervosität gegenüber heißt es für uns, ruhig zu bleiben, kaltes Blut zu haben und auf dem Wege weiter zu schreiten, den wir bisher gegangen sind. Stellen Sie sich vor, wir alle machten es so wie Genosse Schoenlank. Wir gäben zu, daß wir vor einer drohenden Gefahr stünden und griffen zu einer rabiaten Taktik. Lieferten wir damit der Regierung nicht gerade das erwünschte Material für ihre Zuchthausvorlage, womit sie die bisher widerstrebenden Theile des Bürgerthums gewinnen könnte? (Sehr richtig.) Es ist schädlich, wenn wir uns in diesem Moment nervös zeigen, wir dürfen nicht, wenn wir vom kapitalistischen Staat sprechen, immer nur an Preußen-Deutschland denken. Es giebt auch kapitalistische Staaten, wo andere Zustände herrschen, z. B. die Schweiz, England und die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Die Umbildung des kapitalistischen Staates zur demokratischen Form ist eine Nothwendigkeit des Kapitalismus selbst. Sie sehen ja, wie der moderne Kapitalismus damit ringt, aus der Staatsform herauszukommen, die dem preußischen Junkerstaat aufgezwungen ist.

Nun ist heute wieder die Kanonenfrage angeschnitten. Ich erinnere daran, daß Heine ja ausdrücklich gesagt hat, er glaube nicht daran, daß wir in Deutschland in absehbarer Zeit Zustände erlangen, wo man Kanonen gegen Volksrecht austauschen könnte. Es war eine reine Doktorfrage, aber sehen Sie doch auf die Schweiz. Die Schweiz ist auch ein kapitalistischer Staat und trotzdem bewilligen unsere Genossen in den gesetzgebenden Körperschaften Waffen für das Heer. Faßt man die ganze Kanonenfrage als Doktorfrage auf, so hat man wahrlich nicht nöthig, drei Tage lang mit Kanonen auf Kanonen zu schießen. (Heiterkeit.) Verbringen wir also nicht noch einen Tag mit diesen Debatten. An der Haltung der Fraktion haben Sie nichts auszusetzen. Geben Sie also Ihre Zustimmung dazu, daß sie auf dem bisherigen Wege fortfährt. (Beifall.)

Ein Antrag auf Schluß der Generaldebatte wird angenommen.

Persönlich bemerkt Peus: Schoenlank hat mich als Sonntagsnachmittags-Prediger hingestellt. Von Schoenlank habe ich allerdings nichts anderes erwartet, aber die übrigen Genossen werden diese Ansicht nicht theilen.

Ulrich-Offenbach bemerkt persönlich: Ich wollte mit meiner Ruhe nicht als Beschwichtigungshofrath auftreten. Ich verlange die Ruhe der Kraft, nicht aber das Zipperlein der Schwäche. (Sehr gut! und große Heiterkeit.)

Kloß schlägt vor, daß jetzt zunächst die einzelnen Anträge begründet werden und daß dann über alle gemeinsam debattirt wird.

Mit diesem Vorschlag ist der Parteitag einverstanden. Es beginnt die Begründung der einzelnen Anträge.

Den Antrag 66 begründet Heymann-Göttingen: Wir wollen nicht die Fraktion mit Aufträgen überhäufen, sondern nur veranlassen, daß durch die Interpellation einmal klar gelegt wird, daß unsere Verfassung nur das Feigenblatt des Absolutismus ist. Wir dürfen nicht abwarten, bis im Reichstag die Zuchthausvorlage eingebracht wird, sondern wir meinen, daß die beste Abwehr der Hieb ist. Die Verbreitung der stenographischen Berichte über die Verhandlungen wird ein gutes Agitationsmittel bilden.

Antrag 67 wird von Evers-Hildesheim begründet: Der Antrag ist gestellt, um einmal offen zu zeigen, daß die bürgerlichen Parteien, namentlich das Zentrum, zwar vor der Wahl die Devise ausgegeben haben, Schutz dem allgemeinen Wahlrecht, daß sie aber später bei der Stichwahl diesen Standpunkt verlassen haben. Es muß gezeigt werden, daß die Volksrechte bedroht sind. Dazu kommt, daß, wenn die Wahlen nur alle fünf Jahre stattfinden, sich unter den Genossen eine gewisse Schlaffheit geltend macht.

Den Antrag 68 begründet Braune-Dresden: Die Forderung des Achtstundentages, auf die besonders die Gewerkschaften Werth legen, muß vom Parteitag hochgehalten werden, damit die Gewerkschaften sehen, daß die Partei etwas für sie thut.

Auf die Begründung des Antrags 69 wird verzichtet.

Antrag 70 begründet Braun-Königsberg: Es handelt sich darum, die Fraktion durch einen Beschluß anzuhalten, die Regierung zu interpelliren, wann sie den Skandal beseitigen will, daß die land- und forstwirthschaftlichen Arbeiter noch immer unter einem Ausnahmegesetz stehen. Werden landwirthschaftliche Arbeiter gemißhandelt, dann wird auf die Gesinde-Ordnung hingewiesen, die es erlaubt, hält ein landwirthschaftlicher Arbeiter es bei seinem Herrn nicht mehr aus, so wird er wie ein Sklave zurückgeführt. Die Fraktion muß energisch auf Abhilfe dringen.

Zur Begründung des Antrags 71 führt Greiner-Aschersleben aus, daß die Ausbeutung der Kinderarbeit sehr zunimmt. Einen besonders krassen Fall hat das Partei-Organ besprochen; da es aber nicht möglich war, alle Einzelheiten zu beweisen, so wurde der Redakteur zu Gefängniß verurtheilt. Das hat uns veranlaßt, den Antrag einzubringen. Es muß endlich einmal von Reichs wegen gegen die Ausbeutung der Kinderarbeit etwas geschehen, denn das ist nicht mehr als billig. Man darf nicht glauben, daß die Landarbeit für die Kinder gesundheitlich unschädlich ist. Ebenso gut wie die in der Industrie beschäftigten Kinder müssen auch die in der Landwirthschaft thätigen geschützt werden. Eine landesgesetzliche Regelung genügt nicht, denn hierbei wird doch nur den Wünschen der Agrarier Rechnung getragen.

Den Antrag 72 begründet Baerer-Harburg.

Zur Begründung des Antrages 73 bemerkt David-Mainz, daß schon ähnliche weitergehende Anträge seitens der Fraktion früher gestellt waren. Meinungsverschiedenheiten können darüber nicht bestehen. Ein äußerer Anlaß liegt vor, da das Bestreben herrscht, die zweijährige Dienstzeit nur auf bestimmte Zeit zu bewilligen, nicht aber sie gesetzlich festzulegen und sie abhängig zu machen von Bewilligungen weiterer Mittel. Dazu kommt, daß der Antrag ein vorzügliches Mittel ist, den Erlaß des Zaren auszunutzen. Schon Engels hat darauf hingewiesen, daß eine allgemeine Abrüstung nur auf dem Wege einer allmäligen Verkürzung der Dienstzeit möglich ist. Unsere französischen Genossen sind uns auf diesem Wege vorangegangen. Es ist eine taktische Nothwendigkeit, daß auch die deutsche Sozialdemokratie einen Vorstoß unternimmt. Die Antragsteller haben sich absichtlich eine gewisse Beschränkung auferlegt in der Befürchtung, man könnte darin schon wieder eine Kompromißlei erblicken. Aber thatsächlich ist die Einführung der einjährigen Dienstzeit ein Weg, um dem Endziel näher zu kommen. Die Forderung der einjährigen Dienstzeit erwirkt uns Sympathien bei Freund und Feind, wie jeder erfahren hat, der auf dem Lande Agitation getrieben hat. Unsere Gegner gerathen dadurch stets in eine unangenehme Situation, denn im ganzen Volk herrscht eine tiefe Mißstimmung gegen das Privilegium der jetzigen einjährigen Dienstzeit. Gegen dies Privilegium wollen wir Sturm laufen, aber nicht, indem wir es abschaffen, sondern indem wir es verallgemeinern. Der Beweis dafür, daß eine einjährige Dienstzeit völlig genügt, ist hinreichend erbracht. Wenn auf die höhere Bildung der Einjährigen hingewiesen wird, so sind wir gern bereit, die allgemeine Bildung zu heben. Ich bin überzeugt, daß wir, sobald unsere Schulen besser sind, sehr schnell zur Einjährigen-Dienstzeit kommen. Die Forderung des Milizsystems ist viel schwerer zu begründen, als die Einführung der allgemeinen einjährigen Dienstzeit. Wir müssen doch an die gegebenen Verhältnisse des heutigen Militarismus anknüpfen und denselben allmälig zum Milizsystem umwandeln. Auch Hauptmann Krafft weist ja nach, daß sogar eine Dienstzeit von neun Monaten genügt. Stimmen sie dem Antrag zu und stoßen sie sich nicht daran, daß er eine Beschränkung enthält, denn gerade diese Beschränkung ermöglicht es, auf die Massen einzuwirken. Dann wird auch der dümmste Bauernjunge einsehen, daß die Sozialdemokratie das Wohl des Volkes will. Wir selbst werden unserem Endziel näher kommen, und wir werden den Beweis erbringen, daß wir solidarisch sind mit unseren Genossen im Ausland, mit den Genossen in Frankreich, dem sogenannten Erbfeinde. (Beifall.)

Antrag 78 ist durch die Begründung des Antrages 73 mitbegründet.

Antrag 75 findet keine Begründung.

Antrag 76 begründet Evers-Hildesheim mit der Nothwendigkeit, die Agitation unter der Landbevölkerung zu erleichtern, die sich fürchte, sozialdemokratische Stimmzettel abzugeben. Er bittet um Ueberweisung des Antrages an die Fraktion zur Berücksichtigung.

Die Anträge 80, 81 und 82 finden keine Begründung.

Antrag 86 wird von Höppner-Dresden begründet: Das Bedürfniß nach einer erneuten Verhandlung des Arbeiterschutzgesetz-Entwurfes der Fraktion im Reichstage ist allgemein in der Partei gerade angesichts der Oeynhausener Rede vorhanden.

Die Anträge 92, 94 und 104 begründet Thiel-Kassel: Es wirft ein bezeichnendes Licht auf unsere politischen Zustände, daß der Antrag 92 überhaupt noch nöthig ist. Man sollte glauben, die Vertheilung von Druckschriften während der Wahlzeit sei gegen Vergewaltigung seitens untergeordneter Behörden sichergestellt. Da sollte doch unsere Fraktion einmal im Reichstage den Herren, die ihre eigenen Hausgesetze haben zur geistigen Bekämpfung der Sozialdemokratie, gehörig auf die Finger klopfen. Zumal bei uns in Hessen ist es nothwendig. Redner giebt ein drastisches Bild der Wahlfreiheit und des Wahlgeheimnisses bei den letzten Wahlen in der Provinz Hessen. Im Antrag 104 beantragen wir nur, daß das wenige, was wir an Vereins- und Versammlungsrecht besitzen, uns nicht noch beschnitten wird. Was Antrag 94 anlangt, so stehe ich nicht auf dem Standpunkte des Genossen Peus, daß ihn die Oeynhausener Rede kalt läßt. Ich denke, keinen Menschen läßt es kalt, wenn er als Zuchthausaspirant bezeichnet wird. Der Braunschweiger Antrag, der eine Interpellation wegen der Kaiserrede fordert, geht mir nicht weit genug; ich denke, wir haben alle Veranlassung, den Punkt über das i zu setzen und nachdrücklich rückhaltslos und demonstrativ unsere Meinung zu sagen. Dazu muß aber erst der Riegel des § 95 des Reichs-Strafgesetzbuches beseitigt werden.

Dr. Weyl-Berlin spricht für den Antrag 96 aus Ottensen, der die Aufhebung des Impfzwanges fordert. Selbstverständlich kann sich eine politische Partei unmöglich auf einen Standpunkt in wissenschaftlicher Beziehung festlegen. Auf dem Frankfurter Parteitag wurde ein Antrag, der die Partei verpflichten wollte, gegen den Impfzwang Stellung zu nehmen, nur gegen eine große Minorität abgelehnt. Aber ganz unbeschadet der Stellung des Einzelnen zum Impfzwange — man kann ein überzeugter Parteigenosse sein und ein fanatischer Anhänger des Impfzwanges — haben wir alle Veranlassung, aus konstitutionellen Gründen den Grafen Posadowsky zu interpelliren, warum er die Resolution Förster, die vom Reichstag angenommen ist, in einer Kommission die Impffrage grundsätzlich zu prüfen, nicht ausgeführt hat. Es handelt sich um eine Kontroverse der Wissenschaft, da hat eine politische Partei wie wir nicht das Recht, für einen Zwang einzutreten.

Damit haben alle zum parlamentarischen Bericht gestellten Anträge ihre Begründung gefunden.

Es ist ein Antrag zur Geschäftsordnung eingegangen, alle diese Anträge der Fraktion zu überweisen.

Nunmehr wird die Diskussion eröffnet.

Singer: Anknüpfend an die wenigen Worte, die ich vorhin gesprochen habe, kann ich nur wiederholen, daß wenn die Fraktion den Anträgen, die ihr der Parteitag wiederholt gegeben hat, nicht in allen Fällen nachgekommen ist, dies nicht etwa aus Geringschätzung geschah, sondern weil wir den thatsächlichen Verhältnissen Rechnung tragen mußten. Aehnlich stehe ich zu der übergroßen Mehrzahl der hier gestellten Anträge. Ich halte die in den meisten Anträgen gegebenen Anregungen für außerordentlich nützlich und eine große Anzahl von ihnen für durchaus berechtigt, namentlich so weit sie sich auf das wirthschaftliche Gebiet erstrecken. Alles was wir auf wirthschaftlichem Gebiet im Reichstag beantragt und vertreten haben, deckt sich mit Forderungen, die in diesen Anträgen gestellt werden, und ein Theil der heutigen Anträge ist ja bereits im Reichstage behandelt worden. Wenn man glaubt, daß man diese Anträge immer wiederholen muß, so ist das für gewisse Fälle richtig, aber auch das hängt von Umständen ab, die wir nicht bestimmen können. Vergessen wir das eine nicht, wir haben im Parlament nach dem dort geltenden Usus einen Tag in der Woche, an dem Petitionen und Initiativanträge der Fraktionen behandelt werden. Sie können ungefähr ermessen, wieviel von dieser Verhandlungszeit auf die Initiativanträge kommt, wenn ich darauf hinweise, daß von allen Fraktionen Anträge gestellt werden und daß man, um eine einigermaßen vernünftige Verhandlung zu ermöglichen, die Bestimmung treffen mußte, daß die Anträge der Fraktionen der Reihe nach behandelt werden, und daß jede Fraktion erst dann wieder mit einem Antrag herankommt, wenn alle anderen Fraktionen an der Reihe gewesen sind. Wenn Sie berücksichtigen, daß das nur einmal in der Woche geschieht, so können Sie sich ungefähr denken, wie lange die Session dauern müßte, um die hier gestellten Anträge alle zur Verhandlung zu bringen. Man glaube nicht, daß die Anträge, wenn sie gestellt sind, auch sofort verhandelt werden. Die Anträge, die sich auf wirthschaftlichem Gebiet bewegen, sowie ein Theil der Anträge, die mehr die politische Seite betreffen, halte ich für durchaus berechtigt.

Noch ein Wort über den Antrag 94, der die Fraktion beauftragt, abermals den Antrag auf Aufhebung des Majestätsbeleidigungs-Paragraphen zu stellen. Diesen Antrag haben wir bereits früher eingebracht und ich glaube, es entspricht auch der Absicht der Fraktion, ihn gegenüber den jetzt veränderten Verhältnissen aufs neue einzubringen. (Sehr gut.) Wir standen von Anfang an auf dem Standpunkt, daß wir dem deutschen Kaiser so wenig wie jedem anderen an sich das Recht bestreiten wollen, seine Ansicht über die einzelnen Tagesfragen zu äußern. Aber die konstitutionelle Fiktion der Unverletzlichkeit des Kaisers kann nur darauf begründet sein, daß der Kaiser sich nicht in politische Tagesfragen einmischt. (Sehr richtig.) Nimmt er, was wir ihm auch nicht bestreiten wollen, das Recht in Anspruch, die öffentliche Meinung nach bestimmter Richtung hin zu leiten, dann muß er sich auch gefallen lassen, daß dagegen diejenige Kritik ausgeübt wird, die innerhalb des allgemein geltenden Rechts möglich ist. (Lebhafte Zustimmung.) Und so wenig wir uns Ausnahmegesetze gegen uns gefallen lassen können, so wenig können wir Ausnahmegesetze für den deutschen Kaiser dulden. (Sehr wahr.) Also dieser Antrag entspricht durchaus der Auffassung, die die Fraktion hat, er ist gestellt worden und er wird eventuell wieder gestellt werden.

Ich habe mich zum Wort gemeldet, um doch einige dieser Anträge zu bekämpfen und werde zum Schluß den Antrag stellen, diese Anträge abzulehnen, alle übrigen aber der Fraktion als Material zu überweisen. Sie können sicher sein, daß keine dieser Anregungen vernachlässigt wird, aber es hieße, uns, der parlamentarischen Vertretung, eine Last auferlegen, wenn Sie die Bestimmung träfen, die und die und die Anträge müssen jetzt eingebracht werden. Sie müssen sich nach meiner Meinung dazu entschließen und können auch der Fraktion den geeigneten Zeitpunkt überlassen, in der sie von der Anregung Gebrauch machen will. Das ist der richtige Weg und es geschieht niemand ein Schaden. Zu den Anträgen aber, die ich bekämpfen muß, gehört zunächst Antrag 69. Ein ähnlicher Antrag hat einen früheren Parteitag beschäftigt, damals ist er, wie ich glaube, mit recht abgelehnt worden. Mit noch größerem Recht aber muß er heute abgelehnt werden, denn mehr wie damals hieße heute die Forderung eines einheitlichen Vereins- und Versammlungsrechtes für Deutschland, ganz Deutschland unter die preußische Pickelhaube bringen. (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben keine Veranlassung zu wünschen, daß in den Ländern, in denen ein besseres Vereins- und Versammlungsrecht besteht als in Preußen, das preußische Vereinsrecht eingeführt wird. (Sehr wahr!) Glauben Sie doch nicht, daß es in der heutigen Situation in Deutschland möglich ist, ein Vereins- und Versammlungsrecht durchzuführen, wie wir es wünschen. (Sehr wahr!) Rein, im Augenblicke an den Vereins- und Versammlungsgesetzen rütteln, bedeutet, eine Verschlechterung derselben herbeiführen. (Sehr wahr!) So sehr ich entsprechend unserer ganzen prinzipiellen Auffassung der Ansicht bin, daß es der beste Zustand ist, wenn wir auf allen Gebieten einheitliche Rechts- und Verwaltungsnormen haben, so muß doch anerkannt werden, daß in der gegenwärtigen Situation, wo man sich namentlich östlich der Elbe mit immer neuen Knebelungen der politischen Rechte des Volkes beschäftigt, gegenüber den augenblicklichen Machtverhältnissen in Deutschland der einzige Schutz gegen die gänzliche Knebelung in dem herrschenden Partikularismus besteht. Darum kann nicht die Rede davon sein, daß ein solcher Antrag im gegenwärtigen Moment gestellt wird, ich bitte dringend ihn abzulehnen.

Zwei weitere Anträge habe ich zu bekämpfen, weil sie überflüssig und nach meiner Auffassung hin fast undurchführbar sind. Der Antrag 80 ist zunächst überhaupt falsch, denn vor 5 Jahren haben wir garnicht auf einen etwaigen Anspruch aufs Präsidium verzichtet, der Antragsteller meinte wahrscheinlich den Moment, wo der Reichstag es abgelehnt hat, Bismarck zum achtzigsten Geburtstag zu gratuliren und wo infolge dessen eine Veränderung im Präsidium stattfand und die Rede davon war, daß die sozialdemokratische Fraktion als drittstärkste einen eventuellen Anspruch erheben würde. Ansprüche nach dieser Richtung haben wir aber überhaupt nicht erhoben. Ganz abgesehen aber davon meine ich, es ist dies aber blos meine persönliche Auffassung, daß wir absolut keinen übermäßigen Werth darauf zu legen haben, im Präsidium des Reichstages zu sitzen. Wir sind viel freier, viel unabhängiger, wenn wir außerhalb des Präsidiums sind (sehr richtig). Daß wir dabei nicht auf eine unseren Stärkeverhältnissen entsprechende Vertretung in den Kommissionen verzichten, versteht sich von selbst. Aber heute gilt das Reichstagspräsidium als die Repräsentation des Reichstages, und daß wir keinen Grund haben, uns danach zu sehnen, diesen Reichstag mit zu repräsentiren, das versteht sich doch von selbst. (Heiterkeit. Lebhafter Beifall.)

Denselben Standpunkt nahme ich ein zum Antrag 81; das ist einer der Anträge, die absolut wirkungslos sind und sein müssen, denn wir bestimmen ja nicht den Usus, und brechen wir mit ihm, so wird damit noch nicht die Auffassung der Majorität des Reichstags geändert, die auf dem gegentheiligen Standpunkt steht. Wie wir stehen, wissen ja die Parteigenossen. Wem von den Rednern des Reichstages wird es denn vom Präsidium verwehrt, die Person des Kaisers in die Debatte zu ziehen? Doch nur den Sozialdemokraten und zwar immer erst dann, wenn sie es bereits gethan und das nöthige gesagt haben. Aber daß wir einen Antrag stellen auf Aenderung der Geschäftsordnung bezüglich einer Sache, die garnicht darin steht, davon kann keine Rede sein. (Beifall.) Ich bin überhaupt der Meinung, daß wir jetzt eine viel zu große und viel zu starke Partei geworden sind, als daß wir Anträge stellen, von deren absoluter Nutzlosigkeit wir von vornherein überzeugt sind. (Lebhafter Beifall.)

Das deckt sich nicht mit der Auffassung, daß man dann überhaupt keine Anträge stellen sollte. Nein, wir müssen unsere Anträge stellen, obgleich oder vielleicht sogar weil die Majorität ihnen nicht zustimmt, aber wir sollen keine Anträge stellen, von deren Undurchführbarkeit und Nutzlosigkeit wir selbst überzeugt sind. (Beifall.) Die Anträge, die wir stellen, können nicht damit zurückgewiesen werden, daß ihre Ausführung unmöglich ist, daß sie keinen moralischen und materiellen Werth haben, sondern sie werden abgelehnt, weil die herrschenden Klassen ihre Rechte nicht einschränken lassen wollen, weil unsere Anträge etwas für das Volk verlangen. Das ist etwas ganz anderes, als wenn man einen Antrag stellt, der absolut gar keine Bedeutung hat und von dem man sich von vornherein sagen muß, daß er nicht angenommen wird. (Beifall.) Auch möchte ich rathen, auf diesem Gebiete etwas vorsichtiger zu sein. Wir wollen uns das Wort, das wir heute auf der Tribüne des Reichstages haben, nicht beschränken lassen. Erinnern Sie sich doch des Vorganges, als der Staatsanwalt einen Antrag auf Einleitung des Strafverfahrens gegen Liebknecht wegen seines Sitzenbleibens beim Kaiserhoch stellte, wie da dieser Reichstag die Gelegenheit benutzt hat, um eine sogenannte Maulkorbbestimmung für die Sozialdemokratie in die Geschäftsordnung hineinzubringen. Sollen wir so närrisch sein, der Majorität erst Veranlassung zu geben, Dinge in die Geschäftsordnung hineinzubringen, die bis jetzt nicht darin stehen? (Sehr richtig.)

Die übrigen Anträge bitte ich der Fraktion als Material zu überweisen. In diesem Vorschlage liegt keine Verkleinerung der Bedeutung dieser Anträge, aber es ist der einzige Weg, um ihnen gerecht zu werden. Sie können, Parteigenossen, zu der Fraktion das Vertrauen hegen, daß kein Antrag verloren geht. (Lebhafter Beifall.)

Der Antrag Singer wird zur Diskussion gestellt.

Schrader-Osnabrück schließt sich den Ausführungen Singer's an.

Groth-Schwerin: Als Mecklenburger hätte ich besondere Veranlassung, mich gegen Singer's Ausführungen zum Antrag 69 zu wenden. Aber die Gründe, die er anführte, waren für mich durchschlagend. Ich will nur kurz darauf hinweisen, weshalb wir Mecklenburger besondere Veranlassung haben, ein Reichs-Vereinsgesetz zu wünschen. Politische Vereine und Versammlungen sind bei uns nur erlaubt, wenn das Ministerium es gestattet. Uns erlaubt es natürlich nichts. Wir haben uns aber zu helfen gewußt. Wir halten unsere Parteitage in Lübeck ab. In dem offiziellen Regierungsorgan wird jetzt aber erklärt, daß alle Delegirten, die den Parteitag in Lübeck besucht haben, unter Anklage gestellt werden sollen, weil sie einer nicht erlaubten Versammlung beigewohnt haben. Es ist ungeheuerlich, wir sollen bestraft werden, weil wir in Lübeck gethan haben, was in Lübeck erlaubt ist. Wir sind neugierig auf die Erkenntnisse der Gerichte. Der Artikel sagt aber schon, sollten wir freigesprochen werden, so müßte das Vereinsgesetz so verschärft werden, daß wir gewissermaßen in Mecklenburg internirt würden. Nun, so lange die Freizügigkeit noch besteht, werden wir wohl noch verreisen können trotz unserer Junker! So liegen die Zustände bei uns, durch die wir hauptsächlich nur durch schriftliche Agitation ankämpfen können. Wir verlassen dabei niemals den Boden des Programms, das Gegentheil könnte aus der Stelle hervorgehen, die Genosse Linzweiler aus einem mecklenburgischen Flugblatt zitirt hat. Er hätte sich vorher an uns um Aufklärung wenden und nicht nach Eugen Richter einen aus dem Zusammenhang gerissenen Satz zitiren sollen. Natürlich sagt das Flugblatt nicht, daß jeder ländliche Arbeiter sich im Zukunftsstaat einen Garten und ein Häuschen aussuchen könne, die Stelle steht vielmehr durchaus in Uebereinstimmung mit Kautsky's und Schoenlank's Erläuterungen zum Erfurter Programm. Dort heißt es auf Seite 25: Für die Kleinbetriebe wird wohl auch nach dem Siege des Proletariats das Privateigenthum an den Produktionsmitteln fortdauern, von einer Konfiskation der kleinen Bauerngüter und Handwerksstellen phantasiren blos unsere Gegner. Ganz in diesem Sinne heißt es nun in jenem Flugblatt: Wir werden die Häusler und Büdner, die selbst ihr bischen Acker bestellen, die also keine Lohnarbeiter ausbeuten, nicht wie die Großgrundbesitzer gewaltsam enteignen, sondern ihnen die Wahl stellen, ob sie Einzelbetrieb oder genossenschaftlichen vorziehen. Wir sind überzeugt, sie werden bald aus eigenem Interesse letzteres wählen. So und nicht anders heißt es in jenem Flugblatt. Wenn also Genosse Linzweiler deshalb uns Mecklenburger an den Pranger stellen will, dann möge er daneben nur gleich das von der Gesammtpartei stets empfohlene Buch Kautsky's und Schoenlank's an denselben Pranger nageln.

Kloß macht den Redner darauf aufmerksam, daß diese Ausführungen nicht ganz zur Sache gehören.

Die weiteren Verhandlungen werden abgebrochen.
Die Mittagspause tritt ein.

Nachmittags-Sitzung.

Die Debatte wird fortgesetzt.

Baker-Hamburg: Die Fraktion wird ja nichts versäumen, was im Interesse der Parteigenossen liegt, aber auf die Verhältnisse muß man sie doch aufmerksam machen, da sie ihr ferner liegen, als den Landagitatoren. Ich bedauere, daß der Antrag 69 nach den Ausführungen Singer's wohl nicht zur Annahme gelangt, besonders mit Rücksicht auf die mecklenburgischen Verhältnisse ist er eine Nothwendigkeit. Das gleiche gilt von dem Wahlurnen-Antrag.

Brecour-Kiel tritt für den Antrag 52 ein. Eine Agitation auf dem Lande sei nur möglich, wenn die Bestimmung des § 43 der Gewerbe-Ordnung dahin erweitert wird, daß die Vertheilung von Druckschriften zu Wahlen auch Sonntags ohne polizeiliche Erlaubniß stattfinden könne. Die Fraktion müsse bei der Berathung des Antrages dafür sorgen, daß diese Bestimmung nicht etwa nur auf dem Papier steht. In Schleswig-Holstein haben sich die Behörden einfach über das Gesetz hinweggesetzt, es wurden Genossen inhaftirt, die als die Wahl schon ausgeschrieben war, Flugblätter vertheilt haben! Eine Beschwerde beim Landrath hatte keinen Zweck, es wurde geantwortet, daß der Gendarm nicht gewußt habe, daß die Wahl schon ausgeschrieben war! Die inhaftirten Genossen, die auf der Torpedo-Werft beschäftigt waren, wurden aus der Arbeit entlassen. Ein Beweis dafür, wie wenig Rücksicht die Staatsbetriebe auf die verfassungsmäßig gewährleisteten Rechte der Arbeiter nehmen. Auf solche Fälle muß im Reichstage nachdrücklich hingewiesen werden.

v. Elm befürwortet den Impfzwang-Antrag. Die große Mehrheit unserer Genossen ist gegen den Impfzwang und eine Volksabstimmung würde ihn mit überwältigender Mehrheit verurtheilen. Im Gegensatz zu Singer tritt v. Elm für die Forderung eines einheitlichen Vereins- und Versammlungsrechtes ein. Der Reichstag wird sich keinesfalls zu einer Verschlechterung verstehen. Mecklenburg, Hamburg werden nicht früher ein besseres Recht auf diesem Gebiete haben, als bis ein Reichsgesetz es erzwingt. Besonders die gewerkschaftliche Bewegung ist daran interessirt. So lange die Einzellandtage darüber zu bestimmen haben, kann unsere Kritik im Reichstage nicht durchgreifend sein.

Gottschalk-Königsberg: Zu den nach dem Antrage Singer's der Fraktion als Material zu überweisenden Anträgen, gehört auch Antrag 96. Er hält ihn also für diskutabel und im Interesse der Partei darf meiner Ansicht nach dieser Antrag die sozialdemokratische Partei überhaupt nicht beschäftigen, es ist die Förderung einer Interessenvertretung. Mit der Frage nach der Ausführung des Reichstagsbeschlusses hat dieser Antrag nichts zu thun, er will die Partei festlegen zu gunsten der Impfzwangsgegner. Aber auch in seiner ärztlichen Eigenschaft hat Weyl Unrecht gethan, wenn er den Impfzwang für eine veraltete, dem Fortschritt der Zeit ins Gesicht schlagende Einrichtung erklärt. Nicht eine einzige medizinische Autorität steht auf diesem Standpunkt. Wohin kommen wir mit dem Argument, daß die Partei diese Sache zu ihrer machen müsse, weil sie die großen Massen angehe! Ist denn alles, was die Proletarier anlangt, eine proletarische Frage? Berührt diese Frage irgendwie die wirthschaftliche Lage der Proletarier?

Heymann-Braunschweig: Der Vorredner hat das wesentlichste von dem, was ich sagen wollte, schon vorweggenommen. (Große Heiterkeit.) Es ist ein grober Unfug, in diesen Fragen den Genossen die Freiheit der Entschließung zu nehmen. Damit wird aber Mißbrauch getrieben. Wir wollen dem groben Unfug nicht noch Nahrung geben, daß der Arbeiter durch das Krankenkassengesetz gezwungen wird, sich an einen wissenschaftlich gebildeten Arzt zu wenden, und nachher kommt der Vater des kranken Kindes und geht zum Naturarzt und der andere Arzt hat die Verantwortung.

Ein Schlußantrag, den Schöpflin-Burgstädt damit begründet, daß man doch unmöglich in dieser Debatte noch auf den Kneipp'schen Malzkaffee kommen könne (Heiterkeit), wird angenommen.

Das Schlußwort zu diesem Punkt der Tagesordnung erhält Wurm: Die Frage des Impfzwanges hat mit der Politik absolut nichts zu thun. Es ist nicht nöthig, daß wir uns damit befassen. Gegen den Bericht an und für sich sind Einwendungen kaum erhoben. Es ist nicht die geringste Klage gegen die Fraktion wegen ihrer Thätigkeit vorgebracht. Wenn Genosse Quarck sagt, daß die Debatte über das Endziel viele Genossen nicht habe schlafen lassen, so müssen das Genossen gewesen sein, die ein böses Gewissen haben, denn ein gutes Gewissen ist bekanntlich ein sanftes Ruhekissen. (Heiterkeit.) Peus hat aber dann den Einwand erhoben, daß einige Redner ohne Grund große Worte gebraucht hätten; nichts wäre falscher, als die Taktik der Leisetreterei, wie sie Peus empfiehlt. (Sehr richtig!) Indem wir, wie es unsere Pflicht ist, auf die Gefahr hinweisen, zeigen wir noch keine Angst. (Sehr richtig.) Wir zeigen, welche Mittel wir besitzen gegenüber den Drohungen. Wir zeigen, daß diese Drohungen nothwendige Produkte des Klassenstaates sind, daß der Kapitalismus nothwendig immer despotischer werden muß und damit zeigen wir auch, weshalb wir revolutionärer sein müssen, weshalb die vollständige Umgestaltung der wirthschaftlichen Ordnung nothwendig ist. Um so mehr hat es mich geschmerzt, daß ein alter Mitkämpfer, der sonst nicht zu den Leisetretern gehört, so billige Witze gemacht hat über das Wort „Revolution". (Sehr wahr!) Ueberlassen wir doch das schnarrende den Gardelieutenants. (Lebhafter Beifall.) Wir wollen nicht die Revolution mit Heugabeln, mit Dolch und Dynamit; das weiß unsere Gegnerschaft, die uns das nachsagt, so gut wie wir. Aber die revolutionäre Umgestaltung der Wirthschaftsordnung ist die Grundlage unseres Seins. Die Revolutionen des Bürgerthums, haben wir etwa Anlaß, darüber zu spotten? Hut ab vor den Revolutionären von 1848 (Bravo!), ohne sie gäbe es kein Deutsches Reich, ohne sie gäbe es keinen deutschen Reichstag, ohne sie gäbe es keinen sozialdemokratischen Parteitag. Wir haben keinen Anlaß, über sie zu spotten. (Sehr richtig!)

Der Zusammenhang unserer wirthschaftlichen und politischen Lage ist so eng, daß es ganz klar ist, daß gerade der Militarismus die nothwendige Folge des Kapitalismus ist, er ist die einzige Zuflucht des Kapitalismus. Schauen wir doch um uns. Ueberall ist die Herrschaft des Generalstabs, überall Bayonette, dann Abrüstungsvorschlag, der aus dem Lande des größten Despoten kommt. Mußten wir schon deshalb das größte Mißtrauen entgegenbringen, wenn jene abrüsten, dann müßten wir ausrüsten, denn so weit werden sie nicht gehen, daß auch der letzte Mann des stehenden Heeres verschwindet. Es werden Prätorianertruppen, es wird eine Söldnerschaar übrig bleiben, die sich den Kapitalismus hält, um sich gegen den inneren Feind zu wehren. (Sehr wahr.) Darum halte ich es auch für nicht richtig, wenn David gesagt hat: wie schön ist es, wenn wir den Bauern sagen können, wir wollen die Verkürzung der Dienstzeit. Das soll leichter begreiflich sein als die Forderung des Milizsystems. Ich bin entgegengesetzter Ansicht. Das ist keine grundsätzliche Agitation, wenn wir nur die Erleichterung des Militarismus fordern, wir haben auf den Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Militarismus hinzuweisen. Beide sind Geschwisterkinder und wenn auch der Kapitalismus nach außen abrüsten sollte, weil er die Lasten nicht mehr tragen will, nach innen behält er den Militarismus, weil er ihn schützen soll. (Sehr richtig.) Demgegenüber hat die Arbeiterklasse, die Sozialdemokratie die Forderung zu erheben: Demokratisirung des Heerwesens. Nicht wehrlos wollen wir das Land machen, wir wissen sehr gut, daß, bis die Zeit kommen wird, wo die Streitfragen auf friedlichem Wege geschlichtet werden, die Rüstungen unvermeidlich sein werden, aber wir verlangen, daß diese Rüstungen nicht ein Werkzeug sind, das in erster Linie gerichtet ist gegen die, die sie bezahlen müssen, zu deren Schutze sie angeblich gemacht werden. Nicht Kanonen für die Regierung, Kanonen für das Volk wollen wir haben. Das Volk in Waffen, die bewaffnete Miliz, die grauenhafte Zusammenstöße zwischen Kindern desselben Volkes unmöglich macht, die wir unter allen Staatsformen gesehen haben. David sagt uns, daß der Kapitalismus in seinem eigenen Interesse demokratisch werden muß. Es sind aber nur Vermuthungen. Die Herren wollen selbst da sitzen, wo jetzt das Junkerthum sitzt. Glauben Sie aber nicht, Genosse David, daß der Kapitalismus, wo er nicht durch eine übermächtige Arbeiterklasse davon abgehalten wird, gegebenenfalls auf die Arbeiter schießen lassen wird? Sind die Metzeleien von Fourmies vergessen, wo das Blut der französischen Arbeiter floß? Zu unserem Programm gehört die Forderung der Einführung des Milizsystems und deshalb können wir für den Antrag Mainz nicht stimmen. Die Debatten haben gezeigt, wie trotz aller herumschwirrender Gerüchte die Partei einig und gefestigt dasteht in ihren Grundanschauungen. Wir sehen, daß keine Beschwerde über die Thätigkeit der Fraktion vorgebracht wurde, wir sehen, daß der Parteitag die Grundsätze billigte, die die Fraktion zu ihrem Vorgehen veranlaßten und so können wir getrosten Muthes der Zukunft entgegensehen. Mag man uns bedrohen, mag man uns verfolgen, wir haben schlimmeres überstanden, wir werden vielleicht noch schlimmeres bekommen. Aber auch das werden wir bestehen, wenn wir einig und fest auf der Grundlage unseres Programms unsere revolutionären Forderungen der Umgestaltung der wirthschaftlichen Ordnung aufrecht erhalten und geschlossen in den Kampf ziehen. (Lebhafter Beifall.)

Es wird nunmehr zur Abstimmung geschritten. Der Fraktion werden als Material überwiesen die Anträge 66, 67, 68, 70, 71, 72, 73, 76, 82, 86 Abs. 7, 92, 94 und 104. Letzterer, von Thiel-Kassel gestellt, lautet: Beantrage unter Zurückziehung des Antrags 93, die Reichstags-Fraktion zu beauftragen, das Vereins- und Versammlungsrecht, welches jetzt durch Sabbathordnung einzelner preußischer Provinzen aufs höchste gefährdet wird und somit einen hauptsächlichen Theil unserer praktischen Agitation lahmlegt, durch einen im Reichstag einzubringenden Gesetzentwurf sicherzustellen.

Abgelehnt werden die Anträge 69, 80, 81, 96. Angenommen wird Antrag 75. Die übrigen zum Bericht über die Thätigkeit der Fraktion gestellten Anträge sind durch die früheren Beschlüsse erledigt.

Es folgt Punkt 5 der Tagesordnung: **Das Koalitionsrecht.**

Berichterstatter Richard Fischer: Meine Aufgabe kann es heute selbstverständlich nicht sein, hier vor den Vertretern der deutschen klassenbewußten Arbeiterschaft erst die Bedeutung des Koalitionsrechts zu schildern, als Waffe für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse durch die Beseitigung und Zertrümmerung der kapitalistischen Ausbeutung. Meine Aufgabe kann es auch nicht sein, hier Ihnen die Kämpfe zu schildern, die die deutsche Arbeiterschaft führen mußte, um wenigstens für die Industrie-Arbeiter das Koalitionsrecht zugestanden zu erhalten. Wenn wir heute diese Frage auf die Tagesordnung gestellt haben, so deshalb, weil wir, die Vertreter der deutschen klassenbewußten Arbeiterklasse, auf die Oeynhauser Rede unsere Antwort geben, gegen die bei dieser Gelegenheit ausgesprochene, Drohung Stellung nehmen. Die deutschen Arbeiter würden es nicht verstehen, man würde es uns als Feigheit, als Zeichen der Schwäche und Furcht anrechnen, wenn wir dazu schweigen würden! Und, Parteigenossen, wir sind alle darin einig, zur Feigheit und zur Furcht haben wir keinen Anlaß. Hat der Kaiser zu Oeynhausen in seiner Tischrede den westfälischen Unternehmern seinen Schutz und seine Hilfe versprochen, um sie vor wirthschaftlich schweren Stunden zu bewahren, wohlan, so wollen wir, das Arbeiterparlament, den Arbeitern unsere Hilfsbereitschaft damit ausdrücken, daß wir sie auffordern, sich zu rüsten und zu waffnen, damit sie selber sich vor den wirthschaftlich schweren Stunden bewahren können, mit welchen die Verfolgungs- und Unterdrückungssucht der Unternehmerklasse, der Reichs- und Bundesregierungen sie bedroht. Bei der grundsätzlichen Stellung, die wir der Monarchie gegenüber einnehmen, bei unserer Auffassung von der Macht und Bedeutung des Monarchen im Klassenstaat würden wir zur Oeynhauser Rede keine Stellung zu nehmen haben, wenn wir nicht überzeugt wären, daß, was der Kaiser dort ausgesprochen hat, zugleich auch die innersten Herzenswünsche und die geheimen Absichten der deutschen Unternehmerklasse sind. Man darf wohl blos auf die Thatsache zu verweisen, daß mit einer gewissen affenartigen Geschwindigkeit die Vertreter der deutschen Baumwollen- und Eisenbarone ihre Bereitwilligkeit dem Kaiser erklärten, alle Unterdrückungsmaßregeln, die er, der Kaiser, nicht etwa der Reichstag, wünschen würde, zu unterstützen. Wir haben hier wieder einmal die Thatsache zu verzeichnen, daß die deutsche Bourgeoisie bereits bei dem Grade der Knechtseligkeit angelangt ist, daß sie nur noch in monarchischem Regimente, in der Militärdiktatur die Möglichkeit sieht, ihre Klassenprivilegien sich zu erhalten. Wir können vielleicht auf die andere Thatsache hinweisen, daß die deutsche Unternehmerpresse vom Schlage der Stumm'schen „Post" diese Kaiserrede mit wahrem Jubel begrüßte. Allen voran war das Reptil der Kapitalistenklasse, der zwar nicht mit Spreewasser, aber mit Weihwasser getaufte Galizier Schweinburg, der gegen 12 000 M. Jahresgehalt jahraus jahrein die deutschen Arbeiter wegen mangelnder christlicher und deutscher Gesinnung beschimpft. Er nannte die Rede eine erlösende That.

(Schluß in 3. Beilage.)

Todes-Anzeige.
Allen Verwandten, Freunden und Genossen die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, der Hausdiener
Hermann Kleinke,
am Sonnabend, den 1. Oktbr., mittags 2 Uhr verstorben ist. Die Beerdigung findet heute Nachmittag 4 Uhr statt von dem Krankenhause Urbanstraße nach dem Begräbnißplatz der Louisenstadt-Gemeinde, Rixdorf, Hermannstraße 190. Um stilles Beileid bitten
Die trauernde Wittwe nebst Kindern.

Verband aller im Handels- u. Transport-Gewerbe beschäft. Hilfsarbeiter Berlins
Bureau Kommandantenstr. 25.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Kollege
Hermann Kleinke,
am 1. Oktober verstorben ist.
Die Beerdigung findet heute Nachmittag 4 Uhr vom Krankenhause Urbanstraße aus statt nach dem Begräbnißplatz der Louisenstadt-Gemeinde Rixdorf, Hermannstr. 190.
Wir verlieren in dem Verstorbenen einen treuen Mitarbeiter unseres Verbandes.
Um rege Betheiligung ersucht
45/13 **Der Vorstand.**

Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern des
sozialdemokratischen Wahlvereins für den dritten Berliner Reichstags-Wahlkreis
zur Nachricht, daß unser Mitglied
Hermann Kleinke,
Hausdiener,
am Sonnabend, den 1. Oktober plötzlich verschieden ist. Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 6. Okt., Nachmittag 4 Uhr von der Leichenhalle des Krankenhauses am Urban aus nach dem Louisen-Kirchhof statt.
Um zahlreiche Betheiligung ersucht
241/2 **Der Vorstand.**

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Theilnahme bei d Beerdigung unseres durch Absturz so plötzlich dahingeschiedenen Gatten und Vaters sage ich allen im Namen d. Hinterbliebenen herzlichen Dank. 14049
Rahnsdorf, den 4. Oktober 1898.
Henriette Hilliger geb. Kroll.

Theater-Vereine!
Vereinszimmer, event. mit kleiner Bühne, auch Sonntags, zu vergeben.
Neue Hochstr. 49. 14075

Freie Volksbühne.
Sonnabend, in der „Aktien-Brauerei Friedrichshain":
Herbstfest.
Anfang 8 Uhr. Grosses Instrumental-Konzert,
ausgef. v. **Neuen Berliner Sinfonie-Orchester.** Leitung: Kapellmeister **v. Blon.** Mitwirkende: Orgel: Herr **Kurz.** Cello: Herr **Knöpke.**
Gesang (Berliner Doppelquartett Harmonie).
Aus dem Programm heben wir hervor:
L. v. Beethoven: Ouverture z. Oper „Fidelio". **R. Wagner:** Fantasie a. d. Oper „Lohengrin". **Mendelssohn:** Ouverture zu „Ein Sommernachtstraum". **R. Volkmann:** Serenade für Orchester m. Cello-Solo. **Gounod:** Fantasie a. d. Oper „Faust". **Littolf:** Ouverture „Robespierre". **Bach-Gounod:** Präludium (mit Orgel).
Entrée 50 Pf.,*) nur für Mitglieder.
Garderobe 15 Pf. Tanz frei!
Sonntag, d. 9. Oktober: **Friedrich Wilhelmstädt. Theater** (2. Abtheilung)
„Des Meeres und der Liebe Wellen."
Nachmittags 2¾ Uhr.

Achtung! Die folgenden Zahlstellen befinden sich vom 1. Okt. ab:
Zahlstelle No. 2: bei **H. Mohnert,** Wörthorstr. 31.
„ 3: bei **Charlet,** Ackerstr. 154.
„ 28: bei Frau **Reddemann,** Bandelstr. 28, Hof 1 Tr.

Die Abtheilungen sind sämmtlich geschlossen.
230/13 **Der Vorstand.** I. A.: **G. Winkler.**

*) Die Mitglieder werden gebeten, sich in ihrer Zahlstelle schleunigst eine Festmarke zu lösen.

Männer!
Morgen Freitag, 7. Oktober, abends 8½ Uhr,
hält prakt. Naturheilkundiger **Grundmann**
in Rieß's Saal, Weberstr. 17, einen Experimental-Vortrag mit farbigen Lichtbildern über:
Geschlechtskrankheiten.
Entree nach Belieben.
Berliner Naturheilverein.
Geschäftsstelle: Alexanderstraße 8.
Sprechzeit 11—1, 6—8. Sonntags 11—12.

Billard-Bälle, sämmtliche Gastwirths-Artikel **Ferd. Diedrich,** Dresdenerstr. 109. (Amt IV, 3628.

Louisenstädtisches Klubhaus, 13985
Annenstrasse 16.
Festsäle u. Vereinszimmer zur Abhaltung von Festlichkeiten und Versammlungen. 3 Sonnabende im Oktober, 3 Sonnabende im November, die Sonnabende im Dezember, Januar, und 2 im Februar noch frei.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich ein **Weiss- und Bairischbier-Lokal** eröffnet habe. Alle Gönner ladet freundlichst ein **August Erdmann,** Tischler,
13975 Mariannenstr. 16.

Flora-Säle
Bernh. Nieft, 17. Weberstr. 17.
1000 Pers. fassend. Vollst. neu einger.
Sonnabende 29. Oktober, 26. Nov., 10. u. 17. Dezbr. frei!

Wedding-Park
Müllerstrasse 178.
Sonnabende im November, Dezember, sowie der **1. Weihnachtsfeiertag frei** geworden.

Ein Fahrrad, Halbrenner, äußerst billig zu verkaufen.
13999 Admiralstr. 19 bei **Hofer.**

Sanatorium Drachenkopf,
Eberswalde bei **Berlin.**
Anwendung des gesammten Naturheil-Verfahrens einschließlich
Suggestions-Therapie.
Idyllisch geschützte, ruhige, staubfreie Lage auf der Höhe des Drachenkopfes, vom Walde umgeben.
Vorzügliche Erfolge bei Erkrankungen jeder Art.
Mitglieder von **Krankenkassen u. Minderbemittelte** finden schon Aufnahme während der Herbst- u. Wintermonate **von 3 M.** pro Tag an, incl. Pension und aller Behandlung nebst **einzelnem** Zimmer. 62129*
Dirig. Arzt:
Dr. med. v. Quillfeld.
Prospekte frei durch die Direktion.

Empfehle allen Freunden und Bekannten mein **Weiß- u. Bairisch Bier-Lokal.** Um gütigen Zuspruch bittet **G. Beer,**
14005* Posenerstraße 22.

Gr. Möbelverkauf,
passende Gelegenheit für Brautleute, Gneisenaustr. 15, Möbel-Ausstattungsmagazin, sollen viele Wohnungs-Einrichtungen, verliehen gewesene und neue Möbel zu sehr mäßigen Preisen verkauft werden. Durch große Gelegenheits-Einkäufe zu billigen Preisen ist es mir möglich, schon Einrichtungen für 100 bis 300 Mark zu liefern, ferner herrschaftliche Einrichtungen von 500 bis 3000 Mark. Theilzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Besonders billig sind die an Herrschaften kurze Zeit verliehen gewesenen und zurückgesetzten Möbel, Kleiderspind 20, Küchenspind, Kommoden 15, Bettstelle mit Matratze 20, nußbaumfournirte Kleiderspinden und Wäschespinden 36 Mark, Muschelspinden und Vertikow 36, französische Muschelbettstellen mit Matratzen 40, Säulen-Kleiderspinden, Trumeaux, Plüschgarnitur 60 Mark, Buffets, Koulissentische, Paneelsofas, Damen-, Herrenschreibtische. Gekaufte Möbel werden unentgeltlich 3 Monate aufbewahrt, durch eigene Gespanne transportirt. 51969*

Möbel, baar u. Theilzahlung, **billigst Frankfurter Allee 110 I,** Ecke Königsbergerstr.

Wichtig für Brautleute!
Möbel, Spiegel, Polsterwaaren verkaufe wegen Ersparniß der Ladenmiethe bedeutend billiger. Eig. Werkstelle i. Hause. Tischlermeister,
Bukow, Invaliden-Straße 13.

Großer Möbelverkauf Neue Königstr. 59.
In meinem großen Möbelspeicher bietet sich Brautleuten die schönste Gelegenheit, ganze Einrichtungen, auch einzelne Gegenstände, recht billig einzukaufen. Besonders zu empfehlen ist der große Vorrath verliehen gewesener und zurückgesetzter Möbel, welche fast neu sind und zu ermäßigten Preisen abgegeben werden. Durch größere Massen-Einkäufe bin ich im Stande, hübsche und geschmackvolle Wohnungs-Einrichtungen schon für 100, 200, 300—400 Mark, hochelegante von 500—5000 Mark zu liefern. Theilzahlungen unter den kulantesten Bedingungen. Die Möbel können kostenfrei 3 Monate lagern, werden durch eigene Gespanne transportirt.

Dr. med. Schaper,
prakt. homöopath. Arzt u. Spezialarzt f. **Haut-, Harn-, Geschlechtsleiden, Frauenkrankheiten.** Spr. 9-1, 4-8
Schöneberger Ufer 25.
Homöopath. Poliklinik:
Montag, Mittwoch, Sonnab. Ab. 7-8.
Große Hamburgerstr. 20. I.

Bettfedern
neue, rein u. füllkräftig, Pfund 50, 70, 90 Pf. **Halbdaunen** Pfd. 1,10. **Halbdaunen,** silberhell, Pfd. 1,60. **Daunen** von vorzügl. Füllkraft (3 Pfd. genügen f. größten Oberbett) Pfd. 2,75, empf. das als streng reell bekannte, 1870 gegr. Spezial-Geschäft von **S. Pollack, Oranienstr. 61,** am Moritzplatz.

Möbel auf Theilzahlung **J. Kellermann, Neue Jakobstr. 26.**

Hirschfleisch 25, 30, 40; Blatt 50, Keule u. Rücken 70 u. 80.
Oderbrucher Gänse 50 u. 55.
Gänsefleisch pfundweise, Enten, Hühner, Tauben billigst. — **Hasen.**
A. Ritschl, Dresdenerstr. **Nr. 61.**
Wild- u. Geflügelhandlung.

Obst-,
Gemüse- u. Kartoffelhandlung, Rolle, Miethe 550, Familienverh. bald. s. v. Augsburgerstr. 18, Milchgesch.

Für 3 Mark
Reste sehr groß, zu Knabenanzügen, Reste zu Herrenanzügen, schöne Muster 7—10 M. Für 12 M. f. Cheviot- auch Kammgarnreste, Paletot- und Hosenreste so lange der Vorrath reicht
im Riesenstofflager 14. Krausenstr. 14, 1 Tr.,
Kein Laden. [6059L*

Arbeitsmarkt.
Achtung, Holzarbeiter!
Bei der Firma
Fork, Kretschmar u. Co.
Barnimstr. 13,
(Magazin Jannowitzbrücke), haben sämmtliche Tischler wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt.
Jede Verhandlung ist seitens der Firma abgelehnt.
Zuzug fernhalten!
108 **Die Ortsverwaltung.**

Achtung, Rabitzputzer!
Bei der Firma **Karl Schulz, Charlottenburg,** haben die Kollegen wegen Lohnabzug **die Arbeit eingestellt.**
Zuzug ist bis auf weiteres streng fernzuhalten. 255/8
Der Vorstand.

Einen **Barbierlehrling** verlangt **Schlaffke,** Rixdorf, Bergstr. 18.

Tüchtige **Kalkschläger** verlangt **Wilmersdorf,** Durlacherstr. 15.

Arbeiter zum Staakenlehmschütten auf Akkord verlgt. **Wilmersdorf,** Durlacherstr. 15. 13915

Gasglühlicht.
Fachleute zum Montiren, gewandt im Verkehr mit dem Publikum werden gesucht.
Deutsche Gasglühlicht-Akt.-Gesellsch.
Molkenmarkt 5.

3 **Zwicker** verlangt **A. Bade,** Ackerstr. 133, Filzschuh-Fabrik. [14006

Farbigmacher vl. P. Klinke, Eisenbahnstraße 14. 14055

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, 6. Oktober.

Opernhaus. Zar und Zimmermann. Anfang 7½ Uhr.
Schauspielhaus. Das Käthchen von Heilbronn. Anfang 7½ Uhr.
Deutsches. Johannes. Anf. 7½ Uhr.
Berliner. Zaza. Anfang 7½ Uhr.
Lessing. Pamela. Anfang 7½ Uhr.
Residenz. Frühlingswende. Hierauf: Eifersucht. Anfang 7½ Uhr.
Neues. Hofgunst. Anfang 7½ Uhr.
Schiller. Mauerblümchen. Anfang 8 Uhr.
Westen. Der Waffenschmied. Anfang 7½ Uhr.
Metropol. Das Paradies der Frauen. Anfang 7½ Uhr.
Central. Die Geisha. Anf. 7½ Uhr.
Thalia. Unser lustiges Berlin. Anfang 7½ Uhr.
Luisen. Jocko's Streiche. Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance. Napoleon oder: Die hundert Tage. Anfang 8 Uhr.
Ostend. Die Geier-Wally. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Die Waise aus Lowood. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Eine Ehrlose. Anfang 8 Uhr.
Parodie. Tugend. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48—49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Die Urzeit des Menschen.
Invalidenstraße 57/62. Täglich abends von 5—10 Uhr: Sternwarte, Operntelephon.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7½ Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panopticum. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).

Donnerstag:
Mauerblümchen.
Freitag:
Die Haubenlerche.
Sonnabend zum 1. Male:
Bartel Turaser.

Central-Theater

Direktion: José Feroncz y.

Die Geisha
oder: **Eine japanische Theehaus-Geschichte.**
Operette in 3 Akten von Owen Hall. Musik von Sidney Jones. Deutsch von C. M. Röhr und Julius Freund. In Szene gesetzt von J. Ferenczy. Dirig. Hr. Kapellmstr. C. Goldmann. Kassenöffnung ½7 Uhr, Anf. ½8 Uhr. Morgen und die folgenden Tage: **Die Geisha.**
Sonntag Nachmittag zu bedeutend ermäßigten Preisen: **Der Obersteiger.** Operette in 3 Akten von Karl Zeller.

Ostend-Carl Weiß-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132.

Die Geier-Wally.
Schauspiel in 4 Akten nach d. Roman von Wilh. v. Hillern, bearbeitet von E. Hildebrandt.
Anfang 8 Uhr.
Vorzugsbillets haben Giltigkeit.
Freitag: **Berlin, wie es weint und lacht.** Ferdinand: **Carl Weiss.** Sonnabend: **Preciosa.** Sonntag: **Robert und Bertram.**

Metropol-Theater.

Behrenstr. 55—57.
Direktor: **Rich. Schultz.**
Novität. Zum **31.** Male: Novität.
Das Paradies der Frauen.
Im 2. Bilde: **Die Moden des Jahrhunderts.**
Im 5. Bilde: **Eva's Vermächtniß.**
Anfang d. Vorst. ½8 Uhr, Ende gegen 11 Uhr. Morgen u. folgende Tage: **Das Paradies der Frauen.**

Luisen-Theater

31. Reichenbergerstraße 34.
Abends 8 Uhr:
Jocko's Streiche
Burleske nach d. Englischen in 3 Akten von James Carlisle. Deutsch von W. Sallis.
Jocko: Paul Herbig
vom Apollotheater in Nürnberg als Gast.
Mit grösstem Lacherfolge aufgeführt am **Volks-Theater** in **München** und **Apollo-Theater** in **Nürnberg.**
Freitag: Abonnements-Vorstellung. Zum 1. Male: **Gefährliches Glück.** Ein Stück aus dem Leben, von Maximilian Braun. Hierauf: **Der dritte Kopf.** Von Franz Wallner. Sonnabend und folgende Tage: **Jocko's Streiche.**

W. Noack's Theater

Brunnenstr. 16.
Heute, Donnerstag, den 6. Oktober cr.
Die Tochter des Herrn Fabricius.
Schauspiel in 4 Akten v. Wilbrandt.
Nach der Vorstellung: **Tanzkränzchen.**
Morgen, Freitag:
Die Tochter des Herrn Fabricius.

Urania

Taubenstr. 48/49.
Täglich:
Die Urzeit des Menschen.
Invalidenstr. 57/62:
Sternwarte.
Nachmittags täglich 5—10 Uhr.

Kunst-Schaubühne

in der **Urania,**
Invalidenstrasse No. 57.
Sonntag, d. 9. Oktober, 5 Uhr:
Eine Wanderung durch Pompeji
mit farbigen Lichtbildern.

Castan's
Panopticum.
Neu!! Neu!!
Lebendig begraben!!

Passage-Panopticum.

Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr abends.

Der berühmte k. k. Fechtmeister
Mr. Sulivian
und
seine Schülerin
Petö Aranka.
Separat-Vorstellung tägl. Mittags 12 Uhr.
Von 6 Uhr ab:
Théâtre-Variété ohne Extra-Entrée.

Apollo-Theater.

Friedrichstr. 118.
Direktion: **E. Waldmann.**
Consuela Tortajada.
Prinzessin Pocahuntas.
Familie Agoust.
Jean Chermont. Montroses.
The Troubadours.
Kassenöffnung 6½ Uhr, Anfang der Vorstellung 7½ Uhr.

Volks-Theater im Welt-Restaurant

Dresdener-Straße 97.
Novität! Täglich: Novität!
Isabella.
Komische Oper von **Franz von Suppé.**
Novität! Novität! Novität!
Außerdem der reizende Schwank: Neu!
Die Unentbehrliche.
Kolossaler Lacherfolg!
Gesammtauftreten des durchweg neu engagirten **Schauspiel- u. Spezialitäten-Personals.**
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Bons haben an allen Wochentagen Giltigkeit. — Direktion: **A. Kolig.** Artistischer Leiter: **A. Runge.**

Alcazar-Theater

Dresdenerstr. 52/53. City-Passage.
Direktion: **Richard Winkler.**
Novität! **Täglich:** Novität!
Tantalus
oder: **Hungrige Liebe.**
Schwank in 1 Akt v. Georg Kaiser.
Neu! Neu! Neu!
Das verschleierte Ballet!
Operetten-Burleske von Stix. Musik von Roth. In Szene gesetzt von Otto Wendt.
Gesammtauftreten des durchweg neuengagirten **Künstler- und Spezialitäten-Personals.**
Anfang: Wochent. 7½ Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Entree 30 Pf. Res. Platz 50 Pf.
Vorzugsbillets haben Giltigkeit.

Circus Busch

Donnerstag, d. 6. Oktober 1898,
abends 7½ Uhr:
High-life-Abend.
Auftr. d. Hrn. **Franz Gebhardt,** Ritter v. p., bisheriger Chef der k. k. spanischen Hofreitschule in Wien, auf dem Lippizanerschimmel Conversano.
Aufzug sämmtlicher Reitertruppen in prunkhaftester Ausstattung.
Zusammenkunft der Blumen, gr. Ballet-Divertissement. Auftreten der vorzügl. Flachturnkünstler **„Troupe Bracks".** **Mdme. Maria Doré,** Schulreiterin. Reiterinnen-Potpourri, ausgeführt von den 8 besten Reitkünstlerinnen der Gesellschaft.
Morgen, Freitag, 7½ Uhr: **Humoristischer Abend.**

Thalia-Theater.

Dresdenerstr. 72/73.
Gastspiel Helmerding.
Unser lustiges Berlin.
Große Gesangsposse in 4 Bildern von E. Sandermann u. Ch. Bischoff. Couplets von Alfred Bender. Musik von Curt Goldmann.
Anfang 7½ Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Concerthaus.

Leipzigerstr. No. 48
Täglich:
Hoffmann's Quartett-Humoristen und Schauspiel-Ensemble
Zum Schluß:
Der liebe Onkel.
Lustspiel
in 4 Akten von Rudolph Kneisel.

Mähr's Theater

Oranienstr. 24.
Täglich
Spezialitäten- und Theater-Vorstellung.
Charley's Tante.
Burleske.
The tree Brothers Wells,
Akrobaten an den hängenden Ketten.
Anfang an den Wochentagen 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Bons haben Wochentags Giltigkeit.

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sänger
(Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl, Schneider und Schrader).

Anfang präzise 8 Uhr.
Vorher: Konzert.
Entree **50** Pf., Vorverkauf 40 Pf. Num. Balkon 75 Pf., Balkon-Loge 1 M., Orch.-Log 1,50 M., Fremden-Loge 2 M. Tageskasse 11—1 Uhr.

Feen-Palast-Theater

Burgstr. 22. Burgstr. 22.
Direktion: Winkler und Fröbel.
Das neue Oktober-Programm.
Neu! Wilhelm Fröbel Neu!
als Fahrrad-Dienstmann in der Ausstattungs-Ges.-Posse
Berlin, wie es liebt und radelt!
Neu! Kriesel's Neu!
amerikanische Doggen-Meute.
Der Indianer-Ueberfall.
Die Kraft-Turner **Mühlsdorf.**
Auftreten des vorz. **Schauspiel- u. Künstlerpersonals.**
Nur noch kurze Zeit!
Elsa Ballenl.
Anfang 7½ Uhr, Sonntag 6 Uhr.
Entree 50 Pf.
Vorverkauf Vorm. v. 1-11 Uhr.

Olympia-Theater

(Circus Renz) Karlstrasse.
Heute u. folgende Tage:
Grösster Schlager der Saison
MENE TEKEL
Anfang 7½ Uhr.
Parquet 2,10 M. inkl. Garderobe.
Vorverkauf v. 10 Uhr vorm. an.

„Alt-Berlin"

Am Molkenmarkt
12. Molkenstr. 12.
Empfehle meine **Restauration,** tägl. warm. Frühstück, sowie Mittags- u. Abendtisch zu soliden Preisen.
61882*] **Hermann Gärtner.**

Ausschneiden! **?** 5% Rabatt!
Warum verdient die Privat-Zahn-Klinik von **F. Steffens,** Rosenthalerstr. 61, die besondere Aufmerksamkeit aller Zahnleidenden?
Ausschneiden! **!** 5% Rabatt!
Weil sie auch weniger Bemittelten künstl. Zähne auf Theilzahlung pro Woche 1 M. schmerzlos einsetzt.
Spezialität: Behandlung ängstlicher und empfindlicher Personen.

Rabatt-Sparverein „Norden" Berlin.

Den verehrlichen Mitgliedern des Rabatt-Sparvereins „Norden" hierdurch zur Nachricht, daß die Unterzeichneten am 27. September 1898 vor der 16. Zivilkammer des königlichen Landgerichts I einen Vergleich geschlossen haben. Gemäß Punkt 3 dieses richterlichen Vergleiches berufen wir uns, die Mitglieder des Rabatt-Sparvereins „Norden" zu der am **Freitag, den 7. d. Mts., abends 8½ Uhr,** stattfindenden

außerordentlichen General-Versammlung 268/6

im **Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünderstraße 42,** einzuladen.
Tagesordnung: **Neuwahl eines Vorstandes.** — Sparbuch legitimirt zum Eintritt in die General-Versammlung.
Eisfeld. Scheffler.

Neue Freie Volksbühne.

Sonntag, den 9. Oktober, nachmittags 2½ Uhr,
im Ostend-Carl Weiß-Theater:
Die Agrarkommission.
Bauernkomödie in 3 Akten von Kurt Aram. Regie: Cord Hachmann (Oberregisseur vom „Deutschen Theater").
Um Störungen zu vermeiden, werden die Mitglieder ersucht, recht pünktlich zu sein. — **Neue Mitglieder** werden noch durch die Zahlstellen sowie durch den Unterzeichneten aufgenommen; jedoch können nur diejenigen die angezeigte Vorstellung besuchen, die sich mindestens 3 Tage vorher zur Aufnahme angemeldet haben. 150/17
J. A.: **Adolf Löhr,** Kassirer, Ackerstraße 40.

Achtung! Achtung!
Brauerei- und Bierverlags-Hilfsarbeiter
Berlins und Umgegend.
Den Mitgliedern des Vereins zur Kenntniß, daß sämmtliche Mitglieds-Bücher bis Ende September in Ordnung sein müssen. Sämmtliche Bücher sind an die Zahlstelle **Robert Scheere, Blumenstr. 38,** abzuliefern, wo dieselben vom Vorstande dem Zentralverbande der deutschen Brauer und verwandten Berufsgenossen behufs Umschreibung überwiesen werden.
Es werden die Mitglieder gebeten, umgehend ihre Bücher in Ordnung zu bringen und dieselben an genannte Zahlstelle abzugeben.
Der Vorstand.

Fachschule der Maler Berlins.

XVI. Semester.
Der Unterricht für das Wintersemester 1898/99 beginnt am **Sonntag, den 16. Oktober 1898,** früh 9 Uhr, im Schullokal **Mantenffelstraße 7.** 193./195. Gemeindeschule (Aula).
Für Dekoration, Holz- und Marmormaleret schnellste Ausbildung nach bewährter, praktischer Lehrmethode, der Neuzeit entsprechend.
Anmeldungen werden bis zum 14. Oktober in sämmtlichen Zahlstellen der Filialen Berlins, vom 16. Oktober an nur in der Fachschule bei der Kommission entgegengenommen. 125/2
Die Fachschulkommission. J. A.: **P. Blume,** Chorinerstr. 68.

Fey's Gesellschaftshaus

Brunnenstr. 184. 58779*
Jeden Sonntag: **Ball.**
Jeden Donnerstag: **Kränzchen für Bäcker.**
Zu Vergnügungen und Versammlungen empfehle meinen Saal, bis 500 Personen fassend Vereinen.
G. Fey.

„Hülfe!" „Hülfe!"
Ohne ärztliche Untersuchung
kann jede männliche sowie auch **Jede weibliche Person** im Alter vom 14. bis 60. Jahre der Krankenkasse **„Hülfe"** für äußerst billige Monatsbeiträge beitreten. **Aufnahme kostenlos** im Bureau der **„Hülfe",** Berlin SO, **Skalitzerstr. 82, I** (am Schlesischen Thor).
Zahlstellen und Agenten allerorts gesucht! [61902*

Möbel auf Theilzahl. Oranienstr. 131.
Koulante Zahl.-Bed. **H. & M. Lewent.** Beamten ohne Anzahl.

Die Macht der Gewohnheit!

Es ist doch eigenthümlich, dass man oft jahrelang Tag für Tag dasselbe thut, ohne sich eigentlich nach dem Grund zu fragen. So hat man bis vor einigen Jahren am Morgentische stets Kaffee gefunden, ohne sich zu fragen: Warum trinken wir und unsere Kinder jeden Tag Kaffee? Ist Kaffee nahrhaft und gesund? Die Fragen müssen entschieden verneint werden, und es bliebe jetzt nur noch ein weiterer Schritt übrig, und der ist, einfach mit der Gewohnheit, Kaffee zu trinken, zu brechen. Dieser Schritt wird Jedermann sehr leicht gemacht, denn Kaffee ist sehr bald durch ein wirklich nahrhaftes Getränk ersetzt, das leicht verdaulich, genau wie Kaffee jeden Tag genommen werden kann und immer bekömmlich ist. Was ist es? Es ist der Cacao und zwar der beste und im Gebrauch der billigste: Cacao van Houten.

Jede Konkurrenz übertreffend
biete ich diese Woche in prima frischester Qualität:

Lebende Hechte	pro Pfund	60–70	Pf.
„ Karpfen	„ „	70–80	„
Zander, feinste gelbe	„ „	40–50	„
Schellfisch	„ „	15–25	„
Cabliau	„ „	15–20	„
Seelachs	„ „	15–20	„
do. im Ausschnitt	„ „	25	„
Bratschollen (Flundern)	„ „	20–25	„
Rothzungen	„ „	25–30	„

Alle anderen Fluss- und Seefischarten zu Ausnahmepreisen.
16 Dragoner-Straße 16
Otto Gundermann.

Charlottenburg.

Das Kassenlokal der Zentral-Kranken-Kasse der Maurer, „Grundstein zur Einigkeit", befindet sich jetzt Bismarckstr. 35 bei Wilke im Lokal.
13966 **Die Ortsverwaltung.**

ff. Harzer Kanarien-Roller

mit prachtvollen Touren. Licht- und Kunstsänger, à St. 6, 8 10 u. 12 M., 3 St. 15, 20, 25 u. 30 M. mit Porto u. Verpackung; gebe dieselben 14 Tage auf Probe, jedoch nur gegen Nachn. oder Betrag vorher einsenden. Anfr. mit Retourmarke an 61396*
L. G. Müller, Vogelzüchterei in Nordhausen a. Harz.

Wegen Räumung!
Sophastoff-Reste
ausreichend zu Bezügen, in Wollrips, Damast, Phantasie, Moquet und Plüsch, sowie Satteltaschen, **nur gute Qualitäten, spottbillig.**
J. Adler Teppichhaus
Spandauerstraße 30,
vis-à-vis dem Rathhause.

Großer
Möbelverkauf
Oranienstraße 73, an der Kommandantenstraße (früh. Schützenstr. 2), in meinem vier Etagen hohen Fabrikgebäude, großes Möbel-Spezialgeschäft für kleine und mittlere Wohnungs-Einrichtungen. Brautleute, welche eine dauerhafte und billige Einrichtung kaufen wollen, bitte ich, ohne jeden Kaufzwang mein kolossales Lager vor Einkauf zu besichtigen. Verlangen Sie mein Musterbuch gratis und franko. Durch größere Masseneinkäufe und Ersparung der theuren Ladenmiethe bin ich im stande, hübsche und geschmackvolle Wohnungseinrichtungen schon für 100, 200, 300—400 Mark, hochelegante von 500—5000 Mark zu liefern. Fertige Musterzimmer zur Ansicht. Wohnungseinrichtungen auf Theilzahlung unter den kulantesten Bedingungen. Beamten ohne Anzahlung. Eigene Tapezier- und Dekorateurwerkstatt. Brautleute erhalten hübsches Luxus-Möbelstück als Zugabe. Kleiderspind 18, Waschtoilette, Küchenspind 18, Kommode 15, Spiegel 7, Muschelkleiderspind 35, Sopha 25, Bettstelle mit Matratze 18 M., Nußbaum u. Mahagoni fournirte Kleiderspinden, Vertikow 32 M., Muschelbettstelle mit Sprungfederboden 40, elegante Säulentrumeaux 45 M., Salongarnitur 60, 75 und 105 M., Paneelsopha mit Satteltaschen 75, Herrenschreibtisch 45, reichgeschnitztes Buffet 100 M. Zu ganz billigen Preisen werden die großen Vorräthe verliehen gewesener, zum theil sehr wenig benutzter Möbel verkauft, darunter ganze Speisezimmer, Salons und Schlafzimmer. Täglicher Eingang gebrauchter, einfacher u. feiner Möbel. Gekaufte Möbel werden 3 Monate kostenfrei aufbewahrt, durch eigene Gespanne in die Wohnung gebracht und aufgestellt, auch außerhalb. [*

Durch
Einkauf v. grossen Posten auf Auktionen und von Konkursmassen
verkaufe ich von heute ab:
Hochelegante Winter-Paletots von 9 M. 50 Pf. an.
Hohenzollern- und Pelerinen-Mäntel von 5 M. 25 Pf. an.
Kaiser-Mäntel und Joppen von 6 M. 75 Pf. an. 62129*
Hochfeine Rock- und Jaquett-Anzüge von 12 M. 50 Pf. an,
Herren-Hosen von 2 M. 75 Pf. an.
Leder- und Arbeitshosen zu 2 M. 35 Pf. Burschen- und Knaben-Paletots, Herren-Jaquetts, Westen und Röcke in allen Größen, Knaben- und Burschen-Anzüge, Hüte, Schirme, Stöcke, Wäsche, Stiefel, Koffer, Operngläser, Kessel, Revolver, Teschings, Stockfluten, Harmonikas, Geigen, Zithern, Regulateure, Uhren, Ketten, Ringe u. s. w.
zu spottbilligen Preisen.
Gustav Lucke,
Waarenhaus,
Berlin, Oranienstr. 131.

Technikum Frankenhausen am Kyffhäuser
Baugewerk- Tiefbau- Eisenbahnbau- Polier-
Schule
Dir. Pet. Krug.
Neue einfache Lehrmethode
Staatl. gel. Abgangsprüfung
W.-Sem. Anf. 3. Nov. Vorsmt. 20. Okt.
Programme kostenlos.

Betten, Steppdecken, Gardinen, Portièren, Stores, Wäsche, Wolldecken, **Winterpaletots,** Anzüge, Hosen, Regulatoren, Remontoiruhren, Operngläser, verk. spottbill. **Pfandleihe, Neanderstr. 6.**

Verantwortlicher Redakteur: **August Jacobey** in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.

Parteitag
der deutschen Sozialdemokratie.

(Schluß aus der 2. Beilage.)

Erst als man allgemein merkte, daß nicht blos die Sozialdemokratie, die sogenannten Streikhetzer, sondern die ganze deutsche Arbeiterklasse diese Zuchthausdrohung wie einen Peitschenhieb ins Gesicht empfand, da suchte diese Presse zurückzuhufen, da begann man, an der Kaiserrede zu drehen und zu deuteln. Sogar die „Nordd. Allg. Ztg." wagte zu schreiben, über den Inhalt des Gesetzentwurfs läßt sich vernünftigerweise erst reden, wenn derselbe bekannt geworden ist, wofür sie freilich das Agrarblatt „Die deutsche Tageszeitung" mit der treffenden Bemerkung abführte, eine so große Taktlosigkeit sei bei einem offiziösen Blatte geradezu unverständlich. Andere Blätter, wie die „Köln. Ztg.", verlegten sich darauf, die Zuchthausdrohung als einen Lapsus linguae (als ein Versprechen, falschen Ausdruck) hinzustellen und die feigsten Jammerlappen waren, wie immer, die Freisinnigen. Während Eugen Richter seine alte Jeremiade herleiert, daß der Monarch nur in konstitutioneller Form an die Oeffentlichkeit treten soll, sagte das „Berliner Tageblatt", man müsse weniger auf die Worte als auf den Sinn der Kaiserrede schauen. Der Kaiser wünscht lediglich die Unmöglichmachung von Ausschreitungen. Gegen dieses Versteckenspiel, gegen diese Täuschung, gegen diesen politischen Betrug des „Berl. Tagebl." müssen wir Stellung nehmen. Wir haben ja gewiß nicht die Aufgabe zu untersuchen, in welchem Lichte sie die Person des Kaisers nach solchen Deutelungen — wenn man an ihre Aufrichtigkeit glauben wollte — erscheinen lassen. Aber der Monarch, dessen Entrüstung über die Reichstags-Majorität beim Bismarck-Jubiläum, dessen Verurtheilung der „vaterlandslosen Gesellen" und der „vaterlandslosen Rotte, die nicht werth ist, den Namen Deutsche zu tragen", den jubelnden Beifall des größten Theils dieser Presse fand, dessen Ausführungen sind auch wörtlich zu nehmen, wenn er versichert, das Gesetz naht sich seiner Vollendung und wird den Volksvertretern in diesem Jahre zugehen, worin jeder, er möge sein, was er will, und heißen, wie er will, der einen deutschen Arbeiter, der willig wäre, seine Arbeit zu vollführen, daran zu hindern versucht oder gar zu einem Streik anreizt, mit Zuchthaus bestraft werden soll. Die Strafe habe ich damals versprochen und ich hoffe, daß das Volk in seinen Vertretern zu mir stehen wird, um unsere nationale Arbeit in dieser Weise, soweit es möglich ist, zu schützen.

Man muß sich im ersten Augenblick sofort fragen, wenn schon die bloße Anreizung zum Streik als ein Verbrechen aufgefaßt werden soll, das mit dem Brandmal der Ehrlosigkeit, mit Zuchthaus zu bestrafen ist, welche Strafe ist dann eigentlich groß genug, um den Streik selber zu treffen? (Sehr wahr.) Wenn man den Gedanken logisch verfolgt, muß man dahin kommen, daß wenn auf die Anreizung Zuchthaus gesetzt ist, den Streikenden selbst die Todesstrafe treffen muß. (Sehr gut!) Und damit fällt die Drohung eigentlich ganz in sich selbst zusammen, aber daß die Worte ernst gemeint waren und daß es sich nicht um ein Versprechen handelte, das wird sofort klar, wenn man sich den Werdegang dieses Gedankens ansieht. In Bielefeld versprach der Kaiser dem Pastor Bodelschwingh „schwerste Strafe" dem, der einen Arbeitswilligen an der Arbeit hindere; wenige Monate später konnte der „Vorwärts" den bekannten Geheimerlaß des Grafen Posadowsky veröffentlichen, der trotz aller Versicherung des Staatssekretärs von der deutschen Arbeiterschaft als ein Attentat auf die Koalitionsfreiheit aufgefaßt wurde. Während der Wahlbewegung haben die Regierung, die bürgerliche Presse und Parteien nicht aufgehört zu versichern, daß alle Behauptungen von einer Bedrohung des Koalitionsrechts nichts als Verhetzung, trügerische Behauptungen seien, und jetzt — wenige Wochen erst nach der Wahl — die Kaiserrede, die Zuchthaus androht und zwar jedem, er möge sein, was er will, und heißen, wie will, der „gar zu einem Streik anreizt". Das ist so klar, so deutlich, daß nur ein Narr oder ein Betrüger an der Gefahr zweifeln kann, welche der auf dem Wege der Koalition und Arbeitseinstellung für eine Besserung ihrer Lebenslage kämpfenden Arbeiterklasse droht. Auch Graf Posadowsky sprach schon bei der Verhandlung über seinen Erlaß davon, „auch die bewußten und unbewußten Mitläufer der Sozialdemokratie würden die Machtmittel des Staates fühlen müssen". Man sieht also den Zusammenhang ganz klar. Nun sind wir Sozialdemokraten gewiß die letzten, die sich über diese Kaiserrede besonders aufregen oder gar entrüsten. Im Gegentheil, wir sehen in ihr die Bestätigung unserer Auffassung, daß die in den Februar-Erlassen angekündigte Sozialreform zur Zeit — denn wir wissen ja nie, was morgen kommt — endgiltig aufgegeben ist. Und diese Thatsache ist eine glänzende Rechtfertigung unserer damaligen Stellungnahme zu diesen Erlassen. An dem guten Willen des Kaisers haben auch wir damals nicht gezweifelt, wohl aber mußten wir nach unserer Kenntniß der ökonomischen und politischen Zusammenhänge, bei unserer Ueberzeugung, daß im Klassenstaate unter Aufrechterhaltung des Klassenstaats-Charakters die Regierung auf die Dauer nichts anderes sein kann, als die politische Exekutive der politisch und wirthschaftlich herrschenden Kapitalistenklasse, an die Durchführung und Verwirklichung dieser kaiserlichen Versprechungen durch die gesetzgebenden Faktoren, die Vertreter der kapitalistischen Interessen, zweifeln. Stärker als der gute oder böse Wille des einzelnen erweist sich eben immer die Macht der Verhältnisse. Das Deutsche Reich ist ein Klassenstaat und deshalb entscheiden auch in der Regierung und in der Gesetzgebung die kapitalistischen Interessen, und die Posadowsky, die Thielen, die Brefeld — das sind blos andere Namen für die Begriffe Stumm, Krupp, Kardorff, Mirbach ꝛc. Was sie thun und lassen, ist einfach die Wahrung der kapitalistischen Interessen auf agrarischem wie industriellem Gebiete! Dabei ist es völlig gleichgiltig, ob sie dies selbst nicht einmal wissen und begreifen und es in ehrlicher Ueberzeugung vielleicht sogar bestreiten, das dem so ist. Aber wenn auch das Deutsche Reich ein Klassenstaat ist, so ist doch die Art und Weise, wie unsere Reichsregierung und unsere Großkapitalisten diese Interessen gegen die Bestrebungen der Arbeiterklasse gewahrt wissen wollen, diese spezielle Methode zu erklären aus dem Umstande, daß wir im Deutschen Reiche eben überall die Rudimente des Polizei- und Feudalstaates tragen. In England herrscht die Bourgeoisie, der Großkapitalismus unbestritten, aber solch kleinliche, bureaukratische beschränkte Unterdrückungspolitik gegen die Arbeiterklasse, die wir noch mit uns schleppen, kennt man dort nicht, und das ist nicht etwa ein Zeichen der Schwäche der englischen Bourgeoisie, der Furcht vor der Arbeiterbewegung, nein, im Gegentheil ein Zeichen ihrer Stärke, ihres Kraftbewußtseins. Bei uns glauben die Unternehmer vom Schlage Stumm, Haßler, die Sozialpolitiker von der ökonomischen Einsicht der Posadowsky, Tirpitz, Goßler, Brefeld und Bosse, man könne mit ein paar Strafparagraphen die ganzen den Unternehmern so unangenehmen Streikbewegungen aus der Welt schaffen.

Genau vor 100 Jahren hat England seine Koalitionsverbote erlassen. 1800 seine Verschwörungsbill, die jeden Versuch der Organisation mit Zuchthaus bedrohte. Parlamente und Richter stellten sich schamlos und zynisch in den Dienst der Unternehmerklasse. Umsonst! 1824 mußte das Parlament die Koalitionsverbote wieder aufheben. Und nun, hundert Jahre später, soll bei uns von der Regierung und den Unternehmervertretern den Arbeitern, „die zum Streik anreizen", das Brandmal der Ehrlosigkeit in Gestalt der Zuchthausstrafe aufgedrückt werden, während selbst bei Hoch- und Landesverrath der Richter wenigstens die Ehrlosigkeit der Gesinnung ausdrücklich konstatiren muß. Hier ist die That von vornherein zu einer ehrlosen gestempelt. Da muß man sich in der That fragen, ob man denn in jenen Kreisen gar keine Ahnung hat von dem Denken und Fühlen der Arbeiterklasse. Ehrenhafte Arbeiter, die, um für Weib und Kind das traurige Lebenslos zu mildern, für sich und ihre Kameraden ein paar Pfennige mehr Lohn zu erhalten, zum Streik anreizen, also die Arbeitseinstellung empfehlen, für sie agitiren, sollen wie Räuber und Mörder, wie Gauner und Betrüger, wie Kuppler und meineidige Schufte ins Zuchthaus geschickt werden. Den Hamburger Unternehmern ist zugerufen worden, sie sollten nur fest zusammenstehen, die englischen Metallarbeiter wurden wegen ihres ruhigen festen Zusammenstehens beim Achtstunden-Kampf offen belobt. Der deutsche Arbeiter aber, der zum Streik anreizt, soll ins Zuchthaus gesteckt werden! Die deutschen Korpsstudenten werden wegen ihres Korpsgeistes belobt, die preußischen Junker wegen ihres Standesbewußtseins als „Edelste und Beste der Nation" gerühmt, wenn aber „die Unfreien", wenn die Arbeiter ihr Standesbewußtsein, ihr Klassenbewußtsein bethätigen, für dessen Bekundung durch den Streik agitiren wollen, dann soll die Gesetzgebung sie — ehrlos — machen. Die Richter und die Polizei sollen sie ins Zuchthaus stecken! Ja noch mehr: in allen jenen Kreisen wird angeblich der geringste Verstoß gegen diesen Korpsgeist, gegen die Standesehre als ein Verstoß gegen den Ehrbegriff angesehen, der mit der gesellschaftlichen Aechtung bestraft wird und hier beim Arbeiter soll die Gesetzgebung den Grundsatz aufstellen, daß nicht der als ehrlos gelten soll, der offen die überall geltenden Forderungen von Treu und Glauben mit Füßen tritt, der seinen Klassengenossen das gegebene Wort bricht, der offen zum Verräther seiner Klassengenossen wird, sondern der seine Brüder für Bethätigung der Klassenehre auffordert.

Das wäre nach unserer Auffassung die logische Folgerung und praktische Wirkung eines solchen Gesetzes. Gegen solche, allen modernen Rechtsanschauungen widersprechenden Absichten müssen wir nicht nur protestiren, sondern offen den Kampf aufnehmen. Freilich, wenn — Zuchthausstrafe — auf der Aufforderung zum Streik läge, wie bequem wäre das für die Unternehmer. Da könnte man kurzerhand jeden Agitator, jeden Gewerkschaftsführer, jede Lohnkommission, jedes Streikkomitee in die Untersuchungshaft abführen lassen.

Unsere Unternehmer haben so viel Vertrauen zu unseren Richtern und zu unserer Polizei, daß das sofort in allen Fällen geschehen würde. Aller und jeder Lohnkampf wäre beendet.

Wenn dann die ihrer Rathgeber und ihrer Vertrauensleute beraubten Massen sich zu Exzessen hinreißen ließen — um so besser, wir wissen ja, daß die Polizei in Preußen jüngst vom Minister von der Recke den Befehl erhalten hat, bei etwaigen Unruhen sofort scharf zu schießen, Blut zu vergießen. Und wir thun vielleicht nicht unrecht, wenn wir nicht ihm allein die Vaterschaft dieses Gedankens zuschreiben. Seit Jahren hören wir ja die Auffassung in Deutschland vertreten, daß die soziale Frage in letzter Linie eine militärische sei, daß sie nicht auf gesetzlichem, sondern auf militärischem Wege zu lösen sei.

Nun sagen uns freilich die Siebengescheidten der bürgerlichen Parteien: Ach was, Ihr braucht Euch ja garnicht so zu ängstigen, die Regierung wird keine solche Vorlage, die auf Zuchthaus lautet, im Reichstage einbringen. Und selbst wenn sie es wagen sollte, dann ist bei der gegenwärtigen Zusammensetzung des Reichstages gar keine Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit gegeben, daß ein solcher Gesetzentwurf die Majorität im Reichstag findet. Möglich! Aber nach den wiederholten und so ostentativ geäußerten Wünschen und Anschauungen des Kaisers wird die Regierung einen schweren Stand haben, diese Dinge anders zu machen als sie verkündet worden sind. Und dann kennen wir ja auch die alte Taktik, Zuchthaus zu fordern, wenn man Gefängniß will. Aber für diese Politik haben die Arbeiter kein Verständniß, weil sie die Auffassung haben, daß es überhaupt keine Nothwendigkeit ist, die Strafbestimmungen irgendwie zu verschärfen.

Wir müssen die deutschen Arbeiter immer wieder und immer wieder darüber aufklären, wie der deutsche Kaiser über ihre Streikbewegung und über Klassenkämpfe denkt, und wie er die Wortführer in diesen Kämpfen betrachtet und behandelt wissen will. Was dem Unternehmer recht ist, ist dem Arbeiter blos billig. Die Unternehmer können sich koaliren, wie sie wollen, sie können Aussperrungen androhen, kein Staatsanwalt hat bis jetzt gefunden, daß dadurch die Arbeiter beunruhigt oder genöthigt werden. Sie können schwarze Listen zirkuliren lassen, kein Unternehmer hat bisher in der Charakterisirung und Bezeichnung als Streikhetzer eine Beleidigung gefunden. Wohlan, diese Aktionsfreiheit der Unternehmer beanspruchen wir für die Arbeiter auch! Auf dem Papiere des Strafgesetzbuches haben wir sie heute schon, aber diese Gleichheit auf dem Papiere bedeutet nicht Gleichheit in der Praxis. Was seit der Bielefelder und insbesondere seit der Oeynhausener Rede auf dem Boden der heutigen Gesetze alles möglich ist, und wie die deutschen Richter für die Erfüllung der Wünsche des Kaisers auch ohne Gesetzesänderung gesetzliche Handhaben zu finden wissen, dafür ein paar Beispiele: In Magdeburg, das ja den Ruf Sachsens mit Erfolg zu übertreffen sucht, wurde wegen Bedrohung verurtheilt, weil in einem Flugblatt stand: Bis jetzt ist es den Unternehmern nicht gelungen, auswärtige Arbeitskräfte heranzuziehen, daß es auch in Zukunft nicht geschieht, das wird unsere Sorge sein. Ein anderes Gericht verhängte wegen Nöthigung einen Monat Gefängniß über zwei Arbeiter, weil sie eines Abends einen Streikbrecher begleiteten. Der eine Angeklagte hatte versucht, seinen weiterarbeitenden Kollegen zum Streik zu überreden, während der andere zur Seite ging. Das Gericht folgerte, daß durch die stumme Rolle, die der zweite Begleiter ausführte, der Streikbrecher genöthigt gewesen wäre, die Vorhaltungen des anderen mit anzuhören. Wegen groben Unfugs wurden in einer Reihe von Fällen vier Wochen Gefängniß verhängt für die Worte: „Zuzug fernzuhalten!" In Dresden wurde Genosse Horn zu zwei Monaten Gefängniß oder 500 M. Geldstrafe deshalb verurtheilt, und das Gericht motivirt dies damit, weil nicht blos die Fabrikanten sondern auch die Lieferanten und Aktionäre beunruhigt würden. Eben dort wurde der Maurer Busse zu 7 und Fischer zu 5 Monaten und 2 Wochen verurtheilt, weil sie am 1. Mai arbeitende Kollegen durch Drohungen gezwungen haben sollen, 50 Pf. in die Streikkasse zu spenden. Alle diese Fälle sind jeden Tag zu Dutzenden aus der deutschen Gerichtspraxis zu konstatiren. Sehen wir uns ein paar Fälle an, wo der Richter Bedrohung angenommen hat. In Frankenthal wurde ein Küfer zu vier Monaten Gefängniß verurtheilt, weil er einen Drohbrief an Arbeitswillige geschrieben. In Berlin erhielt ein Arbeiter eine Gefängnißstrafe von einem Monat, weil er zu einigen „Arbeitswilligen" die Aeußerung that: „Seht Euch die Kollegen an!" In einem anderen Falle gab es einen Monat Gefängniß, weil ein Arbeiter einen anderen mit den Worten zu beeinflussen gesucht habe, es sei nicht schön, wenn Arbeiter ihren älteren Kollegen in den Rücken fallen! Der Gerichtshof erklärte die Aeußerung für strafbar, weil sie den Vorwurf einer hinterlistigen Handlungsweise und damit eine Ehrverletzung enthalte und auch den Erfolg gehabt habe, daß die Kollegen vor dem Betreffenden ausspieen. In Wiesbaden erhielten zwei Maurer eine Woche Gefängniß, weil sie zu einem Arbeitswilligen gesagt hatten: Geh heim, Du hast nicht ausgeschlafen. Für bloßes Streikpostenstehen wurde in Rostock in Dutzend Fällen Wochen Gefängniß verhängt; ebenso in Nürnberg und das Brandenburger Gericht erhöhte eine Polizeibuße, weil grober Unfug vorliege, auch ohne daß der Versuch gemacht werde, von der Arbeit abzuhalten. Und wenn wirklich einmal einer sich hinreißen ließ zu einer gewaltthätigen Handlung, dann werden drakonische Urtheile gefällt, die wirklich eine schärfere Strafbestimmung unmöglich machen sollten. In Dresden erhielt ein Maurer 6 Monate Gefängniß, weil er einem Streikbrecher mit Verhauen gedroht, in Berlin 4 Monate, und der Richter führte ausdrücklich an, daß die gutgesinnten und fleißigen Arbeiter geschützt werden müssen. In Lübeck wurden bei dem Streik in der Kersten'schen Fabrik streikende Arbeiter bis zu drei Jahren Gefängniß verurtheilt, weil sie sich zu einigen Thätlichkeiten gegen andere Arbeiter hinreißen ließen. Ein Arbeitswilliger, der auf die Streikenden, die von ihm zehn Meter entfernt standen, schoß, wurde nicht angeklagt, sondern erschien als Zeuge im Prozeß. Ein Arbeiter, der einem polnischen Streikbrecher die Mütze vom Kopf schlug, bekam 7 Monate Gefängniß. In Erfurt wurde der Steinmetz Fromm zu einem Jahr Gefängniß wegen Hausfriedensbruch, Nöthigung und Körperverletzung verurtheilt, während sogar der Staatsanwalt mit sechs Monaten die Handlung für gesühnt erachtete. In Bielefeld wurden vier und sechs Monate wegen Mißhandlung verhängt, in Berlin erhielt wegen Nöthigung der Zigarrenarbeiter Fengler neun Monate und wegen Hausfriedensbruchs und Mißhandlung noch weitere drei Monate Gefängniß und der Maurer Koppe ebenfalls wegen Nöthigung neun Monate, weil er einem Arbeitswilligen mit dem Schirm gedroht habe.

Und dann vergleichen wir gegenüber diesen Urtheilen an Arbeitern das Maß von Milde, das angewendet wird, wenn es sich um Unternehmer handelt. Vor wenigen Wochen ist in Altenburg ein Streik gewesen, da hat der Unternehmer zu den Arbeitenden gesagt, wenn jemand zu Euch herankommt, dann haut ihn mit der Wasserwaage über den Kopf. Und als das Streikkomitee den Arbeitern Gelegenheit geben wollte, sich von dem gleichen Maß, das gegenüber Arbeitern und Arbeitgebern vor Gericht angewendet wird, zu überzeugen, und Klage erhob, da wurde die Klage zurückgewiesen, weil der Richter erklärte, es sei eine angebrachte Warnung und Aufforderung, sich gegen rechtswidrige Angriffe nöthigenfalls mit Gewalt zu vertheidigen. In Hamburg wurde bekanntlich ein Streikbrecher freigesprochen, der einen Streikenden durch einen Pistolenschuß schwer verletzt hatte. In Lübeck wurden anläßlich einer Prügelei zwischen Streikenden und Nichtstreikenden die Streikenden bis zu 10 Monaten Gefängniß verurtheilt, die Erhebung der Anklage gegen den Streikbrecher hingegen, der auf 10 Meter Entfernung einen Revolverschuß abgab, ohne bedroht zu sein, wurde abgelehnt. Man kann sich also ungefähr ein Bild machen, was die deutsche Arbeiterklasse zu ertragen hätte, wenn noch weitere Verschärfungen durchgesetzt werden. Und dann müssen wir auch bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, wie die Klassengesetzgebung es längst fertig gebracht hat, Strafparagraphen anzuwenden, bei deren Erlaß kein Mensch an diese Praxis gedacht hat. Hat jemals bei Schaffung des Erpressungsparagraphen daran gedacht werden können, daß Leute verurtheilt werden könnten, die bei der Unterhandlung mit ihren Arbeitgebern ihren Forderungen dadurch Nachdruck gaben, daß sie sagten: Werden sie nicht bewilligt, wird die Sperre verhängt. Und da haben wir Urtheile von 6, 7, 9 Monaten Gefängniß. Aber ich habe noch keinen Staatsanwalt gesehen, der eine Erpressung darin sah, wenn die Unternehmer sich koalirten zum Zwecke einer Lohnherabsetzung, und wenn sie ihren Arbeitern erklärten: Fügt Ihr Euch nicht, so müßt Ihr nach Ablauf der Kündigungszeit Euere Arbeit verlassen. Die Beispiele, die sich um Dutzende und Aberdutzende vermehren ließen, beweisen unwiderleglich, erstlich, daß heute schon die Arbeiter in der Praxis minderen Rechtes sind, als die Unternehmer, zweitens, daß die heutige Gesetzgebung mehr als ausreicht, etwaige Ausschreitungen strenge zu bestrafen. Mag daher das Material des Grafen Posadowsky, das er sich auf so eigenthümliche Weise verschafft, denn kein Arbeiter, keine Gewerkschaft ist nach ihren Erfahrungen gefragt worden, sondern diese Erhebungen erstrecken sich auf bloße polizeiliche Gutachten, sind von der Regierung veranstaltet und ergeben was es wolle. Für ein objektives Material wird es von niemandem gehalten werden können. Wir wissen durch den Jahrzehnte langen Kampf, in dem wir stehen, daß zu einer Aenderung der Gesetzgebung nach der Richtung, wie sie angedroht ist, gar keine Veranlassung vorliegt. Die deutsche Arbeiterklasse protestirt gegen jede Verschlechterung des heutigen Standes der Gesetzgebung.

Nun kommt für uns noch die wichtige Frage: wie werden sich die einzelnen Parteien dazu stellen? Und da bin ich der Meinung, da müssen die Arbeiter sehr mißtrauisch sein. Erinnern wir uns doch, daß im preußischen Landtage die Freikonservativen und Nationalliberalen bei der lex Recke ganz offen nach Unterdrückung der Streikbewegung riefen, daß auch die Nationalliberalen sich, wenn nicht die Wahlen vor den Thüren gestanden hätten, für das „kleine Sozialistengesetz" der Freikonservativen entschieden hätten. Auch die Freisinnigen sind in dieser Frage durchaus nicht zuverlässig; erinnern wir uns der Abkommandirungen Richter's unter dem Sozialistengesetz, an dem Umfall Gutfleisch's in der Verschlechterungskommission der Arbeiterschutz-Kommission. Und jetzt schreibt die „Vossische Zeitung", „die Strafe für den Ausstandszwang sei zu mild, eine Woche in Minimum und ein Jahr in Maximum. Dagegen wäre kein Bedenken, wenn das Vereinsgesetz sicher gestellt und erweitert wäre. Dann ließe sich über manche Bestimmung reden, die den Mißbrauch verhüten will". Also schon der halbe Umfall. Und das Zentrum, auf dessen Stimmen es hauptsächlich ankommt? Vorläufig hat allerdings der Führer des Zentrums bei Berathung des Posadowsky-Erlasses sein „Niemals" der Regierung zugerufen. Aber der Umfall einzelner Zentrumsleute beim Sozialistengesetz und die offen arbeiterfeindliche Richtung der schlesischen und rheinischen Magnaten bieten durchaus keine Garantien. Die Arbeiter können sich daher auf keine der bürgerlichen Parteien verlassen, sie müssen aus eigener Kraft den Kampf führen, und dazu ist vor allem Organisation nöthig. Noch mehr als bisher müssen wir für die politische und gewerkschaftliche Organisation agitiren, aber wir müssen die Agitation auch in die uns noch fernstehenden Massen tragen, immer wieder und wieder die Nothwendigkeit des Klassenkampfes betonen, immer wieder und wieder die Klassengegensätze ihnen vor Augen führen, sie von der Unversöhnlichkeit dieser Klassengegensätze überzeugen, die die moderne Gesellschaft geradezu in zwei Welten trennen, die im Denken und Empfinden, im Urtheile über Recht und Unrecht soweit auseinandergehen, daß was in ihren Kreisen als Bürgertugend und Bürgerpflicht gilt, von ihnen bei uns als ehrlos, als Verbrechen angesehen wird, das mit Zuchthaus bestraft werden muß.

Es müßte mit dem Teufel zugehen, wenn wir mit dieser Agitation nicht bei jedem Arbeiter, der auch nur ein bischen politisches Empfinden besitzt, eine politische Ader hat, Verständniß für die Gemeinsamkeit der Interessen erweckten. Lassen wir den hunderttausenden von katholischen Arbeitern, die heute noch hinter den Zentrumsfahnen marschiren, ihren lieben Herrgott und ihren Glauben. Wenn wir sie erst von der Interessengemeinsamkeit mit uns, der Interessengemeinsamkeit aller Arbeiter und dem Gegensatze ihrer Interessen und denen ihrer katholischen oder jüdischen Arbeitgeber überzeugt haben, dann wird sich auch das andere finden. Ich weiß dies aus meiner eigenen Entwickelung.

Und da ist die Ankündigung der Zuchthausvorlage ein vorzügliches Agitationsmittel! Nützen wir daher die Gelegenheit aus. Das monarchische Gefühl, das da und dort bei einzelnen Arbeitern vorhanden war, geht zum Teufel. Wir müßten ja geradezu feige Hundeseelen sein, wenn wir diese ewige Betonung des „inneren Feindes", der „vaterlandslosen Rotte" und jetzt gar die Brandmarkung jedes Arbeiters, der „gar zum Streik anreizt", als ehrlosen Zuchthäusler unerwidert lassen. Wir haben den Muth, den Arbeitern allüberall und allezeit zu sagen, daß sie von der monarchistischen Regierung nichts zu hoffen und alles zu fürchten haben und daß die nothwendige Voraussetzung des endgiltigen Sieges der Arbeiterklasse als zur Beseitigung der Klassenherrschaft die Bekämpfung und Besiegung des monarchistischen Gedankens ist. Wir sprechen aus der Seele aller deutschen Arbeiter, wenn wir ihnen zurufen: Nicht beim Kaiser, nicht bei der Regierung, nicht bei den bürgerlichen Parteien im Parlament findet Ihr die rücksichtslose Vertretung Eurer Klasseninteressen, die findet

Ihr einzig und allein bei der angeblich vaterlandslosen Sozialdemokratie.

Und ich meine, wenn wir diese Agitation hinaustragen, zu keiner Zeit waren die Chancen für das Wachsthum der Partei, für die Werbung neuer Rekruten günstiger als heute. Und darum bitte ich Sie, die von mir Ihnen unterbreitete Resolution einstimmig anzunehmen. (Minutenlanger stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Die Resolution hat folgenden Wortlaut:

„Unter der kapitalistischen Produktionsweise hat die Unternehmerklasse das Bestreben, jeden Fortschritt in der Produktionstechnik, jede Einführung arbeitsparender Maschinen, jede ihm günstige Konjunktur des Arbeitsmarktes dahin auszunützen, die Löhne der Arbeiter zu kürzen, die Arbeitszeit zu verlängern und die politische und wirthschaftliche Abhängigkeit der Arbeiterklasse zu erhöhen. Die Arbeiter haben daher im Interesse ihrer Selbsterhaltung und der Hebung ihrer Lebenshaltung die Pflicht, mit allen im heutigen Klassenstaat verfügbaren politischen und wirthschaftlichen Kampfmitteln dieses kulturfeindliche Bestreben der Unternehmerklasse zu vereiteln. Ein unentbehrliches Mittel zur Verbesserung der Lebenslage und zur Erhöhung der politischen und wirthschaftlichen Unabhängigkeit der Arbeiterklasse ist die gewerkschaftliche Organisation und die ungehinderte Benutzung eines gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrechts.

Der Parteitag erklärt es als eine der ersten Aufgaben der Gesetzgebung, allen Arbeitern das Koalitionsrecht zu gewähren und es gegen die unablässigen Anschläge des Unternehmerthums sicher zu stellen. Er wendet sich daher entschieden gegen die Drohung in der Tischrede des Kaisers zu Oeynhausen am 6. September 1898, demnächst der Volksvertretung einen Gesetzentwurf vorlegen zu lassen, wonach jeder mit Zuchthaus bestraft werden soll, der gar zu einem Streik anreizt. Streikandrohung und Streikverhängung sind für die Arbeiter im wirthschaftlichen Kampfe eben solche Waffen wie Aussperrungen, Kündigungsandrohung bei beabsichtigter Lohnherabsetzung u. dgl. für die Unternehmer, die durch ihre soziale Stellung und ihre geringe Anzahl den Arbeitern gegenüber im Vortheil sich befinden und soweit sie in Verbänden, Ringen, Syndikaten koalirt sind, von vornherein eine ungeheure Uebermacht gegenüber den Arbeitern besitzen.

Der Parteitag fordert die deutschen Arbeiter ohne Unterschied der politischen und religiösen Anschauungen auf, sobald dem Reichstag eine solche oder ähnliche Vorlage zugeht, Protestversammlungen zu veranstalten und die Abgeordneten zur Stellungnahme gegen eine solche Vorlage zu drängen.

Der Parteitag erblickt in der Kaiserrede das unzweideutige Zeugniß, daß die in den kaiserlichen Erlassen vom 4. Februar 1890 in Aussicht gestellte Sozialreform seitens der Regierungen aufgegeben ist. Der nunmehr erst im richtigen Licht erscheinende Erlaß des Grafen Posadowsky zeigt, daß das Reichsamt des Innern statt des früher in Aussicht gestellten Schutzes gegen eine willkürliche und schrankenlose Ausbeutung der Arbeitskraft eine Politik der Unterdrückung der Arbeiterbestrebungen auf wirthschaftlichem Gebiete einleitet, — eine Politik, die den letzten Arbeiter über das Märchen vom „sozialen Königthum" aufklären und ihn davon überzeugen muß, daß im heutigen Klassenstaat die Regierung immer mehr und immer deutlicher die Sachwalterin der Kapitalisteninteressen wird, und allein die Sozialdemokratie die rückhaltlose und offene Vertreterin der Arbeiterinteressen ist."

Zur Geschäftsordnung bemerkt

Augustin: Nach der glänzenden Begründung der Resolution durch Genossen Fischer können wir nichts besseres thun, als dieselbe einstimmig ohne Diskussion anzunehmen. (Lebhafte Zustimmung.)

Stubbe-Hamburg widerspricht dem Antrag, da er mit dem Passus der Resolution, der von der Veranstaltung von Protestversammlungen redet, nicht völlig einverstanden sei. Protestversammlungen allein genügen nicht, sie müssen einheitlich von einer Stelle aus geleitet werden.

Der Parteitag beschließt, von einer Diskussion Abstand zu nehmen.

Hoffmann-Bielefeld bedauert, daß er nicht zu Worte gekommen ist. Als Vertreter des Kreises Bielefeld-Wiedenbrück, wo alle die Dinge vorgekommen sind, hätte er dem Parteitag doch noch etwas Neues sagen können.

Hierauf wird die von Fischer beantragte Resolution einstimmig angenommen. (Lebhafter Beifall.)

Ulrich-Offenbach erklärt nachträglich, daß die Behauptung Wurms, er habe die Revolution verspotten wollen, eine Unterstellung sei. Was ich habe verspotten wollen, waren die revolutionären Phrasendrescherein, und das halte ich aufrecht auch gegenüber ihren Anwendern hier. (Beifall.)

Wurm erwidert, daß die Art, in der Ulrich gesprochen, auf ihn einen unangenehmen Eindruck gemacht habe. (Sehr richtig.) Eine Unterstellung habe er nicht gemacht. Er habe nicht gehört, daß Ulrich von revolutionären Phrasendreschern gesprochen habe. Sonst hätte er ihm recht gegeben.

Zur Geschäftsordnung bemerkt Singer, daß der Referent Sachse zum Punkt „Bergarbeiterschutz" und Schippel zum Punkt „Zollpolitik" Werth darauf legen, erst morgen zu reden. Auch Liebknecht hätte gern noch einige Stunden Zeit zur Vorbereitung. (Liebknecht: Oho!) Liebknecht ist bereit, er wollte nur den Delegirten Zeit lassen, sich zu informiren. Wenn es der Parteitag wünscht, kann dieser Punkt jetzt erledigt werden.

Der Parteitag beschließt es.

Es folgt somit die Verhandlung über Punkt 6: **Die preußischen Landtagswahlen.**

Berichterstatter Liebknecht: Die Kommission ist gewählt worden, um eine längere Debatte abzuschneiden und um zu ermöglichen, daß ein einheitlicher Beschluß gefaßt werden kann. Es würde in dem jetzigen Augenblick, wo wir bezüglich des Koalitionsrechts die Nothwendigkeit eingesehen haben, dem Feinde geeint gegenüberzustehen, falsch sein, über eine Reihe taktischer Fragen in heftige Debatten zu gerathen, in Debatten, die, wenn keine Verständigung erzielt wäre, dazu geführt hätten, daß zwar nicht eine Spaltung, aber doch eine Trennung der Partei entstanden und daß der eine Theil durch den anderen majorisirt wäre. (Sehr richtig!) Die Aufgabe der Kommission war eine sehr einfache. Jeder von uns hatte den Zweck der Kommission begriffen und beide Theile waren sich darüber einig, daß es galt, eine Form zu finden, die uns aus der Schwierigkeit herausriß.

Daß eine allgemeine Betheiligung nicht mehr möglich sein würde, daß keine Richtschnur gegeben werden konnte, nach welcher die Partei in ihrer Gesammtheit verfahren kann, darüber waren wir uns alle vollständig klar. Wenn in den letzten Monaten die Meinungen statt sich zu nähern, immer weiter auseinander gegangen sind, dann würden sie sich auch jetzt nicht mehr genähert und zu einem allgemeinen Resultat geführt haben. So galt es denn, da eine allgemeine Betheiligung nicht nur durch die Meinungsverschiedenheiten, sondern auch durch die Nähe der Wahl ausgeschlossen ist, alle streitigen Punkte zu beseitigen und uns dahin zu einigen, daß wir die Entscheidung über die Wahlbetheiligung den einzelnen Kreisen überlassen. Die einzelnen Wahlkreise, in denen ja die Lage eine sehr verschiedene ist, haben sich also darüber schlüssig zu machen, ob sie sich betheiligen wollen und können oder nicht. Es ist vermieden worden, eine Direktive von oben zu geben, es ist vermieden, zu sagen, der Parteitag will oder empfiehlt das und das, weil wir uns sagten, daß das eine Vergewaltigung der Minorität wäre, die gegen eine Betheiligung ist. So haben wir uns denn nach Vorschlägen von Bebel, Kautsky und mir auf eine Resolution geeinigt, für die wir alle gestimmt haben, mit Ausnahme von Meist-Köln, der das gebundene Mandat hatte, unter allen Umständen für Wiederherstellung des alten Kölner Beschlusses zu stimmen. Selbstverständlich ist mit dieser Resolution der Hamburger Beschluß aufgehoben. Nach Meinung aller Mitglieder der Kommission ist jetzt jeder Streit beseitigt und jedem, auch dem entschiedensten Gegner der Wahlbetheiligung ist es möglich, der Resolution zuzustimmen. Ich spreche die Hoffnung aus, daß der Parteitag sich mit der Resolution einverstanden erklären wird. (Beifall.)

Hoffmann-Bielefeld: Ich ergreife nur das Wort, weil Genosse Liebknecht in der ersten Sitzung gesagt hat, die Bielefelder haben gegen den Hamburger Parteitagsbeschluß verstoßen. Dagegen muß ich protestiren, wir haben dem Beschluß entsprechend gehandelt.

Ein Schlußantrag wird, nachdem Thiele-Halle dafür gesprochen hat, angenommen.

In seinem Schlußwort bemerkte Liebknecht, daß er seine Meinung, als hätten die Bielefelder gegen den Hamburger Beschluß gehandelt, aufrecht erhalten müsse.

Hierauf wird die Resolution angenommen, die in bezug auf die Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen gestellten Anträge sind damit erledigt.

Die Resolution hat folgenden Wortlaut:

Die Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen unter dem Dreiklassensystem kann nicht wie die an den Reichstagswahlen als eine Heerschau betrachtet werden, als ein Mittel, durch die Zählung unserer Stimmen einen moralischen Erfolg zu erreichen, sondern nur als ein Mittel, bestimmte praktische Erfolge zu erzielen, namentlich die Abwendung der Gefahr, daß die krasseste Reaktion die Mehrheit im Landtag erlangt.

Von diesem Gesichtspunkte ausgehend, erklärt der Parteitag, daß die Betheiligung an den Landtagswahlen nicht in allen Wahlkreisen geboten ist, umsoweniger, als bei der Kürze der Zeit, die uns von den preußischen Landtagswahlen trennt, nicht daran gedacht werden kann, die in dieser Frage jetzt weit auseinandergehenden Meinungen innerhalb der Partei einander so zu nähern, daß ein einheitliches Vorgehen der Gesammtpartei möglich ist.

Unter diesen Umständen überläßt es der Parteitag den Genossen der einzelnen Wahlkreise, über die Frage der Betheiligung zu entscheiden. Wird in einem Wahlkreise die Betheiligung beschlossen, so werden, falls es sich dabei um eine Unterstützung bürgerlicher Oppositionskandidaten handelt, die Kandidaten sich verpflichten müssen, für den Fall ihrer Wahl in den Landtag für die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts, wie solches für die Wahlen zum Reichstage besteht, auch für die Wahlen zum Landtage einzutreten und im Landtage alle Maßnahmen entschieden zu bekämpfen, die geeignet sind, die bestehenden Volksrechte im Einzelstaat weiter zu schmälern oder zu beseitigen.

Die zu dem Punkte preußische Landtagswahlen gestellten Anträge sind durch die Annahme dieser Resolution erledigt.

Es folgt die Berathung der **Anträge zur Organisation** 7*), 8, 28, 29, 30, 35, 36 und 91.

Die Unterstützung reicht nicht aus zu den Anträgen 8, 29, 35, 36. Diese Punkte scheiden aus der Diskussion aus.

Brey-Hannover begründet Antrag 7: Parteitage an den Grenzen des Reiches verursachen nennenswerthe Kosten, die auf ein Mindestmaß herabgedrückt werden können. Was für außerordentliche Parteitage gut ist, kann für ordentliche Parteitage billig sein.

Görcke-Königsberg i. Nm. begründet den Antrag 28: Ein Vertreter der Preßkommission muß auf den Parteitagen anwesend sein, um Auskunft zu geben. Wenn wir diesmal noch keinen Vertreter zum Parteitage entsandt haben, so geschah dies deshalb, weil wir — wie immer in Berlin — zu bescheiden waren. (Heiterkeit.)

Hoffmann-Bielefeld begründet den Antrag 30: Die Anträge sollen bestimmen, was die Kreiskonferenzen, die Bezirks-Parteitage und die Kreis-Vertrauensmänner zu sagen haben. Punkt 2 soll skandalöse Vorgänge wie in Sachsen unmöglich machen, wo sich Leipzig einfach über den Beschluß der Landeskonferenz hinwegsetzte. Vielleicht ist die Form der Anträge nicht sehr glücklich, aber dem kann ja hier abgeholfen werden. Eine Unzuträglichkeit ist, daß die Kreis-Vertrauensmänner meistens vor dem Parteitage gewählt werden. Wenn nicht juristische Bedenken dagegen sprechen, bitten wir um Annahme des Antrages.

Es folgt die Diskussion über die gestellten Anträge betreffend die Organisation.

Leutert-Apolda erklärt sich gegen den Antrag 7. Wenn wir den Parteitag im Prinzip fest in die Mitte Deutschlands verlegen, wird das Bild des Parteitages verschoben. Lassen wir dem Parteitag freie Hand.

Antrag 7 wird abgelehnt.

Zu Antrag 28 hebt Auer hervor, daß mit der Annahme zwar kein Unglück angerichtet werde, daß der Antrag selber aber, seiner Meinung nach, überflüssig sei. Die Vertretung des „Vorwärts" ist Sache der Parteileitung und der Redaktion. Die Preßkommission mit ihren erweiterten Befugnissen kann doch nur die Aufgabe haben, die Interessen der Berliner Genossen dem „Vorwärts" gegenüber wahrzunehmen und zu vertreten. Dies Verhältniß sollten wir doch nicht stören, wenn wir nicht in Zukunft recht unliebsame Auftritte haben wollen. Was soll es heißen, wenn sich die Preßkommission vor dem Parteitage als Vertreter des Zentralorgans gerire, da ist der Parteivorstand, der dasselbe thut, und die Redaktion, die die Verantwortung hat. Wir sollten nicht so viel Instanzen schaffen. Es liegt auch kein Bedürfniß für den Antrag vor. Wenn ich recht unterrichtet bin, sind vier Mitglieder der Berliner Preßkommission als Delegirte hier anwesend. Die Berliner Parteigenossen können auf den Parteitagen überhaupt eine starke Vertretung haben. Berlin kann 18, die beiden Wahlkreise vor den Thoren Berlin 6 Delegirte entsenden, 16 Abgeordnete wohnen zur Zeit in Berlin, hierzu kommen Vertreter der Redaktion, der Buchhandlung und in Berlin wohnende Kontrolleure, so daß wir, wie die Dinge liegen, 40—50 Berliner Genossen auf dem Parteitag haben können. Das Ziel einer ausreichenden Delegation Berlins ist also erreicht. Schon deshalb liegt kein Anlaß vor, der Preßkommission einen Delegirten zu gewähren. Erwähnen will ich, daß der Vorstand zu dieser Frage keinen Beschluß gefaßt hat, sondern dem Parteitag die Entscheidung anheimstellt. Ich habe nur meine persönliche Ansicht ausgesprochen.

Kiesel-Berlin erklärt sich mit den Ausführungen Auer's einverstanden.

Voigt-Berlin: Die Preßkommission will nicht einen Delegirten haben als Vertretung des „Vorwärts", sondern um etwaige Angriffe auf ihre Thätigkeit abzuwehren. Auf diesem Standpunkt stehen die Genossen des vierten Wahlkreises. Die Mehrkosten spielen keine Rolle. Die Verhältnisse liegen so, daß alles in Berlin zusammentrifft, daher die Möglichkeit der 40 Vertreter. Mit unserem Antrage hat das nichts zu schaffen, und Auer's Einwände sind daher hinfällig.

Thiele-Halle widerspricht dem Antrage: Für uns ist die Preßkommission des „Vorwärts" nicht ein Deut mehr als die jedes anderen Organs. (Sehr richtig!)

Gerstenberger-Niederbarnim erklärt sich für den Antrag, der einfach die logische Folge des § 17a des Organisationsstatuts sei, wonach die Preßkommission auch die prinzipielle und taktische Haltung des „Vorwärts" zu kontrolliren hat. Auer weist darauf hin, daß heute viele Mitglieder der Preßkommission anwesend sind. Das ist doch nur Zufall. Wie es in Zukunft sein wird, wissen wir nicht.

Hiermit schließt die Diskussion. Der Antrag wird abgelehnt.

Es folgt die Diskussion über Antrag 30.

Bär-Krefeld hält den Antrag für unannehmbar, weil danach ein Beschluß einer Kreiskonferenz nur sehr schwer wieder aufgehoben werden kann.

Förster-Hamburg ist ebenfalls gegen den Antrag. Würde derselbe angenommen, so könnte man es erleben, daß sich in Zukunft der allgemeine Parteitag mit Beschlüssen der Kreiskonferenzen zu befassen hat. Das würde nur zu Streitigkeiten führen.

Steinijanz-Solingen: Der Antrag steht mit den Prinzipien der Demokratie in direktem Widerspruch. Aus den Ausführungen des Genossen Hoffmann geht hervor, daß die Genossen in Kollision mit ihrer Organisation gerathen. Ich kann den Genossen nur den Rath geben: Studiren Sie die Prinzipien der Demokratie, dann werden Sie auch eine passende Form für ihre Organisation finden.

Hoffmann-Bielefeld wendet sich gegen die Vorwürfe des Vorredners und bittet nochmals um Annahme des Antrages. Daß der Parteitag nach Annahme des Antrages mehr mit lokalen Angelegenheiten beschäftigt werde als jetzt, glaube er nicht. Man müsse doch die bestehenden Verhältnisse formuliren.

Der Antrag wird abgelehnt.

Es folgt die Berathung der Anträge, die sich auf die Taktik beziehen, es sind das die Anträge 11*), 12, 13, von denen nur die beiden ersten genügend unterstützt werden.

Den Antrag 11 begründet Bruhns-Breslau: Pfannkuch hat auf eine Anregung Katzenstein's auf dem Hamburger Parteitage geäußert, die Sache dürfte nicht über's Knie gebrochen werden. Man müsse zur Sammlung und Sichtung des Materials Zeit haben. Jetzt sei wieder ein Jahr vergangen und die Frage nach den Arbeiten der Studienkommission wohl berechtigt. Daß überhaupt an Studienergebnissen der Agrarkommission nichts oder nicht viel vorhanden sei, das aber solle hier dann auch ausgesprochen werden.

Zur Begründung des Antrages 12 führt

David-Mainz aus: Genosse Zubeil hat neulich gemeint, wir brauchen kein Agrarprogramm. Ich bin aber der Ansicht, daß ein solches Programm nöthig ist, um in den Landtagen in agrarpolitischen Fragen einheitlich vorgehen zu können. Sind wir nur erst in theoretischen Beziehungen einig, dann wird auch die praktische Agitation leichter werden. Auf die Materie selbst will ich nicht eingehen, wohl aber möchte ich den Redakteuren und Schriftstellern den Rath geben, sich, wann sie eine Aeußerung über eine Agrarfrage thun, zu überlegen, ob sie damit nicht der praktischen Landagitation Schwierigkeiten bereiten.

Es wird die Diskussion über Antrag 11 eröffnet.

Pfannkuch: Die Agrarkommission wird wohl noch einige Jahre arbeiten müssen, ehe sie mit ihren Studien fertig ist. Fühlen die Genossen dann noch das Bedürfniß, von dem Ergebniß der Studien Kenntniß zu nehmen, so mögen sie dann einen Antrag stellen. Inzwischen mögen sie ruhig so wie bisher auf dem Lande agitiren, nicht aber derartige Anträge stellen. (Heiterkeit.)

Die Debatte wird geschlossen.

Der Antrag wird abgelehnt.

Zu Antrag 12 weist Bandert-Apolda auf die Verschiedenheit der Verhältnisse in den einzelnen Ländern hin. Der Antrag sei überflüssig.

Zubeil ist der Ansicht, daß die bisherigen Broschüren für die Landagitation nur sehr wenig geeignet sind, man kommt auch ohne Agrarprogramm mit dem allgemeinen sozialdemokratischen Programm auf dem Lande aus. (Sehr richtig!) Belasten wir uns nicht mit unnützem Ballast, sondern gehen wir schrittweise vorwärts, dann werden wir auch mit der Zeit die Bauern für uns gewinnen.

Scheidemann-Gießen ist gegen den Antrag, und zwar gerade deshalb, weil ihm ein Agrarprogramm oder eine Richtschnur für die Agitation auf dem Lande dringend erwünscht ist. Die Agrarfrage ist aber in weiten Arbeiterkreisen noch nicht geklärt, und es könnte nichts Schlimmeres für die Agitation geben, als wenn wir ein zweites Breslau erleben müßten. Er sei überzeugt, daß diejenigen, welche jetzt noch auf dem hohen Roß sitzen, dereinst selbst ein Agrarprogramm verlangen würden. Wir müßten ja die Kleinen auf dem Lande für uns gewinnen, wenn wir die politische Macht erobern wollten. (Beifall.)

Die Diskussion wird geschlossen.

Persönlich bemerkt David, daß er die Bearbeitung der Fragebogen aus Süddeutschland schon vor einem Jahre nach Berlin gesandt habe und dem Vorstand anheimgegeben habe, ob er die Drucklegung angesichts der großen Unkosten veranlassen wolle.

Pfannkuch: Es hat mir fern gelegen, dem Genossen David oder einem anderen Mitgliede der Agrarkommission einen Vorwurf zu machen. Glaubt David das nöthig zu haben, so will ich erklären, daß er außerordentlich Mühe, Zeit und Fleiß auf die ihm

---

*) **7.** Die Parteigenossen in Burg und Hannover: „Die Parteitage haben möglichst in geographisch günstig gelegenen Orten stattzufinden."

8. Die Parteigenossen des Niederbarnimer Kreises: „Den Parteitag zwischen Weihnachten und Neujahr stattfinden zu lassen."

28. Die Parteigenossen des 2., 4. und 5. Berliner und des Nieder-Barnimer Kreises: „Als 4. Absatz des § 9 des Organisationsstatuts zu setzen: Und einem Vertreter der Preßkommission des Zentralorgans („Vorwärts") der Partei."

29. Die Parteigenossen in Solingen: „Dem § 10 des Organisationsstatuts folgenden Zusatz beizufügen: Erklären sich gegen einen Beschluß des Parteitages mindestens 10 Wahlkreise mittels Kreis-Parteiversammlungsbeschlüsse, so muß die betreffende Frage der Gesammtpartei zur Abstimmung unterbreitet werden. Die Abstimmung hat ebenfalls in Kreisversammlungen zu erfolgen. Das Resultat wird nach Wahlkreisen berechnet."

30. Die Parteigenossen des Kreises Bielefeld-Wiedenbrück:

„1. Die Beschlüsse der Kreiskonferenzen in denjenigen Kreisen, welche eine Organisation haben, sind für die Parteigenossen im Kreise bindend. Aufgehoben können diese Beschlüsse nur werden durch die entsprechenden Bezirksparteitage oder den allgemeinen Parteitag. Auch haben die Kreiskonferenzen das Recht, die Delegirten zum Parteitag zu wählen.

2. Die Beschlüsse der Bezirksparteitage sind bindend für die Genossen des Agitationsbezirks. Aufgehoben können diese Beschlüsse nur werden durch den allgemeinen Parteitag.

3. Die Anordnungen der Kreisvertrauensmämner, welche sich auf die Agitation im Kreise beziehen, haben Giltigkeit für die Vertrauensmämner im Kreise."

35. Die Parteigenossen des Kreises Torgau-Liebenwerda: „Jeder Wahlkreis kann einen Delegirten zum Parteitag senden. Die Kosten trägt ohne Ausnahme die Parteikasse."

36. Genosse H. Vogel in Charlottenburg: „Die Genossen eines jeden Reichstags-Wahlkreises haben das Recht, einen Delegirten aus ihrer Mitte zu den Parteitagen zu entsenden, für den die Parteikasse Reise- und Tagegelder nach einem bestimmten Satze zahlt. Die Kosten für weitere Delegirte haben die betreffenden Wahlkreise selbst zu tragen."

91. Die Parteigenossen des 5. Berliner Kreises:

Dem § 9 des Organisationsstatuts als Absatz 4 einzufügen: Der Parteitag setzt die Diäten der Delegirten fest und sind dieselben aus der Parteikasse zu zahlen.

---

*) **11.** Die Parteigenossen in Breslau: „Den Parteivorstand aufzufordern, die Ergebnisse der Arbeiten der vom Breslauer Parteitag beschlossenen Studienkommission für die Agrarfrage im Laufe des nächsten Jahres zu veröffentlichen."

12. Die Parteigenossen in Mainz: „Der Parteitag empfiehlt den sozialdemokratischen Vertretern in den Landtagen, im Interesse eines einheitlichen Verhaltens, in agrarpolitischen Fragen Fühlung mit einander zu nehmen und den Entwurf eines agrarpolitischen Aktionsprogramms auszuarbeiten, der dem nächsten Parteitag zur Berathung und Beschlußfassung vorzulegen ist."

13. Der Genosse J. Brand in Hamburg: „Der Parteitag empfiehlt den Parteigenossen, an allen Orten, wo eine gute politische und gewerkschaftliche Organisation besteht, die Diskussion über den Werth der Konsumvereine für die Arbeiterbewegung zu eröffnen, und zwar auf der Grundlage, daß unabhängig von der politischen und gewerkschaftlichen die Organisation des Konsumvereins geschaffen werde."

überwiesenen Arbeiten verwendet hat. (Sehr richtig.) Das Anerkenntniß kann man ihm nicht versagen.

Hierauf wird Antrag 12 abgelehnt.

Damit sind die Anträge zur Taktik erledigt.

Kloß theilt mit, daß die anwesenden Vertreter der Gewerkschaften ersucht werden, nach Schluß der Sitzung zu einer Besprechung zusammenzutreten, um diejenigen Schritte zu präzisiren, welche angesichts der drohenden Zuchthausvorlage zu einer umfassenden Gegenaktion der deutschen Gewerkschaften zu ergreifen sind.

Schluß der Sitzung.

Eine Leporelloliste polizeilicher Mißhandlungen

wurde gestern vor Gericht aufgerollt. Eine schon seit vier Jahren schwebende Anklage wegen Beleidigung durch die Presse gegen den Reichstags-Abgeordneten Arthur Stadthagen, die zuletzt im Juli 1898 das Gericht beschäftigte, gelangte nämlich gestern vor der im großen Schwurgerichtssaale versammelten achten Strafkammer des Landgerichts I zur Verhandlung. Den Vorsitz führt Landgerichts-Direktor Weinmann, die Anklage vertritt Staatsanwalt Dr. Eger. Es sind über 50 Zeugen geladen. Der Angeklagte hat ausnahmsweise die dritte Beilage des „Vorwärts" vom 14. Oktober 1894 als verantwortlicher Redakteur gezeichnet. Dieselbe enthält in den ersten vier Spalten den Abdruck der Beschwerde, die Stadthagen gegen den Justizminister gerichtet hat und in welcher er verlangt, daß entweder gegen ihn wegen angeblicher bewußter Gebührenüberhebung öffentliche Anklage erhoben wird oder aber, daß gegen die Mitglieder des Ehrengerichtshofs der Ober-Staatsanwaltschaft beim Kammergericht und der Reichsanwaltschaft beim Reichsgericht wegen geflissentlicher Rechtsbeugung und ferner gegen diejenigen Beamten und Privatpersonen eingeschritten wird, die nach Mittheilung des Ober-Staatsanwalts die Akten und Geschäftsbücher nach Beendigung des ehrengerichtlichen Verfahrens verbrannt oder an der Beseitigung derselben vorsätzlich oder fahrlässig mitgewirkt haben. Wegen dieses Artikels ist Steafantrag **nicht** gestellt, dagegen sind in derselben Nummer des „Vorwärts" zwei andere Artikel erschienen, welche ebenfalls vom Angeklagten verfaßt waren und in denen die Anklagebehörde eine Beleidigung der Beamten des Polizeipräsidiums sowie des Gendarmen Klötzsch zu Reinickendorf erblickte. Der erste Artikel trägt die Ueberschrift: „Wie wird man auf den Berliner Polizeiwachen behandelt?" Es wird die Behauptung aufgestellt, daß Bürger, welche auf Polizeiwachen zu thun haben, diese Orte in vielen Fällen in anderem Zustande verlassen, als sie ihn betreten haben. Während sie in unverletztem Zustande hinkamen, wiesen sie nachher Verwundungen und Verletzungen auf, welche dem Anscheine nach von Faustthieben, bisweilen auch von Schlägen mit Waffen herrührten. Die Leute behaupteten, auf der Wache mißhandelt worden zu sein. Sollten sie alle an Halluzinationen leiden? Es wird dann auf die bekannte Gummischlauch-Affäre gelegentlich der Versammlung der Arbeitslosen hingewiesen und zum Schluß der Vorschlag gemacht, es möchten sich höhere Polizeibeamte in entsprechender Kleidung arretiren lassen, um aus eigener Erfahrung darüber urtheilen zu können, ob auf den Polizeiwachen geprügelt werde oder nicht.

Der zweite beanstandete Artikel trägt die Ueberschrift: „Wozu tragen die Gendarmen Revolver?" Der Verfasser erzählt, daß der Gendarm Klötzsch einem Tischler, den er wegen eines geringfügigen Vergehens zur Wache zu bringen hatte, ohne Veranlassung mit seinem Revolver einen heftigen Schlag gegen das rechte Auge versetzt habe.

Der Angeklagte, der eine Reihe von formellen Einwendungen gegen das Verfahren macht, wiederholt zahlreiche alte Beweisanträge, u. a. auch den, sämmtliche in den Jahren 1893 und 1894 auf die Polizeiwachen Sistirten als Zeugen zu laden. Er hat auch den Polizeipräsidenten v. Windheim vorschriftsmäßig laden lassen, um durch seine Vernehmung darzulegen, daß die von ihm behaupteten Zustände auf den Berliner Polizeiwachen thatsächlich bestehen. Er beruft sich ferner auf den im Jahre 1897 vorgekommenen und auch schon in der Stadtverordneten-Versammlung behandelten Fall Mechlinski, in welchem angeblich ein Mann, der ohne Grund verhaftet worden sei, sich darüber beschwerte, daß er in ein Irrenhaus gebracht und erst durch die Aerzte von Herzberge aus dieser Anstalt befreit wurde, weil er weder geisteskrank noch gemeingefährlich sei. Angeklagter will aus diesem Beweise ex post darthun, daß auch jetzt der Polizeipräsident noch nichts gegen die angeblichen Mißstände gethan habe und daraus der Rückschluß gestattet sei, daß diese Mißstände im Jahre 1894 um so mehr vorhanden gewesen seien. Er erklärt, auf den vorschriftsmäßig geladenen, aber nicht anwesenden Zeugen v. Windheim nicht verzichten zu können, ebenso wenig auf den Tischler Weisbach, der von dem Gendarmen Klötzsch mißhandelt worden sei. Der Angeklagte macht ferner den Schutz des § 193 für sich geltend, da er als Bürger und als Stadtverordneter von Berlin das Recht und die Pflicht habe, polizeiliche Mißstände in der Oeffentlichkeit zu behandeln und auf ihre Abstellung zu drängen. — Der Gerichtshof beschließt nach längerer Berathung, die Beschlußfassung über die gestellten Beweisanträge auszusetzen, inzwischen aber auf alle Fälle bei dem Minister des Innern, der dem Polizeipräsidenten die Genehmigung, Aussagen zu machen, noch nicht ertheilt hatte, dem Antrage des Angeklagten entsprechend unter Mittheilung des Beweisthemas anzufragen, ob er dem Polizeipräsidenten v. Windheim die Erlaubniß ertheile, sich vernehmen zu lassen. — Bezüglich des Tischlergesellen Weisbach theilt der Staatsanwalt mit, daß Weisbach nicht kommen könne, weil er zu schlechte Kleidung habe und sich schäme, in dieser vor Gericht zu erscheinen. Da ein Zeuge sich erbietet, dem W. eigene Kleider zu leihen, wird er beauftragt, den Zeugen aus Reinickendorf herbeizuholen.

Die Beweisaufnahme erstreckt sich zunächst auf

Die Gendarmen-Angelegenheit.

Zeuge Gendarm Klötzsch bestreitet entschieden, den Weisbach vorsätzlich mit dem Revolver ins Gesicht gestoßen oder geschlagen zu haben. Er habe am 8. Oktober 1894 den Weisbach betroffen, als er unbefugt die Bahnstrecke entlang ging. Als er ihn gefragt, was er da thue, habe er eine schnoddrige Antwort erhalten und sei genöthigt gewesen, die Persönlichkeit des W. festzustellen. Dabei sei es zu erregten Aeußerungen gekommen und als er infolge des Schimpfens des W. nochmals zurückkehrte, sei dieser schon auf dem Gehöft des Tischlermeister Krupski gewesen. Dieser habe den Gendarm von seinem Grundstück gewiesen und die Gesellen hätten ihn mit allerlei Handwerkszeug in bedrohlicher Weise bedrängt, so daß er seinen Revolver gezogen und gedroht habe, Feuer zu geben. Ihm sei nicht bewußt, den W. mit dem Revolver in das Gesicht gestoßen zu haben. Der Zeuge bekundet im Verlaufe der Verhandlung, daß er infolge eines Sturzes vom Pferde an Gedächtnißschwäche leide. Von Stadthagen darauf aufmerksam gemacht, daß er einem Zeugen gegenüber sich über die Affäre Weisbach noch am Abend des 7. Oktober 1894 geäußert und davon gesprochen habe, daß er es dem betreffenden gewissermaßen eintränken werde, erklärte der Gendarm, daß der Mann, mit dem er ein solches Gespräch geführt haben solle, der „größte Feind von ihm sei". Der Zeuge, Bauunternehmer Kind, bestätigt die Darstellung Stadthagen's und fügt hinzu: erst eine Woche später sei Feindschaft eingetreten. — Ueber den Vorfall selbst wird eine ganze Reihe von Zeugen vernommen. Unter diesen erklärt der Bahnwärter Stahl, der inzwischen wegen Beleidigung des Klötzsch in erster Instanz zu 10 M. Geldstrafe verurtheilt worden ist, auf das bestimmteste, daß der Gendarm zum Schluß seines Renkontres den Weißbach bei der Kehle gepackt und mit dem Revolver, den er aus der Tasche gezogen, wiederholt heftig ins Gesicht geschlagen habe. Als der Eigenthümer Krupski ihn von seinem Grundstück gewiesen, habe der Gendarm auch diesem mit dem Revolver vor dem Gesicht gefuchtelt und ihm drohend zugerufen: „Sie haben mit mir bis jetzt noch nichts zu thun gehabt; ich werde mir Ihr Gehöft öfter ansehen, hier scheint ein anderer Wind zu wehen!" — Die Eigenthümerfrau Krupski bestätigt durchaus diese Aussage. Als der Gendarm den W. aufgeschrieben, habe der Bahnwärter ihn gefragt, warum das eigentlich geschehen sei. Klötzsch äußerte: weil W. den Bahndamm entlang gegangen sei, worauf der Bahnwärter Stahl erwiderte: „Ich dächte, hier auf dem Bahndamm bin ich Polizei und Sie auf der Landstraße." Klötzsch entgegnete: Sie wollen mir wohl Vorschriften machen? Ich bin Beamter! Stahl antwortete: Ich bin auch Beamter und schon 25 Jahre, als Sie noch nicht die Beamtenhosen trugen! Darauf habe der Beamte, diese Aeußerung falsch wiedergebend, gesagt, er sei beleidigt worden, worauf sämmtliche Umstehenden sofort erklärten, Stahl habe das garnicht gesagt, was der Beamte behaupte. Weisbach, der auf dem Krupski'schen Gehöft stand, habe dies durch die Bemerkung bekräftigt: „Wir wissen ganz genau, was Stahl gesagt hat! Wir sind doch nicht besoffen! Da habe sich der Gendarm mit den Worten umgedreht: „Was? Sie sagen, ich sei besoffen? Sie sind mein Arrestant!" Dabei habe er ihn am Kragen gepackt und mit dem Revolver immer von unten nach oben ins Gesicht geschlagen, so daß das Blut nur so herausgespritzt sei. Es sei nicht wahr, daß die Gesellen Herrn Klötzsch bedrängt hätten. — Mehrere Zeugen bestätigen in bestimmter Form die Mißhandlung mit dem Revolver, andere haben diese zwar nicht selbst gesehen, aber von dem blutenden Weißbach gehört, daß er mit dem Revolver geschlagen worden sei.

Es folgt die Beweisaufnahme über eine Reihe angeblicher

Mißhandlungen auf Polizeiwachen.

Zeugin Frau Anders sollte am 13. September 1895 zu früher Stunde von der Polizei zur Wache gebracht werden, weil sie eine Strafe nicht bezahlt hatte. Sie wurde in einen engen Raum geführt. Trotz ihres Drängens, entlassen zu werden, damit sie zu ihren Kindern komme und daß sie ja die 24 Mark Geldstrafe bei sich habe und bezahlen wolle, sei sie in eine dunkle Zelle gebracht worden. Als sie dann wieder geklopft habe, sei sie von Schutzleuten mit der Faust bearbeitet und derart an den Ohren gezogen worden, daß sie von 1895 her noch Schmerzen verspüre. Worte wie „altes Sauaas" fielen dann, als sie in der Angst den Raum verunreinigt hatte. Als ihr Sohn gekommen sei, habe man auch diesen und in seiner Gegenwart auch sie, die Mutter beschimpft. Endlich sei der Wachtmeister gekommen. Dieser habe dann das Geld genommen, dann sei sie endlich freigelassen worden. Später sei sie zum Arzt und zur Redaktion des „Vorwärts" gegangen.

Dr. Christeller bestätigt, daß er Frau Anders untersucht hat und ihr ein Attest darüber ausgestellt hat, daß ihr Körper Spuren von Mißhandlungen zeige, die sehr wohl auf die von Frau Anders angegebene Weise entstanden sein könnten.

Zeuge Stein will am 23. September 1895 auf einer Polizeiwache mißhandelt worden sein. Wegen einer geringfügigen Straßenkontravention sei er gefesselt und dann von zwei Schutzleuten geschlagen worden. Auf Beschwerde hierüber sei ihm bedeutet worden, die „Schnauze" zu halten. Die Straßenkontravention habe er später mit 3 M. Geldstrafe gebüßt. Zeuge Hübchen theilt zu diesem Falle gleichfalls mit, daß Stein gefesselt worden sei, und zwar so stark, daß das Blut aus dem Handgelenk hervorgetreten sei. Dasselbe bekundet Zeuge Schneider. Der Staatsanwalt behält sich vor, in diesem, wie in dem später zur Verhandlung kommenden Falle die Schutzleute und sonstige Gegenzeugen zur Vernehmung zu bringen. Er habe das deshalb nicht gethan, weil der Hauptpunkt der Anklage sich dahin richte, daß der Angeklagte einzelne Vorfälle von Mißhandlungen generalisirt und dadurch eine Beleidigung begangen hat. Uebrigens seien die betreffenden Personen bestraft. Er wolle im übrigen dem Angeklagten zugeben, daß die von diesem behaupteten Fälle und noch mehr sich ereignet haben, so daß auf Beweisaufnahme verzichtet werden könne.

Stadthagen bemerkt hiergegen: Der Wortlaut des Artikels ergiebt, daß nur von „hier und da" vorkommenden Fällen gesprochen ist. Im übrigen stehe es für ihn fest, daß die Behandlung, wie sie dort geschildert ist, allerdings leider als Regel erachtet werden könne. Ob dies thatsächlich der Fall sei, hätte durch eine Voruntersuchung und durch Erhebung der abgelehnten Beweisanträge festgestellt werden können. Nichts liege ihm daran, was der Staatsanwalt ihm gegenüber zugeben wolle. Es komme lediglich darauf an, ob thatsächlich geprügelt sei und dafür seien ja die Zeugen geladen. Für eine Generalisirung, die nicht im Artikel steht, sei er nicht verantwortlich, habe ja im übrigen trotzdem hierfür Beweis angetreten.

In einem dritten Falle bekundet ein Zeuge Bardenberg, daß er auf der Polizeiwache im April 1895 mißhandelt worden sei. Er sei ins Gesicht geschlagen, geknebelt und mit Füßen gestoßen worden. Veranlassung zur Sistirung gab eine geringfügige Straßen-Polizeikontravention.

Eine Frau Walther ist ebenfalls ihrer Aussage nach im August 1895 auf dem Wege zu einer Polizeiwache, wohin sie geführt wurde, weil sie vor ihrem Hause stand und sich auf Aufforderung nicht entfernte, so stark mißhandelt, daß ihre Kinder, die sie auf den Armen hatte, gefährdet waren und deshalb von anderen Leuten in Sicherheit gebracht wurden. Sie sei zu unrecht arretirt worden und habe sich gewehrt, allerdings sei sie später von der Strafkammer wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu drei Wochen Gefängniß verurtheilt worden.

Zeuge Kellner Grazinski erzählt, wie am 11. Juli 1894 ein Schutzmann einen Mann schwer mißhandelt habe.

Der Staatsanwalt hält entgegen, daß Zeuge wegen wissentlich falscher Anschuldigung zu 9 Monaten Gefängniß und 2 Jahren Ehrverlust verurtheilt worden sei.

Der Zeuge sagt: das ist ganz richtig, meine Verurtheilung ist aber meiner Ueberzeugung nach durchaus zu unrecht passirt.

Zeuge Bäcker Paul Kautsch ist, wie der Staatsanwalt vorweg konstatirt, von einem später ins Irrenhaus gebrachten Schutzmann auf der Polizeiwache schwer mißhandelt worden. Stadthagen wendet demgegenüber ein: Aber Verfolgungen gegen diesen, später irre gewordenen, oder diejenigen, die die Mißhandlung sahen, sind nicht eingetreten. Nur der „Vorwärts" habe den Vorfall ausführlich dargelegt. Zeuge Kautsch selbst theilt mit, daß der Fall im Mai 1892 sich ereignet habe. Die Mißhandlungen hätten zunächst in Ohrfeigen bestanden, dann sei er ohnmächtig geworden, und als er wieder zum Bewußtsein gekommen sei, hätte er Verwundungen am Kopf und am Auge gehabt. Eine Photographie, die ihn im verletzten Zustande zeigt, liegt auf dem Tische des Gerichtshofes. Die Photographie ist auf Anrathen im „Vorwärts" gemacht. Der „Vorwärts" selbst hat den Fall ausführlich im Jahre 1892 gebracht.

Zeuge Neumann will verschiedene Male auf Polizeiwachen mißhandelt worden sein; zuerst vor 15 Jahren, dann vor etwa 3, dann vor 2 Jahren. Als er 1894 beim Polizeipräsidium sich beschwerte, sei ihm gesagt, daß er noch obendrein bestraft werden würde. Ereignet habe sich der Fall am 7. August 1894. Er sei denn auch später wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu sechs Wochen Gefängniß verurtheilt worden.

Zeuge Arbeiter Schuchert ist seiner Aussage nach im Juli 1894 sistirt worden. Auf der Wache wurde ihm gesagt, er solle die Schnauze halten; er erwiderte, er habe keine. Der Beamte erwiderte: Wenn Sie keine Schnauze haben, dann halten Sie Ihre Fresse! Als ich entgegnete: die habe ich auch nicht, ließ er mich durch einen anderen Schutzmann in die Zelle bringen. Dann wurde ich von 4 oder 5 Schutzleuten festgehalten, mit den Fäusten und mit einem Riemen mit einer Messingschnalle auf den Kopf und anderswohin geschlagen, ich wurde geknebelt. Auf meine Bitte, mich loszumachen, wurde feste losgeschlagen, ein Taschentuch in den Mund gesteckt und dann noch toller geschlagen. Ich wurde schließlich mit Wasser begossen und nachdem ich den ganzen Nachmittag dort gelegen hatte, gegen 10 Uhr endlich entlassen. Veranlassung zu meiner Sistirung gab eine unerhebliche Sache, wegen deren ich später zu 6 M. verurtheilt wurde. Mir wurde von Bekannten gerathen, mich nicht zu beschweren, da man der Polizei gegenüber doch den Kürzeren ziehe.

Dr. Zinner bestätigt, daß Zeuge ihn aufgesucht und Verwundungen aufgewiesen habe, die sehr wohl von Mißhandlungen herrühren konnten, wohl aber nicht von einer Messingschnalle.

Im Oktober 1894, bekundet Zeuge Sabatzkus, wurde ein Mann namens Kuhn polizeilich mißhandelt. Ich bat, den Kuhn doch zu entlassen; darauf bin ich schwer geschlagen, „verfluchter Hund, Lump, Ludewig, Strolch" genannt worden. Ich bekam dann ein Strafmandat in Höhe von 3 M., bezahlte dieselben und ließ die Sache auf sich beruhen; ich dachte, Du hast Dein Schicksal, Du bekommst ja doch nur mehr Strafe.

Am 2. September 1895 will Zeuge Müßig von vier Schutzleuten so mißhandelt sein, daß er längere Zeit erwerbsunfähig wurde. Strafrechtliches Einschreiten gegen die Schutzleute wurde abgelehnt, weil nicht festgestellt werden konnte, wer geschlagen hatte. Nach dem ärztlichen Attest sind ihm mittels eines stumpfen Instruments, wahrscheinlich eines Ochsenziemers, mehrere Verletzungen beigebracht.

An demselben Tage, bekundet ein Arbeiter Lapöhn, ist auch er wegen Straßenkontravention, derentwegen er drei Mark zahlen mußte, sistirt und auf der Polizeiwache geschlagen worden. Als er dagegen remonstrirte, sei gesagt: „Der Hund hat noch eine große Schnauze, der kriegt gleich noch eins gegen den Schädel!" Ein Lieutenant sei dann hinzugekommen und habe, da er hörte, er habe sich legitimirt, seine sofortige Entlassung verfügt.

Im August 1894 ist ein Bauarbeiter Fischer, wie der Korbmacher Keller bekundet, schwer mißhandelt, mit der Faust ins Gesicht geschlagen, so daß er blutüberströmt war. Als Zeuge dagegen demonstrirte, hieß es: Halten Sie das Maul, seien Sie zufrieden, daß es Ihnen nicht auch so geht!

Klempner Scheuch bekundet: Am 3. Oktober 1888 wurde ich arretirt. Auf der Wache wurde ich gefragt: Wie heißt Du? Du bist Ludewig, wirst Du mal gestehen, daß Du Ludewig bist und gestohlen hast? Und als ich entrüstet die Fragen verneinte, bekam ich Ohrfeigen, dann wurde ich in die Zelle gebracht; nach zehn Minuten kam der Schutzmann mit einem Ochsenziemer und schlug auf mich ein, ich sollte gestehen. Ich blieb dann besinnungslos liegen.

Im Herbst 1895, erzählt Zeuge Lanski, bin ich sistirt, habe schon auf dem Hausflur einen Stoß ins Genick erhalten, wurde dann von mehreren Schutzleuten gemeinsam geschlagen, in ein dusteres Zimmer geführt, mit einem stumpfen Instrument, ich glaube einem Schlagring, über die Nase geschlagen. Nun sei er wüthend geworden und habe sich gewehrt. Plötzlich aber seien in dem ganz dunklen Zimmer, in welchem die Schutzleute schliefen, 10 bis 12 aus dem Bett gesprungen und hätten mit Stiefeln ꝛc. auf ihn losgeschlagen. Er sei völlig blutig gewesen und als er gebeten, ihn niedersitzen zu lassen, habe man ihm befohlen, stehen zu bleiben und die „Schnauze" zu halten. Als er um Wasser gebeten, habe man ihn in die Zelle geworfen und dort habe er bis zum frühen Morgen liegen müssen. Der Zeuge ist aus dieser Affäre zu zwei Monaten Gefängniß verurtheilt worden. — Es werden hierauf mehrere Aerzte vernommen, die seinerzeit kurz nach der Entlassung der betreffenden Zeugen aus den Polizeiwachen ihnen ärztliche Atteste ausgestellt haben. Die Aerzte haben überall Verletzungen vorgefunden, die der Darstellung der Zeugen von der Art, in welcher sie die Verletzungen empfangen haben wollen, entsprachen.

In einem Falle Schleich ist die angeblich mißhandelte Frau nicht ermittelt; die geladenen Schutzleute bestreiten jede Mißhandlung.

Es folgt nunmehr

Der Fall Mechlinski.

Der Zeuge Reisender Mechlinski bekundet: Am 9. August 1897 hatte ich Geburtstag, stand nachts gegen 1 Uhr Ecke Hirtenstraße in der Nähe meiner Wohnung — ich wohnte damals Nr. 3. Schutzleute forderten mich auf, fortzugehen; ich erwiderte, ich wohne in der Nähe und stehe auch niemand im Wege. Nunmehr wurde ich aufgefordert, mit zur Wache zu kommen. Ich erklärte, gutwillig mitgehen zu wollen, wurde aber vom Schutzmann am linken Arm fortwährend gekniffen. Als wir über den Hof zur Wachtstube gingen, wurde ich von Schutzleuten mit Fäßen in die Nähe des Gemächtes gestoßen. In der Wachtstube wurde ich am Halse gewürgt und an die Kante des Tisches gedrückt. Als ich die Beamten bat, mich doch nicht so zu mißhandeln, holten sie einen Gegenstand, ich glaube, einen Ochsenziemer, und schlugen damit auf den oberen Hinterkörper. Nachdem dann meine Personalien festgestellt waren, sollte ich meinen Hut, der auf der Erde lag, aufheben und nach Hause gehen. Ich bückte mich nach dem Hut, darauf wurde ich nochmals von hinten gestoßen, so daß ich aufs Gesicht fiel und das Blut aus der Nase floß. Ich ging nach der Sanitätswache X, um ärztliche Behandlung zu erhalten. Dort wurde mir gerathen, meine Schmerzen durch Kühlen zu lindern und mich an einen Arzt zu wenden. Zu Hause reinigte ich mein Gesicht von Blut. Am 10. August vormittags erbat ich auf dem Polizeirevier die Personalien der beiden Schutzleute, die mich sistirt hatten. Ich wurde auf 4 Uhr nachmittags bestellt, da der Lieutenant nicht da sei. Um 4 Uhr traf ich den Lieutenant, stellte diesem die Sache vor, mußte mich vor ihm auskleiden und wurde gebeten, zu warten, bis der Arzt käme. Ich wartete vergeblich bis 7 Uhr abends. Der Lieutenant sagte, ich sollte am nächsten Tage um 10 Uhr wiederkommen. Am nächsten Morgen ließ ich mich nun zunächst von einem privaten Arzt untersuchen. Um 10 Uhr traf ich auf der Wache einen Polizeiarzt; dieser untersuchte mich. Mir wurden nun sämmtliche Sachen abgenommen, ich mußte bis 7 Uhr abends warten, dann wurde ich von zwei Wärtern der Irrenanstalt Herzberge als angeblich gemeingefährlich geisteskrank nach Herzberge geschafft. Die Anstaltsärzte stellten meines Wissens sofort einen Entlassungsantrag. Ich wurde dann am 25. August aus der Anstalt entlassen. Ich habe diesen Fall dem Angeklagten mit der Bitte um Remedur mitgetheilt, an den Polizeipräsidenten direkt habe ich mich nicht gewendet.

Der Staatsanwalt erklärt, der Fall habe nichts mit dem bereits 1894 geschriebenen Artikel zu thun.

Angeklagter: Ich bin anderer Ansicht. Diesen Fall habe ich wiederholt in der Stadtverordneten-Versammlung öffentlich vorgetragen. Dem Polizeipräsidium muß dieser Fall bekannt sein; es hat aber bis heute keinerlei Abhilfe dagegen geschaffen, daß Bürger, die polizeilich sistirt werden, solchen Gefahren ausgesetzt werden. Ich muß auf Vernehmung des ordnungsmäßig geladenen Polizeipräsidenten beharren, event. bitte ich, den Direktor Professor Moeli zu laden.

Inzwischen ist vom Minister des Innern ein Telegramm eingetroffen mit folgendem Inhalt: Zur Entscheidung darüber, ob dem Polizeipräsidenten die Erlaubniß zu seiner Vernehmung ertheilt werden könne, gehöre, daß Polizeipräsident v. Windheim vom Minister zunächst über die Sache selbst gehört werde. — Staatsanwalt Dr. Eger beantragt, den Antrag auf Vernehmung des Polizeipräsidenten v. Windheim abzulehnen, da dieser ganze Vorfall aus dem Jahre 1897 mit dem Artikel aus dem Jahre 1894 nichts zu thun habe.

Auf Antrag des Angeklagten sind noch eine Anzahl von Aktenstücken herbeigeschafft worden, darunter ein solches von Feldmann-Langenbielau. Der Redakteur Feldmann war wegen Beleidigung angeklagt, von der Strafkammer aber freigesprochen worden. Das Reichsgericht hatte das Urtheil aufgehoben, die Strafkammer aber zum zweiten Male auf Freisprechung erkannt, weil sie als erwiesen erachtet hat, daß auf Berliner Polizeiwachen so gehauen ist, daß es sich anhörte, als würden Teppiche geklopft. Ein Zeuge hat dort glaubwürdig behauptet, wiederholt sei auf einer Wache so geschlagen worden, daß es „mächtig bumste".

Nachdem Staatsanwalt und Angeklagter ihre entgegenstehenden Ansichten über die Nothwendigkeit der Ladung des Polizeipräsidenten vorgetragen haben, beschließt der Gerichtshof gegen 5 Uhr, die Sache auf morgen, Donnerstag 11½ Uhr, zu vertagen und den Polizeipräsidenten von Windheim vorzuladen, hingegen den Antrag auf Ladung des Professor Moeli abzulehnen.

Lokales.

Die Höhe der monatlichen Armenunterstützung stellte sich bei der städtischen Armenverwaltung im Jahre 1896/97 — dem letzten, über das bis jetzt Veröffentlichungen vorliegen — auf durchschnittlich 13,73 M. Von den 27 027 Almosenempfängern, die am 31. März 1897 in den Almosenlisten standen, bekamen aber: 7 Personen (0,03 pCt.) nur bis 3 M. pro Monat, 1755 Personen (6,49 pCt.) über 3 bis 6 M., 3096 (11,46 pCt.) über 6 bis 9 M., 6977 (25,81 pCt.) über 9 bis 12 M., 6807 (25,19 pCt.) über 12 bis 15 M., 5122 (18,95 pCt.) über 15 bis 18 M., 2540 (9,40 pCt.) über 18 bis 21 M., 371 (1,37 pCt.) über 21 bis 24 M., 210 (0,78 pCt.) über 24 bis 27 M., 109 (0,40 pCt.) über 27 bis 30 M., 33 (0,12 pCt.) über 30 M. pro Monat; das heißt zu größeren Gruppen zusammengefaßt: es bekamen 18 642 Personen oder 68,98 pCt., also nahezu sieben Zehntel aller Almosenempfänger, nur bis 15 M., davon 4858 oder 18,18 pCt. sogar nur bis 9 M., während andererseits 8385 oder 31,02 pCt. über 15 M., davon aber nur 723 oder 2,67 pCt. über 21 M. bekamen. Die daneben gezahlten Extra-Unterstützungen tragen, da die meisten davon an nicht laufend unterstützte Personen gezahlt werden, nur bei wenigen Almosenempfängern zu einer kleinen Erhöhung der laufenden Monatsunterstützung bei. Für Wittwen mit Kindern kommen außerdem die Pflegegelder in betracht; sie stellten sich 1896/97 auf 3 bis über 10 M., durchschnittlich 6,34 M. pro Kind und Monat, doch wird in der Regel für ein Kind nichts gezahlt. Aus diesen Zahlen ist ohne weiteres klar, daß ein großer Theil der Berliner Almosenempfänger, namentlich alle die, welche nichts mehr dazuverdienen können oder nicht noch von anderer Seite Unterstützungen, Renten 2c. bekommen, sich in der denkbar traurigsten Lage befinden muß. Das Gesetz verpflichtet nur zur Gewährung dessen, was zum allernothdürftigsten Lebensunterhalt erforderlich ist; aber die von der Berliner Armenverwaltung gewährten Unterstützungen reichen — das darf unbedenklich behauptet werden, und es wird auch durch manchen traurigen Fall aus dem Leben und Sterben der Almosenempfänger bestätigt — vielfach selbst zur Beschaffung des Allernothwendigsten nicht aus, und sie entsprechen somit noch nicht einmal der gesetzlichen Mindestleistung.

Große Erbitterung herrscht gegenwärtig unter den hiesigen Möbeltransportarbeitern, welche als sogenannte ständige Arbeiter bei den hiesigen Möbeltransport-Fuhrunternehmern angestellt sind. Die Herren haben in neuerer Zeit zunächst eine lokale Vereinigung gegründet zu dem ausgesprochenen Zwecke, die Fuhrlöhne bei Möbeltransporten und Umzügen möglichst gleichmäßig zu regeln und auf eine der Zeit angemessene Höhe zu bringen. Es ist denn auch ein Tarif ausgearbeitet worden, welcher von der Vereinigung der Möbeltransporteure anerkannt worden ist und beim diesmaligen Oktober-Umzuge seine Feuertaufe bestanden hat. Daß dieser Tarif nicht zum Schaden der Unternehmer berechnet worden ist, bedarf wohl keiner besonderen Versicherung. Die Möbeltransportarbeiter, welche bei dem umfangreichen Oktober-Umzuge einen übermäßig angestrengten Dienst hatten, waren in dieser Voraussicht und in der Absicht, von dem Vorgehen der Fuhrunternehmer auch etwas für sich zu profitiren, schon vor der Umzugszeit dahin sich einig geworden, für die Tage der Hauptziehzeit einen Tagelohn von 5 M. zu erlangen, und fühlten sich umsomehr zu dieser Forderung veranlaßt, als ihnen durch den Tarif der Möbeltransporteure die sonst üblichen Trinkgelder gänzlich abgeschnitten oder doch wesentlich verkürzt wurden. Fuhrunternehmer, an welche die Möbeltransportarbeiter mit ihrer Forderung herantraten, sagten auch bereitwilligst die Zahlung eines Lohnsatzes von 5 M. für die Ziehzeit zu. Jetzt haben die Arbeiter nun die Erfahrung machen müssen, daß man ihnen die Zusage gemacht hat in der vorbedachten Absicht, sie nicht zu erfüllen. Soweit bis jetzt nämlich bekannt geworden ist, haben nur die Firmen Sch. (Krausenstraße), Gebr. B. u. Co. (Köpnickerstraße) und M. u. C. (Dorotheen- und Elsasserstraße) ihr gegebenes Versprechen gehalten und den Arbeitern 5 M. pro Tag gezahlt; die übrigen Firmen haben die Arbeiter mit 4 und 3 M. abgespeist. Daß eine so schäbige Handlungsweise die Arbeiter verbittert, wer wollte sich darüber wundern?

Die Hochbahn. Der Magistrat ist von zahlreichen Vereinen aus Süd und Südwest ersucht worden, dafür einzutreten, daß die elektrische Hochbahn bereits von der Gitschinerstraße aus, vor der Bellealliance-Brücke in eine Unterpflasterbahn oder Untergrundbahn übergeleitet werde.

Ein Theil der Charitéestraße wird infolge der Erweiterungsbauten der Charitée kassirt werden. Der zwischen der Schumann- und Unterbaumstraße liegende Theil dieser Straße ist Eigenthum der Charitée, deren Verwaltung beschlossen hat, da das für die Erweiterungsbauten zur Verfügung stehende Terrain sich als nicht ausreichend erwiesen, an dieser Stelle den Fahrdamm und den östlichen Bürgersteig zu Bebauungszwecken mit zu verwenden. Hier soll sich später das neue Direktions- und Aufnahmegebäude der Charitée erheben.

Die Baupläne für das zweite Rathhaus, welches zwischen der Kloster- und Jüdenstraße seinen Platz erhalten soll, werden nunmehr in Angriff genommen. Gleichzeitig wird auch mit den Entwürfen für das dritte märkische Irrenhaus begonnen. Zur Fertigstellung der umfangreichen Zeichnungen hat der Magistrat besondere Räumlichkeiten miethen müssen. Dieselben befinden sich in dem Hause Jüdenstr. 20 und sind bis zum Oktober 1900 zu einem jährlichen Miethspreise von 2100 M. zu vorgedachten Zwecken gesichert worden.

Straßensperrung. Der Spreeweg von den Zelten bis zum Großen Stern, mit Ausnahme des Platzes an der Lutherbrücke, wird behufs Ausführung von Kanalisations-Arbeiten vom 6. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Hüben und Drüben. Zahlreiche Matrosen der amerikanischen Marine weilen, wie ein Berichterstatter mittheilt, gegenwärtig in Berlin. Den Leuten ist bei Gewährung freier Her- und Rückreise ein achtwöchiger Urlaub bewilligt worden. Nach Deutschland wurden annähernd 150 Mann beurlaubt, von denen etwa 30 Mann in Berlin bei Angehörigen eingetroffen sind. Was werden die deutschen Kriegsveteranen von 1870, die sich heute noch um Gewährung einer kärglichen Pension abmühen, zu dieser Generosität einer wilden Staatsregierung sagen?

Zum Raubmord in der Zionskirchstraße liegt jetzt das ärztliche Gutachten über die erfolgte Obduktion vor. Dasselbe besagt, daß zwischen dem Mörder und seinem Opfer ein Ringen stattgefunden haben muß, da letzteres zu beiden Seiten des Kehlkopfes Strangulationsmarken aufweist. Ob der Tod aber durch Erwürgen oder infolge der Kopfstiche eingetreten ist, konnte mit Sicherheit nicht festgestellt werden. Das Gutachten besagt außerdem, daß die Stiche, die übrigens nicht mit einem Messer, wie anderwärts behauptet wird, beigebracht wurden, wie ihre lappigen Ränder beweisen, mehr von vorne beführt wurden, so daß Mörder und Opfer einander Aug' in Aug' gegenüberstanden. Der zurückgelassene 27 Zentimeter lange und 2½ Zentimeter an der Schneide breite, sehr scharfe Stahlmeißel zeigt eine Ausbruchstelle von 2 Zentimeter Breite und 1 Zentimeter Länge. Es ist ein Instrument, wie es gewöhnlich zum Kistenöffnen gebraucht wird. — Der aufgefundene Ueberzieher ist nach Angabe eines Sachverständigen aus theurem Diagonalstoff angefertigt, aber schon mehrere Jahre alt. Der mitgenommene Ueberzieher des Pfarrers Roller ist stahlblau, etwa 2 Jahre alt und bereits etwas verblichen. Stoffproben von demselben wie auch der zurückgelassene Paletot können jederzeit bei der Polizei besichtigt werden. Der Mörder muß sehr stark mit Blut besudelt sein, was daraus geschlossen wird, daß weder an den Wänden noch auf dem Fußboden Blutstrahlen, die zweifellos aus den Wunden schossen, vorgefunden sind. Jedenfalls hat sich der starke Blutstrom gegen den Mörder ergossen, woraus sich auch erklärt, daß derselbe ein bereits beschmutztes Oberhemd des p. Roller überzog, um die Blutbesudelung zu verdecken, aber einen ganzen Posten anderer Wäsche unberührt ließ.

Der Selbstmord eines Arztes wird aus der Friedrichstadt gemeldet. Der praktische Arzt Dr. med. Meine wohnte seit zwei Jahren im zweiten Stock des Hauses Friedrichstr. 200. Seine Praxis war nicht sehr bedeutend, seine Ehe unglücklich, weil er ein lockeres Leben führte. Wenn wir nicht irren, hat er schon einmal von sich reden gemacht durch einen Auftritt in der Leipzigerstraße, der dann noch zu einer Duellforderung führte und so auch noch das Gericht beschäftigte. Frau Dr. Meine hatte schon vor 2½ Jahren ihren Mann verlassen. Dieser wollte jetzt nach dem Hause an der Ecke der Friedrich- und Zimmerstraße umziehen. Als gestern Morgen um 6 Uhr Arbeiter kamen, um die Möbel abzuholen, fanden sie keinen Einlaß. Der Pförtner des Hauses benachrichtigte den Wirth und dieser ließ die Wohnung durch einen Schlosser öffnen. Man fand nun den Arzt in seinem Schlafzimmer in seinem Blute schwimmend todt liegen. Er hatte sich aus einem Revolver, den er noch in der rechten Hand hielt, zwei Kugeln in den Kopf und zwei in die Brust gejagt. Die Polizei schloß die Wohnung.

In dem Geflügelbestande auf dem Grundstück Ackerstr. 22 ist die Geflügelcholera ausgebrochen.

Im Falle Rothenburg ist endlich ein Erkenntniß des Landgerichts zu Stargard vom 1. Oktober erwirkt, daß die Schwester der Frau Rothenburg unter Tragung aller Kosten vorläufig verurtheilt ist, eine lebenslängliche Rente von 80 Mark monatlich der Frau R. zu zahlen. In dem Prozesse wurde festgestellt, daß Fräulein Beckner ein Vermögen von über 200 000 Mark hinter sich hat. Demnach ist die Stadt Berlin seinerzeit in der Eintreibung der Alimentation für Frau R. nicht mit der nöthigen Energie vorgegangen, wie letztere einer behauptete. In gleicher Weise erscheinen die Entmündigungsanträge der hiesigen Staatsanwaltschaft I unhaltbar, weil nunmehr gerichtlich konstatirt ist, daß Frau R. und deren Sohn lediglich Rechte verfolgen, welche ihnen zustehen, um in Besitz des entzogenen Vermögens wieder zu gelangen.

Traurige Familienzustände. Zu erregten Auftritten kam es vorgestern Abend gegen 7 Uhr in der Bad- und Pankstraße. Die Tochter des auf dem Gesundbrunnen wohnenden Fabrikanten F. war seit mehreren Tagen, nachdem sie in der Wohnung der Eltern einen Einbruchsdiebstahl verübt hatte, flüchtig. Da ihm das Mädchen schon sehr viel Sorgen bereitet, beschloß F., gegen seine Tochter den Strafantrag zu stellen und er begab sich zu diesem Zwecke vorgestern zur Polizei. Auf dem Rückwege von der Wache traf der Vater zufällig die Entflohene, hielt sie fest und wollte das Mädchen einem Schutzmann übergeben. In wenigen Augenblicken sammelte sich eine große Menschenmenge an, welche trotz der vom Vater gegebenen Aufklärung den Versuch machte, das Mädchen zu befreien und den Fabrikanten zu mißhandeln. Erst hinzukommenden Schutzleuten gelang es, die aufgeregte Menge zu zerstreuen und die junge F. nach der Polizeiwache zu überführen.

Ein Greis von 87 Jahren hat sein Siechenhaus an der Schönhauser Allee Nr. 59 Hand an sich gelegt. Der frühere Schiffbauer Wilhelm Zander, der sich hier seit 6½ Jahren befand, konnte trotz seines hohen Alters das Trinken nicht lassen. Um Geld für Schnaps zu bekommen, ging er betteln. Dreimal wurde er dabei noch in den letzten vierzehn Tagen von der Polizei aufgegriffen. Die Folgen scheinen ihm das Leben verleidet zu haben. Als ihm gestern Mittag eine Aufwärterin der Anstalt das Essen bringen wollte, fand sie den Alten als Leiche auf; er hatte sich im offenen Kleiderspinde erhängt, nachdem er vorher versucht hatte, sich durch Oeffnen der Pulsader zu tödten.

Einen blutigen Zusammenstoß führte gestern früh wieder einmal das lichtscheue Gesindel herbei, das sich am Humboldthafen umher zu treiben pflegt und in der letzten Zeit wieder sehr breit macht. Sieben oder acht Strolche hatten in der Nähe der Eisenbahnbrücke beim Lehrter Bahnhof ihr Quartier aufgeschlagen und trieben die Nacht hindurch allerhand Unfug. Als heute früh zwei Männer mit einer Frauensperson vorbeikamen, rempelten sie diese ohne weiteres an. Die beiden Männer schienen aber im Gebrauche des Messers auch sehr bewandert zu sein. Sie versetzten den beiden Angreifern, die ihnen am nächsten waren, sofort je einen Stich, der sie kampfunfähig machte. Als auf das Jammergeschrei der Gestochenen ein Schutzmann des 5. Reviers herbeikam, ergriffen sie die Flucht, sprangen über den Zaun des Charitéegeländes und entkamen. Die Frauensperson hatte sich schon vorher entfernt. Die Gestochenen wurden von einem Schutzmann dem Krankenhause zugeführt. Der eine nannte sich Arbeiter Max Detschmereck aus der Chorinerstr. 84. Als die Polizei sich hier heute Vormittag bei den Eltern einmal nach dem Sohne näher erkundigen wollte, stellte sich heraus, daß die Angabe falsch war. Der Bursche bequemte sich dann, seinen richtigen Namen anzugeben; er ist ein wohnungsloser Umhertreiber Franz Feind, erst 18 Jahre alt. Der zweite ist noch jünger, ein erst 16 Jahre alter Ewald Schönberg aus der Ruppinerstraße, ein verwahrloster, unverbesserlicher Bengel, der seinen achtbaren Eltern schon sehr viel zu schaffen gemacht hat. Die Begleiter der beiden Burschen gaben von dem Vorkommniß eine Darstellung, bei der sie und die beiden Gestochenen als harmlose Leute möglichst gut wegkommen. Sie wußten einen ganzen Schauerroman von dem furchtbaren Ueberfalle zu erzählen, dem sie ausgesetzt gewesen seien.

Feuerbericht. Nach dem Friedrich Wilhelmstädtischen Theater wurde die Feuerwehr Mittwoch früh gegen 1 Uhr gerufen. Es brannte der neue Bohlenbelag im Maschinenhause. Da das Feuer rechtzeitig bemerkt war, konnte es in kurzer Zeit gelöscht werden, so daß die Feuerwehr schon nach einer halben Stunde wieder abrückte. Um dieselbe Zeit ging Pappel-Allee 131 ein beladener Heuwagen in Flammen auf. Ein Rohr trat längere Zeit in Thätigkeit. Senefelderstraße brannte eine Stunde später ein Posten Werg und Stroh auf freiem Felde. Außerdem mußten noch kleinere Brände abgelöscht werden Blumenthalstr. 4, Hussitenstr. 45, Borsigstr. 24, Koppenstr. 97 und Fichtestr. 34.

Aus den Nachbarorten.

Schöneberg. Unter der Regie des Herrn Julius Türk finden in dem von den Parteigenossen gesperrten Lokal „Schwarzer Adler", Hauptstr. 13, in bestimmten Zwischenräumen schauspielerische Vorstellungen statt. Herr J. Türk sucht unter der Arbeiterschaft Schönebergs für diese Vorstellungen Propaganda zu machen. Wir machen darauf aufmerksam, daß der Lokalbesitzer, Herr A. Imm, sich nach wie vor weigert, seinen Saal der Sozialdemokratie zur Verfügung zu stellen. Die Lokalkommission von Schöneberg.

Die Anstellung eines Schularztes ist in der Gemeinde Britz erfolgt. Diese Neuerung wurde dadurch erleichtert, als sich Herr Dr. Siegel dortselbst bereit gefunden hat, die Funktionen eines Schularztes unentgeltlich zu übernehmen.

Auf Brandstiftung wird ein Feuer zurückgeführt, welches vorgestern Nacht zu Tempelhof in der Friedrich Wilhelmstr. 105 ausgebrochen und von der Freiwilligen Ortsfeuerwehr gelöscht worden ist. Der Inhaber der Wohnung, in welcher der Brand entstanden, der Arbeiter S., dessen Ehefrau ihm davongelaufen ist, hatte schon wiederholt geäußert, daß er bald die „Bude" in Brand stecken werde. Diese Aeußerung und der Umstand, daß das Feuer unter dem Treppenverschlag ausgebrochen ist, haben den Tempelhofer Amtsvorsteher veranlaßt, den Arbeiter S., der bei der Entstehung des Feuers allein in der Wohnung anwesend war, in Haft zu nehmen. Er ist denn auch bereits in das Berliner Untersuchungsgefängniß abgeliefert worden.

Was einer Schriftstellerin in einem Berliner Vororte passiren kann. Auf der Suche nach dem entsprungenen Richard Erpel befinden sich unausgesetzt die Polizei-Organe der Vororte, da wohl mit recht angenommen werden muß, daß der Flüchtige sich in der ihm bekannten Gegend aufhält. Gefunden haben die Polizei-Organe den Erpel allerdings noch nicht, dagegen ist am vergangenen Sonntag in einem östlichen Vororte eine Berliner Dame, von der vermuthet wurde, daß unter dieser Maske der gesuchte Erpel sich verborgen halte, das Opfer der polizeilichen Recherchen geworden. Die Betreffende, eine Schriftstellerin, trug nämlich so ausgeprägt männliche Züge und erweckte auch im übrigen so lebhaft den Verdacht einer verkleideten Mannsperson, daß ihre Sistirung erfolgte. Der Mißgriff stellte sich aber bald heraus, und unbehelligt konnte die in so üblen Verdacht gerathene Berlinerin von dannen gehen.

Eine Dampfkessel-Explosion im Depot der Dampfstraßenbahn in Steglitz hat schweres Unheil angerichtet. Der im Augenblick der Explosion mit dem Heizen einer Maschine beschäftigte Maschinist Gerber wurde zu Boden geschleudert und sehr schwer verwundet. Die anderen in demselben Raume thätigen Arbeiter erlitten nur Verletzungen leichterer Art. Außerdem ist ein erheblicher Materialschaden entstanden.

Theater.

Im Lessing-Theater wurde am Dienstag Sardou's neueste Geschichtsklitterung „Paméla" zum ersten Male aufgeführt. — Wenn unser Theater lediglich von eitlen Schauspielerinnen abhinge, so kämen wir dazu, daß nur Fabrikate von der Art der „Paméla" auf den Bühnen herrschten. Für theuren Preis wurde das Machwerk des geriebenen theatralischen Jongleurs aufgekauft und an der Kaufsumme ist auch Jenny Groß, die Darstellerin der „Paméla" betheiligt.

Ernsthaft fassen kann man den neuesten Sardou nicht. Es handelt sich nicht so sehr um die dick aufgetragene Tendenz. Sardou ist ein reaktionärer Hasser der französischen Revolution und ihrer Folgeerscheinungen. Darum könnte er, wäre er nur ein Dichter, doch das Elementare einer Bewegung erkennen, die ihm verhaßt ist. Statt dessen hängt er sich lieber an Kleinlichkeiten und sucht große geschichtliche Prozesse mit Hintertreppen-Romantik zu erklären. Leichtfertig, wie die geschichtliche Auffassung, ist ebenso die künstlerische Ausführung. Anekdotisches Gewitzel und viel Heulmeierei, das in etlichen losen Bildern durcheinander gerieben, giebt den Inhalt des „Stückes in Stücken".

Im reinen Operettenstil wird das Regiment von Barras, dem Frauengeneral geschildert; Napoleon, der Sieger von Toulon, bleibt noch im Hintergrunde. Der kleine Dauphin sitzt im Gefängniß.

Die Szene wird gar weinerlich ausgebeutet; und um den Dauphin beginnt das Ränkespiel zwischen Barras sammt seinen Polizeiagenten und zwischen den wackeren royalistischen Verschworenen. Ihnen hat sich aus reinem Mitgefühl für das unglückliche Königskind die allzeit resolute, weiberschlaue Pariserin Paméla zugesellt, die in den gefährlichsten Situationen obzusiegen pflegt. Verdünnter Aufguß der „Madame Sans-Gêne! Sardou kennt das Räthsel des Dauphins natürlich genau. Er soll untrügliche Dokumente dafür besitzen, ließ er aussprengen, daß der Dauphin aus dem Kerker gerettet worden sei und daß statt seiner ein todtkrankes Kind untergeschoben worden sei.

Das Theaterstück als solches machte unser Publikum nicht warm und nicht kalt. Man weinte nach dem zweiten Akt mit dem unglücklichen Dauphin, man war mit Paméla's Frauenmuth im vierten Akt einverstanden; im übrigen ließ man sich nicht aufregen. Auch durch die zuckersüße, geleckte Spielmanier des Frl. Groß nicht. Neben der Paméla, dem treibenden Geist, giebt's nur noch eine wichtigere Rolle im Stück, den Barras, dessen selbstgefälligen Ton Herr Klein treffen mußte, da er sonst in seinem Vortrag auch gleichgiltiges gerne mit Nachdruck unterstreicht. Es liegt das in seiner besonderen Spielweise. —k.

Vermischtes vom Tage.

y. Wegen Verletzung des Briefgeheimnisses wurde in Hamburg eine Frau von ihrem Ehemann angeklagt und vom Schöffengericht zu 20 Mark Geldstrafe verurtheilt. Sie hatte gegen das ausdrückliche Verbot des Mannes, der einen Ehescheidungsprozeß gegen sie führt, an ihn gerichtete Briefe geöffnet. —

— Bei dem Amtsgericht in Schwelm gelangte ein Prozeß um fünf Pfennige zur Verhandlung. Der Kläger wurde abgewiesen, weil er seine Ansprüche nicht in Schwelm, sondern bei dem Amtsgericht in Haspe hätte geltend machen müssen. Die für die Klage und den klägerischen Rechtsanwalt entstandenen Kosten betragen ungefähr vierzig Mark. Nunmehr hat der Verklagte seine Schuld von fünf Pfennigen bezahlt, und somit hat sich sein Prozeßgegner die hohen Kosten umsonst gemacht. —

— In Mühlheim a. Rh. feuerte ein Musiker nach vorausgegangenem Streit vier Revolverschüsse auf seine Schwiegermutter ab und brachte sich alsdann selbst einen tiefen Stich in den Hals bei. Beide Personen wurden tödlich verletzt. —

— Der Lehrjunge eines Schlossermeisters in Markirch (Elsaß) fiel auf ein Stück glühendes Eisen, das ein Arbeiter gerade aus dem Feuer geholt hatte. Dieses drang ihm tief in den Rücken und verletzte noch die Lunge. Der Knabe starb kurz darauf. —

— An der Küste der Bretagne herrschte in den letzten Tagen ein schwerer Sturm. Der Dampfer „Vigilant", der drei Kähne im Schlepptau hatte, wurde bei der Insel Sein vom Sturm überrascht. Die Kähne rissen sich los und verschwanden mit vier portugiesischen Matrosen spurlos. —

y. In Kopenhagen kenterte ein Boot, in dem vier deutsche Matrosen bei hochgehender See zu ihrem Schiff zurückkehren wollten. Alle vier ertranken —

— Bei einem Boxerkampf in New-York wurde dem einen Kämpfer der Arm gebrochen. Damit hörte aber der Kampf nicht auf, da das Ende des Kampfes erst eintritt, wenn ein Gegner zehn Sekunden lang am Boden liegt. Der Verletzte unterlag erst nach mehreren Gängen. —

— Von Klondyke nach Vancouver zurückgekehrte Goldsucher schildern in grellen Farben die Schrecken der durch britisches Gebiet gehenden Asheroft-Route. Nur wenige, die diese Route wählen, sollen ihren Bestimmungsort erreichen. Von Haselton bis Glenora sei der Weg mit Menschen- und Pferdeleichen und Ausrüstungs-Gegenständen bestreut. In den Wäldern hätten die Indianer viele Skelette von Menschen gefunden, die Hungers gestorben sind. —

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet während der Parteitagswoche am Dienstag, den 4., Donnerstag, den 6., und Freitag, den 7. Oktober, abends von 7½ bis 8½ Uhr statt.

J. M. 200. Natürlich kommt eine solche Entfernung sehr in betracht. Mit der Distanz wachsen die Schwierigkeiten. Telephonische Verbindung mit Amerika nicht vorhanden.

44. Zuverlässige Mittheilungen, die sich auf allgemein wissenswerthe Dinge beziehen, sind selbstverständlich willkommen.

Briefkasten der Expedition.

Neckargl. Weißenfels. Postabonnenten wollen ihre Beschwerden über Unregelmäßigkeiten in der Zustellung nicht an die Expedition, sondern stets an das betreffende Postamt richten, bei dem sie den „Vorwärts" bestellt haben. Wir liefern an das Postzeitungsamt die von diesem angegebene Anzahl von Exemplaren; die Versendung erfolgt von letzterm, wir haben garnichts damit zu schaffen.

Witterungsübersicht vom 5. Oktober 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemde.	773	SSW	1	bedeckt	10	Haparanda	757	SW	2	bedeckt	6
Hamburg	773	NNO	1	bedeckt	11	Petersburg	764	NW	1	bedeckt	4
Berlin	772	OSO	1	Regen	13	Cork	768	OSO	4	Dunst	14
Wiesbaden	770	NO	1	heiter	11	Aberdeen	773	S	1	bedeckt	8
München	770	NO	1	bedeckt	12	Paris	767	NO	1	wolkenl.	11
Wien	771	Still		wolkenl.	11						

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 6. Oktober 1898.
Mild und ruhig, vorwiegend nebelig und wolkig ohne erhebliche Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Verantwortlicher Redakteur: **August Jacoby** in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.